

Konstanze Soch (Hg.)

**Stasi in Brandenburg.
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus,
Frankfurt (Oder) und Potsdam**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4	
Die Zäsuren	9	
1945–1950	»Von einem gesunden Klassenhass getragen« – der Aufbau einer Geheimpolizei	10
1953	Eine Biografie des 17. Juni zwischen SS-Mitgliedschaft und Streikleitung	14
1956	»SOS hilft Ungarn« – Folgen der Entstalinisierung in Brandenburg	19
1961	»Es ist eine Schweinerei, dass man nicht mehr nach Berlin fahren kann«	24
1968	OV »Schreiber« – Protestbriefe in Frankfurt (Oder)	28
1976	»Freundschaft für Wolf Biermann« – Schüler-Protest in Fürstenwalde/Spree	34
1985–1989	Glasnost und »Sputnik«-Verbot: Die Angst der SED vor Veränderungen	38
Der Apparat	43	
	»Sie haben Potsdam keinen guten Dienst erwiesen« – die BV Potsdam in der späten DDR	44
	Die Kreisdienststelle Seelow an der polnischen Grenze	48
	Explosion im Gaskombinat »Schwarze Pumpe« – die Stasi im Katastrophenfall	52
	»Einheit von Schulung und Erziehung« – die hauptamtlichen Mitarbeiter	57
	»Der IM berichtete selbstständig zu negativen Äußerungen« – inoffizielle Mitarbeiter der Stasi	61
	Die Honecker-Besuche in Brandenburg: Zusammenarbeit von SED und MfS	66
Die Methoden und ihr Einsatz	71	
	Die Abteilung M zur Überwachung des Postverkehrs	72
	Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden	76
	»Die Wut auf die Gewalt der Uniform« – der Militärstrafvollzug in Schwedt	81
	Das Eisenhüttenkombinat Ost im Visier der Stasi	84
	Getötet an der DDR-Grenze	88
	»Muss man, um dieses Land zu verlassen, erst gegen unsere Gesetze verstoßen?« – der Traum vom Fliegen und seine Grenzen	92
	Chronistin der Umweltkrise – Braunkohle, Umsiedlung und Luftverschmutzung im Blick der Stasi	98
	»Hier wird Frieden geübt, nicht Krieg« – die evangelische Kirche im Spannungsfeld der Friedensarbeit	102
	Der Fußballer Christoph Ringk im Visier der Staatssicherheit	107
	Eine Freundin im Westen – der Turner Dirk Ewald und der OV »Ronald«	112
	Devisenbringer oder politische Provokateure – die Überwachung des Tourismus	116
	»Und wer das ablehnt, kann kein Lehrer sein« – die Stasi und die Sorben	121

Das Ende	127
»Ohne dabei besonders in Erscheinung zu treten« – die Aufdeckung der Kommunalwahlfälschung 1989 durch die »Umweltgruppe Cottbus«	128
»Verschafft euch Zutritt!« – die Friedliche Revolution und die Besetzung der Stasi-Dienststellen in Brandenburg	132
Anmerkungen	38
Übersichten und Verzeichnisse	149
Struktur und Aufgaben der Stasi in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam	149
Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam	152
Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen	156
Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen	161
Autorinnen und Autoren	166
Abkürzungsverzeichnis	167
Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Brandenburg	169

Einleitung

Die Grenzposten gaben insgesamt 19 Schüsse auf Henry Dissmann (Jg. 1967) ab.¹ Doch keiner traf. Unverletzt konnte Dissmann, der aus Ketzin stammte und in Ost-Berlin als Anlagenmonteur arbeitete, über die letzte Sperrmauer zwischen Glienicke/Nordbahn und dem West-Berliner Bezirk Reinickendorf klettern. Er erreichte am 3. Februar 1987 um 23.34 Uhr West-Berliner Boden. Henry Dissmann hatte es geschafft. In der DDR hatte er für sich keine Perspektive mehr gesehen und seine Flucht über die Berliner Mauer geplant. Die richtige Stelle hatte er anscheinend gut ausgekundschaftet: Der Grenzstreifen war hier für die Grenzsoldaten nur schwer einsehbar, ihre Wachtürme standen etwa 300 Meter voneinander entfernt. Sein einziges Hilfsmittel war eine Leiter.²

In West-Berlin konnte Dissmann rasch Fuß fassen: Er fand einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und fuhr regelmäßig in den Urlaub – nach Tunesien oder auf die Philippinen. Doch für das Glück, im Westen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen zu können, zahlte er einen hohen Preis. Seine Freunde, seine Mutter und auch seine Freundin Eike Turowski (Jg. 1966) hatte er in der DDR zurückgelassen.³ Über postalische und telefonische Kontakte hinaus war an persönliche Begegnungen kaum zu denken, denn Dissmann hatte mit seiner Flucht gegen DDR-Strafrecht verstoßen.

Die Stasi, die in Fällen von »ungesetzlichem Grenzübertritt« sofort tätig wurde, leitete umfangreiche Maßnahmen gegen ihn, seine Familie und seine Freunde in der DDR ein. Sie durchsuchte die Wohnung seiner Mutter, bei der er gelebt hatte, und seine Unterkunft in einem Ost-Berliner Arbeiterwohnheim.⁴ Darüber hinaus verhörte sie seine Mutter und seine Freundin und überwachte die Post. Dissmann selbst wurde von der Stasi mit einer Einreisesperre belegt. Inoffizielle Mitarbeiter (IM) berichteten der Stasi regelmäßig über die Familien und den Freundeskreis des jungen Paares. Diese Maßnahmen hielt das Ministerium für Staatssicherheit bis 1989 aufrecht.⁵

Turowski und Dissmann blieben ein Paar, auch über die Berliner Mauer hinweg. Um sich sehen zu können, nutzten sie die einzige Möglichkeit, die es dazu innerhalb der DDR gab: die Autobahn-Raststätten zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik. Das 1972 in Kraft getretene Transitabkommen zwischen Bundesrepublik

und DDR erlaubte es sowohl Ost- als auch Westdeutschen, die Transitautobahnen und die Raststätten zu nutzen. Das SED-Regime betrachtete diese Treffen als illegal. Deshalb überwachte die Stasi die Transitstrecken intensiv. So wurden auch die Treffen von Turowski und Dissmann auf der Raststätte Michendorf bei Potsdam observiert.⁶

Weil die Transitstrecke durch den Bezirk Potsdam verlief, war die Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) (🔗 S. 151) der BV Potsdam besonders personalstark. Schon an den Grenzübergängen stellten die als Grenzpolizisten getarnten Stasi-Offiziere der ebenfalls sehr personalstarken Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus) fest, ob »Verdächtige« wie Dissmann die Grenze überquerten. Sie meldeten dies den Beobachtern der Abteilung VIII.⁷ Diese fertigten dann Fotos und schriftliche Beobachtungsberichte solcher deutsch-deutschen Treffen an.⁸

Am 19. August 1989 – dem Tag des »Panneuropäischen Picknicks« in der Nähe des ungarischen Ortes Sopron, das mindestens 600 DDR-Bürgerinnen und -Bürger für ihre Flucht von Ungarn nach Österreich nutzten – gelang es auch Eike Turowski, über die ungarisch-österreichische Grenze zu flüchten und in die Bundesrepublik weiterzureisen.⁹ Seitdem sind Turowski und Dissmann wieder zusammen.

Wie Henry Dissmann haben zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit ihren Fluchtversuchen ihr Leben riskiert. Die unbedingte Entschlossenheit, das Land auch unter größter Gefahr für das eigene Leben zu verlassen, gehörte spätestens seit dem Mauerbau zu den Grundkonstanten der DDR-Wirklichkeit und war eine deutliche Absage an den »Arbeiter- und Bauernstaat« der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Flüchtenden zeigten damit, dass das SED-Regime nicht durch alle Teile der DDR-Bevölkerung legitimiert war und von vielen abgelehnt wurde. Die SED ließ diejenigen, die ihre Herrschaft infrage stellten, mit allen Mitteln verfolgen und bestrafen. Die Verhinderung von Fluchten stellte daher auch eine Schwerpunktaufgabe der Stasi in Brandenburg dar.

Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR absichern: Das war Ziel und Zweck des Ministeriums für Staatssicherheit. Welche



> Treffen von Dissmann (1. v. l.) mit Turowski (2. v. r.) und Bekannten in Michendorf. Stasi-Beobachtungsfoto, 1988
BStU, MfS, BV Potsdam, KD Nauen, Nr. 413, Bl. 223 a, Bild 2

Methoden die Stasi anwandte, wen sie ins Visier nahm und »bearbeitete«, wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 durch den Zugang zu den ehemals geheimen Stasi-Unterlagen bekannt. Mittlerweile können über 100 Regalkilometer Akten zur persönlichen Akteneinsicht durch Betroffene, für Forschungszwecke, zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, in Rehabilitierungs- und Rentenangelegenheiten, zur Strafverfolgung oder zur Überprüfung im öffentlichen Dienst genutzt werden. Allein im Land Brandenburg hinterließ die Staatssicherheit über 12 Kilometer Akten. Sie werden in der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Frankfurt (Oder) und der Zentrale in Berlin verwahrt.

Aus den in diesen Archiven überlieferten Materialien zeigt die vorliegende Länderstudie eine Auswahl persönlicher Schicksale. Sie wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte in den ehemaligen Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, aus denen nach der Wiedervereinigung das Land Brandenburg wurde. Sie vermittelt charakteristische Facetten von Überwachung und Verfolgung im Alltag. Dennoch bildet die Länderstudie nicht die gesamte DDR-Lebenswirklichkeit ab, wohl aber den alles beherrschenden Rahmen.

Wir möchten allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zugestimmt haben.

Die vier Kapitel im Überblick

Die Zäsuren

Im ersten Kapitel der Länderstudie wird eine Auswahl an historischen Ereignissen vorgestellt, die die DDR-Geschichte geprägt haben. Am 17. Juni 1953 stellten sich z. B. Arbeiter in Niemegek gegen die Regierung der DDR und legten ihre Arbeit nieder. Der Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 war für die Bevölkerung ein weiterer entscheidender Einschnitt, der die persönlichen Kontaktmöglichkeiten in die Bundesrepublik einschränkte oder sogar abschnitt. Der spontane Protest von Fürstenwalder Schülern zeigt die Reaktion in weiten Teilen der Bevölkerung auf die Ausbürgerung Biermanns 1976.

Der Apparat

Ein eigener Abschnitt widmet sich der Struktur und dem Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit. In Brandenburg befanden sich drei der insgesamt 15 Bezirksverwaltungen (BV) – in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam. Von Angermünde bis Zossen überzog das MfS die Region Brandenburg mit insgesamt 40 Kreisdienststellen (KD) und einer Objektdienststelle (OD) zur Überwachung des Gaskombinats »Schwarze Pumpe« bei Hoyerswerda/Wojerecy. Neben dieser Struktur werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter (HM) des MfS sowie das umfangreiche Netz der inoffiziellen Mitarbeiter vorgestellt.

Die Methoden und ihr Einsatz

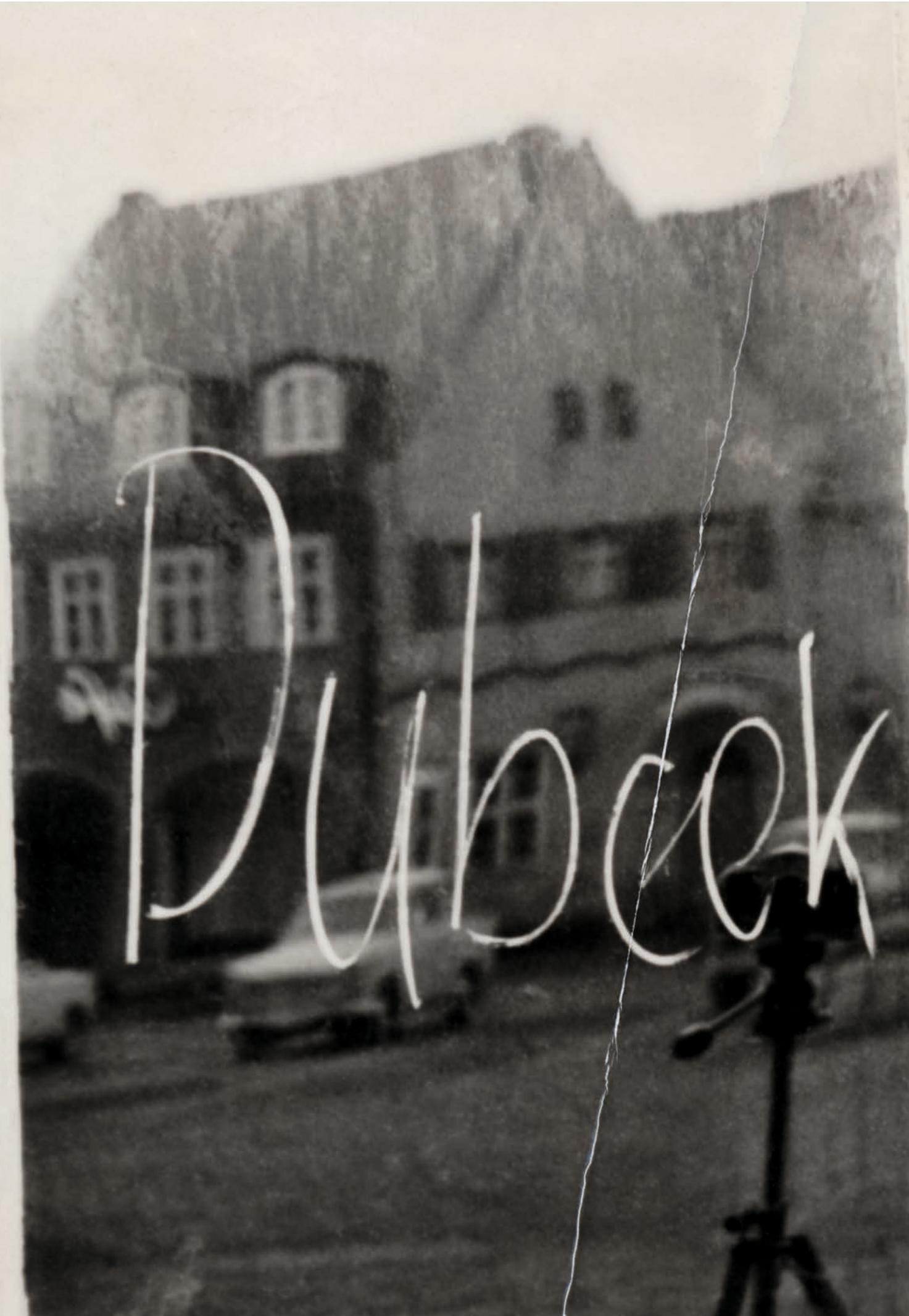
In diesem Kapitel werden die Methoden der Staatssicherheit beleuchtet. Um die Bevölkerung zu überwachen, Systemkritik im Vorfeld zu unterbinden und »feindlich-negative Handlungen« zu ahnden, entwickelte die Geheimpolizei eine ganze Reihe verdeckter und zunehmend subtiler Maßnahmen – von der Postkontrolle bis hin zu geheimen Verhören. Die Länderstudie macht deutlich, dass die Stasi in allen Bereichen aktiv war: in der Volkswirtschaft, im sportlichen Bereich, in den Kirchengemeinden oder bei der Überwachung der polnischen Grenze. Das Vorgehen der Stasi gegen abweichendes Verhalten wird zudem am Beispiel des Militärgefängnisses Schwedt, das dem Ministerium des Innern unterstand, thematisiert.

Das Ende

Das letzte Kapitel der Studie widmet sich dem Ende der SED-Herrschaft und der Auflösung der Staatssicherheit. Seit Mitte der 1980er-Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch auch durch politische Reformen in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten bedroht. Die wirtschaftlich prekäre Lage und der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach mehr Freiheiten – vor allem nach Reisefreiheit – setzten Prozesse in Gang, die Partei und Stasi nicht mehr aufhalten konnten. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und die Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik wurden nach und nach geöffnet. Das Aufbegehren der Bevölkerung gegen das SED-Regime und seine Geheimpolizei hatte ab Oktober 1989 auch Brandenburg erfasst, Protestzüge und Demonstrationen fanden immer mehr Zulauf. Das Aus für die Staatssicherheit in Brandenburg kündigte sich endgültig in den Morgenstunden des 4. Dezember 1989 an, als Bürgerinnen und Bürger die Rathenower Kreisdienststelle besetzten, die Vernichtung von Akten stoppten und die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei sicherten.

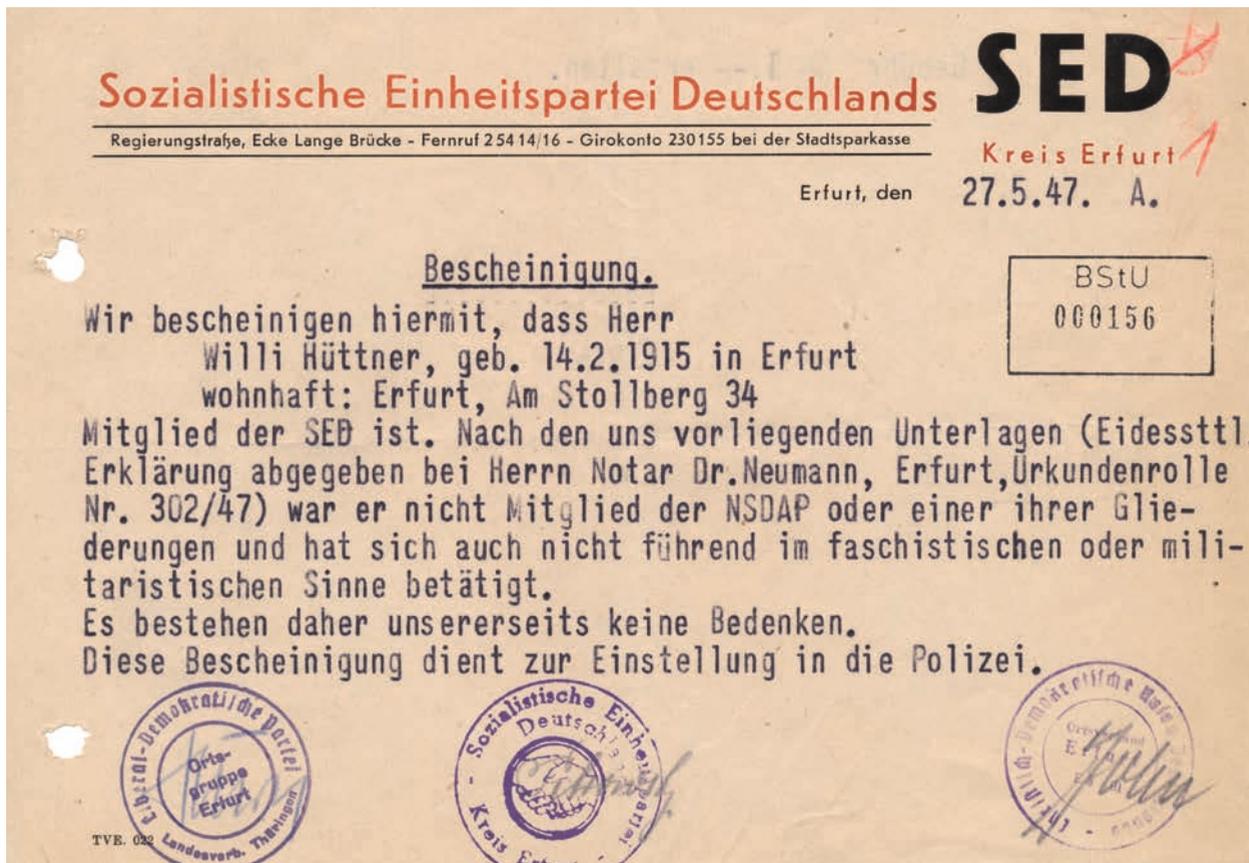


> Internationale Geheimdienstbeziehungen pflegte die Stasi auch in der Gedenkstätte Seelower Höhen: Der Frankfurter BV-Leiter Herbert Stöß und Mielke-Stellvertreter Bruno Beater (vordere Reihe, 3. und 1. v.l.) begleiten eine Delegation des kubanischen Geheimdienstes zur Kranzniederlegung. 1975
BStU, MfS, SdM, Fo, Nr. 279, Bild 5



Die Zäsuren

> »Dubček«-Lösung am Fenster des ehemaligen Abschnittsbevollmächtigten beim Rat der Stadt
in Senftenberg. 22.8.1968
BStU, MfS, BV Cottbus, KD Senftenberg, Nr. 1069, Bl. 43 (Ausschnitt)



> Bescheinigung über Hüttners SED-Mitgliedschaft zur Einstellung bei der Polizei Frankfurt (Oder). Bis 1947 war Hüttner in Erfurt polizeilich gemeldet. 27.5.1947

BStU, MfS, KS, Nr. 20974/90, Hüttner, Willy, Bl. 156

1945–1950

»Von einem gesunden Klassenhass getragen« – der Aufbau einer Geheimpolizei

Brandenburg wurde in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs zum Schlachtfeld.¹⁰ Mit dem Ziel, Berlin einzunehmen und die deutsche Wehrmacht endgültig zu schlagen, hatten sowjetische Truppen am 16. April 1945 auf breiter Front die Oder überquert. Es folgten brutale und verlustreiche Kämpfe, bis am 30. April mit der Einnahme Potsdams die Kampfhandlungen in Brandenburg weitgehend ihr Ende nahmen.¹¹

Bereits vor dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland hatten die Alliierten (Großbritannien, Sowjetunion und USA) im Februar 1945 bei der Konferenz von Jalta die Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen vereinbart – später kam eine vierte, französische, Zone hinzu. Brandenburg lag in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

Gemeinsam mit der Roten Armee war auch die »Gruppe Ulbricht« in Deutschland eingetroffen. Diese Gruppe deutscher Kommunisten um Walter Ulbricht hatte sich im Moskauer Exil jahrelang auf die Machtübernahme vorbereitet und besetzte nun planmäßig die wichtigsten Positionen der zivilen Verwaltung in der SBZ.¹² Im Juli 1945 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Bildung der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in Brandenburg an. Diese hatte ihren Sitz in Potsdam. Entscheidende Posten in Verwaltung, Justiz und Polizei wurden auch hier mit zuverlässigen deutschen Kommunisten besetzt. Für untergeordnete Tätigkeiten, beispielsweise bei der Polizei, wurden aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassene Soldaten angeworben.¹³

Der Aufstieg Willy Hüttners (Jg. 1915) begann am 20. Januar 1946. An diesem Tag trat der Kriegsgefangene im Gefangenenlager 69 in Frankfurt (Oder) in die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ein – ab April 1946 SED. Dieses Bekenntnis zum Kommunismus

mus eröffnete Hüttner, einem Zimmermann ohne Gesellenbrief, der nur die Volksschule besucht hatte, eine Karriere im sich formierenden Polizeiapparat der SBZ. Wie viele andere Männer und Frauen seiner Generation scheint der Krieg ihn entwurzelt zu haben. Mit Anfang 20 war er 1937 zur Wehrmacht eingezogen und als Kraftfahrer eines Pionierbataillons in Polen, Frankreich und der Sowjetunion eingesetzt worden. Während des Kriegseinsatzes ging seine Ehe in die Brüche und wurde geschieden. Im Frühjahr 1945 schließlich war er im letzten Aufgebot der Wehrmacht in Berlin eingesetzt. Am 2. Mai geriet er in Staaken in sowjetische Gefangenschaft. Nach zwei Jahren kam er im Mai 1947 frei. Zehn Jahre hatte er bei der Wehrmacht und in Gefangenschaft verbracht. Für ihn endete der Krieg erst jetzt. Er bewarb sich bei der Frankfurter Polizei.¹⁴

Die Sowjets stellten schon früh die Weichen für die Schaffung einer politischen Polizei in der SBZ, um den Aufbau der kommunistischen Diktatur abzusichern.¹⁵ Abteilungen zur Verfolgung politischer Kriminalität entstanden innerhalb der Polizei und erhielten nach einem Vereinheitlichungsprozess Anfang 1947 in allen Ländern der SBZ die Bezeichnung »K 5«. Diese Abteilungen waren mit Deutschen besetzt und faktisch der jeweiligen SMA des Landes unterstellt.

In Brandenburg ging der Aufbau, anders als beispielsweise in Sachsen, nur schleppend voran, weil qualifiziertes Personal fehlte. Von 251 Planstellen für K 5-Mitarbeiter (1947) wurden circa 200 mit Polizisten besetzt, bei denen es sich meist um aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassene Soldaten handelte.¹⁶ Sie waren unerfahren, schlecht ausgebildet und aufgrund ihrer Kriegsprägungen oftmals brutal, manchmal auch korrupt. Doch diejenigen Neu-Polizisten, die den sowjetischen Vorgesetzten Ergebnisse lieferten und die gewünschte politische Haltung zeigten, konnten unter diesen Umständen schnell aufsteigen.¹⁷

Willy Hüttner wurde am 1. Juni 1947 als Wachmeister bei der Frankfurter Schutzpolizei eingestellt. Im Oktober 1947 nahm er an einer zweiwöchigen politischen Schulung zu den Klassikern des Marxismus-Leninismus – zu dieser Zeit: Marx, Engels, Lenin und Stalin – auf der Kreispartei- und Kreisschule teil, welche der

einzigste Lehrgang seiner Laufbahn bleiben sollte. Schon ab September 1947 war er Mitglied der »Arbeitsgruppe Ermittler, Vernehmer« beim »Untersuchungsorgan 201« der K 5 in Frankfurt geworden.¹⁸

Diese auf der Grundlage des Befehls Nr. 201 der SMAD arbeitende Abteilung war vordergründig für die Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen zuständig. Sie hatte weitreichende Befugnisse: So konnte sie Verhaftungen auf der Grundlage eigener Haftbeschlüsse vornehmen und die Anklageschriften für Gerichtsverfahren selbst ausfertigen. Von ihr wurden auch V-Leute angeworben und umfangreiche Karteien zu Beschuldigten, Tätern, Mittätern und Zeugen angelegt. Der Befehl 201 erlaubte der K 5 aber auch und vor allem die Verfolgung von oppositionellen Aktivitäten. Eine weitgefaste Interpretation des Befehls ergab Tatbestände wie »antidemokratische Tätigkeiten« oder »Verstöße gegen die demokratische Neuordnung«, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hatten, wohl aber den Kampf gegen politische Gegner der SED ermöglichten.¹⁹

**1949 hatte die
»Hauptverwaltung zum Schutz
der Volkswirtschaft« in der SBZ
1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.**

Trotzdem handelte es sich bei der K 5 nach dem kommunistischen Verständnis noch nicht um eine genuine politische Geheimpolizei. Diese wurde erst ab Frühjahr 1949 aufgebaut, nachdem der sowjetische Diktator Stalin Ende 1948 dem Drängen der SED-Führung nach mehr Eigenverantwortung nachgegeben hatte. Der Aufbau stand unter der engen Kontrolle der Sowjets und der Leitung des Vizepräsidenten der deutschen Verwaltung des Innern, Erich Mielke. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 arbeitete der Apparat zunächst unter dem Namen »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« des Ministeriums des Innern. In Brandenburg hatte dieser Vorläufer des MfS anfänglich weniger als 100 Mitarbeiter, denn nur wenige Angestellte der K 5 wurden übernommen.²⁰ Das lag vor allem daran, dass die Sowjets sich aus einem tiefen Misstrauen den Deutschen gegenüber

vorbehalten, jeden Kandidaten streng auf politische Zuverlässigkeit zu prüfen und im Zweifel abzulehnen. Auf der Grundlage eines Gesetzes vom 8. Februar 1950 wurde dieser Apparat zu einem selbstständigen Ministerium für Staatssicherheit aufgewertet.²¹

Das MfS verfügte 1950 über 2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.

Damit verfügte das SED-Regime nun theoretisch über ein machtvolleres Mittel zur Absicherung seines Staats. Tatsächlich wurde das MfS noch bis Ende der 1950er-Jahre von sowjetischen Offizieren gesteuert, sogenannten »Instruktoren« und »Beratern«. Wegen des weiter bestehenden Personalmangels ging der Aufbau der Stasi in Brandenburg nur langsam voran:

Hatte die Landesverwaltung 1950 Schätzungen zufolge 200 Mitarbeiter, waren es 1952 nach einer Werbungskampagne 700 bis 800 Mitarbeiter in der Landesverwaltung und den Kreisdienststellen.²² Die Länderverwaltung des MfS in Brandenburg hatte ihren Sitz in Potsdam. Mit der Auflösung der Länder und der Errichtung der Bezirksstruktur in der DDR im Jahr 1952 gab es drei Bezirksverwaltungen des MfS auf dem Gebiet Brandenburgs: Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam.

Willy Hüttner hatte sich offenbar im Dienst der K 5 in Frankfurt (Oder) bewährt: Im Oktober 1949 wurde er zur »Landesverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« nach Potsdam versetzt. Dort baute er 1950/51 als Abteilungsleiter zunächst die Abteilung X (Fahndung) und anschließend die Abteilung III (Volkswirtschaft) auf. Eine Beurteilung von 1951 bescheinigte

Dienstausweis
 Nr. LB 0424
 Gültig bis 31.12.1949
 Kriminaldienstmarke Nr. 770
 000248
 Unterschrift des Inhabers
 Herr/Frau/Erl. Hüttner, Willy
 geb. 14.2.15 in Erfurt
 Dienstgrad: Volkspolizeihauptwachmeister
 Dienstort: Frankfurt/Oder
 steht im Dienste der Polizeibehörde: des Landes Brandenburg
 Landespolizeibehörde Brandenburg
 Chef der Landespolizei
 Im Auftrage:
Frankfurt/Oder, den 28.6. 1949

Службное удостоверение
 № д. 90 0424
 Действительно до 31.12.1949 г.
 оригинальный служебный жетон № 470
 Подпись владельца
 Г-н/Г-жа Хüttнер, Вилли
 род. 14.2.15 в Эрфурт
 Звание: глав. вахмистр Народ. Полиции
 Место службы: Франкфурт/Одер
 Состоит на службе в полицейском учреждении:
Земли Brandenburg
 в должности:
 Земельно-полицейское учреждение: Франкенбург
 Начальник Земельной Полиции
 П. П.
Франкенбург, место 28.6. 1949

ihm, dass er »der beste operative Mitarbeiter der Verwaltung [Brandenburg]« sei. Gleichzeitig offenbarte die Beurteilung auch, worauf es eigentlich ankam: »Über tieferes theoretisches Wissen verfügt er nicht. Seine Arbeit zeigt aber, dass er politisch denkt und vor allen Dingen klassenbewusst ist. Seine ganze Haltung spricht davon, dass er treu und zuverlässig zur Partei und zu unserer Staatsordnung steht.«²³

1954, nur sieben Jahre nach seinem Dienstantritt als einfacher Wachtmeister, wurde er zum Oberst befördert und war nun Leiter der Hauptabteilung IV (Wirtschaftsspionage) der Auslandsspionage (ab 1956 HV A) in der Berliner MfS-Zentrale.²⁴ Wegen einer Affäre mit seiner Sekretärin verlor er diesen Posten 1959, wurde degradiert und zur BV Groß-Berlin versetzt.²⁵ Hier war er als Stellvertreter des BV-Leiters für die Durchführung des Baus der Berliner Mauer mitverantwortlich. Anschließend leitete Hüttner in der BV eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Fluchtversuchen über die anfänglich noch nicht hermetisch abgeriegelte Mauer-Grenze und war für die Verheimlichung von tödlichen Grenzvorfällen vor der Öffentlichkeit zuständig.²⁶

1964 wechselte Hüttner in den Stab von Bruno Beater (1914–1982), des 1. Stellvertreters von Stasi-Minister Erich Mielke. Dieser kannte Hüttner noch aus der gemeinsamen Zeit bei der Länderverwaltung Brandenburg. »Verdiente« Mitarbeiter wie Hüttner und Beater richteten sich in ihrer kaum anfechtbaren Position im SED-Staat ein und nutzten diese auch für private Zwecke. So verhalf Beater einem erwachsenen Stiefkind Hüttners zu einem Medizinstudium: Auf sein Betreiben delegierte das MfS das Kind zum Studium, der Arbeitgeber hatte dies abgelehnt. Hüttners Kind war allerdings weniger loyal zu seinem Gönner MfS als sein Vater: Es flüchtete 1969 aus der DDR.²⁷ Anders als bei anderen Stasi-Mitarbeitern hatte dieser Vorfall für den verdienten Kämpfer Hüttner keine negativen Folgen. Vielleicht auch, weil der mächtige Bruno Beater darin verwickelt war.

Willy Hüttner ist mit seinem Lebenslauf ein gleichsam prototypischer Vertreter der Stasi-Mitarbeiter der ersten Stunde. Seine völlig unzureichende Bildung und Ausbildung – er hatte 1947 nur einen zweiwöchigen Crashkurs zur Ideologisierung erhalten – spielten



> Willy Hüttner. 1970
BStU, MfS, KS, Nr. 20974/90, Willy Hüttner, Bl. 250

für seine Karriere keine Rolle. Ausreichend waren Arbeitseifer, Loyalität, Skrupellosigkeit, Opportunismus und ein, zumindest nach außen gezeigtes, unerschütterliches kommunistisches Weltbild. Hinzu kam anscheinend ein Talent, Seilschaften zu knüpfen, die ihm Vorteile verschafften. So konnte sich der kleine Wehrmachtssoldat Hüttner nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft als Gehilfe und Träger des SED-Systems profilieren und wurde dafür mit dem Aufstieg zum hohen Offizier belohnt. Aus gesundheitlichen Gründen ging Willy Hüttner 1973 in Rente, noch unmittelbar vor Renteneintritt und damit versorgungsrelevant wurde er wieder zum Oberst befördert.

MtSc



> Demonstrationzug von Niemeck nach Belzig (in der Mitte des Bildes Karl-Heinz Pahling). 17.6.1953
BStU, MfS, BV Potsdam, StA, Nr. 5187, Bd. 1, Bl. 81, Bild 1

1953

Eine Biografie des 17. Juni zwischen SS-Mitgliedschaft und Streikleitung

Mehrere Tage hielt sich Karl-Heinz Pahling (Jg. 1927–1999) in Niemeck versteckt, dann stöberten ihn die DDR-Sicherheitskräfte doch auf. Anderthalb Wochen nach dem 17. Juni 1953 meldete die Polizei aus Belzig, gemeinsam mit dem Staatssicherheitsdienst den »Hauptträdelsführer« Pahling in der Nacht zum 26. Juni festgenommen zu haben.²⁸ Der Vorgang schien zunächst kaum anders gelagert als eine Vielzahl von Verhaftungen, mit denen die staatlichen Sicherheitskräfte im Bezirk Potsdam auf den Volksaufstand reagierten.

Der 26-jährige Karl-Heinz Pahling, als Gleisbauer bei der Bau-Union in Niemeck beschäftigt, fand sich am Morgen des 17. Juni mit mehr als 100 Kollegen zum Streik und zur Demonstration zusammen. Über den West-Berliner Radiosender RIAS hatten sie von den Protestaktionen in Ost-Berlin erfahren. Mehr als drei Viertel aller örtlichen Arbeiter, Angestellten und Handwerker schlossen sich dem Protestzug an; hinzu kamen Bauern der umliegenden Ortschaften.

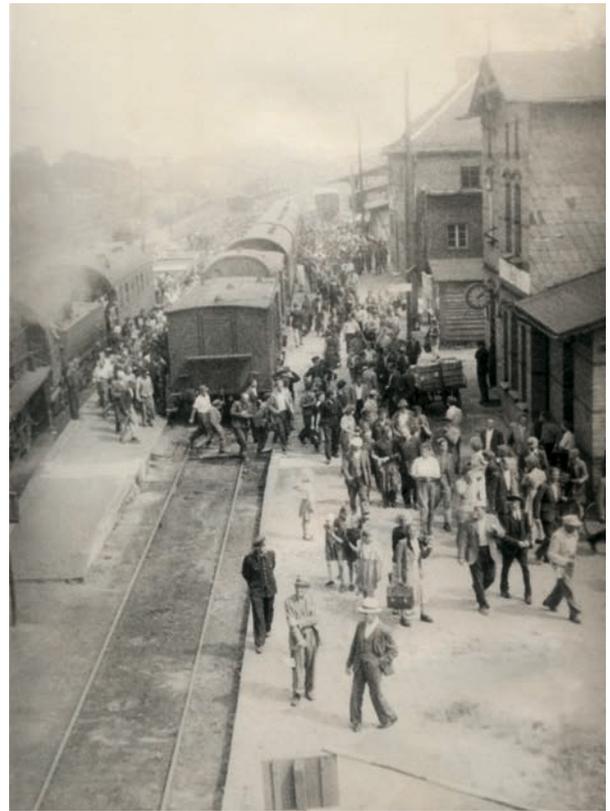
Herbeigeeilte Funktionäre der örtlichen SED-Kreisleitung (KL) scheiterten mit dem Versuch, die Menge zu beruhigen – knapp 1 000 Demonstranten machten sich zur Kreisverwaltung ins elf Kilometer entfernte Belzig auf. Karl-Heinz Pahling war in das vierköpfige Streikkomitee gewählt worden, führte den Protestzug mit an und trug vor der Belziger Kreisverwaltung die Forde-

rungen der Demonstrierenden vor. Zwischenzeitlich drohte die Situation zu eskalieren: Es kam zu Übergriffen auf Funktionäre und zur Konfrontation mit angerückten Soldaten der Roten Armee – Warnschüsse fielen. Die ostdeutschen Sicherheitskräfte schienen sich an diesem Tag im Hintergrund zu halten und sich mit der Beobachtung der Szenerie zu begnügen. In den Tagen darauf reagierten sie jedoch mit einer Welle von Festnahmen. Pahling entwischte zunächst. Die Festnahme in der Nacht zum 26. Juni 1953 sollte sein Leben nachhaltig prägen. Das erklärt sich jedoch keinesfalls ausschließlich aus den Ereignissen des 17. Juni.²⁹

Die Stasi übernahm seinen Fall und leitete ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein – weil er »der Rädelführer an den verbrecherischen Vorkommnissen in Niemegek und der Organisator der sogenannten Demonstration von Niemegek nach Belzig« gewesen sei. Geheimpolizisten brachten ihn, an den Händen gefesselt und mit verbundenen Augen, in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt nach Potsdam. Ohne dass seine Verwandten davon erfuhren, verschwand er als Häftling »Nr. 101« in Einzelhaft – in einer kleinen Zelle mit blanker Holzpritsche. Sichtblenden versperrten ihm den Blick aus der Zelle. Die Verpflegung war schlecht, die hygienischen Zustände katastrophal, der Hofgang an der frischen Luft blieb Pahling verwehrt.³⁰

Als rechtliche Grundlagen ihrer Ermittlungen zog die Stasi zwei »Gummiparagrafen« heran: die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats und den Artikel 6 der DDR-Verfassung. Unter deren weite Auslegung fielen u. a. Straftaten wie Propaganda für Nationalsozialismus und Militarismus sowie Boykott-, Mord- und Kriegshetze. Diese Vorwürfe ermöglichten deutlich höhere Strafen als z. B. der Paragraf 125 des DDR-Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch).

Nach seiner Verhaftung verhörten die Stasi-Offiziere Pahling mehrmals stundenlang bis nach Mitternacht. Die Vernehmer befragten ihn zu den Ereignissen am 17. Juni, beteiligten Personen sowie vermeintlichen Auftraggebern, Organisatoren und Verbindungen zu »Dienststellen« und »verbrecherischen Organisationen« im Westen. Zudem interessierte die Vernehmer Pahlings Biografie vor dem Volksaufstand. Denn Pahling gab an, ab November 1944 der Waffen-SS angehört zu haben, in Bayern bis zum Mai 1947 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen und erst Ende



> Ankunft der Demonstrierenden am Bahnhof Belzig. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Potsdam, AP 1814/79, Bl. 18, Bild 3

1951 zurück zu seinen Eltern in die DDR gegangen zu sein. Auch heute zugängliche Dokumente zu seiner US-amerikanischen Kriegsgefangenschaft belegen, dass Pahling bis zum Frühjahr 1945 in der Waffen-SS als Panzergrenadier in der paramilitärischen SS-Leibstandarte »Adolf Hitler« gedient hatte. Die Stasi spitzte ihre Ermittlungen auf diesen Aspekt zu: Das Protokoll einer fünfstündigen nächtlichen Vernehmung umfasste lediglich zwei Seiten und hielt vor allem Pahlings NS-Vergangenheit und das RIAS-Hören der Niemecker Bauarbeiter fest.³¹ Das passte zum Bild der Staatssicherheit und der Staatsanwaltschaft vom Volksaufstand am 17. Juni 1953, der – so wollten Partei- und Staatsführung glauben machen – als »faschistische Provokation« und »Tag X« zum Sturze der SED-Herrschaft aus dem Westen in die DDR getragen worden sei.³²

Am 19. August 1953 verurteilte das Bezirksgericht Potsdam unter Vorsitz von Oberrichter Hermann Wohlgethan Karl-Heinz Pahling zu einer vergleichsweise drastischen Strafe von zehn Jahren Zuchthaus.

Potsdam, den 3.7. 1953
 Beginn der Vernehmung: 10.00 Uhr
 Ende der Vernehmung: 17.15 Uhr



VERNEHMUNGSPROTOKOLL

des Beschuldigten

PAHLING, Karl-Heinz
 geb. 5.2. 1927 in Vinzelberg
 Krs. Gardelegen
 Beruf: ohne, zuletzt tätig als Gleisbauer
 wohnhaft Stendal, Röxerstr. 59

Frage: Unter welchen Losungen und Forderungen wurde der Streik auf Ihrer Baustelle durchgeführt ?

Antw.: Es wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Zwei Kollegen unseres Betriebes, die wegen politische Deliktcs verurteilt wurden, sofort aus der Haft zu entlassen.
2. Das Spitzelsystem im allgemeinen abzuschaffen.
3. Beseitigung der Betriebsparteiorganisation.
4. Sofortige Freilassung sämtlicher Steuerschuldner sowie derjenigen Bauern, die durch die Gerichte wegen Nichterfüllung ihres Abgabesolls verurteilt wurden.
5. Beseitigung des Normensystems und Einsatz der Normensachbearbeiter bei der produktiven Arbeit.
6. Schutz der Organisatoren der Streikbewegung vor den staatlichen Organen.
7. Beseitigung unserer jetzigen Regierung.
8. Beseitigung der Zonengrenzen und Durchführung freier und geheimer Wahlen.
9. Senkung der HO-Preise um 40 %.

Forderungen zum bewaffneten Aufstand wurden nicht gestellt.

Frage: Welches waren die Motive des Streiks ?

Antw.: Die Motive des Streiks waren Senkung der Normen und Senkung der HO-Preise.

- 2 -

Karl Heinz Pahlung



> Sowjetische Soldaten und Demonstranten vor der Gaststätte »Zum Goldenen Löwen« in Belgig. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Potsdam, AP 1814/79, Bl. 23, Bild 2

In seiner Urteilsbegründung verstieg sich der Richter zu der Formulierung: »Das Ziel des Angeklagten war [es] [...], die deutsche Polizei gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu hetzen, damit einen Bürgerkrieg in Deutschland auszulösen, damit der Faschismus erneut über Deutschland hereinbrechen und die Werktätigen unterdrücken konnte. Hätte der Angeklagte sein schmutziges Ziel erreicht, so wäre über Deutschland zweifellos ein ungeheures Elend hereingebrochen, da die Verwirklichung der Pläne der Kriegsverbrecher in Westdeutschland [...] einen dritten Weltkrieg in Gefolge gehabt hätte.«³³ Pahling kam im Oktober 1953 in die Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden, im Zuge einer Amnestie erfolgte im November 1960 seine Freilassung.³⁴ Nach dem Ende der SED-Diktatur hob das Bezirksgericht Potsdam am 7. Oktober 1991 das Urteil gegen Pahling auf und rehabilitierte ihn.³⁵

Der 17. Juni 1953 war ein DDR-weites Ereignis. Hunderttausende Jüngere und Ältere, Frauen und Männer, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern sowie Parteilose, SED-Mitglieder und

Gewerkschaftler erhoben sich gegen das Regime. Mit Blick auf die Vielzahl der Orte und Teilnehmer scheint der Begriff »Volksaufstand« angemessen.

Zum Hintergrund: Im Juli 1952 hatte Parteichef Walter Ulbricht auf der 2. SED-Parteikonferenz den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« in der DDR verkündet. Zwei Vorgaben verband die SED-Führung damit: Die Festigung der deutschen Teilung und die Umgestaltung des ostdeutschen Staates (Aufbau bewaffneter Streitkräfte, Umbau der Verwaltung, der Wirtschaft und der Landwirtschaft, der Justiz und des Bildungswesens sowie Verschärfung des Kirchenkampfes). Von Stalin hatte die SED-Führung Rückendeckung erhalten, in der eigenen Bevölkerung jedoch stießen die Pläne auf Widerstand. Ausbleibende Erfolge und ständig neue Konflikte führten zu einer krisenhaften Stimmung. Mehr als eine halbe Million Menschen verließen die DDR 1952/53 gen Westen.

Dann starb Stalin am 5. März. Die Krise spitzte sich weiter zu, als Partei- und Staatsführung die Erhöhung der Arbeitsnormen zum 30. Juni 1953 beschloss – dem

60. Geburtstag von Parteichef Walter Ulbricht. Die neue sowjetische Führung schwor die SED-Spitze zwar auf einen weniger radikalen »Neuen Kurs« ein, um den ostdeutschen Staat zu stabilisieren. Doch die ungeliebte Normerhöhung sollte bleiben, ohnehin schien es zu spät für einen Kurswechsel zu sein.

»Ich bin aber der Meinung, dass ich kein Verbrechen begangen habe, denn eine Arbeiterregierung muss auch ein Arbeiterwort ertragen können.«³⁶

Für die SED-Führung war der Volksaufstand ein Schock, nur mithilfe sowjetischer Panzer konnte sie sich an der Macht halten. Wahrscheinlich bezahlten den Aufstand knapp 100 Menschen mit ihrem Leben³⁷ – vor allem Demonstranten, aber auch Partei- und Staatsfunktionäre sowie Sicherheitskräfte. In den folgenden Monaten inhaftierten insbesondere ostdeutsche, aber auch sowjetische Sicherheitskräfte knapp 15 000 Menschen. Das Gros kam wieder frei, bis Anfang 1954 ergingen knapp 1 500 Urteile – darunter zweimal die Todesstrafe, dreimal lebenslange Haft, 13 Mal zwischen zehn und 15 Jahren und 99 Mal zwischen fünf und zehn Jahren Haft.

Allein in den drei brandenburgischen Bezirken Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) kam es in mehr als 150 Ortschaften zu Protesten. Schwerpunkte waren oftmals Industriestandorte oder Großbaustellen. Die Staatssicherheit nahm im Juni 1953 im Bezirk Potsdam 215, im Bezirk Cottbus 152 und im Bezirk Frankfurt 179 Menschen fest.³⁸ Bis zum Frühjahr 1954 leitete die Stasi im Bezirk Potsdam knapp 240 Ermittlungsverfahren samt Untersuchungshaft ein, die unmittelbaren Bezug zum Volksaufstand hatten. In Haft kamen beinahe ausschließlich Männer im Alter zwischen 17 und 50 Jahren – mehr als 200 Personen. Lediglich vier Frauen wurden inhaftiert. Die Verhaftungen spiegelten den breiten Rückhalt des Aufstands in der Bevölkerung wider – Arbeiter, Landwirte, Angestellte und auch Gewerkschaftler sowie SED-Mitglieder waren darunter.

Insbesondere am Industriestandort Brandenburg an der Havel, wo 15 000 Menschen demonstrierten, die SED-Kreisleitung, das Volkspolizeikreisamt (VPKA)

und ein Gewerkschaftsgebäude belagerten sowie einen Richter und einen Staatsanwalt bei der Erstürmung des Gerichts verletzten, griffen die Sicherheitskräfte hart durch; knapp ein Fünftel aller Stasi-Verhaftungen betraf Menschen, die die Geheimpolizei mit den Ereignissen rund um den 17. Juni in Brandenburg an der Havel in Verbindung brachte. Auf 150 der Potsdamer Stasi-Ermittlungsverfahren folgte keine Haftstrafe, 26 Ermittlungsverfahren mündeten in bis zu zwölfmonatige Haft, mehrjährige Haftstrafen bis zu vier Jahren erhielten 46 Personen, acht Personen mussten fünf bzw. sechs Jahre in Haft. Die härtesten Strafen von zehn bis 15 Jahren Haft erhielten sieben Angeklagte – ihnen machte man den Mord an einem SED-Funktionär in Rathenow bzw. Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten zum Vorwurf. Die regionalen Zahlen bestätigen die DDR-weite Strategie der Sicherheitskräfte: Ging es bei der Vielzahl der Verhaftungen zunächst um die Unterdrückung des Volksaufstandes, sollten die relativ milden Strafen die labile Situation in der Folge stabilisieren helfen.³⁹

Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Erich Mielke, 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, untersagte am 24. Juni 1953 »Massenrepräsentationen« gegenüber den Festgenommenen und forderte, dass deren Schuld genau feststehen müsse, bevor es zu einer Verurteilung kommen dürfe. In den Augen der Geheimpolizei weniger gefährliche Mitläufer sollten schnell wieder freikommen.⁴⁰ Bei Partei und Staatssicherheit hinterließ der 17. Juni 1953 ein Trauma. Das SED-Politbüro stufte das Ministerium zum Staatssekretariat herab und ersetzte Minister Wilhelm Zaisser durch Ernst Wollweber. Bereits im November 1955 erhielt die Staatssicherheit allerdings wieder den Rang eines Ministeriums, Minister wurde kurz darauf Erich Mielke. Mit Mielke verbunden war dann »das Gesetz der immerwährenden tschekistischen Prosperität«⁴¹ – um einen neuen Volksaufstand zu verhindern, wuchs der Stasi-Apparat bis Ende der 1980er-Jahre stetig.⁴²

SSSt



> Gestürzte Statue Stalins vor dem Nationaltheater. Budapest, 24.10.1956
picture alliance/AP Images

1956 »SOS hilft Ungarn« – Folgen der Entstalinisierung in Brandenburg

1956 stieß die sowjetische Führung Stalin von seinem Sockel. Bis zum Februar dieses Jahres war der drei Jahre zuvor verstorbene Diktator Josef Stalin (1878–1953) noch überall im sowjetischen Einflussbereich gottgleich verehrt worden. Gemälde, Statuen, Straßen- oder Ortsnamen kündeten in jedem Winkel des Ostblocks von der Macht des sowjetischen Diktators. Doch die omnipräsente Verehrung und propagandistische Überhöhung beruhten auf Terror. Millionen Menschen hatte Stalin auf seinem Weg zur Macht foltern, hinrichten und in Gefängnisse und Arbeitslager stecken lassen. Drei Jahre nach Stalins Tod, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) am 25. Februar 1956, rechnete ihr Generalsekretär Nikita Chruschtschow (1894–1971) schonungslos

mit Stalin ab: In einer hinter verschlossenen Türen gehaltenen Geheimrede benannte er Stalins Verbrechen und verurteilte seine Terrorherrschaft. Was als Reinigung und Neuorientierung der Partei geplant war, sorgte überall im sowjetischen Einflussbereich für Krisen. Denn plötzlich traten lange brutal unterdrückte Freiheitsbestrebungen zutage, schienen tiefgreifende Reformen des Kommunismus möglich.⁴³

Nachdem der Wortlaut von Chruschtschows Geheimrede auch in der DDR bekannt geworden war, musste Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, öffentlich Stellung beziehen. Anfang März veröffentlichte er im »Neuen Deutschland« einen Artikel. Seine zentrale Aussage: »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.«⁴⁴ Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung, von der Stasi gesammelt und an die Partei- und Regierungsspitze gemeldet, waren ambivalent. SED-Mitglieder und Befürworter des Systems waren oft wie paralysiert. Was sie gestern noch für eine absolute Wahrheit gehalten hatten, war



> Chruschtschow bei seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU. 14.2.1956
Foto: ullstein bild

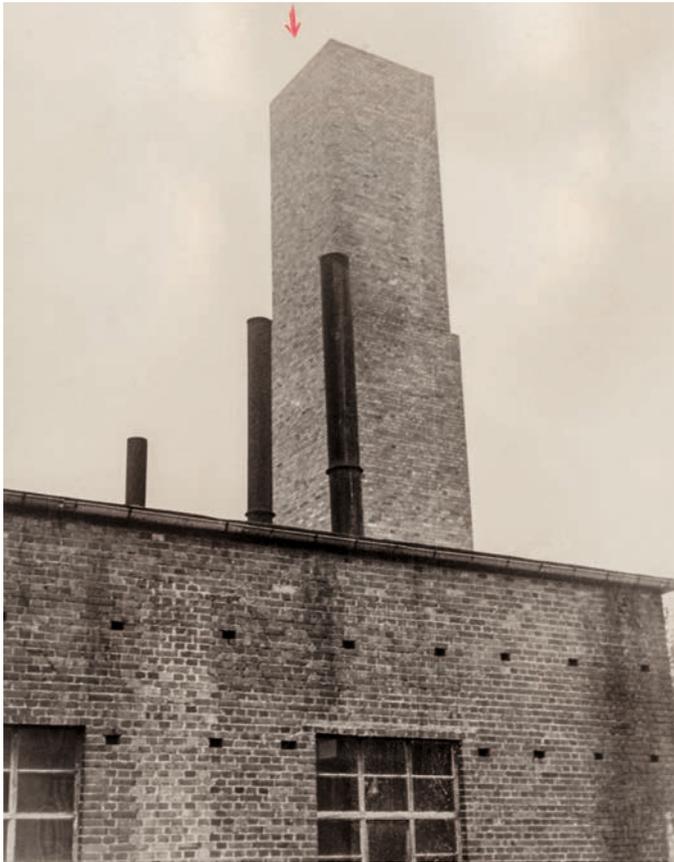
nun falsch und eine Irrlehre. Einige reagierten mit überstürzten Aktionen. So ließ ein Parteiinstrukteur der SED-Bezirksleitung Potsdam in Velten ohne Anweisung seiner Vorgesetzten Stalinbilder abhängen, »weil diese hier nichts mehr zu suchen hätten.«⁴⁵ Zweifel machten sich breit. Ein Sekretär der Nationalen Front in Beeskow erklärte: »Ulbricht habe keine Ahnung von der Wirklichkeit an der Basis. Auch der Rummel gegen Stalin geht weiter, wenn nun noch Stalinstadt umgetauft wird, dann haben wir bald wieder einen 17. Juni.«⁴⁶ In Zepernick sagte ein SED-Mitglied, »Ulbricht sei doch der Stalin der DDR.«⁴⁷

Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

Auch in anderen Staaten unter sowjetischer Vorherrschaft sorgte Chruschtschows Rede für Bewegung. Im Juni kam es im polnischen Posen zu einem Arbeiteraufstand. Er wurde zwar von der polnischen Armee blutig niedergeschlagen, doch die Lage blieb weiterhin instabil.⁴⁸ In der Folge setzte der reformorientierte Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Rückkehr des 1948 mit Stalins »Unterstützung« abgesetzten und später inhaftierten Parteivorsitzenden Władysław Gomułka (1905–1982) als Staatschef durch.

Begeistert wurde er bei einer Großkundgebung in Warschau von 500 000 Menschen begrüßt. Auch in Ungarn schienen im Herbst Reformen möglich. Am 23. Oktober 1956 war eine Demonstration von Studenten zu einem Massenprotest angewachsen, der zur Berufung des Reformers Imre Nagy (1896–1958) zum Ministerpräsidenten durch das ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen führte. Doch die von den Demonstranten erhoffte Loslösung Ungarns von der sowjetischen Vorherrschaft scheiterte. Als Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, wurde er auf Druck der Sowjetunion abgesetzt. Die sowjetische Armee griff ein, um die Lage im Sinne Moskaus in den Griff zu bekommen. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung. Der Ungarnaufstand kostete etwa 2 500 Menschenleben und zeigte, dass die Sowjets zur Anwendung äußerster Gewalt bereit waren, um ihre Vorherrschaft im Ostblock zu verteidigen und Reformbestrebungen niederzuschlagen.⁴⁹ Die Abrechnung mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU war im sowjetischen Machtbereich missverstanden worden: als Schwäche oder auch als Einladung zu Reformen. Nach dem militärischen Eingreifen in Ungarn war klar, dass die Sowjets kein weiteres »Tauwetter« mehr zulassen würden.

Die Menschen in der DDR schenkten den Behauptungen der Staatspropaganda, in Ungarn habe die Sowjetarmee eine »Konterrevolution« niedergeschlagen,



> Stasi-Fotos des Schornsteins und der schwarzen Fahne, die Scholz, Kämmerer und Labitzki auf dem Schornstein in Cottbus/Chósebuz anbrachten. 6.11.1956
BStU, MfS, AU 73/57, Bd. 1, Bl. 61

kaum Glauben. Bestürzung und Trauer machten sich breit. Selbst Schüler suchten Wege, ihr Mitgefühl mit den Ungarn öffentlich zu machen. So hefteten zwei zwölfjährige Schülerinnen in Lebus einen Zettel an die Tür ihres Klassenraums: »SOS hilft Ungarn – Russische Panzer schießen Freiheitskämpfer nieder.«⁵⁰ In Betrieben, Universitäten und Schulen kam es zu spontanen Schweigeminuten zum Gedenken an die Opfer.⁵¹

Am 5. November 1956, einem Montag, fuhr eine Brigade von Heizungsmonteuren wie üblich in aller Frühe mit dem Zug nach Cottbus/Chósebuz. Sie würden dort bis Freitag auf Montage bleiben, um die Heizungsanlage für den im Aufbau befindlichen Cottbusser Militärflugplatz zu errichten.⁵² Zu fünft waren sie in Dresden aufgebrochen, in Senftenberg stiegen noch drei Kollegen zu. Schnell kam ihr Gespräch auf die heftigen Kämpfe in Ungarn. Aus westlichen Radiosendern hatten sie von den vielen Toten erfahren und waren schockiert. Sie fühlten mit den Opfern des Aufstands und befürworteten deren Kampf gegen die kommunistische Diktatur. Denn auch sie selbst litten

unter den schlechten Lebensverhältnissen und der politischen Bevormundung in der DDR; zumal einige von ihnen bereits in West-Berlin gewesen waren und dort das freie Leben und vor allem die vollen Auslagen in den Geschäften gesehen hatten.

Irgendwann auf dieser Zugfahrt müssen sie gemeinsam den Entschluss gefasst haben, selbst ein Zeichen zu setzen und im Gedenken an die Opfer eine schwarze Fahne zu hissen.⁵³ Angekommen in Cottbus/Chósebuz machten sich sechs von ihnen – drei fuhren mit dem Fahrrad – zu Fuß auf den Weg zu ihrer Unterkunft in der Sielower Landstraße. Unterwegs kamen sie an einem Stoffgeschäft vorbei und kauften gemeinsam 2 Meter schwarzen Stoff, um daraus die Fahne herzustellen.⁵⁴

Tags darauf, am 6. November um 6.30 Uhr, entdeckte ein Bauarbeiter am 30 Meter hohen Schornstein des Heizhauses eine schwarze Fahne. Sofort befahl ein Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA), die Fahne herunterzuholen. Anschließend informierte er die Dienststelle der Stasi-Hauptabteilung I/5, zuständig

E 489 V

Präsident
Deutscher Demokratischer Republik

1. Feb. 1957
30.1.57 131320

Geschäftszeichen
BStU
000025

Kreis [REDACTED]

An den
Herrn Staatspräsidenten der
Deutschen Demokratischen Republik

Berlin-Niederschönhausen
Ossietzkystraße

Hochverehrter Herr Staatspräsident!

In größter seelischer Not wende ich mich als Mutter an Sie und erbitte mir Ihre Hilfe.

Am 13. November 1956 ist mein 18jähriger Sohn der als Rohrleger in Cottbus beschäftigt war, verhaftet worden. Mir ist das mit Schreiben vom 15.11.1956 durch den Herrn Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik mitgeteilt worden. Seit der Verhaftung fehlt mir jede Verbindung zu ihm. Mein Sohn ist erst 18 Jahre alt. Er ist durch mich und meinen Ehemann zu einem anständig denkenden und handelnden Menschen erzogen worden. Sein Bruder ist einer von jenen tapferen Bergmännern gewesen, die sich im Jahre 1954 bei dem großen Grubenbrand in Niederschlema für einige Tage selbst eingemauert hatten.

Ich bin der Meinung, daß es von den Organen unseres Staates nicht richtig ist, mich ohne jede Verbindung zu meinem Sohne zu lassen.

Ich bin keine Gegnerin unseres Staates und würde niemals versuchen meinem Sohn auf unrechter Weise zu helfen. Mir ist es deshalb unerfindlich, daß ich als Mutter nicht einmal die Gelegenheit erhalte, meinen Sohn zu sprechen oder zu schreiben. Ja, ich weiß nicht einmal wo sich mein Sohn befindet.

Ich bitte Sie deshalb, hochverehrter Herr Staatspräsident zu veranlassen, daß ich als Mutter Gelegenheit bekomme, mit meinem Sohn in Verbindung zu treten.

Für Ihr hochherziges Handeln sage ich Ihnen jetzt schon meinen herzlichen Dank.

Hochachtungsvoll!

[REDACTED]

- 2. Feb. 1957

für die Luftstreitkräfte der NVA, auf dem Flugplatz Cottbus.⁵⁵ Sie nahm gemeinsam mit der BV Cottbus (S. 149) die Ermittlungen auf.⁵⁶

Der Verdacht fiel zunächst auf die im Heizhaus beschäftigten Heizer. Doch einer von ihnen, von der Stasi als »SED-Mitglied und zuverlässig« bezeichnet, gab an, er habe am 5. November abends dort gearbeitet, zwei der Heizungsmonteur gesehen und später vom Schornstein her ein Flattern gehört.⁵⁷ Damit war der Verdacht auf die Heizungsmonteurs-Brigade gefallen. Drei der Monteur, Gerhardt Scholz⁵⁸ (Jg. 1932), Kurt Kämmerer (Jg. 1938) und Ewald Labitzki (Jg. 1937) hatten am späten Nachmittag des 5. Novembers im Offizierskasino gezecht und lautstark über die schlechte wirtschaftliche Lage in der DDR diskutiert. Schließlich hatten sie gemeinsam das Kasino verlassen. Ein NVA-Offizier hatte sie die ganze Zeit über beobachtet.⁵⁹

Vom Kasino aus gingen die drei angetrunkenen Kollegen zurück zur Baustelle, wo sie den schwarzen Stoff deponiert hatten. Die drei nahmen nun den Stoff, eine Latte und Draht und fertigten die Fahne. Anschließend gingen sie zum Heizhaus. Gerhardt Scholz kletterte den Schornstein hinauf und brachte die Fahne oben an.⁶⁰ Danach machten sie sich zu ihrer Unterkunft auf, wo sie ihren Kollegen von ihrer Tat berichteten.

Die Ermittlungen der Stasi nahmen einige Tage in Anspruch. Am 13. November erfolgten schließlich die Verhaftungen von Scholz und Kämmerer.⁶¹ Einzig Ewald Labitzki entzog sich seiner Verhaftung: Kämmerer sagte aus, dass er mit seinem Cousin Labitzki am 11. November abends eine Kirmes besucht habe. Da sei Labitzkis Vater auf seinen Sohn zugekommen und habe ihn gewarnt, die Polizei würde ihn suchen. Dieser reagierte sofort, lieh sich von Kämmerer 300 Mark, setzte sich auf sein Fahrrad und verschwand. Er flüchtete nach West-Berlin,⁶² Scholz und Kämmerer jedoch blieben.

Am 22. Februar 1957 wurde Scholz und Kämmerer vor dem Bezirksgericht Dresden, das für ihre Wohnorte zuständig war, der Prozess wegen »Boykotthetze« (Artikel 6 der Verfassung der DDR) gemacht.⁶³ Scholz erhielt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, Kämmerer kam mit einem Jahr davon. Die Kollegen, die mit ih-

nen gemeinsam den Stoff für die Fahne gekauft hatten und von der Tat wussten, wurden dagegen nicht weiter verfolgt. Die Beweisführung vor Gericht beruhte nicht auf Beweisen und auch nur eingeschränkt auf Zeugnisaussagen, denn mehr als das den Tatgegenstand – die schwarze Fahne – legte die Anklage nicht vor. Es waren vielmehr die Aussagen der Verhafteten selbst, die für ihre Verurteilung ausschlaggebend waren.⁶⁴ Dieses Vorgehen war bei der Stasi üblich. Die Beschuldigten wurden häufig so lange befragt – in diesem Fall bis Mitte Dezember 1956 –, bis sie sich selbst soweit belasteten, dass es für eine Verurteilung ausreichte. Die in den Stasi-Akten überlieferten Vernehmungprotokolle wurden von den Vernehmern schon mit Blick auf eine Verwendung vor Gericht niedergeschrieben. Den tatsächlichen, von psychischem Druck geprägten Ablauf dieser stundenlangen Verhöre geben sie nicht wieder.⁶⁵

Am Ende des Jahres 1956 betrachtete sich Walter Ulbricht als Sieger. Die vorsichtige Öffnung, die es in vielen Staaten im sowjetischen Machtbereich gegeben hatte, hatte seiner Auffassung nach zu Unruhen und einer Destabilisierung der kommunistischen Herrschaft geführt. Nach dem Ungarnaufstand kehrte einstweilen »Ruhe« ein. Diese Phase nutzte Ulbricht, um »Revisionisten« wie den Philosophen Wolfgang Harich (1923–1995) und den Verleger Walter Janka (1914–1994) als Mitglieder einer »konterrevolutionären Gruppe« verhaften zu lassen. In den Jahren 1957 und 1958 drängte er seine innerparteilichen Widersacher Karl Schirdewan (1907–1998) und Stasi-Minister Ernst Wollweber (1898–1967) aus ihren Funktionen. Damit erreichte Ulbricht, ausgehend von einem Tiefpunkt im Jahr 1956, in den folgenden Jahren den Zenit seiner Macht. Erst 1961 beseitigte die SED die Reste des Stalinkults endgültig aus der Öffentlichkeit der DDR, Stalinstadt wurde zu Eisenhüttenstadt und die Denkmäler des einstmals vergötterten Sowjetführers verschwanden aus den Städten.⁶⁶

MtSc



> Grenzschießung zwischen Kleinmachnow und Berlin-Düppel. 13.8.1961
Deutsches Historisches Museum, GOS, Nr. BA 104160

1961

»Es ist eine Schweinerei, dass man nicht mehr nach Berlin fahren kann«

Am Mittwoch, den 9. August 1961 trat das »Berlin Watch Committee« – eine geheimdienstübergreifende Kontrollgruppe, welche die Aktivitäten der amerikanischen Dienste in Berlin koordinierte und frühzeitig feindliche Militäraktionen erkennen sollte – zu seinem wöchentlichen Treffen zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Frage, wie weit die DDR-Führung gehen würde, um die Fluchtwelle in den Westen zu stoppen. Zwar gab es Hinweise auf eine bevorstehende Grenzschießung, die entsprechenden Quellen wurden jedoch als unzuverlässig eingestuft. Die meisten Anwesenden vertraten die Meinung, dass eine vollständige Abriegelung der DDR schon allein

technisch nicht möglich wäre. Eine zur gleichen Zeit in Paris stattfindende Konferenz des britischen, amerikanischen, sowjetischen und französischen Außenministers war sich sogar einig, dass erst im Herbst mit drastischen Aktionen der DDR zu rechnen sei.⁶⁷ Doch sie alle täuschten sich. Denn zu jenem Zeitpunkt waren schon rund 400 Lastwagen in der DDR unterwegs. Sie transportieren das für die Grenzschießung benötigte Material. Um ihr eigentliches Ziel – Berlin – zu verschleiern, fuhren sie nicht in Kolonnen und nahmen zahlreiche Umwege.⁶⁸

Am 13. August 1961 meldete der West-Berliner Radiosender RIAS kurz nach Mitternacht überraschend die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin. Der RIAS, der über die stärksten Sender in Europa verfügte, stellte sein Programm auf ernste Musik und viertelstündliche Nachrichten um, um über die aktuellen Geschehnisse zu informieren.⁶⁹

Auch Wilfried Grün (Jg. 1940) aus Fürstenwalde/Spree hörte, als er gegen 10.45 Uhr sein Radio anstellte, den RIAS. Dort erfuhr er, dass die Sektorengrenze in Berlin geschlossen und es nicht mehr möglich sei, nach West-Berlin zu gelangen.⁷⁰ Wilfried Grün wurde wütend, weil ihn an diesem Tag seine Freundin aus Berlin-Lichtenberg besuchen wollte. Nun war er sich unsicher, inwieweit kurzfristig auch der Zugverkehr eingeschränkt wurde und ob es seiner Freundin gelingen würde, Berlin zu verlassen.⁷¹

Grün beschloss, seinen Freund Heinz Horn zu besuchen. Als Horn sich im Gespräch darüber wunderte, dass sich »die Feuerwehr im Doppelposten« in Fürstenwalde/Spree auf Abruf bereithielt, erzählte Wilfried Grün verärgert, was der RIAS berichtet hatte und machte seinem Ärger Luft: »Es ist eine Schweinerei, dass man nicht mehr nach Berlin fahren kann, das ist große Scheiße. Wer weiß, was sich der da oben (gemeint ist W. Ulbricht)⁷² ausgedacht hat, das Schwein.«⁷³

Bereits einen Tag später, am 14. August 1961, durchsuchte die Stasi Grüns Wohnung, führte eine Leibesvisitation durch und begann mit Verhören. Sie protokollierte, dass Grün sofort gestanden und seine Aussagen bereitwillig wiederholt habe. Gleichzeitig verhörte das MfS Heinz Horn. Er sagte aus, dass sich sein Freund negativ über den Mauerbau geäußert habe. Und obwohl er die Worte Grüns nur in abgeschwächter Form wiedergab, beschrieb er ihn dennoch als eine Person, die »nie für die Deutsche Demokratische Republik etwas übrig«⁷⁴ gehabt habe und regelmäßig nach West-Berlin fahre, um sich Filme anzusehen und Literatur zu besorgen. Das MfS sah sich in seiner Annahme bestätigt, dass Wilfried Grün systematisch gegen die DDR »hetze«.

Kaum 24 Stunden später saß Wilfried Grün in der Oderstraße in der Untersuchungshaftanstalt der BV Frankfurt (Oder) (📍 S. 150). In den nun folgenden Verhören warf die Stasi ihm zusätzlich vor, Mitglied der Jugendgruppe »Die Tiger« zu sein. Diese stand im Verdacht, in Fürstenwalde/Spree mehrere Einbruchsdiebstähle begangen zu haben.⁷⁵ Grün kannte zwar einige der Jugendlichen, bestritt aber, dass es eine solche Gruppe gebe und dass er Mitglied sei.⁷⁶ Da die Stasi keine Beweise für die Existenz der Jugendgruppe fand, ließ sie die Ermittlungen in diese Richtung ruhen.

Das Bezirksgericht Frankfurt (Oder) verurteilte Wilfried Grün am 23. August wegen § 19 des Strafrechtsergänzungsgesetzes (Staatsgefährdende Hetze und Propaganda) zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft.⁷⁷ Diese verbüßte er in der Strafvollzugsanstalt Zwickau sowie in den Haftarbeitslagern Oelsnitz und Roßleben.⁷⁸ Da Wilfried Grün laut dem Haftarbeitslager in Roßleben »die richtigen Lehren aus seiner Strafe gezogen«⁷⁹ hatte, erhielt er am 21. Dezember 1962 im Rahmen einer Amnestie schließlich eine Strafaussetzung. Seine Reststrafe von einem Jahr und zwei Monaten wurde in zwei Jahre Bewährungszeit umgewandelt.⁸⁰

Nur einen Tag bevor die Sektorengrenze in Berlin abgeriegelt und mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen wurde, hatte Gerhard Neiber (Jg. 1929) als Leiter der BV Frankfurt (Oder) die Leiter der Kreisdienststellen und operativen Abteilungen in seinem Bezirk auf die bevorstehenden Veränderungen eingeschworen. Neiber erläuterte, dass die Zahl der »Republikfluchten [...] in den ersten 10 Tagen des Monats August zahlenmäßig so hoch wie im gesamten Monat Juni«⁸¹ gewesen sei und die SED-Regierung in den nächsten Tagen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der DDR treffen werde.⁸²

Vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz stellten die stetig steigenden Abwanderungszahlen ein Problem für die DDR dar. So wirkten sie sich nicht nur negativ auf das internationale Ansehen aus, sondern bedeuteten auch einen massiven wirtschaftlichen Schaden, da besonders junge, gut ausgebildete Fachkräfte, hochqualifizierte Spezialisten und Akademiker ihrer Heimat den Rücken kehrten.⁸³ Motive, die DDR zu verlassen, gab es viele: anhaltende Versorgungsengpässe, Wohnungsmangel, den höheren Lebensstandard im Westen, die anhaltende Repression gegen oppositionelle Einstellungen und religiöse Bekenntnisse oder den Wunsch nach Familienzusammenführung.⁸⁴

Die SED-Führung hatte die Grenzschießung mit Bedacht auf die Nacht zum Sonntag gelegt, um spontanen Streiks oder Demonstrationen wie am 17. Juni 1953 vorzubeugen. Die Absicherung der Grenzschießung am 13. August 1961 führte bei der Stasi den Decknamen »Aktion Rose«.⁸⁵ Für das MfS war die Aktion ein Erfolg: Es gelang ihm bei den unmittelbaren

Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch

Nr.

Angenommen	weiter an	Datum	Zeit	durch wen	Aufgenommen
durch					von
am					durch
Uhrzeit					am Zeit

Rang-
zeichen:

Frankfurt/Oder, den 13.8. 61 195

Absender: MfS BV Frankfurt/Oder

An MfS Zentrale Informationsgruppe

BStU
000024

Betreff: Lage im Bezirk Frankfurt/Oder

Bezug:

Der Beschluss des Ministerrates der DDR vom 13.8.1961 wird in allen Bevölkerungsschichten ob in positiver oder negativer Richtung fasst gleichlautend diskutiert. Überwiegend traten dabei positive Meinungen auf, die in der Hauptsache zum Inhalt haben:

- Es wurde höchste Zeit, daß solche Maßnahmen beschlossen wurden, sie hätten schon viel früher kommen müssen.
- Diese Maßnahmen sind richtig und finden unsere Unterstützung.
- Diese Maßnahmen tragen dazu bei Spekulationen, der R.-Fluchten, des Menschenhandels sowie das Grenzgängerproblem zu lösen.

Negative und unklare Meinungen treten in der Richtung auf, daß diese Maßnahme eine Verschärfung der Lage und eventuell einen Krieg herbeiführen könnte.

- 2 -

Text nicht über den Rand schreiben



> Das zu Potsdam gehörende Klein-Glienicke war, bis auf eine Brücke nach Potsdam, komplett von West-Berliner Gebiet und damit Grenzanlagen eingeschlossen. Um 1985
BStU, MfS, HA I, Fo, Nr. 225, Bild 91

Grenzsicherungsmaßnahmen, sich als zentrale Kontrollinstanz zu bewähren und als handlungsstarkes und zuverlässiges Sicherheitsorgan zu präsentieren.

Die MfS-Berichte jener Augusttage zur Stimmung und Reaktion in der Bevölkerung begannen stets mit der Feststellung, dass »Ruhe, Ordnung und Sicherheit [im Bezirk] zu jeder Zeit gewährleistet« gewesen und die »in Kraft getretenen Maßnahmen [...] zum überwiegenden Teil als positiv« von der Bevölkerung aufgenommen worden seien.⁸⁶ Doch im weiteren Verlauf der Berichte relativierte die Stasi die eigene Einschätzung dann Stück für Stück. So sei es in knapp der Hälfte der Cottbusser Kreise zu Hamsterkäufen gekommen, weil die Menschen eine erneute Währungsreform oder eine kriegerische Auseinandersetzung befürchteten. Vor allem die Gemeinden Wittmannsdorf und Neu Zauche hatte die Stasi als Schwerpunkte der »negativen Reaktionen« ausgemacht – diese seien durch »Hetzsendungen westlicher Rundfunkstationen« beeinflusst worden.⁸⁷

Die BV Frankfurt (Oder) hielt die während der »Aktion Rose« vorgenommenen Verhaftungen für den Zeitraum vom 13. bis 25. August gesondert fest.⁸⁸ In der KD Strausberg (📍 S. 154) hatte es mit 38 Verhaftungen die meisten Festnahmen gegeben, mehrheitlich wegen

»staatsgefährdender Hetze und Propaganda«.⁸⁹ Auch in den Kreisdienststellen Beeskow, Bernau, Eberswalde, Fürstenwalde/Spree und Seelow kam es zu zahlreichen Inhaftierungen.

Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Das erste halbe Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer war eine der härtesten Repressionsphasen der DDR. Trotz der geschlossenen Grenze gab es weiter starke Abwanderungstendenzen, gegen diese vorzugehen, wurde zu einer der Hauptaufgaben des MfS.⁹⁰ Dies fand Ausdruck in den hohen Verhaftungs- und Verurteilungszahlen sowie den ungewöhnlich hohen Strafmaßen. Besonders das Verhalten von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Studenten beobachtete die Stasi kritisch und stellte es pauschal unter den Verdacht der »Bandenbildung« und des »Rowdytums«.⁹¹

KSo



> Der Arbeiter Emil Gallo stellt sich auf dem Weg zur Arbeit sowjetischen Panzern in den Weg, Šafarik-Platz in Bratislava. 21.8.1968
Foto: akg-images/Ladislav Bielik

1968 OV »Schreiber« – Protestbriefe in Frankfurt (Oder)

Aufbruch und Hoffnung, Gewalt und Resignation: 1968 erlebte die Tschechoslowakei (ČSSR) historische Höhen und Tiefen. Als am 5. Januar des Jahres Alexander Dubček zum 1. Sekretär der tschechoslowakischen kommunistischen Partei (KSČ bzw. KPČ) gewählt wurde, schien dies ein Sieg für die reformerischen Kräfte im Land zu sein. Öffnung und Liberalisierung sollten den starren dogmatischen Kurs ablösen, der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit Langem lähmte. Dabei ging es Dubček keineswegs um die Einführung einer bürgerlichen Demokratie. Sein Ziel war eine Modernisierung des sozialistischen Systems, ein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«.

Gleichwohl schöpften viele Menschen im Ostblock Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auch im westlichen Ausland fand der »Prager Frühling« positive Resonanz. Und so traf die brutale Niederschlagung der Reformbewegung durch die Invasion der Sowjetunion und

ihrer Verbündeten in der Nacht zum 21. August 1968 auf weltweite Empörung und Ablehnung.⁹² Im Zuge des Einmarschs und der anschließenden »Säuberungsaktionen« wurden Hunderte Menschen verletzt, fast 100 verloren ihr Leben, viele Reformanhänger wurden verhaftet oder durch Berufsverbote ins Abseits gedrängt.

Die Entwicklungen in der ČSSR versetzten die DDR-Führung in einen dauerhaften Alarmzustand. Sie befürchtete – nicht zu Unrecht –, dass die Prager Reformbestrebungen in der DDR Anklang und Unterstützung finden könnten, und sah darin Gefahren für ihre eigene Herrschaft. Diese Gefahren frühzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen, war die Aufgabe der Staatssicherheit. Sie setzte ihre inoffiziellen Mitarbeiter ein, um die Stimmung in der Bevölkerung zu erkunden, sie verfolgte Sympathiebekundungen für den »Prager Frühling« und Protestaktionen gegen seine Niederschlagung, sie ermittelte gegen tatsächliche oder potenzielle »Störer« und nahm auch »konterrevolutionäre Kreise« unter den in der DDR lebenden Tschechoslowaken in den Blick. Mit Sorge registrierte

die Stasi die Anzahl der »feindlichen Handlungen« in der DDR und ihre »Gesellschaftsgefährlichkeit« nach dem Einmarsch der Ostblocktruppen in Prag.⁹³

So verzeichnete die Geheimpolizei in den knapp sechs Wochen unmittelbar nach der Invasion über 2 120 Aktionen wie »Anschmieren von Hetzlosungen«, »Verbreitung von Hetzschriften« oder anonyme Telefonanrufe und Briefe.⁹⁴ Über ein Viertel der »Vorkommnisse« fand laut Stasi-Dokumentation in Berlin statt. Im Bezirk Potsdam waren es über 120 Fälle, im Bezirk Cottbus meldete die dortige Bezirksverwaltung bereits Anfang September 88 »feindliche« Aktionen an die Stasi-Zentrale.⁹⁵ Dazu zählte die stille Protestform, das eigene Auto mit ČSSR-Flagge und Trauerflor zu versehen und ebenso die Verweigerung, »Zustimmungserklärungen« – also die ausdrückliche Befürwortung der Militärinvasion – zu unterzeichnen. Eine besondere, da sehr augenfällige Herausforderung bildeten für die Stasi sogenannte Hetzlosungen auf Hauswänden und Schaufenstern: Parolen wie »Russen raus aus ČSSR«, »Russian go home«, »viva Dubček« oder auch Losungen, die Parallelen zwischen dem Einmarsch der Nationalsozialisten in die Tschechoslowakei 1939 und der Invasion der Ostblocktruppen 1968 zogen.⁹⁶

Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Nach den Verfassern solcher »Hetzlosungen« suchte die Geheimpolizei mit großem Aufwand, so auch im Vorgang »Hetzler« in Bad Freienwalde.⁹⁷ Als im Stadtgebiet Parolen wie »Erhebt eure Stimme gegen die 2. Annexion der ČSSR« auftauchten, vermutete die Stasi, dass es sich bei dem Autor um einen Abiturienten handeln müsse, und überprüfte die Absolventen der Abiturjahrgänge 1966 bis 1968. Über 2 200 Schriftprobenvergleiche führte sie durch, konnte den »Täter« aber dennoch nicht ermitteln. Am 29. Januar 1970 stellte sie den Vorgang »Hetzler« schließlich erfolglos ein.

Generell war die Aufklärungsquote sehr niedrig.⁹⁸ Strafrechtlich belangt wurden laut Statistik des DDR-Generalstaatsanwalts bis Ende Oktober 1968 über 1 180 Personen. Drei Viertel von ihnen waren unter 30 Jahre alt. Im Dezember 1968 kamen zumindest die unter

20-Jährigen wieder frei: Die Strafe wurde ausgesetzt oder das Verfahren ganz eingestellt. Gefängnisstrafen für Minderjährige hätten dem Ansehen des »sozialistischen Rechtsstaats« nach innen wie außen zu viel Schaden zufügen können.⁹⁹

Am 19. September 1968 verließ Hildegart Becker (Jg. 1951) wie gewohnt frühmorgens das Elternhaus, um zu ihrem Ausbildungsplatz im Volkseigenen Betrieb (VEB) Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder) zu fahren. Bis dahin kam sie jedoch nicht: Um 6.45 Uhr wurde die 16-Jährige von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit festgenommen. Zur gleichen Zeit setzte die Stasi Hildegarts Freundin und Kollegin, die gleichaltrige Barbara Dunemann (Jg. 1951), fest. Bereits am Tag zuvor war auch die 18 Jahre alte Mathematikstudentin Gerlinde Becker (Jg. 1950), Hildegarts Schwester, verhaftet worden.¹⁰⁰ Den drei Jugendlichen wurde vorgeworfen, »staatsfeindliche Hetze« (§ 106 StGB) sowie »Staatsverbrechen [...] gegen ein anderes sozialistisches Land« (§ 108) begangen zu haben.¹⁰¹ Für Hildegart, Barbara und Gerlinde folgten Monate der Haft im Stasi-Untersuchungsgefängnis in Frankfurt (Oder) mit langwierigen intensiven Vernehmungen, in denen die Staatssicherheit Schritt für Schritt den »Tathergang« zu rekonstruieren suchte. Was aber war eigentlich geschehen?

Hildegart Becker und ihre ältere Schwester Gerlinde entstammten einer evangelischen Pfarrersfamilie. Ihre Erziehung war geprägt von tiefem christlichen Glauben, kritisch-liberalem Gedankengut und starkem Verantwortungsbewusstsein, und sie erfuhren in ihrer Familie und ihrer Gemeinde einen starken solidarischen Zusammenhalt.¹⁰² Bereits früh lernten sie, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen, und standen, ungeachtet möglicher Nachteile, zu ihren Überzeugungen. Sie gehörten der »Jungen Gemeinde« an, nahmen nicht an der Jugendweihe teil und waren auch nicht Mitglied in der Freien Deutschen Jugend (FDJ).¹⁰³

Im Sommer 1968 verbrachte Hildegart einige Ferienwochen bei ihrer Brieffreundin Jana in der tschechoslowakischen Kleinstadt Miroslav.¹⁰⁴ Sie sprach vor Ort mit vielen Menschen über die aufregende innenpolitische Entwicklung seit dem »Prager Frühling«, sie diskutierte, las Zeitungen. Sie lernte neue Perspektiven und Hoffnungen kennen und ebenso die Sorgen und

Umstrittene Schrift
Teilansicht des Textes vom Brief 1

BStU
090227

Sowjetische Panzer in der CSSR
schaden dem Ansehen des Sozialismus
in der ganzen Welt. Daß auch
deutsche Truppen dort sind, zwingt
Vergleiche zu 1938 auf.
Die deutsche Schuld ist in der
CSSR noch nicht vergessen.

Fotografien der merkmals tragenden Typen
der Schreibmaschine CONTINENTAL, Nr. 258746





> Mithilfe der Schriftvergleiche fand die Stasi heraus, dass die Flugblätter auf der Schreibmaschine des Gemeindebüros getippt worden waren.

BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 4, Bl. 228

Befürchtungen, die Reformen könnten rückgängig gemacht werden. Bewegt durch ihre Erlebnisse und Begegnungen verfolgte Hildegart auch nach ihrer Rückkehr in die DDR die Ereignisse in der ČSSR sehr aufmerksam. Als sie vom Einmarsch der Ostblock-Truppen in der Nacht zum 21. August erfuhr, war sie bestürzt und sofort davon überzeugt, dass es sich nicht, wie offiziell verlautbart, um eine »Hilfestellung«, sondern um eine Intervention handelte – um einen Angriff auf den Reformkurs der tschechoslowakischen Regierung.¹⁰⁵ Rasch verfestigte sich in ihr der Gedanke, etwas tun zu müssen – insbesondere gegen die verfälschenden Sprachregelungen der DDR-Berichterstattung.

Sie wollte ihre Mitbürger dazu aufrufen, der Propaganda nicht zu glauben und sich aus anderen Quellen zu informieren. Gemeinsam mit ihrer Freundin Barbara beschloss sie, ein kritisches Flugblatt zu verfassen und mit der Post zu versenden.¹⁰⁶ Erst später weihten sie auch Gerlinde in den Plan ein. Dass sie damit ein nicht unerhebliches Risiko eingingen, wussten die drei. Doch der Drang, sich gegen die offiziellen Lügen zu artikulieren, war stärker. Auch wollten sie der Bevölkerung in der ČSSR ein Solidaritätssignal geben.¹⁰⁷ Der Textentwurf ging Hildegart und ihren Mitstreiterinnen leicht von der Hand, obwohl sie »jeden Satz gründlich überlegt« hatten.¹⁰⁸ »Jeder Staat hat ein Recht darauf, seinen Weg selbst zu bestimmen«, war eine Kernaussage ihrer Flugschrift und sie endete mit dem einem Appell: »Erwägen Sie doch, ob Sie nicht auch etwas tun können.«¹⁰⁹

Schwieriger waren die praktischen Herausforderungen, die sich ihnen stellten: Papier musste beschafft werden, eine Schreibmaschine, Durchschlagpapier, Briefumschläge und Briefmarken.¹¹⁰ Das Papier besorgten sie sich aus dem Gemeindebüro des Vaters, die DIN-A4-Bögen zerteilten sie in kleinere Zettel, um möglichst viele Flugschriften verschicken zu können. Die Schreibmaschine stammte ebenfalls aus der Pfarrgemeinde, nur wenige Blätter tippten sie auf einer anderen Maschine, die einer Freundin von Barbara gehörte.¹¹¹ Die Briefmarken und auch die meisten Briefumschläge kauften sie und teilten die Kosten untereinander auf. Schließlich blieb noch die Frage der Adressenbeschaffung. Im Frankfurter Telefonbuch wählten sie nach dem Alphabet Adressen aus und schrieben diese, teils mit der Hand, teils mit der Schreibmaschine, auf die Umschläge. Einige weitere Empfänger fügten sie aus dem Gedächtnis hinzu. Die Flugblätter selbst – insgesamt waren es über 150 Stück – tippten sie mehrheitlich in dem etwas abseits gelegenen Zimmer Gerlindes auf dem Dachboden des Gemeindehauses.¹¹² Am Abend des 27. Augusts schließlich, gegen 20 Uhr, radelte Hildegart zu einem Briefkasten und warf die ersten 100 Briefe ein, etwa zwei Stunden später brachte sie mit ihrer Schwester die restlichen Briefe zu Fuß zu einem näher gelegenen Briefkasten.

Es dauerte nicht lange, bis die Stasi Wind von der Sache bekam. Mancher Empfänger gab das Schreiben an Vorgesetzte oder staatliche Stellen ab, die Meldung an die Staatssicherheit folgte auf dem Fuß. Akribisch

versuchte die Geheimpolizei, über die Schrifttype das Schreibmaschinenfabrikat und darüber dann den Schreibmaschinenbesitzer herauszufinden, sie ließ Schriftvergleiche anstellen und Gutachten erarbeiten.¹¹³ Ähnlich verfuhr sie mit den Handschriften auf den Briefumschlägen, die ihr vorlagen. So kam die Stasi den drei Jugendlichen auf die Spur, nahm sie fest und rollte in den anschließenden Vernehmungen den gesamten Hergang von den ersten Planungen und Vorbereitungen bis zur Realisierung im Detail auf, jeder Moment wurde nachgezeichnet.¹¹⁴ Die Stasi durchforstete das Umfeld der Jugendlichen und überprüfte ihre Kontakte in die ČSSR, sie holte Stellungnahmen der Schulen und der Jugendfürsorge ein, ließ die Wohnungen durchsuchen und private Unterlagen konfiszieren, ordnete die Tagebücher von Hildegart und Barbara den Beweismitteln zu, um diese privaten Aufzeichnungen Seite für Seite »auszuwerten«.¹¹⁵

Im Mittelpunkt der Stasi-Vernehmungen standen die Motive der Jugendlichen und die Rekonstruktion ihrer Handlungen. Doch es gab mindestens zwei weitere Aspekte, die die Ermittler sehr nachhaltig beschäftigten. Zum einen versuchten sie, den Ausbreitungsgrad der versandten Flugschriften vollständig zu erfassen, zum anderen suchten sie nach potenziellen »westlichen Drahtziehern«.¹¹⁶

Rund 150 »Hetzbriefe« hatten die Jugendlichen mit der Post versandt – jedoch lediglich 98 Adressaten waren der Geheimpolizei bekannt geworden. Wo waren die anderen Briefe, waren sie gelesen, womöglich weitergereicht worden, welche Reaktionen hatten sie hervorgerufen? Die Stasi befragte die Jugendlichen immer wieder nach den Adressaten, stellte die Anschriften in langen Listen zusammen, sie lud Zeugen vor und nahm »Verdächtige« ins Visier.¹¹⁷ Die Möglichkeit, dass die kritischen Flugschriften in der Bevölkerung auf Aufmerksamkeit und positive Resonanz trafen, sah die Staatssicherheit als eine politische Gefahr an, die sie in jedem Falle zu beseitigen hatte.

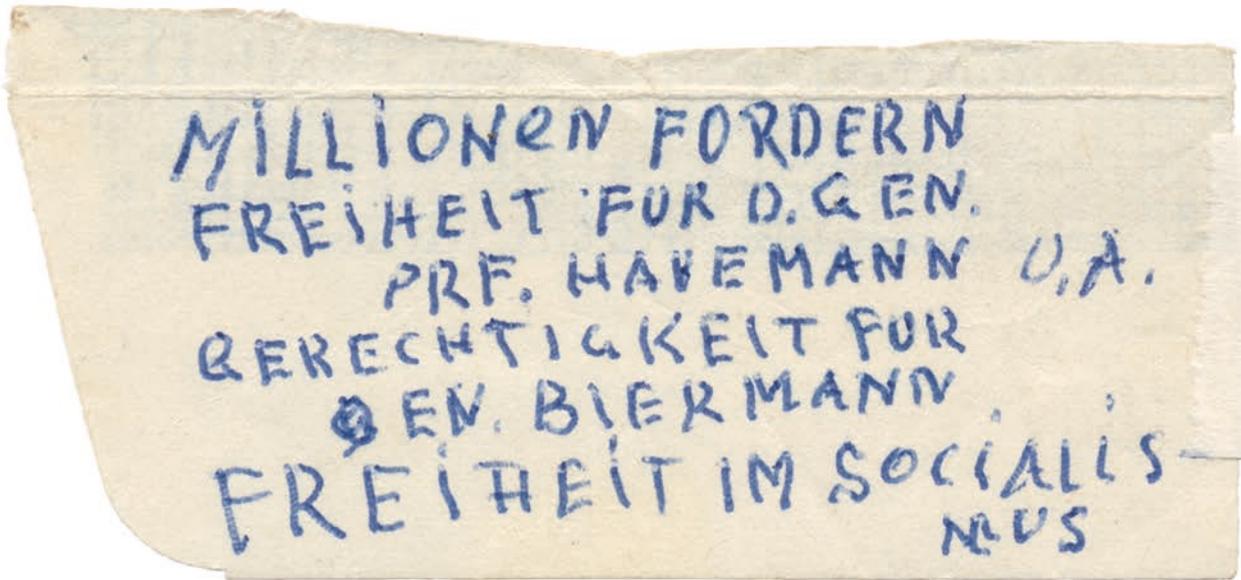
Die »Drahtzieher« aus dem Westen wiederum waren ein Topos, den das SED-Regime und sein Staatssicherheitsdienst oftmals bemühten, um »Störungen« und Beeinträchtigungen im DDR-Alltag zu erklären. Auch bei der Flugblatt-Aktion der Frankfurter Jugendlichen war das der Fall. Zum Standardablauf der Stasi-Vernehmungen gehörte deshalb auch die Frage: »In welchem

Umfang informierten Sie sich bei den Natosendern?«¹¹⁸ Eine konkrete Intervention westlicher Medien oder Politiker konnte die Staatssicherheit jedoch nicht nachweisen. In ihrem »Auswertungsbericht« vom 19. März 1969 hielt sie fest: »Aufträge und Instruktionen für die staatsfeindliche Hetze erhielten die Becker, Hildegart, Becker, Gerlinde und Dunemann nur indirekt, durch das Abhören der Nachrichten des ›RIAS‹, ›SFB‹ und des ›Deutschlandfunks‹.«¹¹⁹ In der Tat verdankten die drei ihr Wissen um die Vorgänge in der ČSSR im Wesentlichen den Berichten westlicher Rundfunksender – es war nicht zuletzt die einseitige, realitätsverzerrende Informationspolitik der DDR-Führung, die den Jugendlichen den entscheidenden Anstoß zum Handeln gegeben hatte.

Trotz aller Vernehmungen, »Beweise« und Gutachten: Letztlich scheiterte die Stasi in ihrem Bemühen, die drei Jugendlichen zu einer Haftstrafe verurteilen zu lassen. Daran änderten auch die »Einschätzungen« und »Beurteilungen« nichts, die sie bei der Jugendfürsorge des Rats der Stadt Frankfurt (Oder) sowie bei Schuldirektoren und Klassenleitern anforderte und dem Staatsanwalt vorlegte. Mithilfe dieser Schriftstücke wollte die Staatssicherheit nachweisen, dass die drei Jugendlichen, insbesondere Hildegart, für ihre Taten voll verantwortlich, also »schuldfähig« waren.¹²⁰

Doch der Bezirksstaatsanwalt von Frankfurt (Oder) beurteilte das Geschehen anders und verfügte die Einstellung des Verfahrens. Er hielt fest, dass die Briefaktion »unter Einschätzung der Kraft und Stärke der Deutschen Demokratischen Republik in ihren Auswirkungen nicht so schädlich« sei, dass man sie strafrechtlich ahnden müsse.¹²¹ Von der weiteren juristischen Verfolgung abzusehen, entsprach der neuen Generallinie. Es erschien politisch nicht opportun, Jugendliche wegen »Staatsverbrechen« vor Gericht zu stellen und zu Haftstrafen zu verurteilen – dies hätte im Ausland für negative Schlagzeilen gesorgt.¹²²

So kamen Hildegart, Barbara und Gerlinde kurz vor Weihnachten, am 23. Dezember 1968, frei. Oder genauer: Sie wurden aus dem Gefängnis in die DDR entlassen, bepackt mit der Erfahrung dreimonatiger Haft und »Bearbeitung« durch die Staatssicherheit.¹²³



> Dieser Zettel wurde am 15. Januar 1977 bei einer Gewerkschaftskonferenz im Jugendklubhaus Hohen-Neuendorf aufgefunden. Die Stasi stellte ihre Ermittlungen im November 1977 ein, weil sie den Urheber nicht ermitteln konnte.
BStU, MfS, BV Potsdam, KD Oranienburg, Nr. 948, Bl. 112

1976

»Freundschaft für Wolf Biermann« – Schüler-Protest in Fürstenwalde/Spree

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Wolf Biermann (Jg. 1936) sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden. Der freischaffende Autor und Liedermacher war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden Systems glaubte. Im November 1976 hatte er die Genehmigung zu einer Konzertreise nach Köln erhalten. Mit der Begründung, er habe seine Treuepflicht gegenüber dem Staat »bewusst und ständig grob« verletzt, verwehrte ihm die SED die Heimkehr.¹²⁴

Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 bekam der Liedermacher ein totales Berufsverbot. Jahrelang unterlag er einer überaus intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die sein Leben rund um die Uhr dokumentierte. Im Vorgang mit dem Decknamen »Lyriker« traf sie Maßnahmen der sogenannten Zersetzung, die von

Rufschädigung und Schikanen bis hin zum Versuch reichten, persönliche Beziehungen zu zerstören, und zu seiner beinahe kompletten Isolierung führten. Biermann sollte damit nicht nur jeder öffentlichen Wirkungsmöglichkeit beraubt, sondern auch psychisch zermürbt werden.¹²⁵

Das MfS verfügte 1976 über 62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.

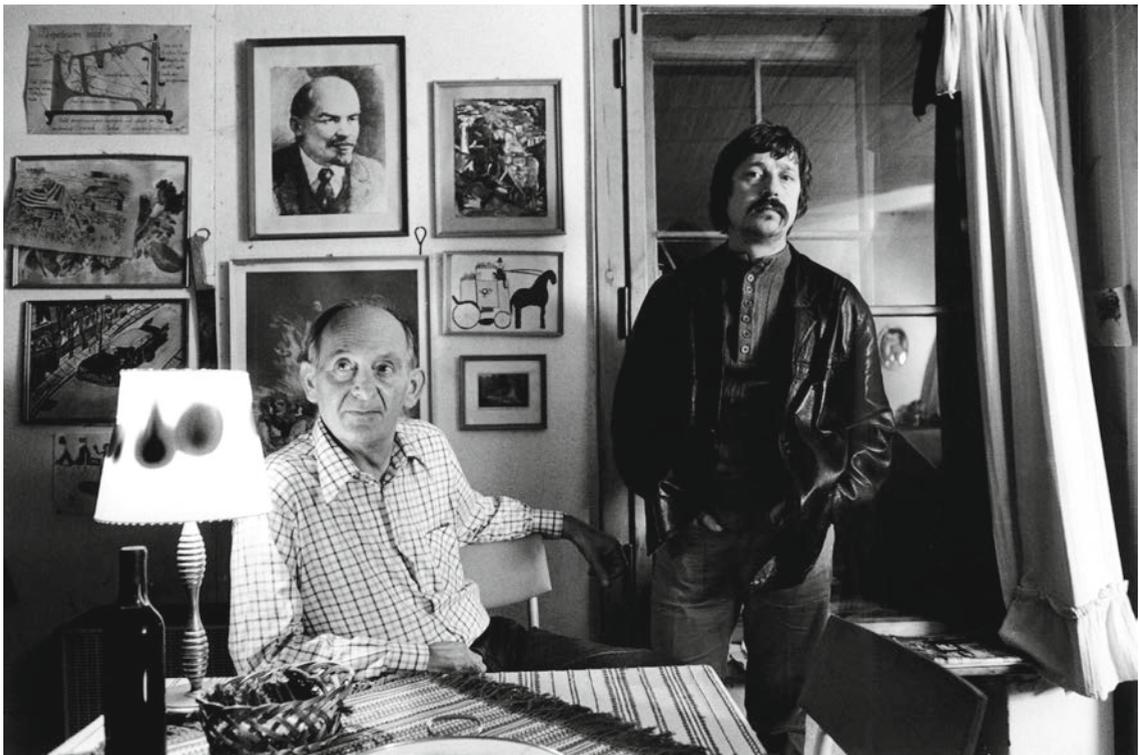
Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war. Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste jedoch eine Welle von Protesten in intellektuellen Kreisen der DDR aus. Schon am Tag danach veröffentlichten zwölf Schriftstellerinnen und Schriftsteller, unter ihnen die prominenten Intellektuellen Christa Wolf, Stephan Hermlin und Jurek Becker, eine Erklärung: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protestieren gegen die Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«¹²⁶ Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform

galten, unterschrieben. Die SED reagierte mit Propaganda und Zwangsmaßnahmen gegen die Unterzeichnenden: Parteiausschlüsse, Publikations- und Auftrittsverbote und andere Drangsalierungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.¹²⁷

Einer der prominenten Unterstützer Biermanns war sein Freund Robert Havemann. Der Professor, einst glühender Befürworter des SED-Staats, Mitglied der Partei und Abgeordneter der DDR-Volkskammer, hatte sich in den 1960er-Jahren zum Dissidenten gewandelt, der sich auch von Partei und Stasi nicht das Wort verbieten ließ. Er wurde zum bekanntesten Oppositionellen der DDR und unterstützte andere Dissidenten wie Wolf Biermann. Havemann begrüßte die Erklärung der Intellektuellen und verfasste selbst einen im Westen vom »Spiegel« gedruckten offenen Brief an Staats- und Parteichef Erich Honecker, in dem er sich für eine Rückkehr Biermanns aussprach.¹²⁸ Daraufhin stellte die Parteiführung Havemann am 26. November 1976 in seinem Haus in der Burgwallstraße in Grünheide unter

Hausarrest.¹²⁹ Die Staatssicherheit kontrollierte den Zugang zur Burgwallstraße und beobachtete ihn und seine Besucher ununterbrochen.¹³⁰ Trotzdem blieb sein Haus, auch nach Havemanns Tod 1982, ein Treffpunkt der DDR-Opposition: Am 10. September 1989 sollte sich hier das »Neue Forum« (NF) gründen.¹³¹

Der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns beschränkte sich bei Weitem nicht nur auf Intellektuelle und Prominente. 1976 war Biermann und sein Werk, nach elf Jahren Berufsverbot, vielen DDR-Bürgern unbekannt. Doch die Ausbürgerung und die Ausstrahlung seines Kölner Konzerts in der ARD, von Millionen Menschen in Ost und West verfolgt, machten ihn auch bei der jüngeren Generation populär.¹³² Überall in der DDR kam es nun zu spontanen Protestaktionen, oft von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen.¹³³ So steckte am 22. November ein 17-jähriger Lehrling einen Zettel durch das Tor der KD Guben (🔗 S. 152): »Hiermit erkläre ich, dass ich mich voll und ganz mit der Handlungsweise des Herrn Liedermachers Wolf Biermann einverstanden erkläre [...].«¹³⁴



> Wolf Biermann (rechts) mit Robert Havemann in dessen Haus in Grünheide. 1975
Magnum Fotos/Agentur Focus, Foto: Thomas Höpker

Sogar schon am Morgen des 20. November fand sich an der Bekanntmachungstafel des Rates der Stadt Oderberg ein Gedicht. Es widersprach der bei SED und Stasi festverwurzelten Annahme, dass Protestierende – insbesondere Jugendliche –, die sich kritisch zur Politik und dem Leben in der DDR äußerten, von westlichen Medien und der westlichen Kultur negativ beeinflusst seien: »Es gibt viele, die wie Biermann denken, sie lassen sich aber nicht vom Feinde lenken.«¹³⁵

Auch in Fürstenwalde/Spree machten sich Schüler Gedanken über die Ausbürgerung Biermanns. Peter Kowalski (Jg. 1958) ging es wie vielen anderen jungen Menschen.¹³⁶ Er hatte in den DDR-Medien von der Ausbürgerung erfahren und dort gelesen, dass eine übergroße Mehrheit der Menschen in der DDR diese befürworten würden. Erst durch diese Meldungen wurde er auf Biermann aufmerksam, den er zuvor kaum gekannt hatte. Nun sah er sich auch kritische Berichte des West-Fernsehens dazu an und schließlich das Konzert, das am 19. November, auch mit Blick auf das DDR-Publikum, in voller Länge in der ARD gezeigt wurde. Er verstand nicht, was Biermann vorgeworfen wurde: »Ich gelangte dabei zu der Auffassung, dass die dabei von Biermann vorgetragenen Texte [...] zwar

stark übertrieben, aber doch Dinge ansprachen, die es geben kann. In dieser Sendung sah ich weiterhin, dass Biermann die DDR gegen Angriffe aus dem Publikum verteidigte. Das führte bei mir zu der Meinung, dass Biermann letztendlich doch für die DDR eintritt und somit kein Feind der DDR sein kann.«¹³⁷

Er empfand die Ausbürgerung als ungerecht. Nachdem es zu ersten Protestaktionen von Jugendlichen gekommen war, führte Kowalskis Schule in den Klassen Agitationsstunden, sogenannte Politinformationen, durch. Den Schülern wurde dabei nochmals mit Nachdruck die staatliche Sicht auf Biermann präsentiert. Diskussionen oder Meinungsäußerungen außerhalb der staatlichen Linie waren nicht vorgesehen. Kowalski, so sein Freund und Klassenkamerad Maik Korte (Jg. 1958), versuchte, einige Aussagen ihres Lehrers zu widerlegen.¹³⁸ Auch Korte widersprach dem Lehrer, da er nicht fand, dass sich Biermann »gegen die Diktatur des Proletariats ausgesprochen hat, wie es Herr [Name des Klassenlehrers] dargelegt hatte«.¹³⁹ Der Widerspruch zwischen dem, was sie selbst gesehen hatten, und der vom Klassenlehrer präsentierten offiziellen Darstellung war nicht auflösbar. Ihre Meinung, der Liedermacher Wolf Biermann hätte nichts Unrechtes getan, wurde ignoriert.



Bereits am Abend vor der »Politinformation« in der Schule hatten Kowalski und Korte überlegt, ihrer Empörung über den Umgang mit Biermann durch eine Flugblattaktion Ausdruck zu verleihen. Kowalskis Vater, ein Pfarrer, besaß einen Stempelkasten für Gemeindegeldsachen. Am Nachmittag des 24. Novembers, nach der »Politinformation« in der Schule, nahm Kowalski diesen Stempelkasten. Er bedruckte rund 100 Zettel mit der Aufschrift »Freundschaft für Wolf Biermann«. ¹⁴⁰ Am Tag darauf zeigte er Korte in der Schule diese Zettel, Korte nahm einige davon an sich und verteilte sie an verschiedenen Stellen in Fürstenwalde/Spree.

Schon kurz darauf wurde die Stasi von einem inoffiziellen Mitarbeiter alarmiert, der einen der Zettel gefunden hatte. ¹⁴¹ Auch IM »Funker« aus dem Heimatdorf Kowalskis berichtete der Stasi noch am gleichen Tag, in der Klasse von Kowalskis Bruder habe bereits Tage zuvor »Freilassung für Wolf Biermann« an der Tafel gestanden. Zudem wusste »Funker« zu berichten, dass die Schulhefte von Kowalskis Schwester sowie die Gemeinde-Bekanntmachungen des Vaters mithilfe eines Stempelkastens bedruckt wurden. ¹⁴² Diese Indizien reichten der Stasi offenbar aus, um Kowalski und Korte festzunehmen. Am 26. November wurden die beiden »zugeführt« und verhört. Sie gaben beide ihre Tat zu.

Die Tat hatte für die beiden zwar keine strafrechtlichen Folgen, doch waren die Maßnahmen, die die KD Fürstenwalde/Spree (☞ S. 154) gemeinsam mit der Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises Fürstenwalde und der Schulleitung einleitete, gravierend. Sie wurden zunächst öffentlich vorgeführt und angeprangert: Am 29. November gab der Schuldirektor vor der Klasse der beiden bekannt, was sie getan hatten, und forderte die beiden Delinquenten auf, schriftlich Stellung zu nehmen. Am 2. Dezember mussten sie vor der FDJ-Grundorganisationsleitung (GOL) der Schule antreten, wo »viele GOL-Mitglieder das Wort« ergriffen, »eindeutig Stellung gegen das Auftreten der Schüler« bezogen und sie »auf ihre Aufgaben als Staatsbürger, FDJler und Schüler« verwiesen. Anschließend wurden sie der FDJ-Leitung der Klasse vorgeführt – also einem Teil ihrer Mitschüler –, die im Beisein des Direktors, des Klassenlehrers und des SED-Parteisekretärs der Schule erklärten, dass sich das Klassenkollektiv von ihnen distanzieren und sie aufforderte, »zu überlegen, wie sie zur Ehre und zum Ansehen der Schule und der Klasse beitragen können«. ¹⁴³

Am Ende stand für Peter Kowalski die am 20. Januar 1977 vom Ministerium für Volksbildung genehmigte Relegierung von der Schule. Seine bis dahin erbrachten Leistungen in der 12. Klasse wurden nicht anerkannt und er durfte kein Abitur ablegen. Maik Korte wurde milder behandelt, erhielt einen »strengen Tadel« und durfte die Abiturprüfung ablegen. ¹⁴⁴ Im Blick der Stasi blieben beide: Am 4. März 1977 beantragte die KD Fürstenwalde/Spree die Überwachung ihrer Post, auch die von Kortees Stiefvater und Kowalskis in West-Berlin lebender Großmutter. Die Akte, in der sie weiterhin Informationen zu den beiden sammelte, archivierte die Stasi erst 1983. ¹⁴⁵

Beide, Kowalski und Korte, scheint die Konfrontation mit dem SED-Regime und der Stasi für ihr weiteres Leben geprägt zu haben: Sie besuchten später kirchliche Ausbildungsstätten und entzogen sich so den politischen Pflichten und Ritualen des SED-Staats.

ECa/MtSc



> Erich Honecker dankt Michael Gorbatschow für dessen Rede, XI. Parteitag der SED, Ost-Berlin. 18.4.1986
BArch, Bild 183-1986-0418-042, Foto: Rainer Mittelstädt

1985–1989

Glasnost und »Sputnik«-Verbot: Die Angst der SED vor Veränderungen

Am 11. März 1985 wurde Michael Gorbatschow (Jg. 1931) zum neuen Parteichef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt. Bereits einen Monat später kündigte er ein umfangreiches Reformprogramm an. Mit seiner Politik der »Perestroika« (Umbau) versuchte Gorbatschow, die politischen und wirtschaftlichen Verkrustungen aufzubrechen und den sowjetischen Staat zu modernisieren. Zu einem prägenden Schlagwort dieser Umgestaltungspolitik wurde »Glasnost«: Offenheit und Transparenz.

Auf der Plenartagung des ZK der KPdSU in Moskau am 27. und 28. Januar 1987 übte Gorbatschow tiefgreifende Kritik an der Politik seiner Vorgänger und der Ver-

schlechterung der wirtschaftlichen Lage – Reformen in Wirtschaft und Politik seien deshalb unabdingbar. Die KD Finsterwalde berichtete einige Tage später, dass die Rede Gorbatschows auf großes Interesse bei der Bevölkerung gestoßen sei. Vor allem Menschen, die dem SED-Regime kritisch gegenüberstünden, hätten ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht. Sie seien von Gorbatschows Offenheit beeindruckt. Gleichzeitig sammelte die Stasi in ihrem Bericht auch skeptische Stimmen gegenüber dem neuen Kurs Gorbatschows: Manche fragten sich, ob es gut gehen könne, »[j]etzt auf einmal alles anders [zu] machen, was vorher über Jahrzehnte richtig war«.¹⁴⁶

Für die SED stellte die neue Politik Gorbatschows ein Problem dar. Sie hatte sich traditionell eng an der Politik der KPdSU orientiert. Perestroika und Glasnost aber, so befürchtete die SED, würden die DDR destabilisieren. Es galt, einen Weg zu finden, den neuen Kurs nicht übernehmen zu müssen, ohne die Sowjet-

union zu kritisieren. Die SED erklärte deshalb die neue Politik Gorbatschows zur inneren Angelegenheit der Sowjetunion.

Als Gegenstimme zu den zensurierten DDR-Medien war ab August 1987 in einem Umkreis von etwa 120 Kilometern um West-Berlin die Sendung »Radio Glasnost – außer Kontrolle« zu hören. Jeden letzten Montag im Monat wurde der einstündige Beitrag auf der Frequenz des alternativen Privatsenders »Radio 100« ausgestrahlt.¹⁴⁷ Die Macher der Sendung, darunter die ehemaligen DDR-Bürger und Oppositionellen Jürgen Fuchs (1950–1999) und Roland Jahn (Jg. 1953), ließen all jene zu Wort kommen, die sich kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzten und Demokratie forderten. Auch Manifeste und Erklärungen von Oppositionellen aus der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung verlasen sie und schickten sie über den Äther nach Ost-Berlin und in die DDR.

Der Stasi waren diese »staatsfeindlichen Aktivitäten« ein Dorn im Auge. Sie erstellte akribisch Mitschnitte und Abschriften der Sendungen. Die Stasi unternahm



> Nach dem Erscheinen des »Sputniks« im November 1988 wurde die Zeitschrift vom Postvertrieb ausgeschlossen.
Haus der Geschichte, Bonn

große Anstrengungen, das Sendematerial, welches über ein geheimes Kuriernetzwerk von Ost nach West geschmuggelt wurde, abzufangen.¹⁴⁸ Sie versuchte, die Verfasser zu identifizieren und herauszufinden, welche Altersgruppe von »Radio Glasnost« erreicht wurde. Außerdem ließ das MfS Störsender installieren, um den Empfang in der DDR zu verhindern.

»Die Konsequenz, die Gorbatschow fordert, fehlt auch in vielen Bereichen bei uns.«¹⁴⁹

Zur neuen Politik Gorbatschows zählte auch der Anfang Dezember 1987 mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan (1911–2014) unterzeichnete INF-Vertrag. Dieser sah den beiderseitigen Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen vor und bedeutete eine deutliche politische Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion. Die Stasi legte hierzu schon nach zwei Tagen die ersten Berichte über die Reaktionen der Bevölkerung vor. Die BV Potsdam (S. 151) berichtete, dass die Menschen im Bezirk intensiv über die Abrüstung diskutierten. Vor allem dass Personen, »die ansonsten politisch uninteressiert sind und indifferent in Erscheinung treten«¹⁵⁰, den Beschluss begrüßten, beunruhigte die Stasi. Dass nicht nur Kirchenvertreter und Wissenschaftler, sondern auch ein Großteil der Arbeiter die Entwicklungen positiv sahen, schien die Stasi besonders zu überraschen.

Die SED reagierte mit einer Verschärfung der Zensur, selbst die Bücher des Generalsekretärs der KPdSU waren in der DDR nur äußerst schwer zu erhalten. So beschwerte sich in Cottbus/Chósebus der Leiter der Volksbuchhandlung »Jenny Marx« darüber, dass Gorbatschows Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt« nur in sehr geringer Stückzahl zum Verkauf stehe. Daraufhin nahm die BV Cottbus erste Ermittlungen gegen ihn auf.¹⁵¹

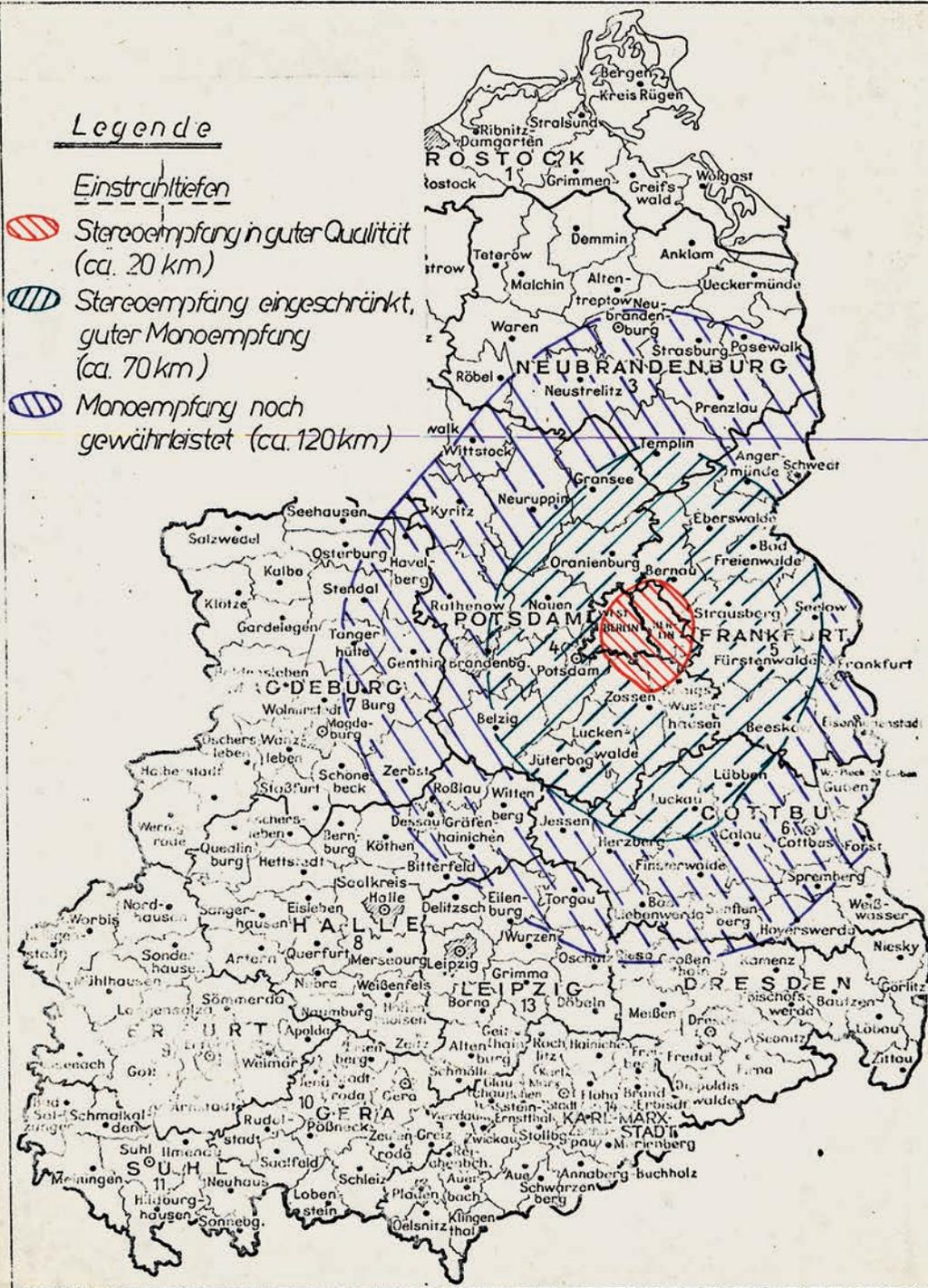
Den Höhepunkt der medialen Abschottung stellte das faktische Verbot des »Sputniks« dar. Die SED hatte die deutsche Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift am 20. November 1989 vom Postvertrieb ausgeschlossen. Ihrer Auffassung nach setzten sich einige Beiträge kritisch mit der Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg

Bezirke und Kreise der Deutschen Demokratischen Republik

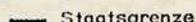
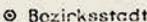
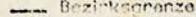
BStU
000483

Legende

- Einstrahltiefen
-  Stereoempfang in guter Qualität (ca. 20 km)
 -  Stereoempfang eingeschränkt, guter Monoempfang (ca. 70 km)
 -  Monoempfang noch gewährleistet (ca. 120 km)



VEB Landkartenverlag, Berlin C 2
Verlagsitz Nr. K 10/7

-  Staatsgrenze
-  Kreisgrenze
-  Bezirksstadt
-  Bezirksgrenze
-  Stadt

und den stalinistischen Verbrechen auseinander. Das Sputnik-Verbot und das Verbot von fünf sowjetischen Filmen lösten nachhaltige Proteste in der DDR-Bevölkerung aus. Wenige Tage später meldete die BV Potsdam, dass eine »überwältigende Mehrheit der abgeschöpften Personen – darunter vor allem Angehörige der wissenschaftlichen, künstlerischen und pädagogischen Intelligenz, einschließlich Genossen«¹⁵² – die Streichung des »Sputniks« von der Postvertriebsliste ablehnen würden.

Die BV Cottbus zeichnete am selben Tag ein ganz ähnliches Bild für ihren Bezirk. Breite Bevölkerungskreise brachten ihr Unverständnis zum Ausdruck. Sie empfanden das Vorgehen der SED als Entmündigung: In der Cottbuser Region bezogen normalerweise 6 500 Abonnenten die Zeitschrift, 500 Exemplare gingen in den freien Verkauf. Die BV gab an, dass der Vertriebsstopp als »Vertrauensbruch der Parteiführung gegenüber der Bevölkerung« wahrgenommen würde.¹⁵³ Im VEB Fernsehkolbenwerk Tschernitz wandten sich mehrere Werk­tätige mit einer Eingabe an das ZK der SED und forderten die Wiedenzulassung des »Sputniks«. Und im Bezirk Frankfurt (Oder) (🔗 S. 150) wurde das Vorgehen der SED als »plumpe Informationspolitik« kritisiert. Oberstleutnant Blümel von der BV Frankfurt (Oder) wies in seinem Bericht an die MfS-Zentrale darauf hin, dass sich die Mehrheit der Menschen eine öffentliche Auseinandersetzung mit den im »Sputnik« vertretenen Auffassungen gewünscht hätte.¹⁵⁴

Mit solch einem massiven Unmut der Menschen hatte die SED nicht gerechnet. Schließlich sah sich Honecker veranlasst, seinen von den Ostblockstaaten abweichenden Kurs zu rechtfertigen. In seiner Rede zum 70. Gründungstag der KPD am 29. Dezember 1988 sprach er davon, dass der »Sozialismus in den Farben der DDR« gestaltet werden müsse.¹⁵⁵ Doch dieser »Sonderweg« der DDR einerseits und die damit verbundene verschärfte Zensur andererseits stießen bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung.

Die Distanz zwischen politischer Führung und Bevölkerung wurde immer größer. Dies zeigte sich auch in der Nacht zum 7. Mai 1989, dem Tag der Kommunalwahlen in der DDR. In Bad Saarow/Zarow wurde auf dem Johannes-R.-Becher-Platz der Slogan eines Wahlaufstellers überschrieben. Aus der Losung »Mein

Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden« wurde »Perestroika – mein Kampfplatz für den Frieden!«¹⁵⁶ Daraufhin setzte die zuständige KD Fürstenwalde/Spree (🔗 S. 154) mehrere inoffizielle Mitarbeiter zur Aufklärung ein. Augenzeugen gaben an, nachts mehrere Jugendliche auf dem Johannes-R.-Becher-Platz gesehen zu haben. Da der IM-Anwärter »Thomas« unter den Jugendlichen viele Bekannte hatte, wurde er zum Vorfall befragt. Er gab schließlich an, bei der Tat seiner Freunde dabei gewesen zu sein. Da er nicht als Feigling habe gelten wollen, habe er seine Freunde aber nicht von der Tat abgehalten.

Und obwohl sich das MfS sicher war, den Täter gefunden zu haben, stellte es am 22. Mai 1989 die Ermittlungen ein. Vermutlich sah sich die Staatssicherheit nach der Aufdeckung des staatlichen Betrugs bei den Kommunalwahlen durch die Oppositionsgruppen mit ganz neuen, existenzielleren Herausforderungen konfrontiert. Den Niedergang der SED-Herrschaft vermochte sie gleichwohl nicht mehr zu verhindern.

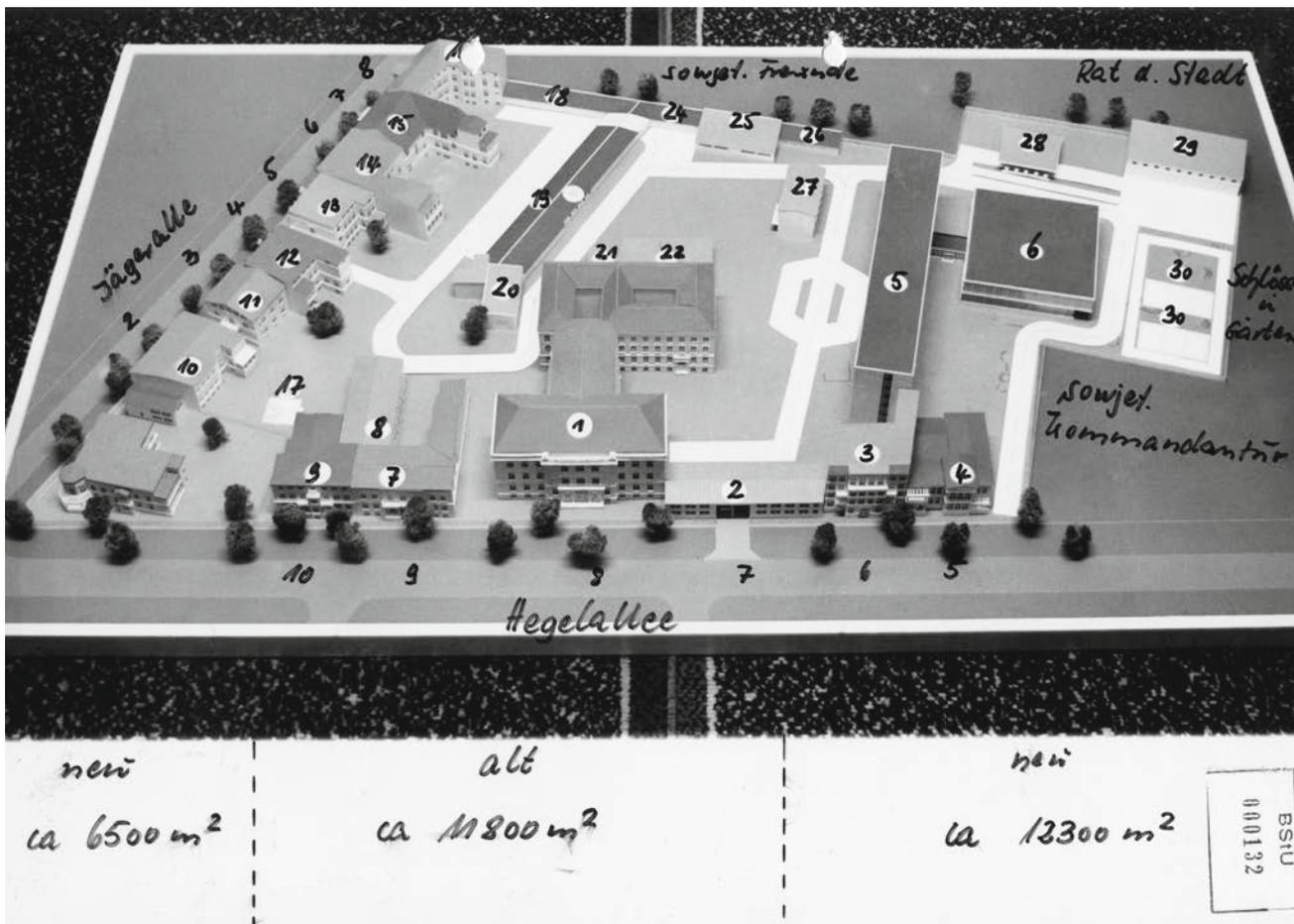
KSo



Der Apparat



> Veranstaltung mit Erich Mielke und weiteren Mitgliedern des MfS-Kollegiums an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam. Um 1982
BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 1192, Bild 5



> Mit der Konzentration ihrer Diensteinheiten entlang der Hegelallee entstand Ende der 1980er-Jahre ein geschlossenes Quartier der Geheimpolizei inmitten der Bezirksstadt Potsdam.

BSIU, MfS, Liegenschaften, Fo, Nr. 3, Bild 132

»Sie haben Potsdam keinen guten Dienst erwiesen« – die BV Potsdam in der späten DDR

Anfang Dezember 1987 erhielt der Potsdamer Oberbürgermeister Wilfried Seidel (Jg. 1939), Mitglied der SED, unerwünschte Post. Ein Bürger der Stadt führte nachdrücklich Beschwerde darüber, dass historische Bausubstanz im Zentrum Potsdams dem Ausbau der Stasi-Bezirksverwaltung weichen musste. Der 46-jährige Christian-Peter Funke (Jg. 1941) protestierte gegen den begonnenen Abriss mehrerer stadtbildprägender Häuser in der Jägerallee, das fehlende Denkmalverständnis der Verwaltung und den daraus resultierenden Verlust für den »Charakter unserer Stadt«. Funke wusste, dass er mit seinem Protest nicht allein war und beklagte, dass öffentlicher Protest durch rigide Gesetze

und repressives staatliches Vorgehen unterdrückt wurde. Darum hatte er sich für eine Eingabe an das Stadtoberhaupt entschieden – eine in der DDR zulässige, jedoch oft wirkungslose Form der Beschwerde gegenüber Partei und Staat. Die Eingabe endete mit dem Vorwurf: »Sie haben Potsdam keinen guten Dienst erwiesen, indem Sie diesem Schleifen stattgaben.«¹⁵⁷ Wenige Tage später lag das Schreiben auf dem Tisch der Geheimpolizei.¹⁵⁸

Seit einer Verwaltungsreform im Sommer 1952 verfügte die Stasi in jedem der 14 neu gebildeten DDR-Bezirke über eine Bezirksverwaltung. Angeleitet von der Ost-Berliner Zentrale organisierten sie die Arbeit der Geheimpolizei in den Regionen. Dafür waren sie, analog der Zentrale, nach dem sogenannten Linienprinzip aufgebaut – so entsprach beispielsweise der zentralen Hauptabteilung (HA) XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche und Untergrund) die regionale Abteilung XX

in den BV. Den Bezirksverwaltungen nachgeordnet waren die örtlichen Kreisdienststellen, von denen es DDR-weit zuletzt 209 gab. Die Stasi-Offiziere vor Ort führten die Hälfte aller Informanten und leisteten einen Großteil der operativen Arbeit. Die Überwachung einer knapp 120 Kilometer langen Grenze zu West-Berlin, der Verlauf der Transitstrecken durch den Bezirk und die dort angesiedelten westlichen Militärmissionen erklärten, dass Potsdam 1989 mit fast 4 000 Geheimpolizisten die personalstärkste Stasi-Bezirksverwaltung überhaupt war. Noch hinzu kamen etwas mehr als 9 600 inoffizielle Mitarbeiter, die die hauptamtlichen Stasi-Offiziere in ihrer Arbeit unterstützen sollten. Von 1971 bis 1985 leitete Siegfried Leibholz (1925–2005) die Potsdamer Bezirksverwaltung. Ihm folgte bis 1990 Helmut Schickart (1931–1993).

***BV-Leiter Schickart forderte,
dass: »[...] jeder Genosse, der jetzt im
neuen Dienstgebäude seinen Arbeitsplatz
einrichtet [...], das Beste geben wird
und mit ganzer Kraft darangeht,
jeden Auftrag unserer Partei«¹⁵⁹
zu erfüllen.***

Die Pläne zum Ausbau der BV Potsdam reichten bis weit in die 1970er-Jahre zurück. Sie hingen jedoch weniger mit einem weiteren Wachstum des bereits stark aufgeblähten Geheimpolizeiapparates zusammen, vielmehr wollte die Stasi ihre bis dahin im Stadtgebiet verteilten Diensteinheiten an einem Standort konzentrieren. Die Liegenschaft der Bezirksverwaltung in der Hegelallee sollte von knapp 12 000 Quadratmetern auf mehr als 30 000 Quadratmeter ausgebaut werden. Das Ziel: ein geschlossenes Stasiquartier inmitten von Potsdam, eingerahmt von Hegelallee, Jägerallee sowie Gebäuden sowjetischer Sicherheitskräfte und städtischer Verwaltung.¹⁶⁰

Das Vorhaben benötigte einen hohen Planungsaufwand sowie finanzielle und materielle Mittel. Den Aufwand konnte die Stasi mit Verweis auf ihre herrschaftssichernde Funktion durchsetzen – z. B.

erhielten zuvor dort ansässige Einrichtungen wie die HO-Bezirksdirektion, die Urania, das Bezirkskabinett für Kulturarbeit und das Bezirksvertragsgericht als Ersatz neue Domizile und zum Teil sogar Neubauten. Das Vorhaben war in der Öffentlichkeit, wegen seiner Dimension und seiner zentralen Lage, aber kaum zu verbergen. Der Geheimpolizei blieb kaum mehr, als die Stimmung in Potsdam zum ungeliebten Stasi-Wachstum zu beobachten.

Schon das Protestschreiben von Christian-Peter Funke war keine Einzelaktion. Im Dezember 1987 wandte sich auch ein anderer Potsdamer mit einer Eingabe an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, das SED-Politbüromitglied Gerhard Schürer (Jg. 1921). Er beschwerte sich über die »Zerstörung von Volkseigentum« durch die Stasi.¹⁶¹ Der Missmut über den städtebaulichen Kahlschlag zugunsten des geheimpolizeilichen Ausbaus reichte tief in die Potsdamer Gesellschaft hinein. Mitarbeiter des bis dahin in der Jägerallee untergebrachten Bezirksvertragsgerichtes gaben sich wohl erfreut über ihre neuen Arbeitsbedingungen im nahen Babelsberg – Verständnis für den Abriss der historischen Gebäude in der Jägerallee hatten aber auch sie nicht. Auch sie kritisierten, dass »die Staatssicherheit sich ja im Prinzip alles erlauben könne, auch wenn Baukapazitäten zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 unbedingt benötigt werden.«¹⁶² Potsdamer Denkmalschützer fühlten sich ohnmächtig und ärgerten sich über Abriss und Neubau in der Jägerallee, weil ausschließlich wegen der Staatssicherheit das Stadtbild verschandelt werde. Unmut über die städtebauliche Kapriole herrschte auch bei den Fremdenführern der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci. Reiseanbieter überlegten, ob sie ihre beliebten Stadttouren verlegen müssten – beides waren sensible Krisenindikatoren für den örtlichen Tourismus.¹⁶³ Und auch von Genossen – beispielsweise dem Direktor der Bezirksmusikschule »Gebrüder Benda« und dessen Stellvertreter – erfuhr die Stasi Kritik.

Die SED-Parteigruppe im betroffenen Wohngebiet kam eigens zusammen, um »Argumente« für die fortwährenden Diskussionen zu entwickeln. Aber selbst an der örtlichen Parteibasis provozierte es ideologische Schwierigkeiten, dass das »Schild und Schwert« der Parteiführung sich offenkundig nicht an geltendes Recht hielt, bei allgemeinem Wohnungsnotstand denkmalgeschützte Gebäude abrisst und darüber hinaus



> Im »Bezirksamt für Nationale Sicherheit« (vormals MfS) in der Hegelallee arbeiteten Vertreter der Bürgerbewegung mit dem Bezirksstaatsanwalt und der Volkspolizei zusammen, um Stasi-Akten vor der Vernichtung zu bewahren. Verließen Stasi-Mitarbeiter das Gebäude, wurden ihre Taschen und Fahrzeuge kontrolliert, um das Beiseiteschaffen von Akten zu verhindern. Potsdam, 5.12.1989
Foto: Bernd Blumrich

auch die Bürgerinnen und Bürger nicht informierte. Und weil Informationen für die Öffentlichkeit ausblieben, kursierten Gerüchte und Spekulationen, die Stasi rekrutiere in Potsdam immer mehr Mitarbeiter, die Bespitzelung werde zunehmen oder in der Jägerallee entstünden Abhöranlagen – etwa zum Auskundschaften privater Fernsehgewohnheiten.¹⁶⁴

Christian-Peter Funke selbst war der Stasi kein Unbekannter. Er hatte die Aufmerksamkeit der Geheimpolizei schon vor dem Jahr 1987 auf sich gezogen, weil er den Wehrdienst verweigert und stattdessen bei den Bausoldaten gedient hatte. Zudem nahm er als Reaktion auf die verleumderische Pressekampagne nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz

nicht an der Volkskammerwahl im Oktober 1976 teil. Die Stasi störte darüber hinaus, dass er als Lehrer am Kirchlichen Oberseminar in Potsdam-Hermannswerder arbeitete und persönliche Kontakte in den Westen pflegte.

Aber auch sein Freundeskreis in der DDR erregte das Misstrauen der Stasi-Offiziere: Weil der Ost-Berliner Schriftsteller Frank-Wolf Matthies (Jg. 1951), der in seiner Wohnung im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg Lesungen veranstaltete, zu seinem Freundeskreis gehörte, verfolgte die Stasi Funke ab 1981 fast dreieinhalb Jahre in einem operativen Vorgang wegen »öffentlicher Herabwürdigung«. Die Anweisung dazu kam vom Leiter der Ost-Berliner HA XX, Generalmajor Paul Kienberg, persönlich.¹⁶⁵ Später gaben die

Stasi-Offiziere zu Funke und seiner Frau selbst zu den Akten, dass »weder im Bereich ihrer Arbeitsstellen noch im Freizeit- und Wohnbereich eine feindliche Tätigkeit nachgewiesen werden konnte«. ¹⁶⁶ Gleichwohl setzten sie die »operativen Kontrollmaßnahmen« und »offensive Beeinflussung« von Christian-Peter Funke fort. ¹⁶⁷ Als dann im Dezember 1987 seine Eingabe beim Potsdamer Oberbürgermeister einging, vermerkten die Stasi-Offiziere zu ihm: »Er wird weiter mit den gegebenen Mitteln und Möglichkeiten unter operativer Kontrolle gehalten.« ¹⁶⁸ In den kommenden Monaten sollte es der Stasi aber weder gelingen, Christian-Peter Funke noch die wachsende Aufruhr in der Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

Zwar konnten die Geheimpolizisten wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der DDR-Gründung im Oktober 1989 ihre neuen Arbeitsräume in der Jägerallee beziehen. ¹⁶⁹ Schon wenige Wochen später aber, beinahe auf den Tag genau zwei Jahre nach Funkes Schreiben an den Oberbürgermeister, erzwangen Mitglieder des »Neuen Forums« am 5. Dezember den Zugang zur Stasi-

Bezirksverwaltung Potsdam (📍 S. 151) und ihrer Untersuchungshaftanstalt. Zumindest Letzteres – der »Sturm auf Potsdams Bastille« – kam zu spät, denn nach einer Amnestie saßen dort statt politischer Häftlinge nur noch ein halbes Dutzend Autoschieber ein. ¹⁷⁰

Dennoch stoppten die friedlichen Revolutionäre die großflächige Aktenvernichtung und nahmen die Bezirksverwaltung mit ihren 15 Kreisdienststellen im Bezirk Potsdam unter Kontrolle. Damit gelang ihnen – gegen die einst übermächtig erscheinende Stasi – ein wichtiger Schritt zur Überwindung der SED-Diktatur und zu deren Aufarbeitung. Mehr als in anderen DDR-Städten scheint in Potsdam die Rettung der historischen Bausubstanz dabei ein wichtiger Impuls für die Friedliche Revolution gewesen zu sein. ¹⁷¹

SSt



> Die Ausgänge des Geländes wurden bewacht und die Diensträume versiegelt. Potsdam, 5.12.1989
Foto: Bernd Blumrich



> Verladung von Zuckersäcken in der Zuckerfabrik Letschin. Oktober 1983
 Letschiner Heimatstube

Die Kreisdienststelle Seelow an der polnischen Grenze

Die Kreisdienststellen (KD) waren für das Überwachungssystem des MfS von unerlässlicher Bedeutung. Sie sicherten die möglichst flächendeckende Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Verkehrswesens sowie der staatlichen und kommunalen Verwaltung in den jeweiligen Kreisen. Durch Lageberichte und Einzelmeldungen informierten die KD die SED-Kreissekretäre und die MfS-Bezirksverwaltungen über ihren Verantwortungsbereich.¹⁷²

Zu den konkreten Aufgaben einer Kreisdienststelle zählten Sicherheitsüberprüfungen und Genehmigungsverfahren für private und dienstliche Auslandsreisen: So überprüften die KD, ob die Antragstellenden eine loyale Einstellung gegenüber der DDR besaßen und »gefahrlos« ins Ausland gelassen werden konnten. Wer eine Kreisdienststelle leitete, bestimmte der

Minister für Staatssicherheit. Im Fall der KD Seelow (📍 S. 154) ging die Leitung an Manfred Koschela (Jg. 1938). Er hatte das Amt zwei Jahrzehnte lang inne, von 1969 bis 1989.

1989 lebten im Kreis Seelow 39 397 Einwohner.¹⁷³ Er war Agrar- und gleichzeitig Grenzkreis zur Volksrepublik Polen. Deshalb konzentrierte sich die Arbeit der Kreisdienststelle zum einen auf die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, hier insbesondere auf den VEB Zuckerfabrik Letschin, den Geflügelschlachthof Neutrebbin und das Gemüsekombinat Wollup. Zum anderen stellten die Grenzsicherung und damit der Grenzbahnhof Kietz als Verkehrsknotenpunkt zum Nachbarland sowie die polnischen Arbeiter im grenznahen Raum einen weiteren »operativen Schwerpunkt« dar.¹⁷⁴ Für die Arbeit vor Ort waren die inoffiziellen Mitarbeiter ein wichtiges Instrument: 1989 führten die hauptamtlichen Mitarbeiter der KD Seelow rund 315 IM.

Im landwirtschaftlichen Bereich wurde die Seelower Stasi insbesondere bei Brandfällen aktiv. Sie untersuchte die Brandursachen, ging dem Verdacht der Sabotage nach und versuchte, Produktionsausfälle zu verhindern. So ermittelte die Stasi im Januar 1981 im Umfeld der Räucherei des VEB Bezirksfleischverarbeitungskombinats wegen Brandstiftung (§ 185 StGB) und fahrlässiger Verursachung eines Brandes (§ 188 StGB). Der Brandschaden belief sich auf 1 000 Mark, zudem waren 100 kg Speck verbrannt. Für den anfänglichen Verdacht auf eine strafbare Handlung fand das MfS jedoch keinen Beweis. Der Betriebsleiter erhielt lediglich die Aufforderung, die Wartung der Räucherammer konsequenter umzusetzen.¹⁷⁵

Große Aufmerksamkeit richtete die Stasi auch auf den wichtigen Wirtschaftszweig der Nutztierhaltung. 1979 bekam die KD von der BV Frankfurt (Oder) den Hinweis, dass im republikweiten Vergleich im Kreis Seelow die Anzahl der Tierverluste am stärksten angestiegen und darüber hinaus auch am höchsten sei. Als Grund vermutete die Stasi Mängel in der Leitung der entsprechenden Betriebe.¹⁷⁶

Als im Juni 1981 erneut ein hohes Tiersterben in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Worin einsetzte und im weiteren Verlauf des Jahres in der LPG Lebus viele Tiere von einer infektiösen Krankheit befallen wurden, begann die Stasi zu ermitteln. Grundsätzlich ging sie in solchen Fällen zunächst vom Verdacht aus, der westliche »Klassenfeind« habe einen Sabotageakt verübt, auch wenn sie dann durchgängig andere Ursachen fand. Ins Visier nahm die Stasi vor allem die Tierärzte: Sie argwöhnte, dass es einen Zusammenhang zwischen den Kontakten einiger DDR-Veterinärmediziner zu westdeutschen Kollegen und dem Tiersterben in der Region gebe. Aus diesem Grund legte die Stasi die Operativen Personenkontrollen »Kunstwerk« und »Tribut« an. Außerdem erarbeitete die KD Seelow 1984 eine »Sicherungskonzeption zum Schwerpunkt Veterinärmedizin«. Ziel war es, die Tierärzte stärker zu kontrollieren und die Verluste in der Nutztierhaltung zu verringern.¹⁷⁸

1980/81 war die Zeit des großen, zumindest zeitweiligen Erfolgs der polnischen Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« und ihrer Reformbestrebungen, eine Entwicklung, die die SED und ihre Geheimpolizei in höchste Alarmbereitschaft versetzte. Zwar rief die



> Letschiner Zuckerfabrik beim Einbau eines Verdampfapparates. 1987
Letschiner Heimatstube

polnische Führung im Dezember 1981 das Kriegsrecht aus und zwang »Solidarność« in den Untergrund, doch das SED-Regime verlor nie die Angst, der »polnische Funke« könne auf die DDR-Bevölkerung überspringen. Die Staatssicherheit hatte daher die Reaktionen und Stimmungen in der DDR-Bevölkerung genauestens zu überwachen, »Provokationen« zu verhindern und »feindlich-negative« Kräfte zu verfolgen.

Aus diesem Grund beschloss die KD Seelow 1981, einen IM anzuwerben. Das Ziel: speziell die Stimmung unter den polnischen Arbeitern der Letschiner Zuckerfabrik zu ermitteln. Geeignet schien der Staatssicherheit Bärbel Dahl¹⁷⁹ (Jg. 1960), eine Arbeiterin in der Zuckerfabrik, sie war eine Liebesbeziehung mit dem polnischen Kampagnenarbeiter¹⁸⁰ Tomasz Buczek (Jg. 1948) eingegangen.¹⁸¹ Die Stasi hoffte, dass Dahl über ihren Freund Kontakt zu polnischen Arbeitern aufnehmen und der Geheimpolizei berichten könne.

KD Seelow

Seelow 22. 4. 81

3

BStU
000012

Anforderungsbild für eine IMS-Werbung

Entsprechend den festgelegten Maßnahmen zur Aktion "Besinnung" ergeben sich für die Werbung eines IMS folgende Anforderungen zur Absicherung der im VB eingesetzten polnischen Arbeitskräfte in der Zuckerfabrik Letschin.

1. Objektive Voraussetzungen

- 1.1. Es besteht das Ziel eine geeignete Quelle zur Aufklärung und Bearbeitung der poln. Arbeitskräfte auszuwählen.
Die Person kann sowohl polnischer, wie auch deutscher Nationalität sein.
- 1.2. Die Quelle müßte über ein angenehmes Äußeres verfügen und vom Alter zwischen 20-40 Jahre sein.
Es kann eine Frau oder ein Mann sein.
- 1.3. Die finanziellen Voraussetzungen sind für die Werbung nicht ausschlaggebend.
- 1.4. Die Person muß über solche Voraussetzungen verfügen, die es ihm ermöglichen, zu den Treffen zu erscheinen, d.h., ein entsprechendes Fahrzeug haben bzw. mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen.
- 1.5. Die Quelle müßte gleichfalls Möglichkeiten haben, um nach der VR Polen zu reisen und im Auftrage des MfS Ermittlungen zu führen zu feindlich-negativen Kräften in der VR Polen.
- 1.6. Wenn die ausgewählte Quelle ein polnischer Bürger ist, muß er zumindest etwas die deutsche Sprache beherrschen, sein geistiges Niveau muß gut sein, um ihm übertragene Aufträge zu erkennen und auch zu realisieren.

Da Buczek jedoch für Unruhe unter den polnischen Arbeitern sorgte, nahm das MfS ihn direkt ins Visier. Es erfuhr, dass er in die DDR übersiedeln wollte, da er mit Bärbel Dahl ein Kind erwartete. Das MfS beschloss daher, ihn als IM zu verpflichten und einzusetzen. Buczek berichtete, welche Gaststätten in Stubice als »feindliche Treffpunkte« dienten und dass im dortigen Textilwerk eine der stärksten Organisationen der »Solidarność« vertreten sei.¹⁸² Die übergeordnete BV äußerte im Februar 1982 jedoch erhebliche Zweifel an seiner politischen und moralischen Zuverlässigkeit und lehnte seine Verwendung als IM ab.

Am 2. November 1982 legte die KD Seelow schließlich eine »Konzeption« vor, der zufolge alle Personen zu ermitteln waren, die verwandtschaftliche Verbindungen ersten Grades in die Volksrepublik Polen hatten. Dazu zählten nicht nur DDR-Bewohner, sondern auch polnische Staatsbürger, die ihren Wohnsitz im Kreis Seelow hatten. Die Stasi vermutete, die betreffenden Personen unterstützten die polnische Reformbewegung und könnten in der Region Seelow für die Ziele von »Solidarność« werben. Um dem entgegenzusteuern, ließ die Stasi durch inoffizielle Mitarbeiter die Personalien und Arbeitsstellen verdächtiger Personen ermitteln und durchsuchte systematisch die bereits in einschlägigen Karteien gespeicherten Informationen. Schließlich ermittelte die Stasi 42 Personen, die in das Suchraster passten. Konkrete Folgen sind jedoch nicht dokumentiert.¹⁸³

Bei der Verfolgung »verdächtiger« polnischer Staatsbürger arbeitete die KD eng mit der polnischen Seite zusammen. Am 10. April 1985 durchschwamm ein polnischer Staatsbürger im Raum Kietz die Oder. Das kam immer wieder vor, weil polnischen Staatsbürgern ein Leben in der DDR weniger entbehrungsreich erschien oder weil sie über die DDR in die Bundesrepublik gelangen wollten. Der Flüchtling erreichte zwar wohlbehalten das deutsche Ufer, wurde aber dort von der Staatssicherheit erwischt. Die Stasi stellte seine Personalien fest und übergab ihn an die polnischen Grenztruppen. Dort sollte der Fall weiter »bearbeitet« werden.¹⁸⁴

Ab Sommer 1989 versuchten schließlich immer mehr Menschen, die Grenze zwischen der DDR und Polen zu überwinden und zwar gleichermaßen in beide Rich-

tungen. Einerseits DDR-Bürger, die über den Umweg der Nachbarstaaten versuchten, in die Bundesrepublik zu gelangen und andererseits polnische Bürger, die über die DDR nach West-Deutschland fliehen wollten. Innerhalb der KD Seelow ereigneten sich in den Orten Kietz, Lebus und Kienitz die meisten »Grenzdurchbrüche«.¹⁸⁵

Nachdem es der »Solidarność«-Bewegung am 13. September 1989 gelang, an der neu gebildeten Regierung beteiligt zu werden, versuchte die DDR ihre Staatsgrenze noch intensiver zu schützen, denn der wachsende Einfluss der »Solidarność«-Bewegung sollte auf keinen Fall bis in die DDR reichen.

Analyse der KD Seelow über die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter: »[...] dass beginnend bei den Leitungskadern bis hin zu jedem op[erativen] Mitarbeiter noch wesentlicher die planmäßige, schwerpunktmäßige und konzeptionelle Arbeit ausgeprägt werden muss.«¹⁸⁶

Dem Sieg der Freiheitsrechte aber konnten weder die polnische noch die DDR-Führung Einhalt gebieten, erst recht nicht die KD Seelow. Nachdem im Sommer 1989 das endgültige Aus für das polnische Regime gekommen war, folgte im Herbst des Jahres das Ende der SED und ihrer Geheimpolizei, der Stasi.

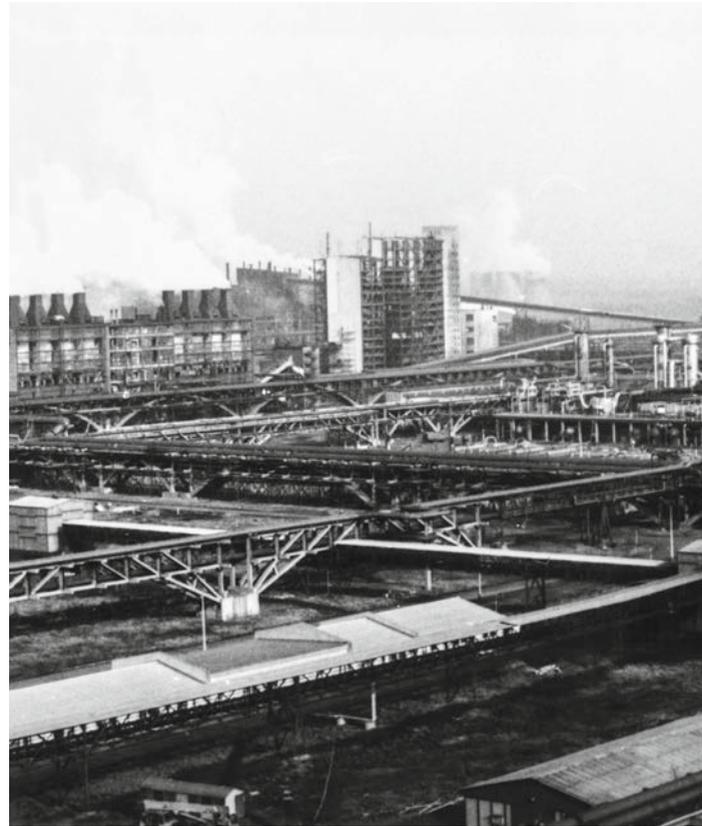
KSo

Explosion im Gaskombinat »Schwarze Pumpe« – die Stasi im Katastrophenfall

Seit ihrer Gründung war die Staatssicherheit auch in der sozialistischen Planwirtschaft aktiv. Sie disziplinierte unbequeme Abteilungsleiter, achtete auf den Geheimnisschutz, überwachte Dienstreisen, ermittelte nach Großbränden und beobachtete Verhandlungen mit westlichen Unternehmen. Im Fokus standen Führungskräfte, Reisekader und Wissenschaftler, ganz besonders dann, wenn sie über Westkontakte und Zugang zu vertraulichen Unterlagen verfügten. Im Kern ging es der Stasi darum, die Betriebe vor politischen und technischen Störungen zu bewahren und die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der SED-Führung sicherzustellen.

Die über 3 000 Offiziere der Wirtschaftsüberwachung waren dabei nicht in allen Betrieben gleichermaßen aktiv, sondern konzentrierten sich auf sicherheitspolitisch relevante Wirtschaftszweige wie Kernkraft, Mikroelektronik, Rüstung oder Energiewirtschaft. Im Bezirk Cottbus zählte dazu ohne Zweifel das Gaskombinat »Schwarze Pumpe« bei Hoyerswerda/Wojerecy, das Herzstück des Lausitzer Braunkohlereviere. Die Geheimpolizei installierte hier eine eigene Objektdienststelle mit zuletzt 31 Offizieren. Eine solche Struktureinheit gab es insgesamt nur acht Mal in der DDR, um industrielle Schlüsselbereiche zu überwachen – etwa in den Leuna-Werken oder im Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald. Wie stark die Arbeit der OD Schwarze Pumpe (📍 S. 153) von der spürbaren Überforderung des Energiesektors geprägt war, soll im Folgenden anhand einer schweren Industriekatastrophe im Februar 1982 gezeigt werden.

Eigentlich galt das Lausitzer Gaskombinat international als hochgeschätztes Vorzeigewerk. Herbert Richter (1933–2018), ein junger Chemiker aus dem südbrandenburgischen Klettwitz/Klěšišča, hatte die Betriebsleitung im Jahr 1966 mit nur 33 Jahren übernommen und den einstigen Verlustbetrieb zu einem hochrentablen Verbund aus Kokereien, Brikettfabriken, Gas- und Heizkraftwerken ausgebaut. Mitte der 1980er-Jahre produzierte »die Pumpe« 80 Prozent des Stadtgases der DDR und fuhr einen Jahresgewinn von über 788 Millionen Mark (1989) ein.¹⁸⁷ Der talentierte Manager konnte allerdings nicht verhindern,



dass der sozialistische Großkonzern Anfang der 1980er-Jahre an die Grenzen seiner Belastungsfähigkeit gelangte. Ursache der Überforderung war eine allgemeine Wirtschaftskrise der DDR, die Ende der 1970er-Jahre durch ein ganzes Bündel an Kostenfaktoren wie hohe westliche Kreditzinsen, steigende sowjetische Rohstoffpreise und überhöhte Sozialausgaben ausgelöst wurde. Überregulierung und Fehlanreize im Planungssystem bewirkten zudem eine chronische Innovationsschwäche der Industrie, die nicht zuletzt auf westlichen Märkten zu sinkenden Exporteinnahmen führte. Als die Sowjetunion darüber hinaus im Oktober 1981 die Erdöllieferung an die DDR überraschend um zwei Millionen Tonnen kürzte, stand der ostdeutsche Staat unmittelbar vor dem finanziellen Kollaps.

Die SED-Führung versuchte in dieser Situation, mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gegenzusteuern: Sie organisierte westdeutsche Notkredite, installierte eine gesonderte Außenhandelsorganisation, verpflichtete die Betriebe zur Materialeinsparung und importierte im großen Stil westliche Industrieanlagen. Ein zentraler Baustein ihrer Konsolidierungsstrategie war die sogenannte »Heizölablöse«: Ziel war es, die



> Gesamtansicht des nord-östlichen Bereiches des Gaskombinats »Schwarze Pumpe«, in der Bildmitte das Gaswerk. 23.2.1982
BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 945/82, Bd. II, Bl. 89

Wärme- und Stromgewinnung auf den heimischen Energieträger Braunkohle umzustellen und gleichzeitig den Rohstoff Erdöl stärker als Exportgut auf westlichen Märkten abzusetzen. Vor allem die Ausfuhr veredelter Erdölprodukte wie Methanol, Benzin oder Dieselkraftstoffe versprach hohe Devisenerlöse. Tatsächlich verdreifachte sich bis 1985 der Export von Erdölprodukten, während die DDR zum weltweit größten Förderer und Verbraucher von Braunkohle aufstieg.¹⁸⁸

Für das Lausitzer Revier hatte diese Industriepolitik drastische Auswirkungen. Die 20 000 Beschäftigten der »Schwarzen Pumpe« waren aufgefordert, eine bislang unvorstellbare Menge von jährlich 32 Millionen Tonnen Braunkohle aus den Tagebauen Nochten/Wochozy, Spreetal/Sprjewiny Dol und Welzow/Wjelcej zu Koks, Gas, Strom und Mittelöl zu verarbeiten – ein Kraftakt, der bei Anlagen und Arbeitern sichtbare Spuren hinterließ. Eine Störanalyse der Generaldirektion sprach im Jahr 1981 von rissigen Gasleitungen, korrodierten Brikettpressen, defekten Förderbändern und instabilen Kühltürmen. Verrostete Messtechnik und undichte Ventile verschärften das Risiko noch einmal. Allein die Stadtgasanlage zählte 1981 mehr als 2 000 größere Störungen. Für die Vielzahl der Kontrollorgane im

Betrieb – nicht zuletzt auch für die Staatssicherheit – entwickelte sich der instabile Anlagenpark zur größten Herausforderung.¹⁸⁹

Was allerdings am 22. Februar 1982 geschah, überstieg das Ausmaß aller bisherigen Havarien. Ein Arbeiter auf dem Werksgelände erinnerte sich: »Ich rief meine Frau an, sie hatte die Nummer 4711. Ich kam nur bis zur 471, dann gab es einen dumpfen Schlag und im Raum wurde es dunkel. Ich fand mich an der Wand wieder. Ich rannte, nachdem es etwas heller geworden war, mit starkem Prasseln von irgendwelchem Beton oder Sand auf dem Rücken in Richtung Sulfo-Clausanlage. Bis zur Abfahrt mit dem San[itäts]kra[ftwagen] sah ich einen roten Feuerball zwischen Maschinenhaus und Kolonne. [...] Ich hörte jemanden schreien. Ich glaube, es war eine Frau, genau weiß ich es nicht. Ich hatte aber keine Kraft, dem Schrei nachzugehen, denn ich sah schlecht. Wahrscheinlich hervorgerufen von dem Blut, was ich in den Augen von den Rissen am Kopf hatte.«¹⁹⁰

Was war passiert? In der Gasreinigungsanlage hatte es während der Mittagspause eine schwere Explosion gegeben, die zuerst eine Pipeline und anschließend



> Zerstörte Gaskolonne im Gaswerk »Schwarze Pumpe«. März 1982
BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 945/82, Bd. I, Bl. 139

mehrere turmhohe Waschzylinder aus Stahl völlig zerstörte. Herausgeschleuderte Trümmerteile beschädigten noch in 600 Meter Entfernung weitere gasführende Maschinen. Am Ende brannte eine Werksfläche von über 5 000 Quadratmetern. Es gab 35 Verletzte und ein Todesopfer. Drei Tage kam die Gasproduktion völlig zum Erliegen, was über 1 000 Betriebe in der Chemie- und Elektroindustrie unmittelbar in Mitleidenschaft zog und einen volkswirtschaftlichen Schaden von über 150 Millionen Mark verursachte.¹⁹¹ Ein zentrales Nervenzentrum der ostdeutschen Industrie war zerstört.

Wie reagierte das Werk auf diesen Ausnahmezustand? Zunächst waren bereits während der Löscharbeiten zahlreiche Fachleute und Ermittler am Unglücksort, darunter Vertreter der Kriminalpolizei, der Bezirksstaatsanwaltschaft Cottbus, der Obersten Bergbehörde Senftenberg/Zły Komorow, der staatlichen Bauaufsicht und des Staatlichen Amtes für technische Überprüfung. Binnen weniger Stunden kam eine umfangreiche Untersuchungsmaschinerie in Gang. Wolfgang Mitzinger

(Jg. 1932), Minister für Kohle und Energie, veranlasste noch am selben Tag die Bildung einer Regierungskommission, während Generaldirektor Richter, der vor seiner bislang größten Bewährungsprobe stand, ein Expertengremium aus betriebseigenen Verfahrenstechnikern, Strömungsspezialisten und Werkstoffexperten zusammenrief.¹⁹²

Die Stasi achtete darauf, in all diesen Gruppen präsent zu sein und die anlaufenden Untersuchungen mit Fachwissen und betrieblichen Dokumenten zu unterstützen. Darüber hinaus eröffnete die OD den Operativen Vorgang (OV) »Detonation«, um durch eigene Ermittlungen strafrechtliche Verantwortlichkeiten des Wartungs- und Reparaturpersonals zu prüfen und ein zügiges Wiederanfahren der Gasreinigung sicherzustellen. Horst Fettke, Chef der OD, etablierte dafür einen eigenen »Operativen Einsatzstab« mit führenden Offizieren der BV Cottbus (☞ S. 149) und der Berliner Hauptabteilung IX – dem Untersuchungsorgan der Staatssicherheit. Bis zum Sommer 1982 betrieb dieser Einsatzstab eine Art Parallelunter-

BSTU
0014

6

OD Schwarze Pumpe

Schwarze Pumpe, 01.03.1982

Bestätigt:

Stellv. Operativ

S c h u l z
OSL

Eröffnungsbericht

zur Anlage eines OV gegen "Unbekannt" mit der Beweisführung
strafrechtlich-relevanter Handlungen gemäß § 164 StGB

Begründung der pol.-operativen und strafrechtlichen Einschätzung
des Vorgangsmaterials:

Am 22.02.1982, gegen 11.03 Uhr kam es im Gaskombinat Schwarze Pumpe - Stammbetrieb, Bereich Gaswerk, HA Stadtgaserzeugung, Abt. Rectisolanlage an der Kolonne D 70 des Rectisolstranges 4 zu einer starken Explosion mit Detonationscharakter und sofortigem Brandausbruch an den Rectisolsträngen 3 und 4. Es traten umfangreiche Personen- und Sachschäden ein. Infolge der eingetretenen Sachschäden mußte die Stadtgasproduktion im VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe - Stammbetrieb - zeitweilig völlig eingestellt werden, was zu erheblichen ökonomischen Verlusten in der Volkswirtschaft der DDR führte. Bei der havarierten Anlage handelt es sich um einen bedeutenden Schwerpunkt für die kontinuierliche Produktion von Stadtgas zur Versorgung der Bevölkerung und der Volkswirtschaft der DDR. Durch die teilweise Zerstörung dieser Anlage, wird die durch die Havarie hervorgerufene angespannte Situation in der Stadtgaserzeugung der DDR über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben.

Da trotz einer intensiven Arbeit der eingesetzten Untersuchungskommissionen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Hinweise auf die Ursachen für den Eintritt der Havarie bzw. auf mögliche Verursacher herausgearbeitet werden konnten und sich daraus wesentliche Aspekte für die weitere vorbeugende schadensverhütende Sicherungsarbeit an die Produktion fortsetzenden Teilanlagen ergeben, macht sich eine vorgangsmäßige Untersuchung des Havariegeschehens durch das MfS erforderlich.

suchung. Die Offiziere befragten Augenzeugen über den Unfallverlauf, werteten Messprotokolle aus, begutachteten die Überreste der zerstörten Waschtürme, prüften die Anzeigengenauigkeit der Messgeräte, die Dichtheit der Rohrleitungen und ließen sich von Experten die Funktionsweise der Gaserzeugung und mögliche Explosionsursachen erläutern.¹⁹³ Die Hauptabteilung IX lud dafür sogar den ehemaligen Rektor der Technischen Hochschule für Chemie in Merseburg Eberhard Leibnitz zu einer hausinternen Konferenz ein.¹⁹⁴ Eine solche Mischung aus eigenständigen technischen Untersuchungen, Supervision der betrieblichen Kontrollorgane und politischer Überprüfung der betroffenen Beschäftigten entsprach dem klassischen Agieren der Stasi in einem industriellen Katastrophenfall.

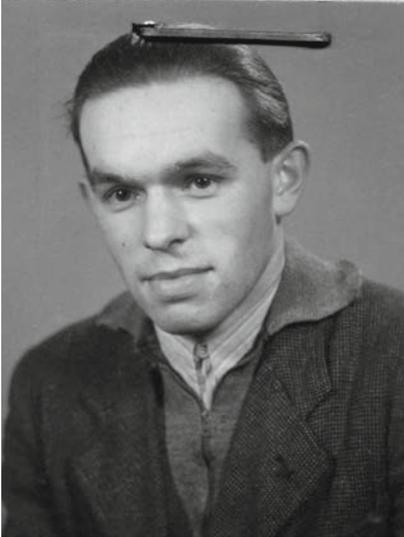
Im Rahmen des OV »Detonation« wollten die Offiziere nicht nur technische Fragen klären, sondern auch prüfen, ob nicht vorsätzliches Handeln die Explosion ausgelöst hatte. Der Vorwurf einer »verbrecherischen Beschädigung sozialistischen Eigentums« (§ 164 StGB) stand im Raum. Um dem Verdacht nachzugehen, kontrollierte die OD Briefe und Telefongespräche der Mitarbeiter und ließ zwei großangelegte »operative Personenanalysen« anfertigen. 250 leitende Funktionäre der Abteilungen Gasreinigung, Rohrbrücken, Reparatur und Instandhaltung rückten in den engeren Fokus: Gab es Westkontakte? Vorstrafen? Anträge auf Übersiedlung? »Operative Auffälligkeiten« fanden die Offiziere nur bei einer Person: Ein Mechaniker der Gasreinigungsanlage hatte in Briefen an seine in der Bundesrepublik lebende Mutter »die Verhältnisse in der DDR stark verunglimpft«. Der Briefwechsel »mit all den zynischen Bemerkungen« wurde fortan in einem gesonderten Untersuchungsvorgang, einer sogenannten Operativen Personenkontrolle (OPK), verfolgt.¹⁹⁵ Ansonsten mussten MfS und Staatsanwaltschaft feststellen, dass keinerlei Hinweise auf Straftaten vorlagen. Um auf die eklatanten Missstände im Gaswerk dennoch zu reagieren, erließ das Kombinat gegenüber 20 Leitungskadern eher symbolische Disziplinar- und Ordnungsstrafen. Gänzlich nutzlos war der OV aus geheimpolizeilicher Sicht allerdings nicht: Am Ende wurde eine spezielle Arbeitskartei mit Informationen zu über 1 600 Personen erstellt, die der OD als »operatives Ausgangsmaterial« für weitere konspirative Aktionen dienen sollte.¹⁹⁶

Trotz der Vielzahl der Akteure mit ganz unterschiedlichen Interessen und Methoden schaffte es das Kombinat in erstaunlich kurzer Zeit, eine präzise Rekonstruktion der Explosion vorzulegen. Die Experten waren sich schnell einig, dass verschmutzte Braunkohle den Vergasungsvorgang in der Kokerei blockiert hatte, sodass eine Sauerstoffblase in die Gasleitung gelangt war und dort die Explosion verursacht hatte. Dem Bedienungspersonal war es dabei unmöglich gewesen, die Fehlfunktion zu erkennen, da sämtliche Sauerstoffmesser und Thermometer der Anlage defekt waren.¹⁹⁷

Bemerkenswert ist, dass die Stasi diese Erklärung von Beginn an stützte, obwohl im Werk Gerüchte über eine mögliche Sabotagehandlung die Runde machten.¹⁹⁸ Nüchtern verwiesen die Offiziere in ihren Berichten auf die tatsächlichen Ursachen der Havarie, den fehlerhaften Stoffaustausch als Folge von Verunreinigung und Überlastung. Aufmerksam registrierten sie dabei die angespannte Stimmung im Werk – es häuften sich Klagen über Unterbesetzungen und »sinnlose Leistungssteigerungen«. Dass manche Arbeiter ganz allein in havariegefährdeten Abschnitten eingesetzt wurden, rief besondere Empörung hervor »Scheiß auf die Norm und die Einsparung von Arbeitskräften. Bei einer Havarie kann keiner, wenn er allein ist, schnell helfen«, so ein Gasmeister.¹⁹⁹ Solche Beschwerden wurden von der Stasi auch an Erich Beck, den 1. Sekretär der SED-Industriekreisleitung im Kombinat »Schwarze Pumpe«, weitergeleitet. Ihm berichteten die Offiziere auch, dass die lokalen Funktionäre der SED bei den Beschäftigten nicht besonders gut gelitten waren.

Trotz solcher Spannungen gelang es der Belegschaft, die zerstörte Reinigungsanlage innerhalb eines halben Jahres wiederaufzubauen. Im Rückblick urteilte der Generaldirektor der »Schwarzen Pumpe« Herbert Richter, dass die Katastrophe gut bewältigt worden sei. Ihm fiel dabei die heimliche Hymne der Niederlausitzer Gasarbeiter ein. Dort heißt es im Refrain: »Aber eins, aber eins, das bleibt bestehen – die Schwarze Pumpe wird nie untergehen.«²⁰⁰

MSc



> Herbert Stöß. Um 1946
BStU, MfS, KS, Nr. 19775/90, Bl. 308



> Herbert Stöß wird 1953 als Referatsleiter
zum Major befördert.
BStU, MfS, KS, Nr. 19775/90, Bl. 46



> Herbert Stöß wird 1981 zum Generalmajor
ernannt.
BStU, MfS, KS, Nr. 19775/90, Bl. 290

»Einheit von Schulung und Erziehung« – die hauptamtlichen Mitarbeiter

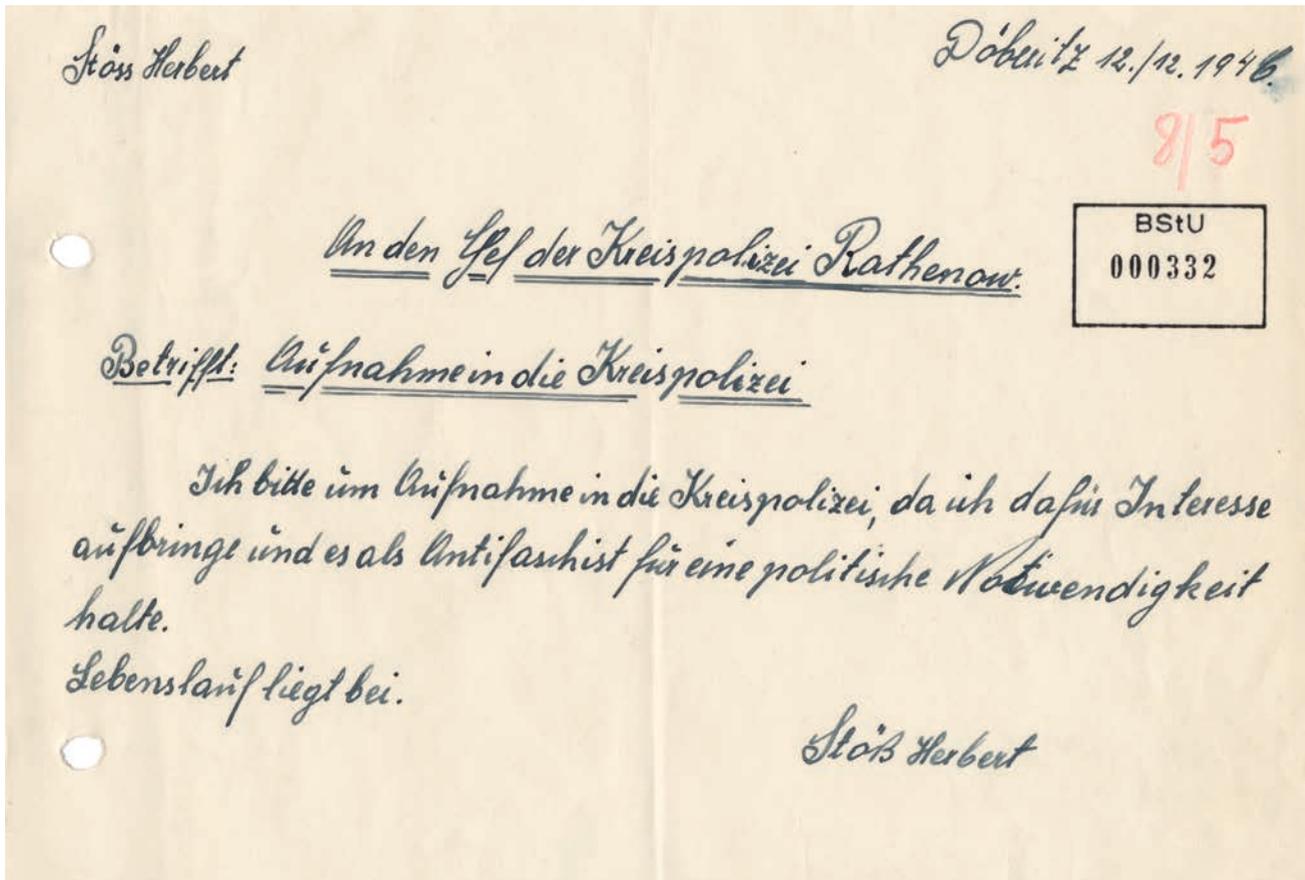
Seit der ersten Stunde war Herbert Stöß (Jg. 1923) hauptamtlicher Mitarbeiter der Stasi. Er stammte aus Friedersreuth in der Tschechoslowakei und hatte als Obergefreiter von April 1942 bis Mai 1945 im Zweiten Weltkrieg gekämpft. In einem Lebenslauf vom September 1949, den Stöß zur Einstellung bei der »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« – dem Vorläufer des Ministeriums für Staatssicherheit – verfasst hatte, betonte er besonders, am 2. Mai 1945, nur wenige Tage vor Kriegsende, aus der Wehrmacht desertiert zu sein.²⁰¹ In einem weiteren Lebenslauf gab er an: »Im September 1946 konnte ich als Antifaschist, da mein Vater im Konzentrationslager [KZ] Dachau und ich in der KJC [Kommunistischer Jugendverband der ČSR] und im Arbeiter-Turnverein war, nach Deutschland aussiedeln.«²⁰² Seine biografische Voraussetzung wurde in den folgenden Jahren sowohl bei seiner Einstellung bei der Premnitzer Volkspolizei im Dezember 1946 als auch beim MfS als positives Auswahlkriterium hervorgehoben.

Zunächst war Herbert Stöß für die Überwachung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe in der BV Potsdam (S. 151), dann in der Berliner Zentrale zuständig und übernahm dort ab 1953 die Position

eines Referatsleiters in der HA III (Volkswirtschaft). Da in den Aufbaujahren vielfach Laien mit einem geringen Bildungsstand eingestellt worden waren, sollten Schulungen zu einer besseren Qualifikation der hauptamtlichen Mitarbeiter führen. Aus diesem Grund besuchte auch Herbert Stöß als gelernter Weber mit einem Volksschulabschluss ab 1952 die Bezirksparteischule erst in Masserberg und 1956/1957 dann in Berlin. Wenige Jahre später absolvierte Stöß an der MfS-eigenen Juristischen Hochschule (JHS) in Potsdam ein Fernstudium zum Diplom-Juristen. Er schloss es 1967 mit einer Untersuchung über die operative Arbeit im Bereich der Volkswirtschaft ab.²⁰³

In den folgenden Jahren arbeitete sich der linientreue Herbert Stöß geradezu idealtypisch die Karriereleiter des MfS hoch. Im Sommer 1959 wechselte er in die BV Frankfurt (Oder) (S. 150) als Stellvertretender Leiter Operativ. Seit Februar 1979 leitete er vertretungsweise die BV Frankfurt (Oder). Schließlich stieg er im Januar 1980 zum BV-Leiter auf und wurde wenig später zum Generalmajor ernannt.

Doch im März 1982 erkrankte Stöß, sodass ihm über einen längeren Zeitraum eine Dienstuntauglichkeit attestiert wurde.²⁰⁴ Nachdem er den Dienst wieder aufgenommen hatte, kam die Hauptabteilung Kader und Schulung jedoch zu dem Schluss, dass er seinen Aufgaben nicht mehr voll entsprechen könne und begann 1984 einen Nachfolger zu suchen.²⁰⁵ Doch



> Bewerbungsschreiben von Stöß mit der Bitte um Aufnahme in die Kreispolizei Rathenow. 12.12.1946
BStU, MfS, KS, Nr. 19775/90, Bl. 332

erst 1986 führte die Abteilung Kader und Schulung der BV Frankfurt (Oder) mit Herbert Stöß eine Aussprache über seinen Gesundheitszustand und eröffnete ihm, dass nach einer Einarbeitungsphase Heinz Engelhardt (Jg. 1944) die Leitung der Bezirksverwaltung übernehmen werde. Im Januar 1987 wurde er in den Ruhestand versetzt.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi bildeten einen wichtigen Stützpfiler für das SED-Regime. Aus diesem Grund kam der Personalpolitik im MfS eine besondere Bedeutung zu. Bevor die Stasi Kontakt mit einem potenziellen Mitarbeiter aufnahm, erfolgte eine vollständige Überprüfung. Zunächst wurde ermittelt, ob der Kandidat oder seine Verwandten ersten Grades beim MfS bereits aktenkundig geworden waren. Zusätzlich holte die Stasi Beurteilungen aus dem engeren

Umfeld ein. In den späteren Jahren zählten zu den Hauptkriterien des MfS für eine Einstellung politische Zuverlässigkeit und langjährige einschlägige Berufserfahrung. Wichtig war zudem, dass der Kandidat keine Westverwandtschaft hatte bzw. bereit war, den Kontakt unverzüglich unter Wahrung der Konspiration zu beenden. Es sollte jeder »feindlichen Infiltration« vorgebeugt werden.²⁰⁶ Bewerbern, die sich selbst für eine Zusammenarbeit anboten, wurde grundsätzlich misstraut – stand doch die Vermutung im Raum, dass sie im Auftrag eines fremden Geheimdienstes tätig seien.

In den 1950er-Jahren wurden vor allem verdiente »Altkommunisten« und Kinder aus Arbeiterfamilien zu HM.²⁰⁷ Weil diese oft nur über eine Volksschulbildung verfügten, schuf die Stasi mit Schulungen und Ausbildungen an der internen MfS-Hochschule

Weiterbildungsmöglichkeiten, um so die Qualität der operativen Arbeit zu verbessern. Seit den 1960er-Jahren rekrutierte die Stasi 50 Prozent ihres Personals aus Elternhäusern der »sozialistischen Dienstklasse« von MfS, NVA oder VP und dem SED-Parteipparat.²⁰⁸ Auf die »normgerechte Entwicklung« der Kinder wurde besonders großer Wert gelegt, stellten sie doch die Zukunft des MfS dar. Die HM bildeten nun immer mehr eine generationsübergreifende »geschlossene Gemeinschaft«.

Um die innere Sicherheit des MfS sicherzustellen, wurden die eigenen Mitarbeiter streng überwacht. In allen Bezirksverwaltungen mussten sie Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse unmittelbar der Stasi mitteilen. So hatte sich ein Untersuchungsführer der Abteilung IX der BV Cottbus (🔗 S. 149) dazu zu äußern, dass er im Januar 1988 zum dritten Mal sein Konto überzogen hatte. Der Oberleutnant begründete dies mit einer Unachtsamkeit bei seiner Kontoführung und gelobte Besserung, da »mein nachlässiges Handeln eines Mitarbeiters des MfS unwürdig ist«²⁰⁹. Registrierte die Stasi Negativsaldo bei ihren Mitarbeitern, setzte sich unmittelbar eine Prozesskette von Kontroll- und Disziplinarmaßnahmen in Gang. Die unkontrollierte

Verschuldung stellte in den Augen des MfS eine Gefahr dar, weil es befürchtete, dass Mitarbeiter deshalb erpressbar würden.²¹⁰

Mit Eintritt in den Dienst schwor jeder Mitarbeiter den Eid auf die Fahne der DDR und die Dienstflagge des MfS. Es galt, auch unter Einsatz des eigenen Lebens, die DDR »gegen jeden Feind zu schützen«. Zudem akzeptierten die hauptamtlichen Mitarbeiter bei Fehlverhalten schwerste Bestrafungen bis hin zur Todesstrafe. Nur in Einzelfällen kam diese jedoch zur Anwendung. Zuletzt wurde 1981 der Stasi-Offizier Werner Teske hingerichtet, weil er einige Zeit zuvor über eine Flucht nachgedacht und im Vorfeld geheime Unterlagen entwendet hatte. In der Regel kam es zu Versetzungen. Die Verhaltensregeln bezogen sich dabei nicht nur auf disziplinarische Vergehen, sondern auch auf zwischenmenschliche Beziehungen und galten gleichermaßen für Mitarbeiter und Angehörige – über Eheschließungen und Scheidungen entschied das MfS deshalb mit.

Wurden die Verhaltensregeln nicht eingehalten, griff das MfS in das Privatleben seiner Mitarbeiter ein. So auch bei einem Oberfeldwebel der KD Senftenberg (🔗 S. 153), der gegen die Richtlinie 1/79, die die Zusam-



> Abendveranstaltung beim Besuch einer Delegation des kubanischen Geheimdienstes in Frankfurt (Oder). 1975
BStU, MfS, SdM, Fo, Nr. 279, Bild 249

menarbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern festlegte, verstieß. Er hatte sich in die Ehefrau eines hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeiters, den er anleitete, verliebt und war mit ihr eine Beziehung eingegangen.²¹¹ Der Oberfeldwebel hatte damit nicht nur das Vertrauen des IM missbraucht, sondern auch dem Ansehen des MfS geschadet. Besonders schwer wog für die Stasi, dass das Kennenlernen der beiden auf einer Missachtung der Richtlinie 1/79 beruhte. Denn der Oberfeldwebel traf sich mit seinem IM in dessen Wohnung und in Anwesenheit der Frau. Die Konspiration war also auf mehreren Ebenen nicht eingehalten worden. Für den Mitarbeiter der KD Senftenberg führte diese Verfehlung zu einem Verweis, sein Verhalten wurde im Leitungskollektiv der KD »diskutiert« und ausgewertet.²¹² Sowohl im Dienst als auch im Privaten galt es, dem Ansehen des MfS und der SED nicht zu schaden.

In einer mehrseitigen Erklärung verpflichteten sich die Mitarbeiter, Stillschweigen über ihre Arbeit zu wahren, die militärische Disziplin einzuhalten und auf ein Kündigungsrecht zu verzichten, sodass das Dienstverhältnis nur durch die Stasi beendet werden konnte. Spätestens mit Diensteintritt mussten die Mitarbeiter ihre Mitgliedschaft in der SED erklären. Für die Motivation der Mitarbeiter waren vor allem zwei Gründe bestimmend: die Übereinstimmung mit den Zielen von SED und MfS sowie die eigene Sicherheits- und Wohlstandsorientierung.

Der Anteil der Frauen, die als hauptamtliche Mitarbeiterinnen für das MfS arbeiteten, lag durchschnittlich bei 16 Prozent.²¹³ Sie arbeiteten meist in niedrigeren, schlechter bezahlten Positionen, kümmerten sich oft zusätzlich um den eigenen Haushalt und die Erziehung der Kinder. Auch in den Bezirksverwaltungen Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam waren die Mitarbeiterinnen im Sinne der klassischen Rollenverteilung vor allem als Raumpflegerinnen im Putzdienst, Sekretärinnen, Köchinnen und Krankenschwestern eingesetzt. In den Abteilungen Postkontrolle, Finanzen, Medizinischer Dienst und Zentrale Auskunft war ihr Anteil jedoch überdurchschnittlich hoch.²¹⁴ Es gelang nur wenigen, den Dienstrang Major oder Oberstleutnant zu erreichen.

Aus dem Dienst schieden die HM meistens nur aufgrund größter Pflichtverletzungen oder wegen des Erreichens des Rentenalters aus. Infolge der Friedlichen

Revolution änderten sich dann innerhalb weniger Wochen die Zukunftsperspektiven der Mitarbeiter mehrfach radikal.²¹⁵ Von einer sichergeglaubten Karriere, über die Möglichkeit eines Neuanfangs im Amt für Nationale Sicherheit bis zur ungewollten Entlassung ins zivile Leben. Das Arbeitsbuch eines Mitarbeiters der Abteilung Nachrichtenwesen der BV Cottbus (🔗 S. 149) beschreibt für den Zeitraum von Januar bis Dezember 1989 detailliert diese Herausforderungen. So ist beispielsweise für den 20. November 1989 die Anweisung zu lesen, dass das gesamte Film- und Fotomaterial der BV zu verbrennen sei – und damit die Erträge des jahrelangen Sammelns von Informationen.²¹⁶ Doch dazu scheint es nicht mehr gekommen zu sein, denn die Filme aus dem MfS-Sicherungsfonds der BV Cottbus zu den archivierten Vorgängen in der operativen Hauptablage und den archivierten Akten der Staatsanwaltschaft sind bis auf die Jahre 1974 bis 1977 nahezu vollständig erhalten.²¹⁷

*1989 arbeiteten in Brandenburg 8 574 hauptamtliche Mitarbeiter.*²¹⁸

Spätestens seit November 1989 begann die Stasi, Vorsorge für ihre Mitarbeiter für die Zeit nach der Auflösung des MfS zu treffen. Sie entließ Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand und gewährte großzügige »Übergangsbeihilfen«. Die BV Cottbus zahlte je nach Dienstalter und Dienstverhältnis zwischen 1 050 und 10 500 Mark.²¹⁹ Die hauptamtlichen Mitarbeiter fanden sich nun im einst bekämpften »Feindesland« wieder. Das Regime, das sie hatten schützen sollen, existierte nicht mehr.

KSo

»Der IM berichtete selbstständig zu negativen Äußerungen« – inoffizielle Mitarbeiter der Stasi

»Bei der Bearbeitung von Personen gab es seitens des [»Manfred Brandt«] keinerlei Vorbehalte. Die durch ihn bearbeiteten Personen konnten überwiegend inhaftiert werden.«²²⁰ So beurteilte Oberstleutnant Eberhard Blum, der Leiter der Kreisdienststelle des MfS in Beeskow (📍 S. 153), die Arbeit des von ihm persönlich geführten IM »Manfred Brandt« im Februar 1989. Zu diesem Zeitpunkt hatte der IM bereits 24 Jahre für die Stasi gearbeitet. Die Arbeit als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi scheint sogar das einzig Beständige in seinem Leben gewesen zu sein. Seine Wohn- und Arbeitsorte wechselte er häufig, flüchtete 1960 aus der DDR und kehrte wieder zurück, war dreimal verheiratet. Ab Anfang der 1980er-Jahre hatte er keine Verwandten mehr in der DDR, alle hatten das Land verlassen – nur er nicht. Zudem war er dreimal im Gefängnis gewesen, weil er einen teuren Lebensstil pflegte und sich immer

wieder große Geldsummen lieh, die er von seinem Einkommen als Krankenpfleger nicht zurückzahlen konnte. Oberstleutnant Blum hielt ihn für einen Aufschneider: Er bescheinigte ihm »ein übersteigertes Geltungsbedürfnis« und einen »Hang zur Hochstapelei«. ²²¹ Zugleich sei er »kontaktfreudig, redigewandt, anpassungsfähig und höflich im Verhalten gegenüber anderen Personen«. Bei der Erfüllung seiner Aufträge zeige er Eigeninitiative und unterbreite konstruktive Vorschläge. ²²² Das machte die Stasi sich zunutze.

»Manfred Brandt« arbeitete, je nach Wohnort, für unterschiedliche Dienstseinheiten des MfS. Die weitaus längste Zeit berichtete er ab 1973 an die KD Beeskow und seitdem immer an den Führungsoffizier Eberhard Blum. ²²³ Seine Berichte füllen zehn Akten-Bände auf insgesamt gut 4 000 Blatt. Der größte Teil davon stammt aus seinem Arbeitsumfeld. »Manfred Brandt« war in verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens beschäftigt wie dem Kreiskrankenhaus Beeskow/Bezkow oder dem Bezirkskrankenhaus Frankfurt (Oder). Ein weiterer umfangreicher Teil der Berichte befasst sich mit kirchlichen bzw. kirchen-nahen Kreisen. Er nahm regelmäßig an kirchlichen



> Im Kreiskrankenhaus Beeskow/Bezkow arbeitete der IM in den 1970er- und 1980er-Jahren als Krankenpfleger. Nach 1990 Stadtarchiv Beeskow

Veranstaltungen überall in der DDR teil. Obwohl selbst nie gläubig, kam er in intensiven Kontakt mit Gläubigen, Pastoren oder Katecheten. Darüber hinaus berichtete er über seine Familie, insbesondere über seine Mutter, die als Rentnerin nach West-Berlin gezogen war und dort zeitweise im Haushalt eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses arbeitete.²²⁴

IM »Manfred Brandt« zu einem Bekannten, der später aufgrund Brandts Aussagen ins Gefängnis kam: »Aber ich kann dir nur eins sagen, mit der Stasi habe ich nichts zu tun.«²²⁵

Ein Teil seiner Berichte gibt Ansichten seiner Mitmenschen wieder, die ihm offenbar vertrauten: Sie äußerten sich, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, über ihre Sicht auf die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände in der DDR und der Welt. Die Stasi speicherte die IM-Berichte und verschaffte sich so ein Bild von diesen Menschen. Weitaus gravierendere Folgen hatte der andere Teil von »Manfred Brandts« Tätigkeit. Er wurde über Monate und Jahre gezielt auf von der Stasi verdächtige Personen angesetzt, erwarb sich ihr Vertrauen, unterstützte sie in ihrem vermeintlich »staatsfeindlichen« Tun und sammelte so für die Stasi »Beweise«. Die so Ausgespitzelten wurden häufig verurteilt und inhaftiert.

»Manfred Brandt« wusste, wie es im Gefängnis zuing. Seine dritte Gefängnisstrafe Ende der 1970er-Jahre hatte er sogar direkt der Stasi zu verdanken.²²⁶ »Manfred Brandt« hatte sich, nachdem seine zweite Ehe gescheitert war, erneut stark verschuldet und, anscheinend um Eindruck zu schinden, gegenüber mehreren Liebschaften behauptet, Stasi-Mitarbeiter zu sein. Eberhard Blum nutzte diese Lage aus, für die IM-Arbeit einerseits und andererseits um »Manfred Brandt« zu disziplinieren. Er veranlasste ein Ermittlungsverfahren, »Manfred Brandt« wurde verurteilt und kam in die Strafvollzugsanstalt Cottbus. Nach seiner Entlassung verfasste er Berichte über Mitgefangene, die wegen verschiedener politischer Delikte eingesperrt hatten, hielt Kontakt zu ihnen und berichtete weiter über ihre Ansichten und Pläne.²²⁷ Außerdem half der Gefängnis-

aufenthalt, seine Spitzeltätigkeit zu »legendieren« und seine notorische Verschuldung zu legitimieren. Das kam ihm entgegen: Er erzählte nach seiner Rückkehr, er hätte sich so hoch verschuldet, um einen Fluchthelfer zu bezahlen. Dabei sei er erwischt worden und deshalb im Gefängnis gelandet. So wirkte er glaubwürdiger gegenüber Gegnern des SED-Regimes, Fluchtwiligen oder anderen vermeintlich Verdächtigen, auf die die Stasi ihn ansetzte, und gewann an Reputation in oppositionellen Kreisen.²²⁸

Einer von Eberhard Blum verfassten »Effektivitätseinschätzung« ist zu entnehmen, dass »Manfred Brandt« der Stasi 1980 bis 1983 pro Jahr eine Inhaftierung ermöglichte, was ihn aus Stasi-Sicht sehr »effektiv« machte. Blum schloss Inhaftierungen für 1984 sogar aus, damit Brandt nicht als Spitzel aufflog. Brandt erhielt für seine Dienste allein 1983/84 Prämien und Spesen in Höhe von 3 850 Mark.²²⁹

Mit IM »Manfred Brandt« verfügte die KD Beeskow 16 Jahre lang über einen ehrgeizigen und ergebnen Spitzel. Eberhard Blum verstrickte »Manfred Brandt« in ein emotionales Abhängigkeitsverhältnis. Wohl zu keinem anderen Menschen, außer zu seiner Mutter, pflegte Brandt einen so dauerhaften und engen Kontakt wie zu Blum, dem er auch Privates anvertraute. Dafür half Blum ihm bei der Schuldentilgung, der Wohnungssuche und belohnte ihn mit Prämien. Brandt ist damit Täter und Opfer zugleich: Opfer, weil die Stasi gezielt seine psychischen und emotionalen Defizite ausnutzte – Täter, weil er eine große Zahl von Menschen wissentlich und ohne Skrupel ins Unglück stürzte.

Für die Stasi waren die inoffiziellen Mitarbeiter ein überaus wichtiges Instrument zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche und zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen. Ihre große Anzahl hatte entscheidenden Einfluss auf das gesellschaftliche Klima in der DDR.²³⁰ Nie konnten die Menschen völlig sicher sein, nicht beobachtet zu werden. Nie, auch nicht im privatesten Kreis, war es vollkommen ohne Risiko, sich politisch zu äußern. Allein schon durch die Annahme, im eigenen Umfeld könnte die Stasi mitlauschen und mitsehen, war die Macht der Staatssicherheit und durch sie die Macht der SED im Alltag der Bevölkerung immer spürbar.

BStU
000160
AS4

KD-Beeskow

Beeskow, den 17. 3. 1977

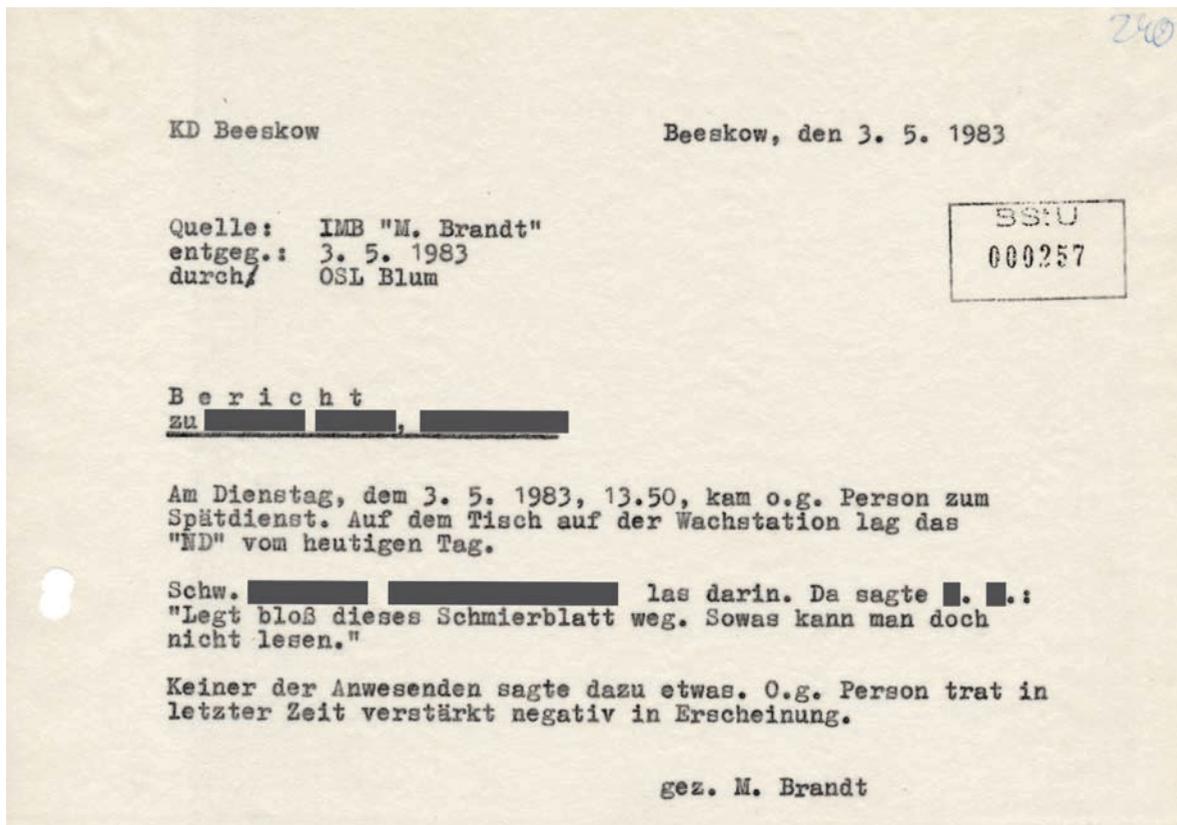
Quelle: IME "D. Kaiser"
entgeg.: 17. 3. 1977
durch: Hptm. Blum

B e r i c h t

Betr.: Nebenzimmer von [REDACTED] Arbeitszimmer

In der Nacht vom Sonnabend, dem 12. 3. 1977, zu Sonntag, dem 13. 3. 1977, 1 Uhr, stand ich auf und ging auf die Toilette, welche im 1. Stock des Hauses liegt. Ich ging sehrleise. Dann ging ich wieder hinunter. Ich zog die Tür leise heran und knipste das Licht im Nebenzimmer des Arbeitszimmers an. Der Schalter für diesen Raum befindet sich im Arbeitszimmer.

Es ist ein ca. 6 m² großer, schmaler Raum, welcher von oben bis unten mit Büchern, DIAS, Broschüren, Zeitschriften, Zeichnungen, Zeitungen, Kinderzeichnungen, Kirchenliteratur usw. vollgestopft ist. Ich verschaffte mir einen Großüberblick und achtete streng darauf, daß wieder alles haargenau auf seinen alten Platz kommt. Unter den Dia-Reihen, die die manchmal beschriftet waren, erkannte ich im Schein der kleinen Deckenlampe Dias, welche Zeitungs- und Buchausschnitte waren. Ich erkannte eine Dia-Reihe, welche den eingestürzten Raum vom Turm Lieberose darstellte. Auch Menschen waren darauf zu sehen. Jene müssen umgehend nach dem Einsturz des Raumes am Turm vollzogen worden sein. Direkte Personen konnte ich nicht erkennen. Es waren Farbfotos. Zu sehen waren Bücher ganz verschiedener Genres. Belletristik aus der BRD (1970, '71, '72, '73, '74, '75), Fortsetzungsreihen von Kirchenliteratur, "ND"-Exemplare, Werbeliteratur von westdeutschen Verlagen ("Bertelsmann"; Droemer-Knauer; Fischer;rororo; Wicherhand usw.) Ferner noch Schulhefte von Kindern vom Religionsunterricht und Kinderzeichnungen. Diese Kinderzeichnungen stellte alle (12 Stück) das Symbol von Israel dar. Den Judenstern, die Hauptstadt von Israel war darauf geschrieben. Ferner Menschen, von Kinderhand gemalt. Alles in Farbe. Ferner waren 2 Worte darauf geschrieben, auf allen Zeichnungen. Eines konnte ich ungefähr entziffern als "Scha-loom". In deutscher Sprache konnte ich lesen: "Es lebe Israel." Auch die Fahne von Israel war auf den Zeichnungen zu erkennen.



> Der IM meldete auch Äußerungen seiner Arbeitskollegen an die Stasi, die sie registrierte und sammelte. Das konnte für die Denunzierten gravierende negative Folgen haben. 3.5.1983 (Ausschnitt)

BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), TA, Nr. 61/86, Bd. VII, Bl. 257

Die Beweggründe der inoffiziellen Mitarbeiter, sich zu einem Instrument der Stasi machen zu lassen, waren so vielfältig wie die Einsatzgebiete der IM und so vielschichtig wie ihre Biografien – den typischen IM gab es nicht. Loyalität gegenüber dem SED-Regime und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten häufig eine Rolle. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Manchmal waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend. Es gab auch Fälle, in denen IM zur Zusammenarbeit erpresst wurden. Bei dieser Art der Anwerbung sammelte die Stasi zunächst belastendes Material gegen den IM-Kandidaten und stellte ihn dann vor die Wahl, bestraft zu werden oder aber für das MfS zu arbeiten.

In den 1950er-Jahren üblich praktizierte die Stasi dieses perfide Vorgehen später seltener, weil unter Zwang angeworbene IM weniger effektiv und oft unzuverlässig waren. Für viele IM, egal welche Gründe sie für ihr Einverständnis zur Zusammenarbeit gehabt haben mochten, war auch ausschlaggebend, dass sie negative Folgen für sich befürchteten, wenn sie die Zusammenarbeit ablehnten.²³¹ Dass eine Ablehnung in der

Regel ohne Folgen blieb, wussten nur wenige. Solange sie existierte, war die Stasi eine Black Box, über deren Inneres allenfalls Gerüchte kursierten.

Bei IM »Manfred Brandt« spielten alle diese Faktoren eine mehr oder weniger große Rolle. Die in seinen Berichten immer wieder formelhaft vorgetragene Bekenntnisse zum Staatssozialismus der SED scheinen eher gespielt, als ernst gemeint gewesen zu sein. Sicher aber hatte er es auf Vorteile abgesehen, die ihm auch zugutekamen. Abenteuerlust, Agentenspiel und der Reiz des Geheimen faszinierten »Manfred Brandt« mit seinem ausgeprägten Geltungsbedürfnis und schmeichelten anscheinend seinem Ego. Seine andauernden Geldprobleme nutzte die Stasi gezielt aus, um ihn in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Sie half ihm dabei, damit umzugehen, bestrafte ihn aber auch mit Gefängnis, als er aus dem Ruder zu laufen schien. Damit nutzte Oberstleutnant Blum skrupellos eine weitere verbreitete Taktik zur Führung von IM. Der Führungsoffizier erscheint als »väterlicher Erzieher«. Er belohnte bei Wohlverhalten und bestrafte bei Fehlverhalten. Gerade bei psychisch eher labilen Personen wie »Manfred Brandt« verfiel dieses Vorgehen oft.

BSTU
060323

Beeskow, den 15.02.83

Am 15.02.83 übergab ich einem mit dem
Saunders Mitarbeiter zur Rückzahlung 2000,-
Mark (Währung BRD) die ich am 11.02.83
von meiner Mutter erhielt.

300,-	aus	3.3.	übergabe	Brandt
400	in	3.1	- "	Brandt
50				
450,-	"	2.4.	"	Brandt
1100,-	"	4.5.	"	

> Auszahlungsquittung über West-Geld für »Manfred Brandt«. Weil er ständig finanzielle Schwierigkeiten hatte, übergab er das Geld Stasi-Offizier Blum zur Verwahrung. Dieser zahlte es ihm in kleineren Beträgen wieder aus. 15.2.1983 (Ausschnitt)
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Beeskow, Nr. 137/80, Teil I, Bl. 323

Die Anwerbung von IM war Stasi-intern genau geregelt und verlief weitgehend formalisiert. Für ihr jeweiliges Aufgabengebiet hatten die Stasi-Mitarbeiter eine bestimmte Anzahl IM zu werben. Zunächst überprüften sie die Kandidaten mit Akribie auf ihre Charaktereigenschaften, ihre Zuverlässigkeit, ihr privates und berufliches Umfeld. Dann nahmen sie mit dem Kandidaten Kontakt auf, führten Vorgespräche und ließen ihn schließlich, meist schriftlich, manchmal per Handschlag, eine Einverständniserklärung abgeben. Danach führten sie regelmäßig »Treffs« mit den IM durch, nahmen ihre Berichte entgegen und erteilten neue Aufträge. Manche IM wurden auch zusätzlich geschult, beispielsweise im Umgang mit Geheimtinte, versteckten Kameras oder »Containern«, Behältnissen, in denen Unterlagen versteckt werden konnten.

Die Zusammenarbeit konnte wenige Monate, Jahre oder auch, wie bei »Manfred Brandt«, Jahrzehnte andauern. Die Beendigung hatte häufig pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel, Krankheit oder Verrentung. Umzüge und Wechsel der Arbeitsstelle waren jedoch im Fall von »Manfred Brandt« keine Gründe für die Stasi, sich von ihm zu

trennen. Selbst »Manfred Brandts« »Dekonstruktion«, also die Offenbarung seiner Spitzeltätigkeit gegenüber anderen, sorgte nicht dafür, dass Blum die Zusammenarbeit beendete, was sonst der Normalfall war. Dekonstruierte IM waren aus Sicht der Stasi meist wertlos. Manche IM dekonstruierten sich sogar absichtlich, um sich vom MfS lösen zu können. Andere stellten nach und nach die Zusammenarbeit ein, erschienen nicht zu Treffs oder lieferten immer unwichtigere Informationen, sodass die Stasi selbst die Zusammenarbeit aufgab – anders als von vielen vermutet – selten mit negativen Folgen für die IM.

MtSc



> Besuch Erich Honeckers in Brandenburg an der Havel zum »40. Jahrestag der Befreiung«. 27.4.1985
Stadtmuseum Brandenburg an der Havel, Nr. 15817 P

Die Honecker-Besuche in Brandenburg: Zusammenarbeit von SED und MfS

Im April 1975 stand der beschaulichen Kleinstadt Brandenburg an der Havel ein großes Ereignis bevor: Der 1. Sekretär der SED und damit der mächtigste Mann im Staat, Erich Honecker, sollte in die Havelstadt kommen. Er wollte dort der Befreiung des Zuchthauses Brandenburg durch sowjetische Truppen im April 1945 gedenken. Von 1937 bis 1945 hatte Honecker selbst in diesem Zuchthaus eingesperrt – zusammen mit vielen anderen politischen Häftlingen.²³²

Der Besuch des Parteichefs in Brandenburg wiederholte sich zu den großen »Jahrestagen der Befreiung vom Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee« 1980 und 1985. Er stellte die regionalen und lokalen SED-Leitungen sowie MfS-Dienststellen vor große Herausforderungen. Staatspartei und Geheimpolizei arbeiteten eng zusammen, um die Besuche Honeckers reibungslos über die Bühne zu bringen. Dabei ging es

nicht allein darum, alle Gefahren für die Sicherheit des ersten Mannes im Staat zu bannen. Vielmehr musste Honecker ein Bild geboten werden, das ihm die Erfolge der SED-Politik und die Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem SED-Regime glaubhaft vor Augen führte.²³³

In den Jahren 1975, 1980 und 1985 bemühten sich deshalb Partei- und Staatssicherheitskader aus Brandenburg an der Havel und aus den Potsdamer Bezirkszentralen darum, die Gedenktage entsprechend zu sichern und zu inszenieren. Nicht nur der eigentliche Gedenkort auf dem Marienberg wurde umgebaut, um ihn für die Großveranstaltungen herzurichten. Auch in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt galt es, ein positives Bild zu vermitteln, das Honecker als Bestätigung seiner Herrschaft in Erinnerung bleiben konnte. Die Verantwortlichen legten etwa die Route der Delegation durch die Havelstadt sorgfältig fest. Die hochrangigen Funktionäre sollten auf keinen Fall mit problematischen Ecken der Stadt konfrontiert werden. Im Frühjahr 1975 ließ der örtliche Parteiapparat kurz vor Honeckers Besuch noch Haltestellen, Telefonzellen

und öffentliche Briefkästen neu streichen. Zehn Jahre später reichten diese kosmetischen Verschönerungen nicht mehr aus: Insbesondere der Stadtkern war in einem desolaten Zustand und vor Honeckers Besuch sollten noch umfangreiche Baumaßnahmen fertiggestellt werden. Es war jedoch unklar, ob diese noch bis zum Gedenktag abgeschlossen werden konnten. Deshalb planten die Verantwortlichen gleich zwei Fahrtrouten. Sie wollten für alle Fälle gewappnet sein. Der »Plan B« sah vor, dass Honecker und sein Tross den Stadtkern weiträumig umfahren sollten.

Während die Parteifunktionäre den Ablauf der Gedenkveranstaltung sorgfältig planten und sich um das Erscheinungsbild der Stadt kümmerten, erledigten die Geheimpolizisten andere Aufgaben: Sie verfolgten aufmerksam die Stimmungslage in der Stadt, zogen potenzielle Störer aus dem Verkehr bzw. hielten sie unter Kontrolle und sorgten präventiv für die Sicherheit Honeckers am Gedenktag.

Im Vorfeld der Großveranstaltung blieben der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam (🔗 S. 151) auch kritische Stimmen in der Havelstadt nicht verborgen: Einige Bürger »wunderten« oder ärgerten sich sogar über die plötzlichen Bauarbeiten. Sie reagierten mit Zynismus, wie ein IM 1975 an seinen Führungsoffizier berichtete: »Viele Brandenburger sind der Meinung, dass solche offiziellen Delegationen mindestens 2 Mal im Jahr kommen sollten, denn dann würden viele Dreckecken und andere Unzulänglichkeiten, die oft jahrelang nicht beachtet werden trotz vieler Eingaben, über Nacht beseitigt.«²³⁴

Um derartige kritische Stimmen nicht öffentlich hörbar werden zu lassen und spontane Protestaktionen zu verhindern, bedienten sich die Geheimpolizisten unterschiedlicher Methoden: Zusammen mit Kollegen der Volkspolizei führten sie »Vorbeugegespräche« mit potenziellen Störfrieden.²³⁵ Die Sicherheitskräfte zeigten die Konsequenzen auf, die bei öffentlichen Störungen drohten. Zudem eröffnete die MfS-Kreisdienststelle Brandenburg (🔗 S. 154) mehrere neue OPK und OV und intensivierte bereits laufende operative Maßnahmen mit dem Ziel von Inhaftierungen.

Bei Honeckers letztem Besuch in Brandenburg 1985 hatte die Stasi vor allem die Ausreiseantragsteller im Visier. Sie standen im Verdacht, öffentliche Proteste zu

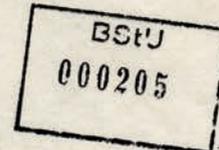
planen, um ihre Antragsbearbeitungen zu beschleunigen. Einige Tage vor der Gedenkveranstaltung inhaftierte die Staatssicherheit 14 Ausreiseantragsteller, fünf davon kamen nach kurzer Zeit – vermutlich nach der Abreise des Generalsekretärs – wieder frei. Einige wenige andere Antragsteller profitierten von der Sorge, öffentliche Aktionen könnten das Gedenken Honeckers in Brandenburg stören. MfS und SED wussten sich offenbar nicht anders zu helfen, als diese Bürger ausreisen zu lassen. Darüber hinaus stellte das MfS im Frühjahr 1985 insgesamt 285 Bürger vor dem Besuch Honeckers unter »Hausarrest« und postierte eigene Mitarbeiter oder Volkspolizisten vor den Wohnungen.²³⁶ Das MfS unterstützte den Parteiapparat jedoch nicht nur, indem es »feindlich-negative Personen« unter Kontrolle hielt. Die Geheimpolizisten überprüften auch alle Personen, die am Gedenktag mit Honecker und anderen führenden Funktionären in Kontakt kommen sollten. Dazu zählte etwa das Personal, das die Bewirtung der Gäste übernahm. Auch die Anwohner der Protokollstrecke wurden überprüft.

So trugen sowohl SED-Funktionäre als auch MfS-Mitarbeiter dazu bei, dass alle drei Besuche Honeckers in Brandenburg ohne Störungen über die Bühne gingen. Auch jenseits solcher Ausnahmesituationen war die Staatssicherheit im Herrschaftsalltag eine feste Machtstütze des SED-Regimes. Die MfS-Mitarbeiter agierten als »Schild und Schwert der Partei«, um die Macht der Staatspartei zu erhalten. Dabei erfüllte das MfS drei wesentliche Aufgaben: Erstens schützte es die Machthaber und die Funktionsebenen der DDR vor »feindlich-negativen Kräften«. Im Falle des Besuchs Honeckers in Brandenburg handelte es sich auch um klassische Personenschutzaufgaben. Im Alltag war die Staatssicherheit jedoch vor allem dafür zuständig, Personen zu überprüfen, die in machtsicherungsrelevante Bereiche aufsteigen sollten. Als besonders problematisch für eine Karriere in Partei oder Staat galten ausgeprägte Westkontakte.

Zweitens übernahm das MfS die Aufgabe, auch die als loyal eingestuften Bevölkerungsschichten zu kontrollieren und mögliche Probleme zu identifizieren. In dieses Aufgabenfeld reihte sich unter anderem die Berichterstattung an die Partei ein, die auch auf der Kreisebene zur regelmäßigen Kommunikation zwischen Staatspartei und ihrem »Schild und Schwert« gehörte.

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Potsdam
Operativer Einsatzstab
Leiter

Brandenburg, 27. 04. 1985



bestätigt:

Leiter der BV
i. A.


Schickart
Generalmajor

A b s c h l u ß b e r i c h t

zum politisch-operativen Sicherungseinsatz anlässlich der
Großkundgebung zum 40. Jahrestag des Sieges über den
Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes
am 27. 04. 1985 in Brandenburg

(Aktion "Fundament 85")

Die am 27. 04. 1985 in Brandenburg durchgeführte Großkundgebung und weitere Protokollveranstaltungen, an denen der Generalsekretär des ZK der SED in Begleitung von Politbüromitgliedern und sowjetischen Ehrengästen teilnahm, verliefen entsprechend dem vorgesehenen Programmablauf störungsfrei.

Genossen Erich Honecker wurde durch die Bevölkerung ein stimmungsvoller und herzlicher Empfang bereitet. Unter den ca. 110 000 Teilnehmern an der Großkundgebung herrschte eine optimistische und aufgeschlossene Stimmung. Die gesamte Veranstaltung hatte eine hohe massenpolitische Wirksamkeit. Der Aufenthalt der führenden Repräsentanten wurde ohne Vorkommnisse abgeschlossen. Ihre Sicherheit wurde jederzeit zuverlässig gewährleistet.

Anders als in den Berichten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe an die Parteiführung in Ost-Berlin oder den entsprechenden Berichten auf Bezirksebene benannten die MfS-Kreisdienststellenleiter in ihren Informationen an die örtlichen Parteichefs in der Regel sehr konkret und oft auch ungeschminkt Probleme und Defizite. So trugen sie – bis zu einem gewissen Maß – dazu bei, dass die Parteileitungen flexibel reagieren und ihre Steuerungsfunktion wahrnehmen konnten. Die dadurch gewonnene Flexibilität auf lokaler Ebene überbrückte zeitweise die Defizite des Planungssystems und half, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor Ort sowie den daraus resultierenden gesellschaftlichen Konfliktlinien zu begegnen. In den 1970er- und 1980er-Jahren stiegen die Bedürfnisse der Bürger jedoch sukzessive an, während die wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer mehr zunahmen. Die Kreisfunktionäre konnten die immer sichtbarer werdenden Probleme des örtlichen Lebens nicht mehr mit Ad-hoc-Maßnahmen und lokalen Kooperationen, etwa mit Betrieben, kaschieren und schon gar nicht aus der Welt schaffen.

Drittens übernahm die Staatssicherheit auch im lokalen Kontext die Aufgabe, jene Bevölkerungsgruppen geheimpolizeilich zu überwachen und zu bekämpfen, die den Normvorstellungen des SED-Regimes nicht entsprachen. Dazu zählten neben der politischen Opposition auch Menschen, die sich der Vereinnahmung durch den Staat entzogen – z. B. unangepasste Jugendliche oder kirchlich Engagierte. Die MfS-Mitarbeiter legten OV und OPK an, um einzelne Bürger oder Gruppen, die sich non-konform oder gar »feindlich« gegenüber dem Regime zeigten, unter Kontrolle zu halten. Neben Überwachungsmaßnahmen und Verhaftungen versuchte das MfS, auch mit subtileren Mitteln der Repression tatsächliche oder vermeintliche Gegner des SED-Regimes zu disziplinieren. Das MfS sprach von »Zersetzung«. Es ging u. a. darum, die psychische Gesundheit eines Menschen anzugreifen, seine sozialen Kontakte zu begrenzen oder ihn sogar sozial zu isolieren.

Auf der Basis der schriftlichen Überlieferung von Staatspartei und Staatssicherheit ist die tägliche Zusammenarbeit von SED- und MfS-Funktionären nur bruchstückhaft zu rekonstruieren. Wie auf der obersten Hierarchie-Ebene sind auch in den MfS- oder SED-Akten der lokalen Ebene direkte Anleitungen oder ein

Handlungsdruck der Partei auf die Staatssicherheit – oder umgekehrt – kaum aufzufinden. Es ist nur punktuell zu fassen, wie der Austausch im Alltag funktionierte, ob Handlungsoptionen gemeinsam abgewogen oder per Anweisung »durchgestellt« wurden.

Für die Zusammenarbeit von MfS und SED auf lokaler Ebene war die Beziehung zwischen dem 1. Kreissekretär und seinem MfS-Dienststellenleiter zentral. Im Bezirk Potsdam – so stellte die Bezirksverwaltung fest – hatten sich zwischen 1. Sekretären der Partei und MfS-Kreisdienststellenleitern auf Kreisebene starke Loyalitätsbeziehungen entwickelt.²³⁷ Dies sahen die Stasi-Funktionäre in der Bezirksverwaltung nicht nur positiv, denn es hatten sich auch Praktiken eingeschlichen, die den Hierarchien im MfS entgegenstanden. So hielten sich einige örtliche MfS-Funktionäre »im Interesse ihres Verhältnisses zu den 1. Sekretären der Kreisleitungen« zurück, wenn sie »z. B. festgestellte Mängel, Missstände in ihrem Kreis« an die MfS-Bezirksverwaltung meldeten. Sie wollten den örtlichen Parteiapparat und »ihr« Territorium nicht diskreditieren. Einige KD-Leiter würden sich sogar »sträuben gegen die Weitergabe einer Parteiinformation«²³⁸ an den 1. Bezirkssekretär. Ob jedoch ein 1. Kreissekretär seinen KD-Chef etwa mit Verhaftungen oder anderen Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Bürger beauftragte oder ob sich der »Erste« in die »operative Arbeit« der Geheimpolizei einschaltete, lässt sich anhand der schriftlichen Überlieferung nur schwer nachvollziehen. Dies ist nicht allein auf die Geheimhaltungsregeln der beiden Apparate und die lückenhafte Verschriftlichung des MfS – z. B. in Hinblick auf Repressionsmaßnahmen²³⁹ – zurückzuführen. Vielmehr achteten Parteifunktionäre auch darauf, in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mit den Maßnahmen der Geheimpolizei in Verbindung gebracht zu werden.²⁴⁰ Diese Strategie und die lückenhafte Überlieferung dürfen jedoch nicht dazu verleiten, die Optionen der SED-Kreisleitungen, unmittelbare Verfolgung oder Überwachung anzuordnen, aus dem Blick zu verlieren. Repressionsmaßnahmen waren ein Mittel, auf das die SED-Apparate selbstverständlich bauten, um ihre Macht zu sichern. Die Staatssicherheit war als »Schild und Schwert der Partei« hierbei der verlässliche Partner.

ABa



Die Methoden und ihr Einsatz



> Observation eines Autofahrers aus Solingen, Kreuzung Franz-Mehring-Straße/
Thomas-Müntzer-Hof in Frankfurt (Oder). 23.12.1978, 11.10 Uhr
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. II, Fo, Nr. 1374, Bild 21 (Ausschnitt)

DIESES
 IST EINE GESCHENKSENDUNG —
 BESTIMMT
 FÜR EINEN KINDER-GEBURTSTAG.

NICHT BESTIMMT
 FÜR DIE POST-SCHNÜFFLER
 VON FALKENBERG.

HÄNDE WEG!
 SONST GIBT'S SKANDAL
 BEIM OBERINDIANER HONI

> Zettel, der einem Westpaket von Nürnberg nach Sonnewalde/Grozišćo beigelegt war. 1987
 BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. M, Nr. 711

Die Abteilung M zur Überwachung des Postverkehrs

Im Frühjahr 1985 erhielt die Abteilung XVIII der BV Frankfurt (Oder) (☞ S. 150), zuständig für den Bereich Volkswirtschaft, erste Hinweise darauf, dass Heidrun (Jg. 1948) und Josef Thiem (Jg. 1942) private Kontakte in die Bundesrepublik Deutschland hatten. Das Ehepaar nutzte Adressen von Verwandten aus der Region Frankfurt (Oder), um Briefe und Pakete zu verschicken und zu empfangen.²⁴¹ Über diese Deckadressen versuchten die Thiems, den Postverkehr mit dem westlichen Teil Deutschlands zu verschleiern.²⁴²

Der Grund: Als langjährige und erfahrene Mitarbeiter des VEB Datenverarbeitungszentrums Frankfurt (Oder) waren beide »Geheimnisträger«. Das Ministerium des Innern (MdI) stufte in diese Kategorie Personen ein, die mit Geheimhaltungsdokumenten in Kontakt kommen konnten. Die Stasi war für die deshalb erforderlichen Personenüberwachungen zuständig.

Eine solche Kategorisierung führte zu umfassenden Einschränkungen im Privaten – so erwartete auch der Betrieb von Heidrun und Josef Thiem, dass sie ihre Westkontakte abbrechen.²⁴³ Bereits 1971 hatte Josef Thiem als Gruppenleiter im VEB Maschinelles Rechnen Frankfurt (Oder) die Anweisung erhalten, seine postalischen Verbindungen in den Westen abzurechnen.²⁴⁴ Seitdem fühlte sich das Ehepaar von der Stasi überwacht.²⁴⁵

Am 17. Februar 1986, nach acht Monaten erster Ermittlungen, eröffnete die Stasi die OPK »Duo«.²⁴⁶ Das Ziel: die Erarbeitung eines »Persönlichkeitsbildes« zu Heidrun und Josef und die Aufdeckung aller postalischen Kontakte. Zudem wollte die Stasi bis Ende Mai 1986 einen IM direkt aus dem Umfeld der Thiems anwerben. Dieses Vorhaben gelang, der IM gab sich als Decknamen den Namen des bekannten DDR-Schauspielers »Alfred Struwe«. Zusätzlich bespitzelte auch der erfahrene IM »Argon« das Ehepaar und gab nützliche Informationen an die Stasi weiter. Den aktuellen Stand der Beobachtungen fasste das MfS alle drei Monate in Zwischenberichten zusammen.²⁴⁷

Bevor die Post des Ehepaares zugestellt wurde, kopierte die für die Postkontrolle zuständige Abteilung M (☞ S. 150) alle ein- und ausgehenden Briefe. Durch die Tätigkeit ihrer Kolleginnen und Kollegen konnte sich die federführende Abteilung XVIII (☞ S. 150) ein genaues Bild von Thiems postalischen Kontakten machen. Um den Überblick zu behalten, erstellte sie einen detaillierten Verbindungsplan. Auch die Post der Verbindungspersonen wurde überwacht. Die Stasi-Postkontrolle ermittelte nicht nur, wann Geburtstagspost verschickt wurde. Sie wusste auch, dass sich Josef Thiems Ex-Frau an ihn gewandt hatte, um ihn um Unterstützung bei ihrer zweiten Scheidung zu bitten.

Im Juli 1986 hielt Stasi-Leutnant Walter in einem Zwischenbericht fest, dass Josef Thiem berufliche Unterlagen mit nach Hause genommen habe. Dieser Hinweis kam allerdings nicht aus der Postkontrolle, sondern vom IM »Alfred Struwe«. Nach seiner Einschätzung handelte es sich jedoch nicht um vertrauliche Verschlusssachen.²⁴⁸ Dennoch vermutete die Stasi aufgrund der bestehenden Westkontakte ein Vergehen nach § 172 StGB (Unbefugte Offenbarung und Erlangung wirtschaftlicher Geheimnisse). Deshalb stellte das MfS dem Ehepaar eine Falle. Sowohl Heidrun als auch Josef Thiem wurden vertrauliche Verschlusssachen zugänglich gemacht, um zu überprüfen, ob sie diese nach Westdeutschland weitergaben.²⁴⁹ Doch anders als von der Stasi erwartet, geschah dies nicht.

Im Abschlussbericht des MfS vom 28. April 1987 hieß es schließlich: »[I]m Bearbeitungszeitraum bestätigten sich die Verdachtsmomente nicht«²⁵⁰, sodass der Straftatbestand nach § 172 StGB nicht erfüllt war. Leutnant Walter wies ergänzend darauf hin, dass der postalische Kontakt in die Bundesrepublik Deutschland rein privater Natur sei und die Arbeit im Betrieb nicht thematisiert werde. Aus diesem Grund beendete das MfS die Bespitzelung. Die Abteilung XVIII der BV Frankfurt (Oder) hielt Heidrun und Josef Thiem weiter unter Kontrolle. Gleichzeitig wurden sie im Betrieb erneut darauf hingewiesen, dass Verbindungen in den Westen für Geheimnisträger nicht zulässig seien.

Da das Ehepaar zweifelsfrei Westkontakte pflegte, bleibt es zunächst unklar, warum das MfS seine Bespitzelung beendete. Es ist zu vermuten, dass die Stasi nicht weiter aktiv blieb, da die Vorschriften der DDR für Geheimnisträger Mitte der 1980er-Jahre durch

ausländische Medien kritisiert wurden. Auch weil die Unzufriedenheit der »Geheimnisträger« selbst, von Kontakten in das westliche Ausland ausgeschlossen zu sein, stetig stieg, erfolgte eine Aufweichung des Geheimschutzes.

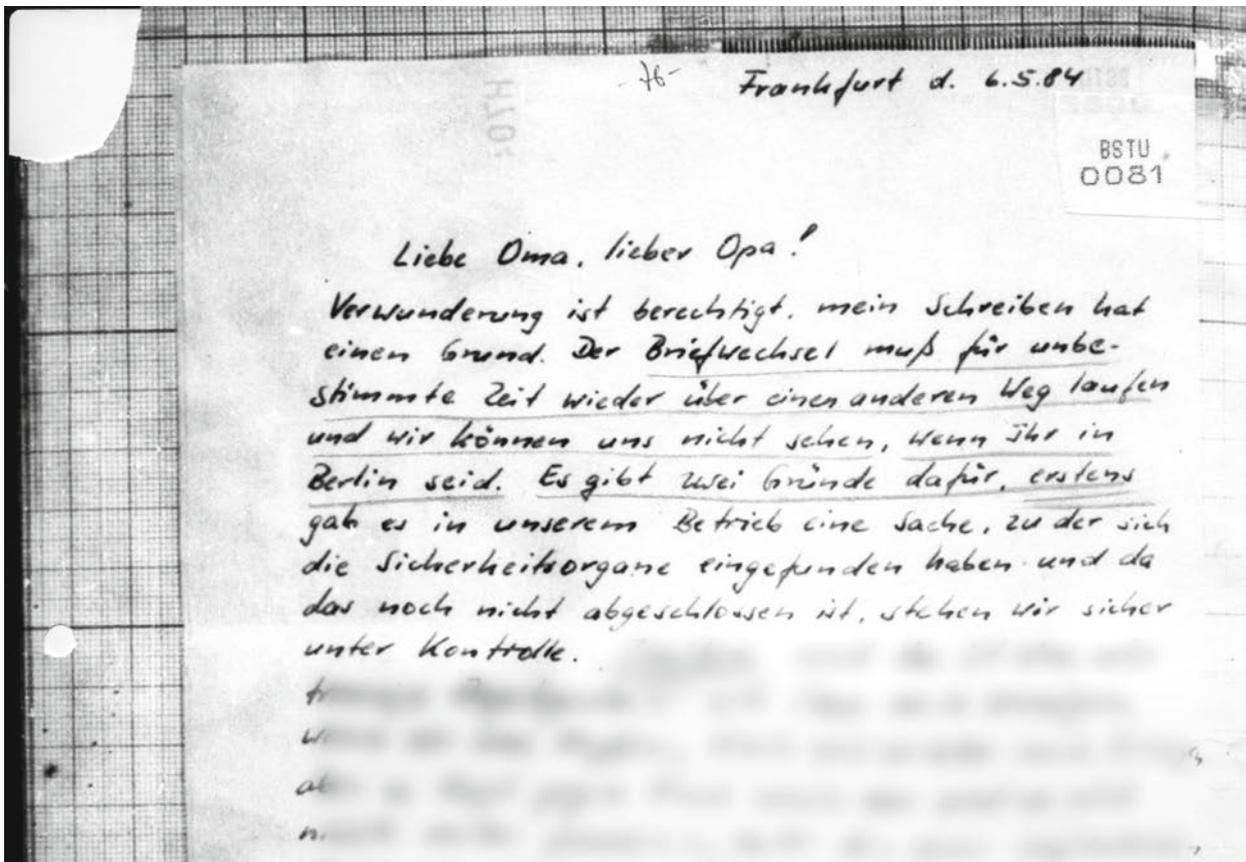
Für viele Menschen in Ost- und Westdeutschland waren Briefe und Pakete das wichtigste Kommunikationsmittel, um in Kontakt zu bleiben. Doch diese Verbindung stand nur allzu oft unter der Kontrolle der Stasi. Obwohl Artikel 31 der DDR-Verfassung das Postgeheimnis und Artikel 27 das Recht auf freie Meinungsäußerung garantierten, wurde, um die Bespitzelung zu rechtfertigen, in internen Begründungen des Ministeriums immer wieder auf Artikel 4 zum »Wohle des Volkes« verwiesen. Zwar ahnten viele Menschen, dass die Stasi die Post kontrollierte, doch vielen war das Ausmaß nicht bewusst. Sie waren überzeugt, durch falsche Absender, Deckadressen oder den Versand über wohnortferne Briefkästen der Bespitzelung zu entgehen.

Innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit war die Abteilung M für die Überwachung der Post zuständig, insbesondere für die Kontrolle von Briefen. Da sich viele Menschen in ihren Briefen über persönliche Themen austauschten, erhielt die Stasi einen guten Eindruck davon, was die Menschen in der DDR bewegte, ob sie Kritik am SED-Staat übten oder möglicherweise Fluchtabsichten hegten. Es galt, diese »negativen« Einstellungen und Handlungen frühzeitig zu erkennen.²⁵¹ Die Bespitzelung der Post war oft die erste Maßnahme, die getroffen wurde und die ohne Einleitung einer umfangreichen Observation zum Einsatz kommen konnte. Die Abteilung M fungierte dabei als eine Art Dienstleister für andere Abteilungen des Ministeriums. Auch in jeder Bezirksverwaltung hatte das MfS eine Abteilung M installiert.

Da es als höchstes Gebot galt, die Kontrollen geheim zu halten, waren alle Mitarbeiter verpflichtet, während der Arbeit Handschuhe zu tragen. Um die Briefe ohne sichtbare Spuren zu öffnen, nutzte die Stasi Wasserdampf und Lösungsmittel. Verdächtige Sendungen wurden anschließend kopiert, teilweise auch im Original einbehalten.²⁵² Anschließend wurden die Briefe stapelweise gepresst, damit die Empfänger nicht erkennen konnten, dass die Umschläge geöffnet worden waren.

Da der Eingriff in den Postverkehr zügig, aber dennoch unter höchster Geheimhaltung ablaufen sollte, waren die Stasi-Kontrollure in separaten Räumen direkt in den Gebäuden der Deutschen Post untergebracht. Dort war ihre Arbeit als »Dienststelle 12« getarnt.²⁵³ Für die Zusammenarbeit war ein steter Austausch zwischen Post und MfS unabdingbar. Aus diesem Grund ließ beispielsweise die Postzollfahndung 1981 einen Bungalow am Lettinsee im Kreis Seelow als konspiratives Objekt registrieren. Die Aufgaben der Postzollfahndung unterschieden sich von denen der Abteilung M lediglich im Kontrollgegenstand der Päckchen und Pakete. Das konspirative Objekt, das den Namen »Lettinsee« trug, diente den Mitarbeitern als Wochenendhaus. Wochentags sollten nun koordinierende Besprechungen über den reibungslosen Ablauf der Postkontrolle abgehalten werden. Um diese Umwidmung zu verschleiern, stand der Bungalow am Wochenende weiterhin für die Freizeitnutzung zur Verfügung.²⁵⁴

Seit der Einführung der Geschenkpaketverordnung (GVO) 1954 wurden Päckchen und Pakete umfassend kontrolliert. Die Verordnung gab vor, welche Gegenstände in welcher Menge sowohl von West nach Ost als auch in umgekehrter Richtung zum Versand zugelassen waren. Dadurch sollte nicht nur die »aufkommende Sogwirkung des westdeutschen Wirtschaftswunders auf die ostdeutsche Bevölkerung«²⁵⁵ minimiert, sondern auch jene Gegenstände, die die DDR selbst für Devisen einführen musste, vom Versand aus der DDR ausgeschlossen werden.²⁵⁶ Neben dem privaten Versand gerieten auch die Geschenksendungen der Kirchen ins Visier der Stasi. So untersuchte die BV Frankfurt (Oder) das vermeintliche Einwirken der Evangelischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland auf Seelower Bürger. Die Stasi hatte ermittelt, dass in den Jahren von 1969 bis 1984 60 Geschenksendungen in den Kirchenkreis verschickt worden waren. Durch Überprüfung der Absender erfuhr die Stasi, dass diese aus den Partner-



> Bereits vor Eröffnung der OPK wurde die Post des Ehepaares kontrolliert. Mai 1984
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XVIII, Nr. 2007, Bl. 81 (Ausschnitt)



> Von der Stasi geöffnetes Westpaket einer Cottbusserin. 1.3.1975
BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. M, Nr. 34, Bl. 1, Bild 9

gemeinden in Duisburg, Essen, Solingen und Moers stammten. Da ein Teil der Paketversender in den weiteren Jahren den postalischen Kontakt durch Besuchsreisen in der DDR intensiviert, galt es für die Stasi als ausgemacht, dass dieser Kontakt eine abgestimmte westliche Aktion zur Beeinflussung der evangelischen Kirchengemeinden in der DDR sei.²⁵⁷

»Im Ergebnis dieser Kontrolle muss eingeschätzt werden, dass es sich bei den Verbindungen in die BRD um einen rein verwandtschaftlichen Charakter handelt.«²⁵⁸

Bei Westpaketen häuften sich Ende der 1970er-Jahre umfangreiche Diebstähle. Stasi- und Postangestellte bereicherten sich gleichermaßen, jedoch mit dem grundlegenden Unterschied, dass der von den Postmitarbeitern begangene Diebstahl geahndet wurde, jener der MfS-Mitarbeiter nicht. Diese Differenz erklärt sich daraus, dass zum einen die MfS-Kontrollen geheim gehalten werden sollten. Zum anderen war häufig nicht klar zu erkennen, ob ein Stasi-Mitarbeiter sich persönlich bereichern wollte oder aus »dienstlichen« Gründen einem Paket Geld oder Geschenkartikel entnahm.

Auch in der BV Frankfurt (Oder) verschwanden immer wieder Päckchen und Pakete. Ein IM, der bei der Volkspolizei eingesetzt war, berichtete, dass im April 1974 in der dortigen Abteilung der Kriminalpolizei die Kriminalakte »Posträuber« angelegt wurde. Sie besagte, dass ein Paketbote, nachdem er den Ortsausgang Lebus in Richtung Schönfließ erreicht hatte, Paketschnüre und Packpapier aus dem Transporter geworfen habe. Da auf dieser Strecke bereits des Öfteren Pakete verschwunden waren, stellte die Stasi dem Paketboten eine Falle. Er erhielt zwei Test-Pakete zur Zustellung, bei denen die Adressen nicht mehr aktuell waren.²⁵⁹ Da der Verdacht jedoch nicht erhärtet werden konnte, kam es zu keiner weiteren Ermittlung der Stasi.

Die Stasi verfolgte stets den Anspruch einer flächendeckenden Postkontrolle – ein Ziel, das bei Weitem nicht erreicht werden konnte. Am 8. November 1989 wurden die Außenstellen der Stasi-Abteilung M sowie die »Dienststelle 12« vom amtierenden Minister für Staatssicherheit Generaloberst Rudi Mittig (1925–1994) aufgefordert, ihre Arbeit einzustellen. Eine gleiche Weisung erging am 10. November 1989 an die gesamte Abteilung.²⁶⁰ Da die MfS-Postkontrolle gegen die DDR-Verfassung verstieß, wurde die Bespitzelung im Herbst 1989 relativ früh eingestellt. Das MfS wollte sich durch diese illegale Tätigkeit nicht die Perspektive verbauen, auf die es in einer reformierten DDR hoffte.



> Fahrzeugschleuse der Strafvollzugsanstalt Brandenburg. Um 1961
Gedenkstätten Brandenburg an der Havel

Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden

Die Staatssicherheit verfügte auf dem gesamten Gebiet der DDR über eigene Untersuchungsgefängnisse. Nach der Urteilsverkündung wurden die politischen Häftlinge in Strafvollzugsanstalten verlegt, die dem Innenministerium bzw. der Volkspolizei unterstanden.²⁶¹ Offiziell besaß die Stasi hier keine Zuständigkeit, verfügte aber gleichwohl über Möglichkeiten zu intervenieren.

Um auf Gefangene Einfluss nehmen zu können und Informationen über widerständiges Verhalten, Ausbruchspläne oder Familienkontakte in den Westen zu erhalten, setzte die Staatssicherheit auf geheimpolizeiliche Mittel und Methoden. Sie sorgte dafür, dass die inoffiziellen Mitarbeiter Schlüsselpositionen in den Haftanstalten einnahmen, und wirkte auf die Personalpolitik ein.

Zur Überwachung und Bespitzelung des Personals wie der Gefangenen warb sie sowohl unter den Aufsehern als auch den Häftlingen inoffizielle Mitarbeiter an. Mögen für Gefängnismitarbeiter Karrierechancen, finanzielle Interessen oder auch politische Überzeugungen im Vordergrund gestanden haben, erhofften sich die meisten Gefangenen von einer IM-Tätigkeit Hafterleichterungen oder Straferlass. Viele von ihnen glaubten zudem, sich in ihrer Lage einer Anwerbung durch die Staatssicherheit nicht entziehen zu können. Insassen, die wegen krimineller Vergehen einsaßen, waren weitaus häufiger bereit, ihre Mitinsassen zu bespitzeln, als solche, die aus politischen Gründen inhaftiert waren.

Mit bis zu 3 500 Insassen zählte Brandenburg-Görden zu den drei größten Gefängnissen in der DDR, nach Waldheim und Bautzen I. Die Haftanstalt nahe der Havel war 1931 von der reformorientierten Weima-



> Eingang des Verwaltungsgebäudes der Strafvollzugsanstalt Brandenburg. Um 1961
Gedenkstätten Brandenburg an der Havel (Ausschnitt)

rer Justizverwaltung errichtet worden. Nach Kriegsende hatte hier die sowjetische Besatzungsmacht bis zum Frühjahr 1948 das größte Repatriierungslager in Ostdeutschland unterhalten. Erst dann wurde die Haftanstalt an die ostdeutschen Behörden übergeben. Seit 1950 war die Volkspolizei für die Haftanstalt zuständig.

In Brandenburg-Görden waren zunächst alle Gefangenen konzentriert, die im Zuge der Entnazifizierungspolitik nach Befehl 201 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) verurteilt worden waren. Später kamen viele Verurteilte des Juni-Aufstands 1953 und in Ungnade gefallene Funktionäre wie der ehemalige Justizminister Max Fechner oder der vormalige Außenminister Georg Dertinger hierher. Auch Bundesbürger, zumeist als Fluchthelfer oder Spion Verurteilte, waren bis Ende der 1970er-Jahre in Brandenburg-Görden inhaftiert.

Wie in anderen DDR-Gefängnissen herrschten in Brandenburg-Görden strenge Haftbedingungen. Fast alle Insassen mussten arbeiten, vielfach nachts und am Wochenende. Die Zellen waren oftmals überfüllt, die Ernährung blieb bis 1989 unzulänglich. Auf dem Gefängnisgelände existierte zwar eine eigene Krankenhausabteilung. Doch überhaupt einem Arzt vorgestellt zu werden, war schwierig – und eine Krankschreibung, die der Arbeitspflicht entthob, war noch schwerer zu erreichen. Die seltene seelsorgerische Betreuung durch Geistliche wurde streng überwacht. Zudem wurden die politischen Gefangenen gegenüber ihren kriminellen Mitinsassen in vielerlei Hinsicht benachteiligt.

Dennoch widersetzten sich immer wieder Gefangene mit dem Mut der Verzweiflung. So existierte in Brandenburg-Görden in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Widerstandsgruppe politischer Gefangener.

BStU

000245

3. Begründung des Vorschlages

Bei dem **Vio** handelt es sich um eine kriminelle feindliche Person, die den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR auch feindlich gegenüber steht und auch nicht vor weiteren strafbaren Handlungen zurückschreckt, um notfalls die Übersiedlung über die Haft zu erreichen.

Als ein sehr wesentlicher Faktor ist anzusehen, daß über den Freund von Westberlin aus öffentlichkeitswirksame feindliche Handlungen und Aktivitäten angekündigt wurden, die das Ansehen der DDR in erheblichen Maße international schaden würden.

Materielle und ideelle Schäden treten bei der Übersiedlung nicht auf.

Es treten auch keine Aktiven Rückverbindungen, auch nicht zu den Eltern auf, da hier bereits vor längerem die Verbindungen abgebrochen wurden. **V.** hatte innerhalb seines Wohn- und Arbeitsbereiches keine Verbindungen und Kontakte. Sein Freizeitbereich erstreckt sich hauptsächlich auf die Hauptstadt Berlin und hier die Gaststätte, wo homosexuelle Personen verkehren, wobei hier keine aktiven Rückverbindungen entstehen würden.

Es wird vorgeschlagen, bei der Erteilung der Übersiedlung den **Vio** aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu entlassen.

Hinsichtlich der Einleitung von Fahndungsmaßnahmen nach der Dienstanzweisung Nr. 2/82 bestehen keine Einwände.

Linde
Linde
Oltm.

Gesehen:
L a n g e
Oberstleutnant
Leiter der KD

120

Diese betrieben klammheimlich Sabotage, bereiteten einen Ausbruch vor und konnten Nachrichtenverbindungen bis in den Westen aufbauen. In den späteren Jahren stellten viele Gefangene noch in der Haft einen Ausreiseantrag oder bastelten Miniaturradios, um westliche Rundfunksender zu hören.

Letztlich war die Staatssicherheit in der Haftanstalt stets präsent, nicht zuletzt mithilfe ihrer inoffiziellen Mitarbeiter unter den Aufsehern. Vor dem Mauerfall spitzelte jeder zehnte Aufseher in Brandenburg-Görden für die Stasi. So konnte sie die Gefangenen ausforschen, verlegen oder disziplinarisch bestrafen lassen. Darüber hinaus überwachten die IM unter den Aufsehern auch ihre Kollegen, um Westkontakte, ideologische »Aufweichung« und Fraternalisierung aufzuklären. Sogar Gefängnisleiter Fritz Ackermann (Jg. 1921), der Brandenburg-Görden seit 1958 leitete,

geriet in das Visier der Geheimpolizei – weil er Herr im Hause sein wollte, die Staatssicherheit deswegen ausmanövrierte und sich »Extratouren« leistete. Wegen seines illegalen Hausbaus wurde er 1982 von der Staatssicherheit in Rente geschickt. Ein Strafprozess wurde jedoch vermieden; es sollte kein Staub aufgewirbelt werden.

Stefan Vio wurde 1964 im Bezirk Potsdam geboren. Er wuchs in einer zerrütteten Familie auf. Schon als Jugendlicher versuchte er erfolglos, in den Westen zu fliehen.²⁶² Nach zwei entbehrungsreichen Jahren in einem Jugendwerkhof scheiterte er erneut mit einem Fluchtversuch an der tschechisch-österreichischen Grenze.²⁶³ Fliehen wollte er, weil er mit den gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden war und seine Homosexualität in der DDR nicht ausleben konnte.



> Freunde befestigen an der auf westlicher Seite gelegenen Aussichtsplattform neben dem Grenzübergang Friedrich-/Zimmerstraße zwei Transparente (L), die die Ausreise Stefan Vios fordern. 22.5.1986
BStU, MfS, BV Potsdam, AOP 2513/86, Bd. 1, Bl. 151/7 (Ausschnitt)

Zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten nach § 213 (Republikflucht) verurteilt, kam er in die Haftanstalt Cottbus. Dort zeigte er sich ungebrochen und stellte noch in der Haft einen Ausreiseantrag. Ein befreundeter Mithäftling, der freigekauft wurde, setzte dann im Westen alle Hebel für die Freilassung seines Freundes in Bewegung. Zunächst war dies vergeblich: Nach Verbüßung seiner Strafe wurde Vio in die DDR entlassen und fortan von der Kriminalpolizei überwacht. Bei einer heimlichen Wohnungsdurchsuchung fand die Staatssicherheit seine Briefe an westliche Gefangenenhilfsorganisationen – nach Lesart der DDR eine »illegale Verbindungsaufnahme« und deswegen strafbar.

Nach seiner erneuten Festnahme beklagte er in den Vernehmungen das Fehlen von Reisefreiheit und freier Meinungsäußerung und sagte, dass er sich als Homosexueller in der DDR »fast überall wie das Letzte behandelt« fühle.²⁶⁴ Er erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, die er wie viele »Wiederholungstäter« in Brandenburg-Görden verbüßen musste. Aus Protest gegen seine Verurteilung erfüllte er seine Normen beim Arbeitseinsatz im Gefängnis teils nur zu 5 Prozent.

Um Vio »kleinzukriegen«, sorgte die Staatssicherheit dann dafür, dass durch eine »Zersetzungsaßnahme« ausgerechnet er in den Ruf eines Spitzels geriet. Zu diesem Zweck wurde er in die Diensträume der Staatssicherheit innerhalb der Haftanstalt gebracht. Dort fanden zumeist die Gespräche mit den Gefangenen statt, die als IM tätig waren. Es wurde dann arrangiert, dass drei Mitgefängene »zufällig« von seiner Vorführung Wind bekamen. »Nach zweistündiger Wartezeit [wurde er], ohne dass ein Gespräch durch die M[it]A[rbeiter] des MfS mit [ihm] erfolgte«²⁶⁵, in seine Zelle zurückgebracht, die er sich mit anderen Gefangenen teilte. Wenig später durchsuchten Aufseher diese Zelle nach verbotenen Gegenständen. So glaubten seine Zellengenossen, Vio habe sie »angeschwärzt«. Gleichzeitig wurde ihm eine attraktivere Arbeit zugewiesen – in den Augen seiner Mitinsassen ein Judaslohn. Den Verdächtigungen und Übergriffen der anderen Häftlinge war er danach schutzlos ausgeliefert.

Ferner sorgte die Staatssicherheit dafür, dass durch Mitgefängene, bei denen der Freikauf unmittelbar bevorstand, sich sogar in bundesdeutschen Gefan-

genhilfsorganisationen das Gerücht verbreitete, Vio arbeite als Spitzel. Diesen perfiden Plan verfolgte die Stasi vor allem in Hinblick auf einen möglichen Freikauf von Stefan Vio. Das Gerücht sollte zur »Verunsicherung feindlicher Stellen« führen und ihn nach einem Freikauf politisch isolieren.²⁶⁶ Dieses Manöver führte dazu, dass nun auch Rechtsanwalt Wolfgang Vogel »jede weitere Tätigkeit« für ihn ablehnte – ganz wie es der Absicht der Staatssicherheit entsprach.²⁶⁷

Die Staatssicherheit wollte an Vio ein Exempel statuieren: Als demonstrative Gegenmaßnahme wurde er nicht in den Westen, sondern im März 1986 erneut in die DDR entlassen.²⁶⁸ Die Staatssicherheit ließ nun sein Telefon abhören, seine Post kontrollieren und belauschte ihn zeitweilig in seiner Wohnung. Diese Maßnahmen waren für die Stasi besonders wichtig, da sie befürchtete, dass Vios Freunde sich weiter öffentlichkeitswirksam für ihn einsetzen und zu einer »hochgradigen Diffamierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR« beitragen würden.²⁶⁹

Vio selbst vermied nach der Haftentlassung jede offene Konfrontation mit dem Regime. Doch eine »Rückgewinnung, bisher versucht durch ideologische Beeinflussung und durchgeführte Maßnahmen der Zersetzung, konnte nicht annähernd erreicht werden«, wie sich die Staatssicherheit eingestehen musste.²⁷⁰ Am 22. Mai 1986 installierten Freunde von Vio an der Grenzübergangsstelle Friedrich-/Zimmerstraße zwei Transparente in der Größe von 200 × 80 cm. Sie forderten damit öffentlich die Freilassung von Stefan Vio. Die Aktion war erfolgreich: Im Herbst 1986 durfte Vio schließlich in den Westen übersiedeln.

TWu

»Die Wut auf die Gewalt der Uniform« – der Militärstrafvollzug in Schwedt

Im Juni 1968 wird in Schwedt/Oder der zentrale Militärstrafvollzug für die DDR eingerichtet. Zwei Monate später treffen dort innerhalb weniger Tage Claus S. und Mike L. ein: Claus S. hat eine mehrmonatige Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit hinter sich und ist wegen Beihilfe zur Republikflucht zu zwei Jahren Haft verurteilt. Mike L. muss als Krimineller ein Jahr Freiheitsstrafe verbüßen.²⁷¹

Kurz nach der Einlieferung führt Leutnant Heinz Colberg als »Offizier für Kontrolle und Sicherheit« (OKS) Gespräche mit den »Neuen«. Je nachdem, wie er den Widerstandswillen oder die Anpassungsbereitschaft der Häftlinge einschätzt, gibt er Empfehlungen für die Unterbringung und den Arbeitseinsatz. Colberg ist aber nicht nur OKS, sondern auch Führungsoffizier der sogenannten Arbeitsrichtung K I der Kriminalpolizei für inoffizielle Mitarbeiter unter den Insassen und arbeitet als IM »Johannes« selbst für die Staatssicherheit. Er erklärt Mike L., dass es nützlich sein kann, bei der »Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit« mitzuwirken und durch Informationen an ihn die eigene Situation zu verbessern; vielleicht sei sogar eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung möglich. Mike L. erklärt sich bereit, erste Eindrücke für ihn aufzuschreiben, auch belastende Angaben über den Mitgefangenen Claus S.²⁷²

Claus S. und Mike L. kommen in unterschiedliche Arbeitsbrigaden. Claus S. ist wegen einer Flucht verurteilt und darf deshalb das Gelände nicht verlassen; Mike L. ist einem sogenannten Außenarbeitskommando zugeteilt. Dort kann man mit Zivilisten zusammenkommen, dort fällt auch mal eine Zigarette ab und dort gibt es die Chance, Briefe aus der Haft zu schmuggeln.

Zum Haftalltag in Schwedt gehört auch der Politunterricht. Claus S. hat bei diesen eintönigen und stumpfsinnigen Stunden der Indoktrination eine Eingebung, die er heimlich als Gedicht notiert. Außerdem möchte er die schlechten Erfahrungen aus der U-Haft bei der Stasi festhalten und seinen Freunden und Verwandten mitteilen. Doch wie kann er das aus dem Knast schmuggeln? Er muss Mithäftlinge fragen, die an ihren Arbeits-



> Arrestzelle in Schwedt, Bauart der 1980er-Jahre
Foto: Stefan Csévi

stellen Kontakt nach draußen haben – und er bittet Mike L., ihm zu helfen. Dieser ahnt, dass dies gefährlich und verboten, aber für Colberg als obersten Aufpasser für Sicherheit und Ordnung sicher hochinteressant ist und vertröstet Claus S., dass er da eine Chance sähe, er dies aber noch prüfen müsse. Eigentlich will er jedoch nur Zeit gewinnen, um Colberg zu informieren.²⁷³

Colberg, der verhindern will, dass Claus S. andere, unkontrollierte Schleusungswege findet, hat es dann sehr eilig: Bereits am nächsten Tag müsse die Übergabe der Kassiber an Mike L. erfolgt sein, da der Mittelsmann auf der Arbeitsstelle von Mike L. anschließend in den Urlaub fahre. Claus S. gibt Mike L. einen Brief an die Familie, in dem er ungeschminkt die Situation in Schwedt beschreibt. Mike L. überbringt diesen Brief Colberg. Der Offizier schreibt ihn für die Staatssicherheit ab – und leitet ihn tatsächlich an den vorgesehenen Empfänger weiter. Weil Claus S. auf den geschleusten Brief eine Antwort bekommt, schreibt er einen weiteren Brief und bittet Mike L. erneut um Hilfe. Wieder gelangt der Brief an Colberg, der ihn öffnet und kopiert. Kurz darauf kann Colberg Mike L. per Unterschrift verpflichten, unter dem Decknamen »Anton« freiwillig »mit einem Sicherheitsorgan der DDR zusammenzuarbeiten«.

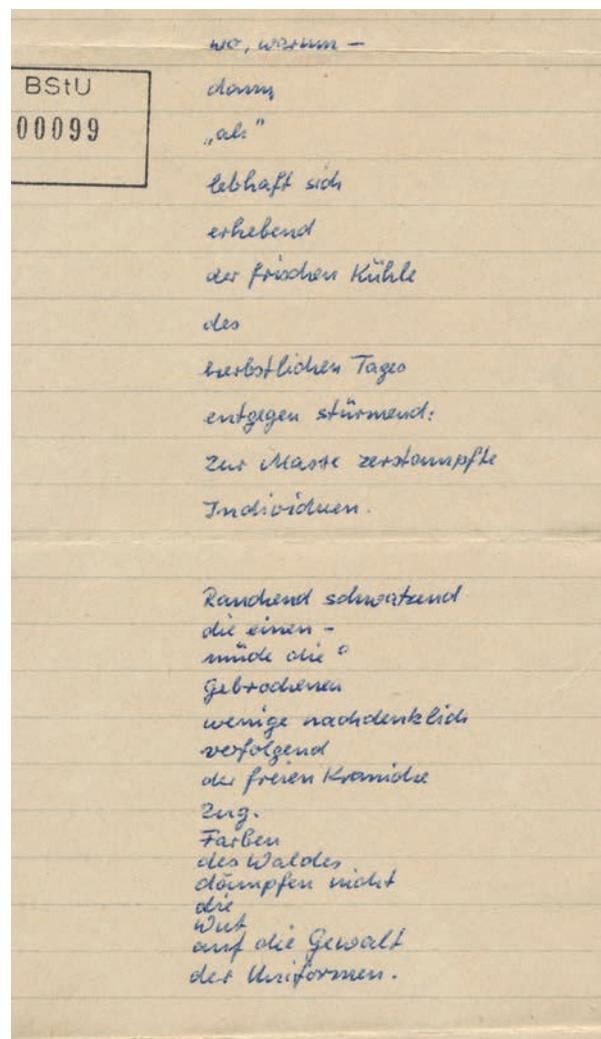
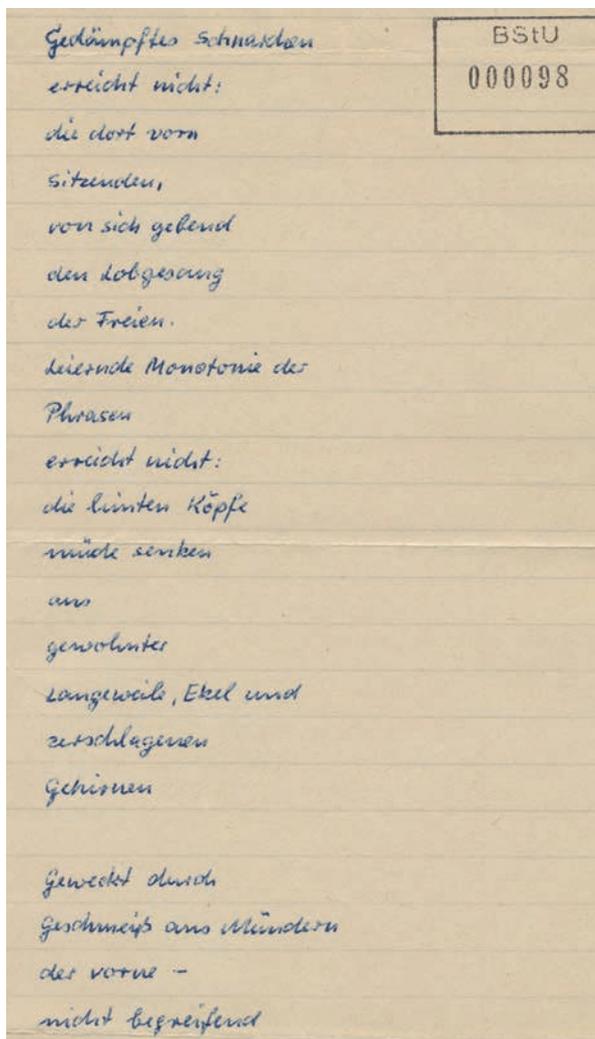
Claus S. meint nun, einen sicheren Weg für unzensurierte Nachrichten nach draußen zu haben. Er schreibt ein Gedicht auf, zu dem ihn der Politunterricht inspiriert

hat, und schickt es an seine Familie. Über »Anton« gelangt dieser Brief zu Colberg. Dieser notiert: »Der Brief wurde mit Wasserdampf geöffnet.«²⁷⁴ Colberg macht eine Abschrift und eine Kopie und leitet von nun an die Briefe nicht mehr weiter. Danach übergibt »Anton« noch mindestens drei weitere Briefe von Claus S. Sie befinden sich bis heute in dessen Stasi-Akte.

Mike L. wird kurz darauf entlassen – sechs Monate vor Ablauf seiner Haftstrafe. Claus S. bekommt wegen seiner illegalen Briefschleusungen 21 Tage Arrest – das bedeutet isolierte Unterbringung und reduzierte Essensrationen. Von der zweijährigen Haftstrafe muss er 23 Monate verbüßen und wird Mitte November 1969

entlassen. Noch im selben Jahr reist er aus der DDR aus. Colberg wird befördert und bleibt in Schwedt, bis er 1982 verrentet wird, weil die Verwaltung des Militärstrafvollzugs dem Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) unterstellt wird und es für den Invalidenrentner keine Verwendung mehr gibt.

Schwedt war von 1968 bis 1990 Standort für das einzige Militärgefängnis der DDR. Die Verwaltung des Militärstrafvollzugs lag bis 1982 beim Innenministerium, dann übernahm das MfNV. In der nun verharmlosend »Disziplinareinheit« genannten Einrichtung wurden der Strafvollzug bzw. -arrest von (militär-)



gerichtlich Verurteilten, aber auch Disziplinarstrafen verbüßt, die ab 1982 durch die Regiments- bzw. Divisions-Kommandeure verhängt werden konnten und maximal drei Monate betragen.²⁷⁵ Circa 7 500 Militärstrafgefangene bzw. Arrestanten und rund 2 500 Disziplinarbestrafte machten in Schwedt ihre Erfahrung mit dem kombinierten Strafsystem von Freiheitsentzug, Schichtarbeit, militärischer Ausbildung und Polit Schulungen. Das Wehrpflichtgesetz bestimmte, dass die verbüßte Strafzeit an den Wehrdienst verlängernd anzuhängen war. Dies wurde als doppelte Bestrafung empfunden und trug wesentlich zur Abschreckung bei.

Im MfS lag die Zuständigkeit für den Militärstrafvollzug in Schwedt zunächst bei der Abteilung VII (S. 150) der BV Frankfurt (Oder), die sich mit der HA I (Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen) abzustimmen hatte. Doch das MfS war nicht alleiniger Akteur, denn in den DDR-Gefängnissen kam den OKS wie Colberg besondere Bedeutung zu, da sie eigene inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter (IKM) anleiteten. Zum geheimpolizeilichen Handlungsrepertoire zählten neben dem Einsatz von IM auch Postkontrollen, »operative Kombinationen« und »Zersetzungsmaßnahmen«, die die Insassen verunsichern, diffamieren und auch provozieren sollten. Dazu gehörten z. B. ungleiche Bestrafungen bei gleichem Tatvorwurf, nicht nachvollziehbare Begünstigungen oder auch das Streuen von Gerüchten, ein Häftling würde mit dem MfS zusammenarbeiten.

Die Unterstellung der Verwaltung des Militärstrafvollzugs unter die Hoheit des Verteidigungsministeriums veränderte sowohl die offizielle Zusammenarbeit zwischen dem Strafvollzug und dem MfS, als auch die Führung inoffizieller Mitarbeiter. Das inoffizielle Netz der KI zerfiel, das des MfS wuchs deutlich. Die MfS-Zuständigkeit wechselte von der Abteilung VII der BV Frankfurt (Oder) zur HA I in Berlin. Das MfS zog mit einem, später zwei hauptamtlichen Mitarbeitern in das Stabsgebäude der Disziplinareinheit ein. Diese waren auch die Führungsoffiziere der IM.

Zusätzlich wurde im MfNV eine Planstelle »Oberoffizier Sicherheit und Ordnung der Disziplinareinheit« geschaffen, deren Inhaber die vorherigen Aufgaben der Arbeitsrichtung KI (also Colbergs) in Schwedt übernehmen sollte. Diese Stelle wurde mit einem Offizier im besonderen Einsatz (OibE) besetzt.

»Mithilfe des OibE ist es legiert möglich, unmittelbar auf die Beseitigung begünstigender Umstände für eventuell feindlich-negative Handlungen und Erscheinungen rechtzeitig und vorbeugend zu reagieren.«²⁷⁶

Inoffizielle Mitarbeiter agierten sowohl im Personal der Strafanstalt als auch unter den Insassen. Die Führung von IM unter den Eingesperrten gestaltete sich dabei besonders schwierig. Da diese nur für relativ kurze Zeit in Schwedt waren, einem straffen Tagesablauf unterlagen, eng in die Kompanien und Arbeitsbrigaden eingebunden waren und ständig kontrolliert wurden, war es sehr aufwendig, die IM heimlich zu treffen und ihre Berichte entgegenzunehmen. Dennoch gab es unter den Insassen in der Zeit des Militärstrafvollzugs nahezu ununterbrochen inoffizielle Mitarbeiter – insgesamt mehr als 200. Darunter bis zu 15 IM gleichzeitig, das entsprach 5 Prozent der damaligen Insassen. Schwierigkeiten in der inoffiziellen Präsenz gab es jedoch regelmäßig nach Amnestien, da in ihren Genuss auch IM kamen.

Unter den Bediensteten waren IM durchgängig von 1968 bis 1989 vertreten; wiederum oft mehrere gleichzeitig. In Spitzenzeiten betraf dies bis zu 10 Prozent des aktuellen Personals, insgesamt 45 Personen. Über die gesamte Zeit des Bestehens gab es also insgesamt mehr als 240 inoffiziell tätige Personen im Militärgefängnis Schwedt.

Die verbreitete Annahme, MfS und KI hätten bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit einem Insassen in jedem Fall eine vorzeitige Entlassung aus dem Militärstrafvollzug oder gar der NVA bewirkt, trifft jedoch nicht zu. Im Gegenteil: Von den circa 200 IM ist bisher nur bei zwölf eine Reduzierung ihrer nachzudienenden Wehrdienstzeit bekannt. Zusätzlich konnten aber auch mindestens 31 Insassen ohne IM-Verpflichtung davon profitieren. Auch vor einer späteren Einberufung als Reservist schützte eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS oder der KI nicht.



> Blick von einem Kühlturm auf Hochöfen des Eisenhüttenkombinats »J. W. Stalin«. August 1954
BArch, Bild 183-26067-0009, Foto: Horst Sturm

Das Eisenhüttenkombinat Ost im Visier der Stasi

Da der Aufbau und die Stärkung der Volkswirtschaft oberstes Anliegen der SED-Regierung war, hatte auch deren Überwachung für das MfS höchste Priorität. Schon im Gründungsjahr der Staatssicherheit 1950 wurde eine spezielle Dienststelle geschaffen, die Hauptabteilung III, die 1964 in Hauptabteilung XVIII umbenannt wurde.²⁷⁷ Die Aufgaben der HA III bzw. XVIII ergaben sich aus den wirtschaftlichen Schwerpunkten, die durch die Parteitagebeschlüsse sowie die Fünfjahrespläne vorgegeben waren. Neben dem ausdrücklichen Auftrag zur Wirtschaftsspionage im westlichen Ausland sollte die Abteilung die Forschung überwachen, die Betriebe vor Störungen schützen und ihre Planerfüllung sicherstellen.²⁷⁸ Die Zusammenarbeit von inoffiziellen Mitarbeitern war dabei für die Arbeit des MfS in den großen Kombinaten und Betrieben essenziell.

Im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) in Eisenhüttenstadt informierte IM »Peter Mader« Anfang August 1986 die Abteilung XVIII über Planerfüllungsprobleme

im Roheisen- und Konverterstahlwerk für die Monate Juni und Juli. Als inoffizieller Mitarbeiter »im besonderen Einsatz« war es die Aufgabe von »Peter Mader«, sicherheitsrelevante Informationen über das EKO unverzüglich an die Stasi zu melden.²⁷⁹ So berichtete er, dass der amtierende Generaldirektor die Planerfüllung drosseln wollte, um Probleme lösen zu können. Doch das Leitungskollektiv lehnte dies – unter Anerkennung der sachlichen Gründe – ab und forderte einen Ausgleich des Produktionsrückstands in den folgenden Monaten. Dass weite Teile der Belegschaft, die Einschätzung des Generaldirektors teilten, registrierte auch der zuständige MfS-Oberleutnant Vorwerk. Die Stasi befürchtete, dass sich aus dieser Situation im Werk Unruhen entwickeln könnten. Sie war beruhigt, als sie feststellte, dass die Belegschaft dennoch gewillt war, den Ausgleich des Produktionsrückstands zu unterstützen.²⁸⁰

Um den steigenden Informationsbedarf der Partei- und Staatsfunktionäre zu befriedigen, setzte die Stasi verstärkt auf »Sicherheitsbeauftragte« in den Betrieben. Seit Mitte der 1960er-Jahre waren diese



MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3

Ähnliche Kritiken gibt es in anderen Bereichen. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die "Unfähigkeit" der Leitungen, eine kontinuierliche Arbeit zu organisieren. Viele Leiter wiederum stehen auf dem Standpunkt, der tägliche Kampf um Ersatzteile, Hilfsstoffe sowie um Maurer-, Dachdecker- bzw. Klempnerkapazitäten (Bereich Energieversorgung) lasse keine Zeit für politische Arbeit.

Heftig kritisiert werden Äußerungen verantwortlicher Leiter bzw. Funktionäre, daß man "mit den Schwierigkeiten leben müsse".

Viele Werktätige des EKO erwarten dagegen, daß die staatlichen Leiter und die Funktionäre der Gewerkschaft und der Partei gerade in der gegenwärtigen Zeit verstärkt in die Kollektive gehen, um bei der Lösung betrieblicher Probleme zu helfen und auch Antwort auf Fragen zur inneren Entwicklung sowie zu internationalen Erscheinungen des Klassenkampfes zu geben. Dies ist in einigen Bereichen des EKO offensichtlich nicht der Fall. Zugenommen haben Tendenzen, unbequemen Fragen auszuweichen und vor gegnerischen Argumenten zu "kneifen". Das hat nach unserer Meinung negative Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis der Werktätigen zu den Leitern und Funktionären.

Häufig wird in Arbeitskollektiven die Frage gestellt, welchen Sinn die in der Plandiskussion gemachten Vorschläge haben, wenn beispielsweise die Instandhalter überhaupt nicht in der Lage sind, den zunehmenden Verschleiß aufzuhalten bzw. häufig primitivste Voraussetzungen fehlen, um die Arbeitsproduktivität zu steigern

Von den Werktätigen des EKO werden die Probleme und Schwierigkeiten, die ihre tägliche Arbeit begleiten, in Zusammenhang gebracht mit Unzulänglichkeiten in der Volkswirtschaft insgesamt. Verbreitet ist die Auffassung, daß mit den derzeitigen Methoden der Leitung der Wirtschaft ein dauerhafter Aufschwung (vor allem in Qualität und Effektivität) nicht zu erreichen ist.



> Hochöfner im Eisenhüttenkombinat Ost. o.D.
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XVIII, Fo, Nr. 3279, Bild 5

zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet. Die entsprechenden Kandidaten wählte das MfS selbst aus und nahm direkten Einfluss auf ihre Arbeitspläne. Die Stasi schätzte vor allem die Doppelrolle ihrer betrieblichen Kontaktpersonen. Offiziell waren die Sicherheitsbeauftragten dem Betriebsdirektor unterstellt. Sie sollten jegliche Störung im Produktionsablauf verhindern. Inoffiziell überprüften sie unter anderem Beschäftigte auf ihre politische Zuverlässigkeit, um eine mögliche »Feindtätigkeit« frühzeitig festzustellen.

Mitte der 1970er-Jahre stieg die Staatsverschuldung weiter an. Durch Produktions- und Exportsteigerungen versuchte die DDR, den Staatsbankrott abzuwenden. Dies führte immer häufiger zu einer Überlastung der Belegschaften und der technischen Anlagen. So fiel der Stasi immer öfter die Rolle eines Krisenmanagers zu; die Aufklärung von Havarien und Produktionsunterbrechungen rückte in den Mittelpunkt der Arbeit im Bereich der Planwirtschaft.

Die Stasi überwachte nicht nur die Leitungsebene, sondern auch die Belegschaft in der Produktion. Die Aufmerksamkeit des MfS war geweckt, wenn Beschäftigte Ausreiseanträge stellten, Reisen in das westliche Ausland unternahmen oder Westkontakte im Rahmen

ihrer Arbeit pflegten. Auch bei sogenannten feindlich-negativen Äußerungen und Handlungen gerieten Einzelne ins Blickfeld. Zu den Beschäftigten in der Produktion verfügte die Stasi allerdings über wenig Informationen – die meisten Zuträger waren Leitungskader. So überrascht es nicht, dass das MfS 1981 über den FDBG-Austritt von sechs Hochöfnern des EKO nicht bereits im Vorfeld informiert war. Ihren Austritt begründeten die Arbeiter mit Unregelmäßigkeiten in der Planvorgabe und ihren Abrechnungen der Stunden, die sich negativ auf den Lohn ausgewirkt hatten. Vier Hochöfner konnten dazu bewegt werden, ihr Austrittersuchen zurückzuziehen. Die BV Frankfurt (Oder) wies die Abteilung XVIII (S. 150) an, solche Handlungen zukünftig frühzeitig zu erkennen und die Motive der Personen zu ermitteln. Außerdem sollte die »Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit« gesteigert werden, um Protesthandlungen im Betrieb vorzubeugen.

Herbert Diehl war eng mit dem Eisenhüttenkombinat verbunden. Er hatte dort eine Ausbildung zum Elektromonteur absolviert und war nach seinem Dienst bei der NVA ins EKO zurückgekehrt.²⁸¹ Anschließend absolvierte er in Dresden ein Studium als Diplom-Ingenieur

für Elektrotechnik. Sowohl die Universität als auch das Eisenhüttenkombinat beurteilten Herbert Diehl stets als zuverlässig, gewissenhaft und ehrgeizig mit einer »positiven Einstellung zum Kollektiv«. ²⁸² Selbst die Kreisdienststelle Eisenhüttenstadt (📍 S. 153) teilte im April 1982 diese Einschätzung. Mehr noch, bei Herbert Diehl würden »zwischen Wort und Tat keine Widersprüche« bestehen, er sei stets bereit, gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen und stehe sachlicher Kritik aufgeschlossen gegenüber. ²⁸³ Noch 1986 bescheinigte das Kombinat Herbert Diehl, der mittlerweile zum Abteilungsleiter aufgestiegen war, eine hohe Einsatzbereitschaft und vorbildliche Arbeit. ²⁸⁴

Trotzdem eröffnete die Abteilung XVIII in Frankfurt (Oder) im Mai 1987 die Operative Personenkontrolle »Techniker«. Die Begründung: Herbert Diehl habe im Gespräch mit österreichischen Firmenvertretern interne Probleme im Bereich Struktur- und Leistungsfragen erläutert. Weiterhin solle er Kontakte in den Westen pflegen, obwohl ihm dies aufgrund seiner Position nicht gestattet sei. Fortan wurden seine zuvor positiven Charaktereigenschaften umgedeutet. Laut IM »Klaus Lehmann« sei er ein »typischer Karrierist«, der nur wegen persönlicher Vorteile in die SED eingetreten sei. ²⁸⁵ Zudem habe er ein starkes Interesse daran, »in den Besitz von NSA-Zahlungsmitteln [d. i. Westgeld] zu kommen« ²⁸⁶.

Es waren vor allem »Westverbindungen«, die Diehl zum Verhängnis wurden. So hatte er 1982 den Besuch von westlichen Verwandten bei seinen Eltern nicht sofort angemeldet. Als seine Eltern darüber hinaus 1983 ein Mehrfachvisum für West-Berlin erhielten, verlor er den Status als Reisekader, also die Möglichkeit, beruflich in die Bundesrepublik fahren zu dürfen.

In ihrem Maßnahmenplan beschloss die Abteilung XVIII, ein umfassendes »Persönlichkeitsbild« von Herbert Diehl zu erarbeiten, vor allem in Hinblick auf Veränderungen in jüngster Zeit. Zusätzlich wurden zwei IM auf ihn angesetzt. »Klaus Lehmann« sollte ihn im Wohn- und Freizeitbereich bespitzeln und IM »Peter« im EKO. Um seine Kontakte zu erfassen, stellte die Stasi eine Übersicht über seine verwandtschaftlichen Verhältnisse auf und ließ durch die Abteilung M seine Post überwachen. ²⁸⁷ Mitte Juli 1987 berichtete IM »Peter«, dass Herbert Diehl seit längerer Zeit das Interesse an seiner Arbeit verloren habe, da sich die von

ihm geplanten Vorhaben nicht realisieren ließen. Die Stasi ermittelte weiter, fand allerdings keine Beweise für die von den inoffiziellen Mitarbeitern zugetragenen Vorwürfe, dass Diehl an ausländische Firmen interne Probleme weitergegeben hätte.

Ende Dezember 1987 deuteten sich Umstrukturierungen im Kombinat an. Obwohl Leutnant Camin im Abschlussbericht zur OPK festhielt, dass sich keine strafrechtlich relevanten Hinweise zu Herbert Diehl ergeben hätten und die West-Kontakte rein verwandtschaftlicher Art seien, erschien es der Stasi sicherer, Einfluss auf die anstehenden »kadermäßigen Veränderungen« zu nehmen. Sie erreichte, dass Herbert Diehl zukünftig in einem anderen Bereich, ohne spezielle Sicherheitserfordernisse, als Abteilungsleiter eingesetzt wurde. ²⁸⁸

KSo

Getötet an der DDR-Grenze

Wer in die Bundesrepublik flüchten wollte und um die tödlichen Gefahren wusste, die an der innerdeutschen Grenze und Berliner Mauer drohten, der mochte, als er sich auf den Weg machte, einen Moment daran gedacht haben, dass es womöglich seine letzte Reise sein könnte. Fred Voitke (Jg. 1949) packte Kleidung, sein Facharbeiterzeugnis, das Sparkassenbuch, einen Brief an seine Frau und seinen Sozialversicherungsausweis in eine Tasche, als er im Frühjahr des Jahres 1973 mit zwei Freunden die Flucht über die innerdeutsche Grenze wagte. Doch das Leben im Westen blieb für den jungen Mann mit den kurzen dunklen Haaren ein unerfüllter Traum.²⁸⁹

Fred Voitke war gelernter Zimmermann, Mitglied in der FDJ sowie in der freiwilligen Feuerwehr. Er wohnte in Eisenhüttenstadt, war verheiratet und hatte zwei kleine Töchter. In seiner Freizeit spielte er Handball und machte Musik. Ende 1972 schmiedete er mit seinem jüngeren Kollegen Dieter F. von der Straßenbahnmeisterei Eisenhüttenstadt Fluchtpläne und weihte bald auch Günter W. ein. Sie trafen sich häufig in einer Kneipe in Eisenhüttenstadt, planten verschiedene Fluchtrouten und träumten von einer eigenen Werkstatt im Westen.

Für den Abend des 19. April 1973 verabredeten die drei Arbeiter, ihre Fluchtabsicht in die Tat umzusetzen. Sie wollten den Grenzübergang mit einem Sprühfahrzeug für den Straßenwinterdienst am Autobahnkontrollpunkt Marienborn-Helmstedt durchbrechen.



> MfS-Aufnahme des umgestürzten Lastwagens am Grenzübergang Marienborn. 21.4.1973
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 2, Bl. 86, Bild 36

Das Osterwochenende stand bevor und sie hofften, dass die Grenzsoldaten wegen des Osterverkehrs zwischen Westdeutschland und West-Berlin an den Grenzübergängen nicht schießen würden.

Dieter F., der Bereitschaftsdienst hatte, nahm den Lastwagen vom Typ »W 50« von der Arbeitsstelle mit nach Hause nach Schernsdorf. Das war in der Straßenmeisterei Eisenhüttenstadt üblich, wie die Stasi später feststellte. Um für den Durchbruch besser gerüstet zu sein, montierten sie ein Schneeschild aus Stahl, zusätzliche Scheinwerfer und gelbe Rundumleuchten an den Lkw. Das Führerhaus verkleideten sie innen mit Decken und einem alten Teppich als Kugelfang.²⁹⁰

Gegen 20.30 Uhr starteten die drei Männer auf die 260 Kilometer lange Fahrt. Am 21. April 1973 gegen 1.15 Uhr erreichten sie die Grenzübergangsstelle Marienborn. Mit hoher Geschwindigkeit und voll aufgeblendeten Scheinwerfern durchbrachen sie zwei Schlagbäume und fuhren mit etwa 80 km/h gegen die nach Alarmauslösung ausgefahrene Rollsperrle. Der Lkw überschlug sich und blieb auf dem Dach liegen. DDR-Grenzsoldaten hatten zuvor mit Maschinenpistolen das Feuer auf das Fahrzeug eröffnet.²⁹¹

Günter W. wurde nach dem Aufprall durch die Frontscheibe geschleudert und blieb mit mehreren Knochenbrüchen auf der Fahrbahn liegen. Dieter F. und Fred Voitke krochen aus dem umgestürzten Lastwagen. DDR-Grenzer gaben gezielte Schüsse auf sie ab. Dieter F. blieb verletzt liegen. Auf Fred Voitke wurde geschossen, bis er sich nicht mehr rührte. Die Untersuchung des MfS ergab, dass insgesamt 100 Schüsse abgefeuert wurden.²⁹²

Unverzüglich riegelten die DDR-Grenztruppen die Unglücksstelle ab und informierten die Hauptabteilung I, zuständig für die »Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen«, sowie die MfS-Bezirksverwaltungen in Magdeburg und Frankfurt (Oder) (S. 150). Die Verwundeten kamen ins Altstadt-Krankenhaus nach Magdeburg. Vor den Krankenzimmern postierte die Stasi Einsatzkräfte der Abteilung XIV der BV Magdeburg zur Bewachung. MfS-Mitarbeiter der HA I übernahmen die Ermittlungen am »Ereignisort« einschließlich der Spurensicherung. Die KD Eisenhüttenstadt erhielt den Auftrag, das Umfeld von Günter W. und Dieter F. zu überwachen. Postkontrollen und Telefonüberwachun-

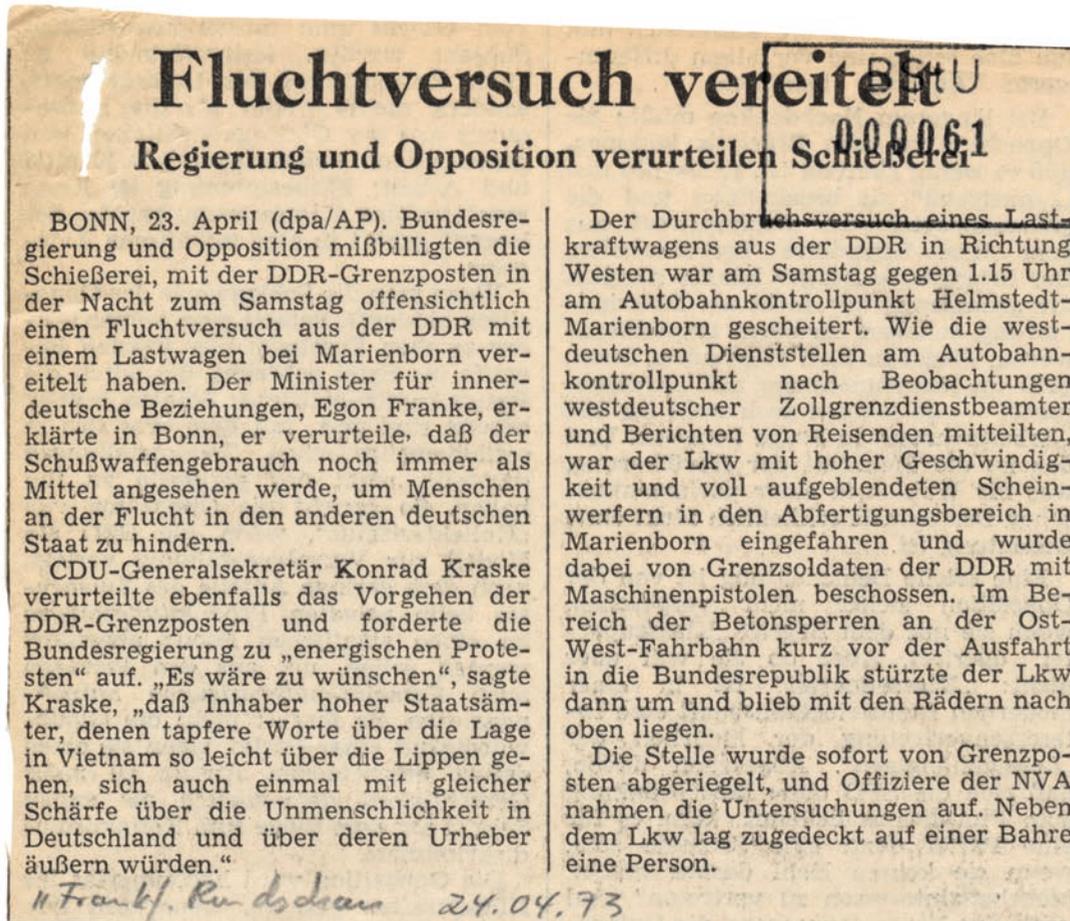


> Passbild von Fred Voitke. Mai 1971
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 2,
Bl. 175

gen wurden eingeleitet, die Wohnung von Voitkes Ehefrau abgehört.²⁹³ MfS-Ermittler suchten in der Straßenmeisterei Eisenhüttenstadt nach »begünstigenden Umständen« für die Flucht.²⁹⁴ Die BV Frankfurt (Oder) (S. 150) ermittelte wegen ungesetzlichen Grenzübertritts nach § 213 des StGB.

»Ich stehe der Politik der DDR zur Sicherung der Staatsgrenze feindlich gegenüber. Diese gesicherte Staatsgrenze passt mir nicht. Ich will ein Privatunternehmer mit einer eigenen Werkstatt werden. In der DDR kann ich das nicht.«²⁹⁵

Die Angehörigen von Fred Voitke erhielten zunächst die Auskunft, er sei bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Der ausgehändigte Totenschein gab als Todesursache an: »Fraktur des Schädels und sonstiger Knochen«.²⁹⁶ Voitkes Frau durfte auf Anweisung des MfS keine anderen Angaben über den Tod ihres Mannes machen. Die Stasi wollte verhindern, dass der Zwischenfall in der DDR und im Westen bekannt wurde. Doch westdeutsche Grenzer hatten die missglückte Flucht beobachtet. Westliche Radio- und Fernsehsendungen verbreiteten, was im Morgengrauen des 21. Aprils geschehen war.²⁹⁷



> Bericht über die missglückte Flucht in der Frankfurter Rundschau. 24.4.1973
 BStU, MfS, HA III, Nr. 10073, Bl. 61

Dieter F. sagte in der MfS-Vernehmung aus, die Freunde hätten die Absicht gehabt, im Falle des Gelingens der Flucht im Westfernsehen aufzutreten, um dort Kritik an der DDR zu üben und ihre Meinung »über die bessere und größere Freiheit in der BRD zu sagen, wo jeder hinreisen kann, wohin er will«. Zudem wollten sie darauf aufmerksam machen, dass »die Sicherung der Staatsgrenze der DDR [...] gegen die DDR-Bürger gerichtet« sei.²⁹⁸ Am 2. Januar 1974 verurteilte das Bezirksgericht Frankfurt (Oder) Dieter F. und Günter W. wegen »Terrorismus« zu Haftstrafen von zwölf bzw. zehn Jahren.²⁹⁹

Bereits unmittelbar nach der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen hatte die sowjetische Besatzungsmacht mit der Kontrolle ihrer Zonengrenze nach Westen begonnen. In den Wirren der Nachkriegszeit zielten diese Kontrollen auf illegale Grenzgänger. Bei ihnen handelte es sich meistens um Einwohner

des Grenzraumes, die zur Arbeit fahren, im »kleinen Grenzverkehr« auf der anderen Seite Lebensmittel einkauften oder Verwandte und Freunde besuchten. Noch vor der Gründung der DDR setzte die sowjetische Militäradministration deutsche Grenzpolizisten ein, die Grenzübertritte verhindern sollten. Trotz Strafandrohungen und Schießbefehl verließen auch viele Brandenburger über die Berliner Mauer,³⁰⁰ die innerdeutsche Grenze, die Ostsee oder über die Grenzen im sozialistischen Ausland ihre Heimat.

Das Land Brandenburg hatte eine etwa 80 Kilometer lange Grenze mit Niedersachsen. Von Wittenberge aus floss die Elbe in mehreren Windungen in die Bundesrepublik. In der Nähe der Stadt konnte man ungehindert das Ufer betreten, allerdings waren es noch etwa 20 Kilometer, bis die Elbe zum Grenzfluss wurde. 1952 änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Die Demarkationslinie zur Bundesrepublik wurde am 26. Mai 1952 verstärkt abgeriegelt, zunächst nur mit

Stacheldrahtverhauen und über Feldwegen gespannten Schussanlagen, die lediglich einen »Knall« produzierten. So konnte man aus dem Ort Lütkenwisch auf der DDR-Seite noch immer in das westlich des Ortes gelegene Elbvorgelände gelangen. Durch die Gebietsreform im Sommer 1952 wurde das Land Brandenburg aufgelöst und in die Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam aufgeteilt. Der Grenzkreis Perleberg (heute Landkreis Prignitz) fiel an den Bezirk Schwerin.

1952 installierte das SED-Regime das »Sperrgebiet« mit einem etwa 500 Meter breiten Schutzstreifen und einer 5 Kilometer breiten Sperrzone. Um den Flüchtlingsstrom zu bremsen, beschloss das SED-Regime, mit dem Bau der Mauer im August 1961 das letzte Schlupfloch in den Westen zu schließen. Nach dem Mauerbau verständigte sich die DDR mit der sowjetischen Besatzungsmacht auf einen pioniertechnischen Ausbau der »Staatsgrenze West«. Ein breites Sperrgebiet aus Stacheldraht, Minen, Signalzäunen, Beobachtungstürmen, Hundenauslaufgattern und Kolonnenwegen wurde angelegt.³⁰¹ DDR-Grenzer verlegten, außer in Berlin, zusätzlich Bodenminen und installierten Selbstschussanlagen mit Splitterminen.³⁰²

Mehr als 2,7 Millionen Menschen verließen insgesamt von 1949 bis zum Mauerbau die DDR, zwischen 1961 und 1989 kehrten weitere 1,2 Millionen DDR-Bürger und -Bürgerinnen ihrem Land den Rücken und flüchteten in die Bundesrepublik und nach West-Berlin.³⁰³ Für die Mehrheit von ihnen blieb die Bundesrepublik in vieler Hinsicht positiv besetzt gegenüber den Verhältnissen im SED-Staat.

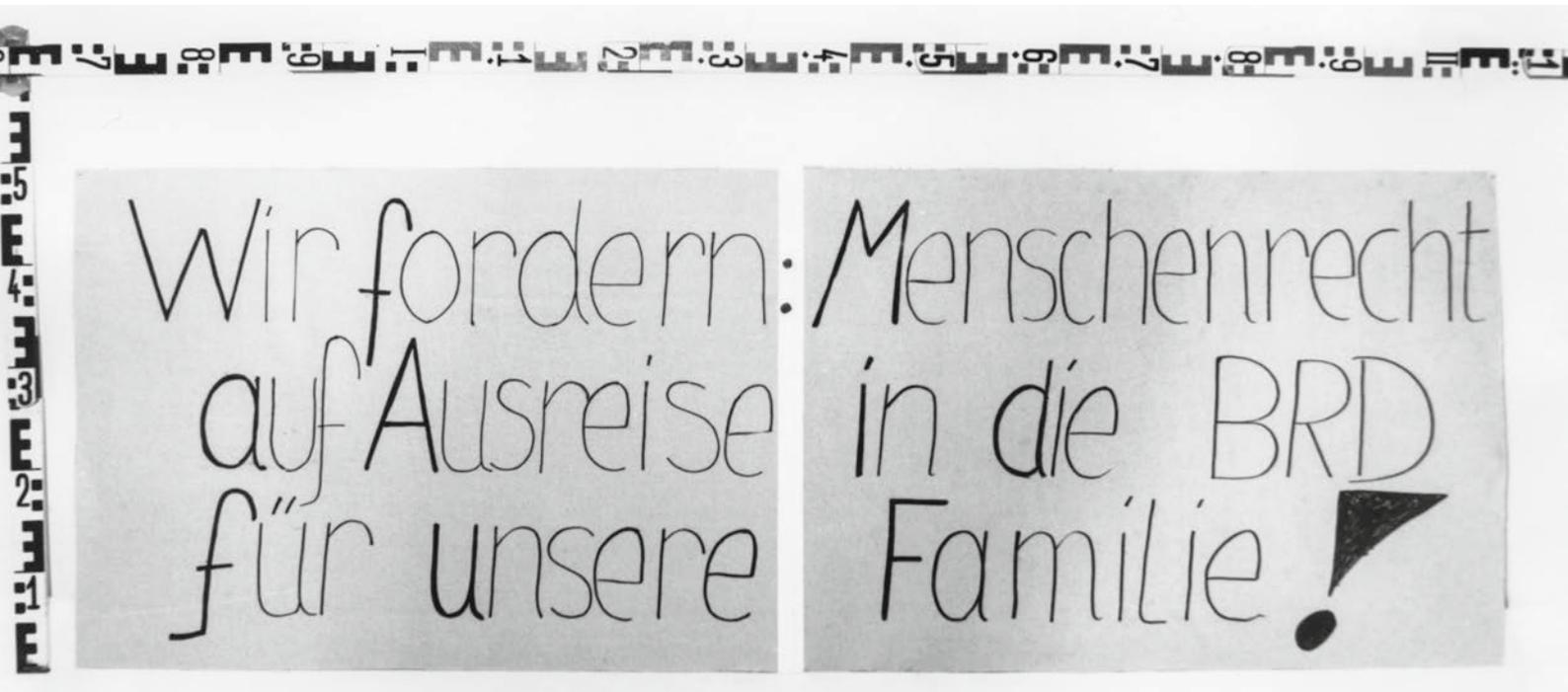
Am 16. Januar 1989 stimmte die DDR-Delegation auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen der Vereinbarung zu, die alle Teilnehmerstaaten verpflichtete, das Recht jedes Menschen »auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt« zu achten. Erich Honecker prophezeite drei Tage später auf einer Sitzung des Thomas-Müntzer-Komitees, die Mauer werde noch in 50 oder 100 Jahren bestehen.

Im Sommer 1989 fertigte eine Brandenburgerin Plakate an, auf denen »Macht die Grenzen auf« oder »Die Mauer muss weg« zu lesen war – und hängte diese in Friesack und den umliegenden Ortschaften auf. Briefe mit den gleichen Losungen verschickte sie an den

Ortsbürgermeister, an das Kreisgericht in Nauen und die Volkspolizei. Das MfS ermittelte gegen sie wegen »konterrevolutionärer Zielstellung«.³⁰⁴ Der Machtzerfall im SED-Staat war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aufzuhalten.

Unter den Tausenden DDR-Bürgern und -Bürgerinnen, die im Spätsommer und Herbst 1989 in den Westen flohen, waren auch zahlreiche Brandenburger. Nach Aufhebung der Visumpflicht an der Grenze zur Tschechoslowakei machten sich viele auf den Weg in Richtung Bundesrepublik. Mindestens 172 Lausitzer gehörten zu jenen, die Anfang Oktober 1989 über die bundesdeutsche Botschaft in Prag in Richtung Westen gelangten. Die Flüchtlingszahlen stiegen im Herbst 1989 rapide an. Im Kreis Finsterwalde z. B. meldeten viele Ausreisewillige, die einen Antrag gestellt hatten, um die DDR zu verlassen, plötzlich Reisen in andere Ostblockstaaten an. In Finsterwalde waren es im Oktober 1989 insgesamt 61 Erwachsene mit 38 Kindern, die auf offiziellem Weg ihre Heimat verlassen wollten.³⁰⁵ Auch über Ungarn versuchten viele ihr Glück. Aber mindestens 20 Flüchtlinge aus der DDR kamen allein noch im Jahr 1989 an den Grenzen der »sozialistischen Bruderstaaten« ums Leben.³⁰⁶

ASc



> Ein Cottbusser demonstrierte auf der Marx-Engels-Brücke in Berlin-Mitte für seine Ausreise. 16.2.1988
BStU, MfS, BV Cottbus, AU 1624/88, Bd. 2, Bl. 63

»Muss man, um dieses Land zu verlassen, erst gegen unsere Gesetze verstoßen?« – der Traum vom Fliegen und seine Grenzen

Die Fluchtbewegung gen Westen, die seit der Gründung der DDR ein Dauerproblem der SED war, kam mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 fast gänzlich zum Erliegen.³⁰⁷ Erst ab Mitte der 1970er-Jahre eröffnete die Entspannungspolitik neue Möglichkeiten, die DDR zu verlassen. Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen im September 1973 hatte die DDR-Regierung die UN-Charta und damit die allgemeinen Menschenrechte anerkannt, die auch die Freizügigkeit beinhalteten. Außerdem hatte sie am 1. August 1975 die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Im »Korb III« dieses Dokuments hatten die Unterzeichnerstaaten ihre Absicht bekundet, Reise- und Kontaktmöglichkeiten über die Grenzen hinweg zu verbessern und die Zusammenführung von Familien zu erleichtern. Für SED-Generalsekretär Erich Honecker stellten die Aufnahme der DDR in die UNO und den KSZE-Prozess einen langersehnten außenpolitischen Erfolg dar.

Dieser Erfolg hatte jedoch eine innenpolitische Kehrseite: Denn auf die UN-Charta und die KSZE-Schlussakte beriefen sich in der Folgezeit immer mehr Bürger der DDR und stellten Anträge auf dauerhafte Ausreise. Waren es im Jahr 1974 »nur« 7 000 Menschen, die einen solchen Antrag stellten, wurden in den Jahren 1975 und 1976 schon jeweils 20 000 Ausreiseanträge gezählt und auch in den folgenden Jahren wuchs die Zahl der Antragsteller weiter an.³⁰⁸ Das MfS sah diese Entwicklung mit Sorge und schuf deshalb noch 1975 die »Zentrale Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung«. Die »Zurückdrängung« von Übersiedlungsersuchen wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Stasi, die sich hierbei einer großen Bandbreite von konspirativen, administrativen, strafrechtlichen Mitteln bediente.

Gemeinsam mit anderen staatlichen Institutionen sowie dem Betrieb, in dem der Antragsteller beschäftigt war, »bearbeitete« die Stasi die Betroffenen mit dem Ziel der »Rückgewinnung«. So wurde etwa versucht, die Ausreisewilligen arbeitsrechtlich zu disziplinieren. Manche wurden fristlos gekündigt, andere degradiert oder von Leitungsfunktionen entbunden. Am Arbeitsplatz wurden Disziplinierungsgespräche geführt. Hinzu kam der Versuch, die Antragsteller auch sozial

zu isolieren: Beispielsweise wurden sie von Betriebsausflügen und anderen sozialen Zusammenkünften ausgeschlossen. Die Antragsteller fühlten sich häufig schikaniert, unter Druck gesetzt und ausgegrenzt.³⁰⁹ Viele derjenigen, die entlassen wurden oder dem Druck nicht standhielten, suchten sich Nischen. Häufig blieb nur noch die Möglichkeit, einen kirchlichen Arbeitgeber zu finden.

Weitere Schikanen waren der Entzug des Personalausweises, mit dem den Antragstellern jegliche Reisemöglichkeit genommen wurde. Die anstelle des Personalausweises ausgehändigte »Pass- und Meldebescheinigung 12«, die beispielsweise bei Bankgeschäften vorgelegt werden musste, stigmatisierte ihren Besitzer und stellte ihn »für jedermann erkennbar ins gesellschaftliche Abseits«.³¹⁰ Auch warb das MfS im privaten Umfeld von Antragstellern inoffizielle Mitarbeiter an – nicht nur, um an Informationen zu gelangen, sondern in manchen Fällen auch, um die Betroffenen psychisch unter Druck zu setzen. »Zersetzen« nannte das MfS diese Methode. Es ließ Gerüchte streuen, beispielsweise, dass der Verlobte in der Bundesrepublik, zu dem man ausreisen wollte, bereits eine Partnerin habe. Bei anderen Antragstellern wurde verbreitet, dass sie selbst mit dem MfS zusammenarbeiteten; Freunde wurden unter Druck gesetzt, sich zu distanzieren, aus Sportvereinen wurden Antragsteller ausgeschlossen. Die Folge war häufig eine völlige soziale Isolation, die nur schwer zu ertragen war.

Eine weitere Maßnahme bestand darin, den Ausreiseartragstellern »kriminelle Handlungen« nachzuweisen. Das Strafrecht der DDR mit seinen zahlreichen dehnbaren Paragrafen bot dazu gute Voraussetzungen. Nahmen Antragsteller etwa Kontakt zu Menschenrechtsorganisationen oder zu westdeutschen Behörden auf, konnte dies als »staatsfeindliche Verbindung« (§ 100 StGB) geahndet werden. Wer seinem Ausreisearliegen wiederholt Nachdruck verlieh oder gar öffentlichkeitswirksame Aktionen wagte, konnte wegen »Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit« belangt werden. Übten die Antragsteller Kritik an DDR-Institutionen, galt dies als »öffentliche Herabwürdigung« (§ 220 StGB).³¹¹ Nicht wenige Antragsteller landeten aus solchen Gründen in Haft. Dann bestand nur noch die Hoffnung, »freigekauft« und anschließend in die Bundesrepublik entlassen zu werden.

Der Erfolg dieser Maßnahmen blieb aufs Ganze gesehen aber begrenzt. Zwar gelang es in einzelnen Fällen, Ausreisewillige durch Druck und Zermürbungstaktiken zur Rücknahme ihres Antrags zu bewegen. Doch in den meisten Fällen wurde das genaue Gegenteil, nämlich eine Verhärtung der Positionen erreicht. Die Betroffenen sahen sich durch das willkürliche Agieren der staatlichen Stellen in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt. Auch war ihnen bewusst, dass sie selbst nach einer Rücknahme des Antrags auf unabsehbare Zeit unter verschärfter Beobachtung stehen würden und eventuelle Zugeständnisse jederzeit zurückgezogen werden konnten.

Dieser Misserfolg schlug sich auch in den steigenden Antragszahlen nieder, die im Jahr 1984 mit 57 600 Erstanträgen einen ersten Höhepunkt erreichten. Die SED-Führung versuchte daher einen Befreiungsschlag: Im Jahr 1984 wurde 35 000 Antragstellern die Ausreise in die Bundesrepublik ermöglicht (in den Vorjahren waren es jeweils lediglich um die 10 000 Genehmigungen gewesen). Auf diese Weise sollte »Druck aus dem Kessel« genommen werden. Doch statt der erhofften Ventilfunktion entfaltete die Maßnahme eine Sogwirkung: Ermutigt durch die hohe Anzahl von Genehmigungen stellten noch mehr Menschen einen Antrag – zum Ende des Jahres 1987 warteten gut 100 000 DDR-Bürger auf die Genehmigung ihrer Ausreise.³¹²

Zu dieser steigenden Zahl von Antragstellern in den 1980er-Jahren zählte auch die Familie Farber aus Frankfurt (Oder). Brit Farber (Jg. 1956) lebte mit ihrem zweiten Ehemann Thomas und ihrem Sohn aus erster Ehe zusammen.³¹³ Sie arbeitete im VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Frankfurt (Oder).³¹⁴

Einen im engeren Sinne »politischen« Grund für ihren Ausreisewunsch hatten die Farbers nicht – und doch hing dieser selbstverständlich mit den politischen Verhältnissen in der DDR zusammen. Wie viele Ausreisewillige in den 1980er-Jahren hatte das Ehepaar zunehmend das Gefühl, in der DDR ständig und überall an Grenzen zu stoßen – im eigentlichen wie im übertragenen Sinne. Dreimal hatte Brit Faber einen Antrag auf eine Besuchsreise in die Bundesrepublik gestellt – u. a. zur Hochzeit ihres Vaters und zum Geburtstag ihrer Großmutter –, dreimal wurde er abgelehnt.³¹⁵ In ihren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sah

sie sich eingeschränkt – die Weiterqualifizierung an einer Fachschule wurde ihr verwehrt. Auch klagte sie darüber, dass sie nicht als Betreuerin an einem betrieblichen Kinderferienlager mitwirken durfte, weil ihr es angeblich an der nötigen politisch-ideologischen Haltung mangelte.³¹⁶

Am 6. Januar 1987, nicht lange nachdem Brit Farbers dritter Antrag auf eine Besuchsreise in die Bundesrepublik abgelehnt worden war, stellte das Ehepaar einen Antrag auf ständige Ausreise.³¹⁷ In der Begründung stellten sie das Hobby, den Flugmodellbau, von Thomas Farber in den Vordergrund. Wegen der gesetzlichen Einschränkungen gebe es keine Ersatzteile für seine Flugmodelle, sodass er sein Hobby nicht umfassend betreiben könne. Zudem sei in der DDR eine Weiterentwicklung seines Hobbys in Richtung Drachenfliegen nicht möglich.³¹⁸ Ein auf Farber ange-setzter IM bestätigte später dieses Motiv: Farber habe »den Wunsch, sich selbst ein Flugzeug zu bauen und als Pilot zu fliegen mit einer selbstgebauten Maschine«, was in der DDR jedoch nicht möglich sei.³¹⁹ In dem Antrag kamen auch die alltäglichen Versorgungsprobleme in der DDR zur Sprache, während politische Gründe nur am Rande angeführt wurden.³²⁰

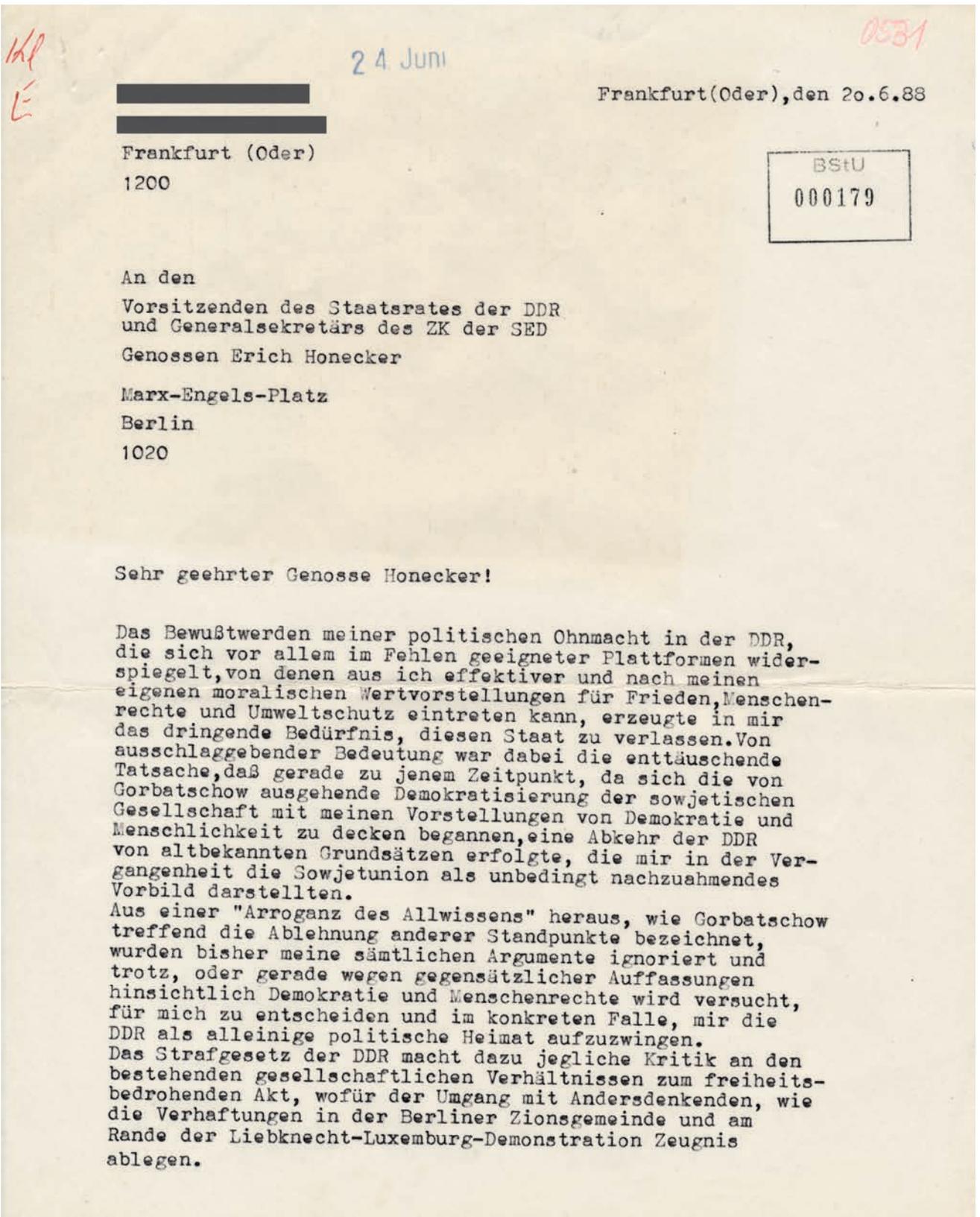
Drei Monate nach dem ersten Ausreiseantrag der Farbers leitete die Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) (S. 150) des MfS eine Operative Personenkontrolle gegen die Eheleute wegen des Verdachts der Vorbereitung eines »ungesetzlichen Grenzübertretts« (§ 213 StGB) ein. Unmittelbarer Anlass dafür war ein Antrag auf eine Urlaubsreise nach Ungarn, den das Paar für den April gestellt hatte. Weitere Verdachtsmomente waren aus Sicht der Geheimpolizei Treffen mit Bundesbürgern an der Transitstrecke sowie die Tatsache, dass sie bereits ihre Möbel verkauft hatten und Thomas Farber seine Flugzeugmodelle zum Verkauf anbot.³²¹ Im Zuge der OPK »Modell« – der Deckname war wohl eine Anspielung auf Thomas Farbers Hobby – wurden mehrere IM auf die Farbers angesetzt, auch ihre Post wurde kontrolliert.³²² Bei der schließlich genehmigten Ungarn-Reise ergaben sich indes keine »negativen Hinweise«. Das Ehepaar kehrte in die DDR zurück und Brit Farber nahm ihre Arbeit wieder auf.³²³

Auch sonst vermochte das MfS kaum Verwertbares zu ermitteln. Die Eheleute hielten sich mit politischen Äußerungen zurück; die Grundorganisation der SED

im Flugmodellsport bei der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) schätzte Farber sogar als »absolut verlässlich« ein.³²⁴ Mit Bezug auf seine Ehefrau konnte das MfS lediglich konstatieren, dass sie sich »an westlichen Massenmedien orientiert« und sich dies in manchen Äußerungen widerspiegelte.³²⁵ Später wurde die politische Haltung der Farbers zwar als »schwankend« bezeichnet, offen »negative« Diskussionen ließen sich jedoch nicht feststellen.³²⁶

Bei ihrem Ausreiseantrag blieben die Farbers indes unnachgiebig. Dem MfS zufolge stellte sich in den Aussprachen mit der Abteilung Inneres »eine stetige hartnäckige Verfestigung der Haltung zum Antrag« heraus.³²⁷ Auch bei »Aussprachen zur Rückgewinnung im Betrieb« verhalte sich Brit Farber zwar »ruhig und zurückhaltend«, bekräftige aber die Aufrechterhaltung ihres Übersiedlungersuchens. Das MfS vermutete, dass die Eheleute »Verhaltensregeln« von »BRD-Personen« befolgten.³²⁸ Diese Vermutung bestätigte sich durch die Postkontrolle. Das Paar unterhielt brieflichen Kontakt zu einer Freundin von Brit Farber, die bereits im Jahr 1984 in die Bundesrepublik übergesiedelt war, und deren Mann Horst Meyer. Meyer, wie Thomas Farber begeisterter Flugmodellbauer, riet seinen ausreisewilligen Freunden, sich einerseits gesetzestreu zu verhalten, andererseits aber bei den zuständigen Behörden immer wieder ihr Festhalten an dem Ausreiseantrag und ihre Ablehnung gegenüber der DDR deutlich zu machen. Auch wies er sie auf die einschlägigen Passagen der KSZE-Schlussakte hin, auf die sie sich berufen sollten.³²⁹ Im Hinblick auf ihre Zukunftsperspektiven in der Bundesrepublik verbreitete er Optimismus. Das MfS zitierte aus einem Brief: »[Thomas], lass alles da! Das kann ich Dir nur raten. Verkaufe Deine ganzen Flieger [...]. Wenn Du hier bist, kaufst Du Dir nach kurzer Zeit sowieso alles neu und schmeißt das DDR-Zeug weg [...] Nehmt den Jungen, einen Koffer voll guter Laune, Optimismus und Arbeitswillen. Mehr braucht Ihr nicht.«³³⁰

Die Farbers hielten sich an die Empfehlungen ihres Freundes und stellten innerhalb eines Jahres neun Wiederholungsanträge. Interessant ist insbesondere die Begründung des Antrags vom 3. Februar 1988. Zwei Wochen zuvor hatten sich zahlreiche Ausreisewillige und Oppositionelle der offiziellen Kundgebung anlässlich des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeschlossen und dabei eigene Transparente mit sich geführt. Viele von ihnen wurden im





> Unbekannte Person in einem T-Shirt mit der Aufschrift »Ich will in die Freiheit BRD«. O. D. BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. IX, Fo, Nr. 112, Bild 16

Vorfeld oder am Rande der Demonstration vom MfS verhaftet, einigen wurde anschließend kurzfristig die Ausreise ermöglicht, andere, darunter die Regisseurin Freya Klier und der Liedermacher Stephan Krawczyk, wurden gegen ihren Willen in den Westen abgeschoben.³³¹ Unter Bezugnahme auf diese Ereignisse schrieb das Ehepaar Farber: »Wir geben hiermit zum Ausdruck, dass wir mit diesen Bürgern nicht sympathisieren, da sie gegen die Gesetze der DDR verstoßen haben. Von den Organen wurden sie nach DDR-Recht mit Freiheitsentzug bestraft und teilweise innerhalb kürzester Zeit des Staates verwiesen.« Es sei ihnen, so die Farbers weiter, »unerklärlich und unverständlich, wie ehrbare,

arbeitsame und ruhige DDR-Bürger, zu denen wir uns rechnen, jahrelang gegen ihren Willen [...] festgehalten werden. Muss man, um dieses Land zu verlassen, erst gegen unsere Gesetze verstoßen?«³³² Die Eheleute stellten sich hier ganz bewusst in einen Kontrast zu den Oppositionellen und inszenierten sich als »anständige« und gesetzestreue Bürger, denen vonseiten des Staates Unrecht geschah.

Von Erfolg gekrönt war dieser Wiederholungsantrag ebenso wenig wie weitere Eingaben, die sie nun direkt an Erich Honecker richteten. Trotzdem wollten die Eheleute die DDR nach wie vor auf offiziellem Wege

verlassen. Der Verkauf ihrer Besitztümer war nicht, wie das MfS anfänglich mutmaßte, ein Hinweis auf einen bevorstehenden Fluchtversuch, sondern vielmehr Ausdruck ihrer Gewissheit, dass ihre Ausreise über kurz oder lang genehmigt werden würde und sie dann nur sehr wenig Zeit haben würden, ihre Ausreise vorzubereiten.³³³ Zugleich war er ein Signal an die DDR-Behörden, dass sie sich von ihrem Vorhaben nicht würden abbringen lassen. Vor dem Hintergrund dieser »sturen« Haltung schien das MfS allmählich zu resignieren: Im September 1988 stellte es fest: »In mehreren Gesprächen brachte die [Farber, Brit] zum Ausdruck, dass sie und ihr Ehemann bei der Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD blieben, egal wie lange sie noch warten müssen.«³³⁴

Da die Genehmigung der Übersiedlung weiterhin auf sich warten ließ, griffen die Eheleute nun erstmals zu öffentlichen Aktionen, um ihrem Begehren Nachdruck zu verleihen. Im Herbst 1988 entdeckte das MfS auf dem Balkon ihrer Wohnung ein Porträt von Michail Gorbatschow, verziert mit einer Blumengirlande und einem Blumenstrauß.³³⁵ Im Trabant der Eheleute lag auf der Hutablage ebenfalls ein Foto von Gorbatschow, verbunden mit der Losung »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«. An der Antenne des Pkw hatten sie ein weißes Fähnchen angebracht³³⁶ – das Symbol für Ausreiseantragsteller.³³⁷

Diese Änderung der Taktik hatte schließlich Erfolg: Anfang 1989 gaben die DDR-Behörden nach. Auch das MfS hatte nun keine Einwände mehr. Die Geheimpolizei attestierte der Familie eine »verfestigte negative Einstellung zur Politik unserer Partei- und Staatsführung« und sah »bei Ablehnung der ständigen Ausreise die Gefahr von Demonstrativhandlungen gegeben«.³³⁸ Am 18. April 1989 schließlich wurde die Familie Farber aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen und konnte in die Bundesrepublik übersiedeln.³³⁹

Das Beispiel der Familie Farber illustriert die Hilflosigkeit, mit der das MfS der Ausreisebewegung in den 1980er-Jahren gegenüberstand. Viele Antragsteller hatten sich auf die repressiven Maßnahmen, mit denen sie zur Rücknahme ihres Antrags bewegt werden sollten, eingestellt. Sie warteten geduldig ab, blieben hartnäckig und hatten damit am Ende häufig Erfolg. Die Geheimpolizei fand bis zum Ende der DDR keine Strategie, mit

der sie die Zahl der Ausreiseantragsteller dauerhaft eindämmen konnte – ebenso wenig wie die SED-Führung dem Dilemma entkam, dass sowohl nachgiebige als auch repressive Maßnahmen zu einer Verstärkung der Ausreisebewegung führten. Wie die Eheleute Farber reisten allein in der ersten Hälfte des Jahres 1989 knapp 35 000 DDR-Bürger in den Westen aus. Die Fluchtwelle über Ungarn im Sommer sowie die Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau und Budapest führten dann in Verbindung mit den Protesten im Innern schließlich zum Fall der Mauer und zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft – nur wenige Monate nachdem Thomas und Brit Farber in die Bundesrepublik übersiedelt waren.

Hbi



> Braunkohle-Tagebau Meuro bei Senftenberg/Zty Komorow. 6.12.1989
picture alliance, Foto: Paul Glaser

Chronistin der Umweltkrise – Braunkohle, Umsiedlung und Luftverschmutzung im Blick der Stasi

Die Braunkohle war der bedeutendste Energieträger der DDR. Zentrum der Kohleindustrie war der Bezirk Cottbus, der seit den 1950er-Jahren planmäßig zum »Energiezentrum« der DDR ausgebaut worden war. Etwa 70 000 Bergleute und Industriearbeiter förderten seit den 1960er-Jahren im Lausitzer Revier einen Großteil der in der DDR benötigten Braunkohle und produzierten Wärme und Strom für die Republik. Zu Beginn der 1980er-Jahre wurde die Braunkohleförderung immens gesteigert. Grund dafür waren die Verschuldung der DDR im westlichen Ausland und die Kürzung von Erdöllieferungen durch die Sowjetunion. Um ihre Schulden bei den westlichen Kreditgebern zu senken,

exportierte die DDR Erdölprodukte für Devisen. Dazu entzog sie der eigenen Industrie zwischen 1980 und 1983 circa 6 Millionen Tonnen Heizöl und Kraftstoffe, rüstete Kraftwerke von Öl- auf Kohleverstromung um und steigerte die Kohleförderung.

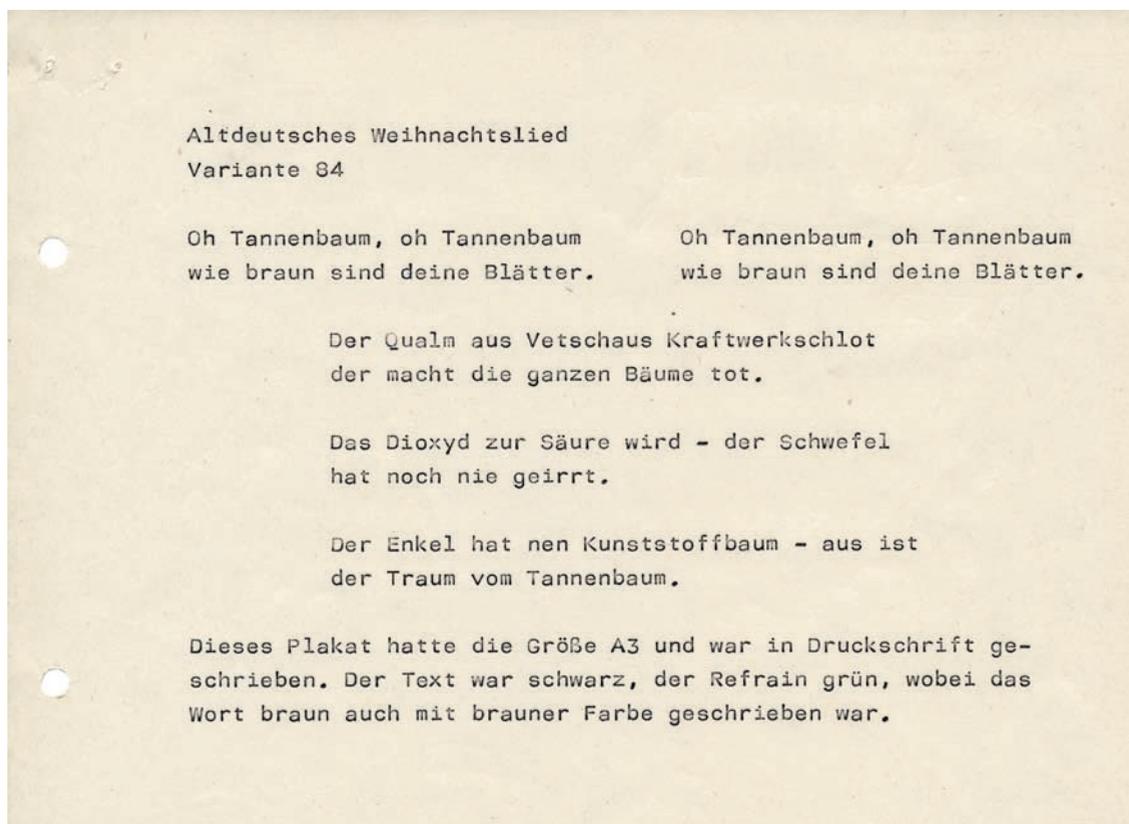
Um den Energiehunger des eigenen Landes zu stillen, wurden immer neue Tagebaue aufgeschlossen und dazu auch Gemeinden abgebaggert. Insgesamt 87 vollständig und 45 teildevastierte Ortschaften, die seit 1924 der Braunkohle weichen mussten, sind für das Lausitzer Kohlerevier dokumentiert.³⁴⁰ Bis 1993 galten rund 25 500 Menschen von Devastierungen, also Abbaggerungen ihrer Ortschaften, als betroffen, davon etwa 22 300 allein zwischen 1945 und 1989.³⁴¹ Die offiziell als »Ortsverlegung« oder »Ortsverlagerung« bezeichneten Abbaggerungen waren für die Betroffenen tiefe biografische Einschnitte und damit zwangsläufig konfliktbehaftet. Eine Betroffene erinnert sich: »Mein Vater

und die anderen Alten, die konnten das alle überhaupt nicht verkraften, und sich dagegen wehren konnten sie [sich] auch nicht. Also mussten sie's hinnehmen.«³⁴² Zwar bot der Staat Ausgleichsmaßnahmen an wie eine neue Wohnung oder Entschädigungen, jedoch haderten nicht wenige mit ihrem neuen Umfeld. Die Unterstützung des Staates und der Kohlebetriebe war zudem häufig mangelhaft und die »Entschädigungen miserabel«³⁴³ – dennoch gab es kaum Proteste. Aktionen wie in der Gemeinde Kostebrau/Kóscérjow, wo Unbekannte direkt an der Straße zum Tagebau Klettwitz/Klěšišća ein Plakat mit der Aufschrift »Alle Schweine aus dem Tagebau – Hände weg von Kostebrau« angebracht hatten,³⁴⁴ blieben Ausnahmen.

Auch die Stasi berichtete nur selten über Diskussionen, wie z. B. aus Lakoma/Łakoma. Den Bewohnern wurde im November 1982 eröffnet, dass ihre kleine Gemeinde ab 1987 dem Tagebau Cottbus-Nord weichen müsse, um die unter dem Ort liegende Braunkohle fördern

und im Kraftwerk Jänschwalde/Janšojce verstromen zu können. Obwohl Lakoma/Łakoma schon 1972 zum Bergbauvorbehaltsgebiet erklärt worden war, kam die Ankündigung für die Dorfgemeinschaft überraschend und erregte die Gemüter. Die Stasi war dabei immer vor Ort und berichtete den SED-Funktionären, dass einige Bewohner die Abaggerung angesichts der Randlege Lakomas/Łakomas grundsätzlich in Zweifel zögen. Es gab auch Kritiker, die die rechtlichen Grundlagen prüften und Berechnungen anstellten, um zu zeigen, dass die Devastierung volkswirtschaftlicher Unsinn sei, weil die geringe Kohlemenge unter der Ortschaft den Abriss der Wohn- und Nutzgebäude nicht rechtfertigen würde.³⁴⁵

Andere Bewohner beschwerten sich laut Stasi darüber, dass nur ein Jahr zuvor noch Baugenehmigungen für Wohnhäuser erteilt worden waren, was bei den Bewohnern die Hoffnung gestärkt hatte, verschont zu bleiben.³⁴⁶ Auch die jetzt gemachten Versprechungen und



> Stasi-Abschrift eines Plakats, das im Schaukasten der Vetschauer evangelischen Gemeinde angeschlagen war. 18.12.1984 (Ausschnitt)
BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 517, Bl. 2



> Im Bezirk Cottbus war die Umweltzerstörung durch die Braunkohleverstromung deutlich sichtbar. 30.8.1984
BArch, Bild 183-1984-0830-009, Foto: Rainer Weisflog

Ausgleichsangebote hätten »nur teilweise die Stimmung der betroffenen Bevölkerung beschwichtigen« können, mindestens fünf Familien hätten Eingaben an Erich Honecker verfasst.³⁴⁷

Die Stasi protokollierte die Auseinandersetzungen und meldete zudem Personen, die aus ihrer Sicht »die Bürger des Dorfes im Interesse einer Widerspruchshaltung zu [...] beeinflussen« versucht hatten. Weitergehende Maßnahmen der Stasi lassen sich jedoch in diesem Bereich nicht nachweisen. Es ist anzunehmen, dass die Konflikte eine sicherheitspolitische Schwelle nicht überschritten, zudem gelang es den konfliktproben Funktionären aus den Betrieben und staatlichen Stellen, Auseinandersetzungen mithilfe von Ausgleichszahlungen und ihrer amtlichen Autorität einzuhegen. Andererseits ist zu bedenken, dass die Stasi in Cottbus/Chósebus im Herbst 1989 umfangreich Akten vernichtete, in denen womöglich weitere Maßnahmen der Geheimpolizei dokumentiert waren.

Insgesamt fügten sich die meisten Betroffenen ihrem Schicksal aber, denn nicht selten steckten sie in einem Dilemma, das der singende Baggerfahrer Gerhard Gundermann einmal so beschrieb: »Ich arbeite im Berg- und Tagebau, mache da die Kohle weg. Der offensichtliche Zwiespalt bei mir ist, dass ich genau auf das Haus zu baggere, in dem ich wohne. Die Bergleute sind Leute, die an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen, und das bezahlt kriegen.«³⁴⁸ Die Sicherung des eigenen gut bezahlten Arbeitsplatzes und die hohe gesellschaftliche Anerkennung der Bergleute auf der einen Seite, die Überwachung durch die Stasi und die stets drohende Disziplinierung seitens der Staats- und Sicherheitsorgane auf der anderen Seite förderten die »Tendenz des Arrangements« der Bevölkerung mit dem politisch-wirtschaftlichen System.³⁴⁹

Eine ganz ähnliche Lage zeigt sich auch im Hinblick auf die zweite gravierende Nebenfolge der massiven Kohleverstromung in der DDR, die Luftverschmutzung. Vor

allem in den 1980er-Jahren nahmen die Belastungen zu, z. B. beim Schadgas Schwefeldioxid: Wurden 1980 im Bezirk Cottbus bereits 950 500 Tonnen des schweren Gases emittiert, waren es 1988 bereits mehr als 1,3 Millionen Tonnen und damit mehr als ein Viertel der Gesamtemissionen der DDR.³⁵⁰

»Man sah den Dreck, man roch den Gestank.«³⁵¹ Die Regierung reagierte auf die Umweltbelastungen mit einer rigiden Informationspolitik. Sie erklärte Umweltdaten zu Staatsgeheimnissen, fälschte Emissionsdaten und beauftragte die Stasi mit der Überwachung und Bekämpfung der unabhängigen Umweltgruppen der DDR. Diese Umweltgruppen fanden sich seit den frühen 1980er-Jahren unter dem schützenden Dach der Kirchen zusammen, sie sammelten Informationen zur Umweltzerstörung in der DDR und machten mit Baumpflanzaktionen, Fahrradkorsos sowie selbst-gestalteten Informationsblättern und Ausstellungen die Umweltprobleme der DDR öffentlich. Die unmittelbar betroffene Bevölkerung beklagte sich zunehmend über die Luftverschmutzung.

1982 verfasste eine Medizinerin des Ambulatoriums Kittlitz/Dlojpe eine Eingabe an das Braunkohlekraftwerk Lübbenau/Lubnow und fand über 60 Mitunterzeichner – darunter nicht wenige SED-Mitglieder, die die »unzumutbaren Staubemissionen« des Werkes beklagten und eine öffentliche Stellungnahme verlangten, wie das Problem behoben werden solle. Diese Eingabe rief umgehend die Stasi auf den Plan, die zwar jeden Unterzeichner überprüfte, aber keine weiteren Maßnahmen einleitete.³⁵² Die Stasi-Unterlagen zeigen, dass dieses Handeln typisch war für die Geheimpolizei zu dieser Zeit: Sie nahm Umweltproteste wahr, überprüfte die Beteiligten eingehend, leitete aber keine weiteren Ermittlungen oder Strafverfahren ein.

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurden die Klagen häufiger und die Stasi stellte ein »verstärktes Reagieren von Bürgern des Bezirks Cottbus auf Umweltbelastungen« fest.³⁵³ Ein Schwerpunkt im Kohlebezirk war dabei die Region um Lauchhammer/Łuchow. In einer Eingabe an Erich Honecker schrieben im Juni 1989 drei Bewohner: »Die Bevölkerung der Stadt Lauchhammer und Umgebung hat sehr unter diesen unzumutbaren Zuständen zu leiden und fühlt sich stark belästigt.«³⁵⁴ Ein anderer Bürger kritisierte,

dass in der Betriebszeitung des Braunkohlekraftwerks Lauchhammer/Łuchow berichtet wurde, durch Staubfilter sei die Belastung mit Flugasche seit 1980 um 75 Prozent gesenkt worden, obwohl doch der »Staubauswurf [...] Ausmaße erreicht hat, die unverträglich sind«. Fast 60 weitere Bürger sahen es ähnlich und schlossen sich mit ihrer Unterschrift der Forderung an, auch »wir Lauchhammeraner haben das Recht auf saubere und gesunde Umweltbedingungen«.³⁵⁵

Eine in solchen Fällen übliche Aussprache zwischen Betriebsfunktionären und den Bürgern habe, so die Stasi, die Gemüter beruhigen können, jedoch forderten die Bürger, dass die angekündigten Umweltschutzmaßnahmen auch zügig und konsequent umgesetzt werden müssten.

Anders als im »Chemiebezirk« Halle³⁵⁶ interessierte sich die Stasi im Bezirk Cottbus vergleichsweise spät für Umweltverschmutzungen und beschränkte sich auf die Informierung der Parteiführung über die gesellschaftlichen Folgen wie Diskussionen und Eingaben. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage der DDR war auch den MfS-Offizieren klar, dass Verbesserungen der ökologischen Lage erst in vielen Jahren zu erwarten waren, deshalb blieb der Stasi im Kohlebezirk letztlich nur die Rolle als Chronistin der Umweltkrise.

MSt



> Observation des Barkas von Hans-Peter Freimark in Stralsund. 11.2.1989
BStU, MfS, BV Potsdam, KD Kyritz, Nr. 75, Bd. 9, Bl. 143

»Hier wird Frieden geübt, nicht Krieg« – die evangelische Kirche im Spannungsfeld der Friedensarbeit

Es ist Freitag, der 2. April 1982. Hans-Peter Freimark (Jg. 1945) erhält die Aufforderung, sich »zur Klärung eines Sachverhaltes«³⁵⁷ in der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam (S. 151) einzufinden. Auslöser für die Vorladung ist ein Ende Februar 1982 in der Bundesrepublik erschienener »Spiegel«-Artikel, der unter anderem über die Repressionen gegenüber Pfarrer Freimark und seiner Frau Gisela (Jg. 1947) berichtet.³⁵⁸

Für den Jugendpfarrer aus Neustadt an der Dosse ist dies nicht die erste Befragung durch das Ministerium für Staatssicherheit. Hans-Peter Freimark wird bereits seit drei Jahren überwacht. Für die Stasi gehört er zum »reaktionären Teil der evangelischen Pfarrer«³⁵⁹ in der Region. Regelmäßig überschreite er seine Kompetenzen und versuche, Jugendliche und Gemeindemitglie-

der gegen die staatliche Friedenspolitik aufzubringen. Durch die Bespitzelung im Operativen Vorgang »Spinne« will das MfS seine »negativen Verhaltensweisen«³⁶⁰ im Vorfeld erkennen und unterbinden. Das Ziel der Stasi besteht darin, den Pfarrer zu verunsichern, seine Handlungsspielräume einzuengen und ihn zu isolieren. Hierfür setzt die Geheimpolizei im Laufe der Zeit mindestens 21 IM auf ihn an, hört sein Telefon ab, überwacht seine Post und observiert ihn.

Bei der Vorladung am 2. April 1982 legt das MfS ein besonderes Augenmerk auf die Aufkleber, die der Pfarrer an Dienst- und Privatauto angebracht hat. Vor allem das mit blauem Nitrolack aufgetragene Wort »Schalom«, so die Stasi, störe in der Öffentlichkeit. Außerdem verstoße diese Veränderung am Auto gegen die Kfz-Zulassungsverordnung. Da Pfarrer Freimark nicht bereit ist, die Aufkleber zu entfernen, werden ihm von Zeit zu Zeit die Pkw-Zulassungen entzogen. Es beginnt ein Katz-und-Maus-Spiel. Die Stasi lässt die Aufkleber entfernen, um wenige Zeit später festzustellen, dass neue angebracht worden sind. Das MfS geht vehement dagegen vor, weil seiner Ansicht nach Aus-

sagen wie »Frieden schaffen ohne Waffen« und »Ohne Rüstung leben« eine Ablehnung der DDR-Friedenspolitik offenbaren.

»Freimark weiß offensichtlich, dass er beobachtet wird. In Rathenow lässt er den B[eobachtungs]-Kräften belegte Brötchen bringen.«³⁶¹

Zusammen mit seiner Frau Gisela lotet Hans-Peter Freimark immer wieder das in der DDR-Verfassung verbrieftete Recht auf Meinungsäußerung aus. Er thematisiert in seinen Predigten nicht nur die DDR-Politik, sondern greift auch zu unterschiedlichen Protestformen, um kritische Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.³⁶² Das MfS stuft dies als unmittelbare Einmischung in staatliche Angelegenheiten ein. Besonders dass das Ehepaar den 1978 als Pflichtfach eingeführten Wehrkundeunterricht ablehnt, sei ein Angriff auf die Volksbildung der DDR.

Auch die regelmäßig stattfindenden Zivilschutzübungen kritisiert das Ehepaar scharf. Sie würden das trügerische Gefühl vermitteln, dass es bei einem Atomkrieg Schutzmöglichkeiten gebe. Schützen könne aber nur eine aktive Friedenspolitik. Da die Geheimpolizei – wie in den Jahren zuvor – auch 1983 Widerstand gegen die bevorstehende Zivilschutzübung befürchtet, erhalten Gisela und Hans-Peter Freimark die Aufforderung, während dieser Zeit im Pfarrhaus zu bleiben. Doch zum Missfallen der Stasi erscheint das Ehepaar mit schwarzen Umhängen und Gasmasken vor dem Pfarrhaus. Der Rat des Kreises Kyritz teilt telefonisch mit, dass beide »einen Sargtransportwagen mit Sarg darauf«³⁶³ und der Aufschrift »Atomkrieg ist tot-sicher«³⁶⁴ hinter sich herzögen. Die Geheimpolizei sorgt dafür, dass diese »Provokation« als ordnungswidriges Verhalten eingestuft und mit einer Geldstrafe geahndet wird.

Durch Rücksprachen mit dem Superintendenten versucht das MfS, auch kirchenintern eine Disziplinierung Hans-Peter Freimarks zu erreichen. Der Superintendent erklärt sich grundsätzlich mit der Überzeugung seines Pfarrers einverstanden, allerdings nicht mit der



> Stasi-Observation des Ehepaares Gisela und Hans-Peter Freimark in den 1980er-Jahren
 BStU, MfS, BV Potsdam, KD Kyritz, Nr. 75, Bd. 8, Bl. 519



> Anlässlich der 650-Jahres-Feier in Dreetz schmückte das Ehepaar Freimark den Barkas als Kirche. 1987
BSTU, MfS, BV Potsdam, KD Kyritz, Nr. 75, Bd. 9, Bl. 85

Art und Weise des Protests. Die Kirchenleitung vor Ort laviert sich stets durch die auftretenden Konfrontationen. Einerseits um dem Druck der staatlichen Seite nachzugeben, andererseits um sich nicht vollständig gegen ihren Pfarrer zu stellen. Je nach Situation passt sie ihr Verhalten an.³⁶⁵ Auch ein Teil der Kirchenmitglieder und der Kirchenleitung in Neustadt ist von den Protestaktionen des Pfarrers irritiert. Diese innerkirchlichen Meinungsverschiedenheiten versucht das MfS für eine Isolierung Freimarks zu instrumentalisieren.

Für die Stasi ist es ein besonderes Ärgernis, dass ihre »Zielperson« ihren Protest »fast immer zu gesellschaftlichen Höhepunkten«³⁶⁶ öffentlich macht, um möglichst große Aufmerksamkeit zu erreichen. So auch 1987 bei der 650-Jahr-Feier der Ortschaft Dreetz. Die Stasi interpretiert es bereits als Protest, dass Gisela

und Hans-Peter Freimark ihr Dienstauto für den Umzug als Kirche schmücken. So präsentieren sie die evangelische Kirche als festen Bestandteil des Dorfes und werben für die Junge Gemeinde – dies war dem SED-Regime und damit der Stasi ein Dorn im Auge. Zusätzlich veranstalten sie in den Räumen der Kirche eine lokalhistorische Ausstellung, um auch mit Menschen, die wenig Bezug zur Kirche haben, in Kontakt zu kommen. Dennoch dürfen die Freimarks offiziell am Festumzug teilnehmen. Denn die Stasi fürchtet, dass ansonsten »mit einer Provokation größeren Ausmaßes zu rechnen« sei.³⁶⁷

Zudem verleiht Freimark seiner Haltung am Köritzer Kirchturm durch Transparente Nachdruck. Diese buchstäblich unübersehbaren regimekritischen Meinungsäußerungen sind für die Stasi eine weitere Provokation. Doch auch hier gelingt es ihr nicht, über eine Einflussnahme auf die Kirche die Entfernung der Transparente zu erwirken. Der Gemeindegemeinderat lehnt zwar das Anbringen der Transparente ab, fasst jedoch keinen Beschluss zu deren Entfernung.³⁶⁸

Die letzten Stasi-Informationen zum Ehepaar Freimark sind auf den Oktober 1989 datiert. Wieder steht der Barkas des Pfarrers im Zentrum der Aufmerksamkeit: Er wird – mit pazifistischen Losungen versehen – in Berlin Ecke Fischerinsel/Gertraudenstraße gesichtet. Doch dieses Mal kommt die Stasi zu der abweichenden Einschätzung, dass es sich nicht um eine Straftat handele. Mit dem Hinweis des IM »Alfred Koppe« vom 3. November 1989, dass sich Gisela und Hans-Peter Freimark im »Neuen Forum« engagieren, enden die Akten.

Die Kirchen nahmen in der DDR eine besondere Rolle ein: Sie waren die einzige Großorganisation, die sich in hohem Maße ihre Selbstständigkeit gegenüber dem Staat bewahren konnte und sie boten den Menschen ein Sinnangebot jenseits der SED-Doktrin. In den Augen der SED stellte vor allem die evangelische Kirche eine stete Bedrohung dar. Die Staatssicherheit überzog die kirchlichen Einrichtungen und ihre Repräsentanten mit umfassenden Maßnahmen zur Überwachung, Kontrolle und »Bearbeitung«. In den 1980er-Jahren wurden die kirchlichen Gemeindehäuser immer mehr zu einem Zentrum für die Forderungen nach politischen Veränderungen, gesellschaftlichem



> Gegenseitige Observation – Stasi-Foto, wie Hans-Peter Freimark und eine weitere Person vor Beginn der Zivilschutzübung die Stasi beobachten. Köritz 1983
BStU, MfS, BV Potsdam, vorl. Archiv Nr. 155/89, Bd. 6, Bl. 10

Aufbruch, nach Bewahrung der Umwelt und einem Leben in Frieden. Die Kirchen boten einen geschützten Raum, in dem sich Bürger und Bürgerinnen trafen, um über Menschenrechte, Wehrdienst(verweigerung) und Ökologie zu diskutieren und sich über Zukunftsperspektiven auszutauschen.³⁶⁹ An vielen Orten bildeten sich Gesprächs- und Aktionskreise; die Friedens- und Umweltbewegung der DDR entstand.

Seit 1980 überwachte die Stasi den in Brandenburg an der Havel jährlich stattfindenden Singetreff im Dom. Jeweils am letzten Wochenende im August lud der Landesjugendpfarrer unter der Losung »Singe deine Lieder, sprich deine Sprache« Jugendliche ein, die an Liedern und Texten interessiert waren und über diese nachdenken wollten.³⁷⁰ Besonders Jugendliche mit selbstkomponierten Liedern wurden zur Teilnahme ermutigt. Mit Ansteigen der Teilnehmerzahl auf zwischenzeitlich bis zu 800 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren intensivierte auch die Stasi ihre Observation. 1983 nahmen neun inoffizielle Mitarbeiter am Singetreff teil. In ihren Berichten stellte die Kreisdienststelle

Brandenburg (☞ S. 154) regelmäßig fest, dass die Veranstaltungen ruhig und diszipliniert abliefen, die Liedtexte aber negative Äußerungen über das Leben in der DDR enthielten. Ab Mitte der 1980er-Jahre bespitzelte das MfS gezielt Jugendliche, die ihm besonders negativ beim Singetreff aufgefallen waren.³⁷¹

Die SED, die sich selbst als Bewahrerin von Frieden, Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt verstand, fühlte sich von den oppositionellen Gruppen herausgefordert und befürchtete eine Untergrabung ihres Machtmonopols. Sie schätzte die Gruppen als gefährlich ein, da diese sich mit politischen Themen kritisch auseinandersetzten und oft eine Vielzahl an Gleichgesinnten erreichten. Die Stasi versuchte, die Arbeit dieser Gruppen zu behindern und ihre Auflösung zu erzwingen.

Zu Beginn des Jahres 1988 gründete sich in Brandenburg an der Havel die »Selbsthilfegruppe zu Fragen der Ausreiseproblematik«. Diese wurde von der St.-Gotthardt-Gemeinde mitgetragen. Durch die Unterstützung der Gemeinde konnten sich die Ausreisewilligen in

einem geschützten Rahmen über rechtliche Fragen austauschen, sich gegenseitig helfen und die Isolierung, die oft auf eine Antragstellung auf Ausreise folgte, aufbrechen.³⁷² Auch hier verfolgte die Stasi das Ziel, die Gruppe aufzulösen. Durch disziplinierende Gespräche zwischen dem Stellvertreter für Inneres im Rat des Bezirks und dem Generalsuperintendenten des Sprengels Potsdam sollte dies erreicht werden. Doch Pfarrer und Gemeindeglieder widersetzten sich und erlaubten der Gruppe weiterhin die Nutzung der Gemeinderäume.

Die Kirchen boten nicht nur einen gesellschaftlichen Freiraum, sodass die vom SED-Regime unerwünschte Meinungsvielfalt in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, auch eigene Aktivitäten führten zu Konflikten. Besonders Aufsehen erregte die kirchliche Friedensdekade 1981, da sie parallel auch im Westen durchgeführt wurde. Die immer größer werdende Friedensbewegung nutzte das Symbol »Schwerter zu Pflugscharen«. Vor allem die entsprechenden Aufnäher entwickelten sich innerhalb kürzester Zeit bei Christen und Nicht-Christen in ganz Deutschland zu einem Erkennungszeichen für pazifistische Überzeugung.³⁷³ Die Stasi sah darin ein Statement gegen die staatliche »Friedensbewegung«. Nicht nur Jugendliche wurden aufgefordert, den Aufnäher von ihrer Kleidung zu entfernen. Auch Pfarrer aus den Regionen Hoyerswerda/Wojerecy, Finsterwalde/Grabin und Calau/Kalawa erhielten Vorladungen zu Aussprachen.³⁷⁴ Einige bleiben standhaft und nahmen die Aufnäher nicht ab, andere ließen sich darauf ein, um ihren Spielraum in anderen Bereichen nicht zu gefährden.

Innerhalb der kirchlichen Friedensbewegung stellte auch der Umweltschutz ein zentrales Anliegen dar. Viele wollten regionale Lösungsstrategien für globale Herausforderungen finden und der DDR-Führung, die Probleme vor allem verschwiegen oder vertuschte, aktiv entgegenzutreten. In Cottbus/Chósebus gründete sich mit der »Umweltgruppe Cottbus – Arbeitskreis katholischer und evangelischer Christen« ein Zusammenschluss, der schnell eine große Anzahl von Menschen in ihren Anliegen vereinte. Auch diese Gruppe profitierte davon, sich unter dem Dach der Kirche versammeln zu dürfen und dort Schutz zu finden – damals eine wichtige Bedingung für die weitere Arbeit. Die Umweltgruppe Cottbus organisierte in der Schlosskirche regelmäßig öffentliche Veranstaltungen, widmete sich

den Themen Natur- und Umweltschutz und unterstützte die Bewegung »Frauen für den Frieden«. Die Stasi observierte diese Veranstaltungen intensiv. Im Mai 1989 deckte die Gruppe schließlich die Fälschung der Kommunalwahl in Cottbus/Chósebus auf.³⁷⁵

Die Kirche genoss auch bei vielen Menschen, die keine Verbindung zu ihr hatten, durch das Engagement, das sie ermöglichte, hohes Ansehen. Für die einzelnen Gemeinden vor Ort war dies jedoch auch mit Herausforderungen, Unruhe und Gefahren verbunden. Außerdem wurde in zahlreichen Kirchengemeinden darüber diskutiert und gestritten, was an den einzelnen Gruppen eigentlich der religiöse Aspekt sei und ob ein Abschlussgottesdienst oder eine Andacht genügen, um ein Treffen zu einer kirchlichen Veranstaltung zu machen.³⁷⁶

KS0



> In den Heimspielen des UEFA-Cups 1980 für den FC Vorwärts war Ringk (links) plötzlich nicht mehr als verletzt eingestuft und konnte mitwirken – hier in der 2. Runde gegen den (VfB) Stuttgart mit Hermann Ohlicher (Mitte). 5.11.1980
imago images, Foto: Baumann

Der Fußballer Christoph Ringk im Visier der Staatssicherheit

Im September 1986 sitzen zwei Verantwortliche aus der Fußballabteilung der Betriebssportgemeinschaft (BSG) Stahl Brandenburg im Büro des Generalsekretärs des DDR-Fußballverbandes Karl Zimmermann in Ost-Berlin. Sie wollen die vom Verband verwahrten Reisepässe der Spieler und Betreuer des Vereins für das Auswärtsspiel der 1. Runde des UEFA-Cups in Nordirland abholen. Zimmermann verweigert die Herausgabe der Pässe für den Spieler Christoph Ringk (Jg. 1960) und einen Teamkollegen. Erst nach mehrstündigen, zähen Verhandlungen und wahrscheinlich nach Rücksprache mit dem entscheidenden Mann im DDR-Sport, dem Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes Manfred Ewald, rückt der Generalsekretär auch diese beiden Pässe heraus.³⁷⁷ Was steckt hinter diesen Komplikationen und was hat die Staatssicherheit damit zu tun?

Am 30. Mai 1980 hatte der für den Fußballclub (FC) Vorwärts Frankfurt (Oder) zuständige MfS-Hauptmann Manfred Alledan (Jg. 1937)³⁷⁸ von der Hauptabteilung I gegen den jungen Spieler des FC Vorwärts Christoph Ringk eine Operative Personenkontrolle eröffnet. Der Fußballclub gehörte zur Armeesportvereinigung (ASV) Vorwärts, welche der NVA unterstand. Ringk war in dem in der DDR-Oberliga spielenden Armeesportclub als Sportinstrukteur mit dem Dienstgrad Unteroffizier angestellt.

Stasi-Offizier Alledan unterstellte ihm, über die Westkontakte seiner Eltern, insbesondere der Mutter, informiert und in diese involviert zu sein. Ferner warf er dem Fußballer vor, West-Fernsehen zu schauen und deshalb stark vom Westen eingenommen zu sein. Das alles hatte Alledan durch die Postkontrolle der Familie, Ringk lebte noch bei seinen Eltern, ausgekundschaftet. Zudem hatte der Sohn gegenüber dem Club nicht alle Verbindungen in den Westen angegeben. Darauf und auf die Beschäftigung in der Armee bezogen, konstatierte der Stasi-Hauptmann: »Ausgehend von diesem

373

Hauptabteilung I
Abteilung MfNV

Strausberg, 13. 10. 1980

BStU
900071

I n f o r m a t i o n
zur Rücksprache bei Generaloberst Keßler

Am 10. 10. 1980, 14.30 Uhr, führte der Unterzeichner auf Wunsch von Generaloberst Keßler eine erneute Rücksprache, nachdem er ihm am 9. 10. 1980 bereits die telefonische Verneinung einer Ausreise des Fußballspielers Unteroffizier Ringk mitgeteilt hatte.

Bei der Rücksprache teilte er mir mit, daß er entschieden habe, daß Ringk nicht am Fußballspiel in Stuttgart teilnimmt. Die Legende dazu bleibt bei seiner Verletzung. Er betonte, keine andere Entscheidung zu treffen und vertraue unseren Informationen, die wie er annimmt, überprüft sind und den Tatsachen entsprechen.

Im Gespräch betonte er, daß Ringk als positiv und "Könner" im Fußball in Erscheinung getreten ist, beim Fußballverband der DDR, beim 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Frankfurt/Oder, beim Minister für Nationale Verteidigung usw. und als solcher auch gesehen wird. Deshalb, so führte er aus, wünsche er eine ganz exakte Klärung dieser Probleme und sprach sich für ein offenes Gespräch mit dem Vater und dem Uffz. Ringk aus. Entweder es kann erreicht werden, daß die Verbindungen eingestellt werden oder es muß ihm klar werden, daß keine Ausreise ins kapitalistische Ausland zugelassen wird.

Generaloberst Keßler sprach sich dafür aus, eine Entfernung aus dem Fußballklub noch nicht in Erwägung zu ziehen, da er im Inland sicher seine Aufgaben erfüllen wird. Andererseits die zu erwartenden Klärungsmomente eine richtige Entscheidung herbeiführen können.

Sachverhalt muss eingeschätzt werden, dass Ringk, Christoph [...] vorsätzlich gegen bestehende Befehle und Weisungen verstoßen [...]« hat.³⁷⁹

Alledan wollte im Zuge der OPK ausspionieren, ob bei dem Spieler die Westverbindungen sehr intensiv seien und er so viel West-Fernsehen schaue, dass dies bei ihm zu politisch abweichendem Verhalten führen würde. Davon sollte abhängen, inwieweit Ringk an Sportreisen in den Westen teilnehmen und letztlich überhaupt im Armeecollege bleiben dürfe. Alledan wendete eine breite Palette an Mitteln und Methoden der ostdeutschen Geheimpolizei an: Die Postkontrolle der Familie wurde fortgesetzt. Ferner aktivierte er die für Observationsverantwortliche Abteilung VIII (S. 150) der BV Frankfurt (Oder). Darüber hinaus veranlasste Alledan, das Telefon der Familie anzuzapfen sowie in der Wohnung Wanzen zu installieren, um die Gespräche zu belauschen. Nicht zuletzt setzte der MfS-Mann mehrere inoffizielle Mitarbeiter aus dem FC Vorwärts auf Christoph Ringk an.³⁸⁰ Einer der IM stammte aus dem nahen Umfeld des Spielers und wurde extra für diese Spitzeltätigkeit angeworben.

Der neu geworbene IM trug den Decknamen »Werner Vogel«. Ihn kannte Ringk schon seit längerer Zeit und hatte mit ihm zwei Jahre lang im Internat des Clubs das Zimmer geteilt. Und: Sie waren Freunde. Im Auftrag seines Führungsoffiziers nutzte »Werner Vogel« in der Folgezeit sein Vertrauensverhältnis zu Ringk weidlich aus. Bei Besuchen in der Wohnung spitzelte er die Einrichtung sowie das Auftreten und die Äußerungen von Ringk und dessen Eltern aus. Für Hauptmann Alledan fertigte er sogar eine Wohnungsskizze an. Dem MfS-Offizier berichtete der IM, dass Ringk im Besitz westlicher Kleidung und Konsumgüter sei und die Familie häufig Westsender sah und hörte, wodurch Christoph in hohem Maße negativ beeinflusst würde. »Werner Vogel« konnte Ringk allerdings entlocken, dass er sich nicht vorstellen könne, für einen Profiverein im Westen zu spielen. Andererseits war sich der Spitzel nicht sicher, ob Ringk nicht auf einer Sportreise in den Westen flüchten würde.³⁸¹

Aufgrund dieser Information setzte der Leiter der Unterabteilung Sport der HA I, Major Gerd Hillig, beim obersten Leiter der Armeesportvereinigung, dem Chef der Politischen Hauptverwaltung des MfNV und späteren Verteidigungsminister Generaloberst Heinz

Keßler, durch, dass Ringk mit dem FC Vorwärts nicht zu den Auswärtsspielen der ersten beiden Runden im UEFA-Cup nach Nordirland und nach Stuttgart mitfahren durfte. Hillig befürchtete eine Flucht des Sportsoldaten Ringk, die nach § 254 StGB sogar eine Fahnenflucht gewesen wäre. MfS und Armeeführung täuschten mithilfe eines Arztes des Zentralen Armeelazarets in Bad Saarow/Zarow den Betroffenen und die Öffentlichkeit über den wahren Hintergrund der Suspendierung, indem sie vorgaben, er sei verletzt.

Im Dezember 1980 lud Major Hillig auf Empfehlung der für Militärstraftaten zuständigen Abteilung 6 des Untersuchungsorgans der Stasi, der Hauptabteilung IX, Christoph Ringk zu einem Gespräch vor, um die Art und den Umfang der Westkontakte der Familie offen zu erfragen. Nur zögerlich und nachdem Hillig Druck auf ihn ausübte, gab der Spieler zu, dass Verbindungen zu den Eltern seiner Mutter in der Bundesrepublik bestünden und sie Post und Pakete aus dem Westen erhalten würden. Einen Monat später beobachtete die Abteilung VIII der BV Frankfurt (Oder) die Mutter von Ringk in Ost-Berlin, wie sie sich mit Verwandten aus West-Berlin traf.³⁸²

Daraufhin beschloss die Staatssicherheit im Februar 1981, den Spieler aus dem Fußballclub zu entfernen. MfS-Offizier Alledan warf ihm insbesondere vor, Proficlubs im Westen zu verherrlichen, zu häufig Westmedien zu konsumieren und über einige Westkontakte der Mutter und deren Treffen mit Verwandten aus West-Berlin seine Vorgesetzten nicht in Kenntnis gesetzt zu haben. Deshalb sei letztlich auch eine Flucht auf einer Sportreise in den Westen nicht auszuschließen: »Aus diesem Grunde wurde in Absprache mit Generaloberst Keßler, zur vorbeugenden Verhinderung einer Fahnenflucht, entschieden, Ringk, Christoph [...] aus dem FCV [FC Vorwärts] zu entlassen.«³⁸³

Dass die Geheimpolizei bei Westkontakten in kleinen zivilen Vereinen des Leistungssports offenbar weniger hart vorging, zeigte sich am Beispiel von Christoph Ringk einige Jahre später. Im Sommer 1982 war er zur BSG Stahl Brandenburg in die DDR-Liga (zweit-höchste Spielklasse) gewechselt. Nach dem Aufstieg in die Oberliga erreichte das Team im Sommer 1986 den UEFA-Cup.³⁸⁴ Daraufhin kam es zur eingangs geschilderten Begegnung von BSG-Verantwortlichen mit dem Fußballverbandschef Karl Zimmermann.



> Im Brandenburger Stadion am Quenz konnte Ringk ab der Saison 1984/85 mit der BSG Stahl noch einmal Spiele in der DDR-Oberliga und im UEFA-Cup bestreiten. O.D. (wahrscheinlich 11.8.1985 im Spiel gegen die BSG Stahl Riesa)
Stadtarchiv Brandenburg, Nr. L.1.-43B/C 12

Der UEFA-Cup konnte mit Spielen im westeuropäischen Ausland verbunden sein. Die für die BSG Stahl zuständige KD Brandenburg (S. 154) überprüfte die gesamte Mannschaft vor Beginn der Cup-Saison 1986/87 daher sehr genau – auch Christoph Ringk. Sie bescheinigte ihm, als Mannschaftskapitän einen positiven Einfluss auf die anderen Spieler zu haben sowie in der DDR familiär fest verankert, finanziell ausreichend abgesichert und beruflich wie sportlich mit einer guten Perspektive versehen zu sein. Die nach wie vor bestehenden Westverbindungen der Eltern waren der KD bekannt, sie bewertete sie aber anders als die HA I nicht als nachteilig für das Verhalten und die politische Einstellung von Ringk. Die KD genehmigte ausdrücklich Sportreisen des Spielers in den Westen. Bis 1989 gestattete das MfS Christoph Ringk im Wissen um die weiter anhaltenden Kontakte der Eltern in die Bundesrepublik noch mehrere Trainingslager und Spiele in westlichen Ländern – ohne dass der Spieler die Gelegenheit zur Flucht nutzte.³⁸⁵

Für das SED-Regime waren Fluchten von Spitzensportlern äußerst heikel und wurden vor allem von der Stasi bereits während einer angeblichen Planungsphase rigoros verfolgt. Denn die SED-Führung maß dem Leistungssport spätestens seit Ende der 1960er-Jahre eine enorm große Bedeutung zu und verfolgte mit ihm ganz bestimmte Ziele. Der Spitzensport und dessen Athletinnen und Athleten sollten mit ihren Erfolgen dazu beitragen, die Identifikation der Ostdeutschen mit dem Regime zu stärken. Im Ausland sollten möglichst viele Medaillen für ein hohes Ansehen des SED-Regimes sorgen.³⁸⁶ Ein fluchtwilliger Sportler konnte diese Absichten der Machthaber massiv gefährden oder sogar das Gegenteil bewirken.

Auf Spitzensportler aus den DDR-Armeesportclubs trafen diese Aspekte in noch stärkerem Maße zu. Die Armeesportvereinigung Vorwärts mit ihren Clubs war als Teil der NVA zusätzlich in die Militär- bzw. Sicherheitspolitik der SED integriert. Die Volksarmee sollte zum einen das kommunistische Regime im eigenen Land sowie in anderen sozialistischen Staaten stützen. Zum anderen bestand eine Aufgabe der NVA darin, die DDR gegen äußere Feinde zu verteidigen. Als Mitglied im militärischen Bündnis des Ostblocks – der Warschauer Vertragsorganisation – hatte sie dabei vor allem im Falle einer Konfrontation mit der NATO

wichtige Funktionen zu erfüllen. Das wirkte auch auf die ostdeutschen Sportsoldaten zurück, die per Eid an die Befehle und dienstlichen Vorgaben der NVA gebunden waren. Ein Athlet eines Armeeklubs, der den Befehlen zuwiderhandelte und sich in den Westen absetzte, schwächte aus Sicht der SED, der Volksarmee und des MfS den militärischen und generellen Kampf gegen den Westen und das Ansehen der Streitkräfte in der Bevölkerung. Daher verfolgte die Stasi mit ihrer zuständigen Hauptabteilung I solche Vergehen in der NVA sehr aggressiv und in enger Kooperation mit der Armee.³⁸⁷

»Durch IM ist bei Leistungssportlern ständig herauszuarbeiten: [...] die Verbindungen der Eltern ins Ausland, deren Charakter, Umfang und Auswirkungen [...], die Haltung gegenüber westlicher Lebensauffassung und Lebensweise.«³⁸⁸

Das Misstrauen des Generalsekretärs des DDR-Fußballverbandes vom Spätsommer 1986 gegenüber Christoph Ringk kann nicht auf dessen Zeit bei der BSG Stahl Brandenburg zurückzuführen sein. Es basierte sicher auf den Vorkommnissen rund um Ringk als Sportsoldat beim Armeeklub FC Vorwärts Frankfurt (Oder) und der damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeit der HA I des MfS einige Jahre zuvor.³⁸⁹

RKa



> Junge Turner des Sportclubs Cottbus bei der Siegerehrung nach der zentralen Kinder- und Jugendspartakiade (Wettkämpfe) in Ost-Berlin. 29.7.1979
picture alliance, Foto: Rainer Kaufhold

Eine Freundin im Westen – der Turner Dirk Ewald und der OV »Ronald«

Im Juni 1982 telefoniert der Turner der Kinder- und Jugendsportschule (KJS) des Sportclubs (SC) Cottbus Dirk Ewald (Jg. 1963) mit seiner Freundin Franziska Schult³⁹⁰, die in der Bundesrepublik lebt. Dirk Ewald führt das Gespräch vom elterlichen Anschluss in Schönewalde unter dem Namen Ronald Ebert. Die Kreisdienststelle Herzberg hört das Telefonat ab und informiert die übergeordnete Bezirksverwaltung Cottbus über den Anruf.³⁹¹ Warum belauschte die KD Herzberg (S. 152) das Gespräch und warum telefonierte Ewald unter falschem Namen?

Kurze Zeit nach der Meldung der KD Herzberg eröffnete Unterleutnant Horst Wehling (Jg. 1951)³⁹², in der Abteilung XX der BV Cottbus (S. 149) zuständig für den Leistungssport, eine Operative Personenkontrolle gegen Dirk Ewald. Der Deckname der OPK »Ronald« leitete sich von dem Vornamen ab, den Ewald sich bei dem Anruf gegeben hatte. Wehling, der vorrangig die KJS überwachte, befürchtete vor allem, dass »die Sch. versucht im Auftrage feindlicher Organisationen oder Personen der BRD, E. unter Vortäuschung eines Liebesverhältnisses im Bereich des Leistungssportes abzuschöpfen bzw. ihn zum Verlassen der DDR zu bewegen«.

Mit der OPK sollte ausspioniert werden, ob diese Vorwürfe zutrafen und ob Ewald Fluchtabsichten hatte. Davon sollte es nach Ansicht der Stasi abhängen, inwie-

fern der Turner noch zu Sportreisen zugelassen werden und überhaupt an der KJS bzw. im Sportclub bleiben konnte. Um darüber Klarheit zu gewinnen, veranlasste MfS-Mann Wehling in Absprache mit seinem Referatsleiter Hauptmann Schütze und dem Abteilungsleiter Major Bender eine Postkontrolle bei Ewald und dessen Eltern. Auch das Telefon der Eltern sollte weiter angezapft werden. In Gang gesetzt hatte die Staatssicherheit die Abhöraktion, weil IM »Ralf« seinem Führungsoffizier Wehling über den Kontakt von Ewald zu Franziska Schult unterrichtet hatte. Neben »Ralf« setzte Wehling für die OPK noch zahlreiche weitere inoffizielle Mitarbeiter aus der KJS und dem Club auf Ewald an. Auf offizieller Ebene vereinbarte das MfS mit dem Chef des SC Cottbus, Ewald vorerst für Sportreisen in den Westen zu sperren.³⁹³

Bei IM »Ralf« handelte es sich um einen Freund von Dirk Ewald, mit dem er im Internat der KJS seit der 7. Klasse in einem Zimmer wohnte. Von »Ralf« hatte Wehling erfahren, dass Ewald das Mädchen vor einigen Jahren in seinem Heimatort kennengelernt hatte. Franziska Schult stammte ursprünglich aus der DDR und war erst nachdem sie Ewald kennengelernt hatte 1981 mit ihrer Mutter in die Bundesrepublik übersiedelt. Auch in der Folgezeit zeigte sich »Ralf« als beflissener Spitzel. So informierte er Wehling im Sommer 1982, dass sich Ewald und Schult in der ČSSR treffen wollten. Nach Ewalds Rückkehr horchte er seinen Freund über das Treffen aus und erstattete im Anschluss der Stasi Bericht. Ferner drang er in Ewalds engste Privatsphäre ein, indem er seinen Schrank im gemeinsamen Internatszimmer durchsuchte, einen dabei gefundenen Brief von Schult an Ewald las und Wehling detailliert über den Briefinhalt ins Bild setzte.³⁹⁴ Schließlich trug »Ralf« im März 1983 seinem Führungsoffizier aus einem Gespräch mit seinem Zimmerkollegen zu, dass Ewald im Leistungssport keine Zukunft mehr sehe, im Jahr 1984 an der KJS noch das Abitur ablegen³⁹⁵ und nach der Armeezeit Medizin studieren wolle.

Kurze Zeit später stuften Wehling, Bender und der Stellvertreter Operativ der BV Cottbus, Oberstleutnant Schulz, die OPK »Ronald« zu einem Operativen Vorgang gleichen Namens hoch. Die Gründe dafür sind nicht ganz klar. Auf jeden Fall bedeutete die »Aufwertung« zum OV eine Verschärfung der Aktionen des MfS gegen Ewald. Wehling identifizierte bei dem Spitzensportler gemäß § 213 StGB (»ungesetzlicher Grenz-

übertritt«) vermehrte Verdachtsmomente zur Planung und Durchführung einer Flucht, obwohl er eingestehen musste, dass die umfangreiche Postkontrolle und das Belauschen der Telefonate keine entsprechenden Beweise geliefert hatten.



> Langjähriger Kollege in der Trainingsgruppe von Dirk Ewald beim SC Cottbus: der mehrfache DDR-Meister im Turnen Jens Fischer. 31.5.1984

BArch, Bild 183-1984-0531-018, Foto: Wolfgang Kluge

Im Rahmen der OV »Ronald« sollten nun solche Beweise erbracht, eine Flucht verhindert, aber auch Fakten überprüft werden, die die Vorwürfe gegen Ewald entkräften konnten. Sollten sich die Unterstellungen jedoch bewahrheiten, wollte die Stasi das Beweismaterial soweit »wasserdicht« machen, dass der Sportler vor einem Gericht angeklagt werden konnte. Hierzu kamen für MfS-Mann Wehling neben »Ralf« die gleichen IM aus der KJS und dem Club zum Einsatz wie bei der OPK, die Postkontrolle und die Telefonüberwachung der Eltern wurden fortgeführt.³⁹⁶ Darüber hinaus legte Wehling in einem für einen OV zwingend aufzustellenden sogenannten Operativplan fest, dass der IM »Ralf« aus der KJS für seine Aufgaben bei Ewald speziell instruiert und geschult werden sollte, um so noch besser dessen Vertrauen erschleichen und seine angeblichen Fluchtpläne aufdecken zu können. Mit Hilfe der zuständigen Abteilung VI der BV Cottbus war auszukundschaften, ob der Turner in das sozialistische Ausland reisen wollte. Für diesen Fall sollten zahlreiche Aktivitäten zur Fahndung, Kontrolle und für Sperren



> Am Sportzentrum des SC Cottbus an der Straße der Jugend, heute Dresdener Straße, mit dem Internat (l., hinten) und Hochhaus (r.), in welchem sich die Verwaltung, Wohnungen und Sportmedizin des Clubs befanden. 1982
 Stadtarchiv Cottbus, Fotosammlung/Gerhard Schlosser

anlaufen, um eine Flucht in den Westen zu unterbinden. Was diese Sperren beinhalteten, führte Wehling nicht näher aus. Es dürfte sich darum gehandelt haben, die Mitnahme aus und Einfuhr in die DDR von Unterlagen und Gegenständen sowie als schärfstes Mittel die Reise selbst zu verbieten.³⁹⁷

Spitzel »Ralf« arbeitete weiterhin eifrig für seinen Führungsoffizier. Im Juli 1983 berichtete er zunächst, dass Dirk Ewald Angst habe, ihn könne der Kontakt zu seiner Freundin in der Bundesrepublik den Studienplatz kosten, er würde daher die Verbindung zu ihr loser gestalten. Ende des Jahres sollte die KD Herzberg im Auftrag der BV Cottbus beobachten, ob sich der Turner und Franziska Schult im Kreisgebiet trafen. Durch das Abfangen der Post hatte die Abteilung erfahren, dass Schult über den Jahreswechsel in ihre alte Heimat kommen wollte. Eine Zusammenkunft der beiden fand dann in der Tat statt. Das teilte IM »Ralf« Anfang 1984 Wehling mit. Gleichzeitig konnte er ihm übermitteln, durch eine bewusst provokante Frageweise Ewald dazu gebracht zu haben, ihm zu offenbaren, dass er nicht länger an der Beziehung zu seiner westdeutschen Freundin festhalte.

Kurze Zeit später schloss der Stasi-Offizier Wehling den Operativen Vorgang »Ronald«. Es war dem MfS trotz umfangreicher Überwachung nicht gelungen, dem KJS-Schüler und Turner Dirk Ewald Vorbereitungen zu einer Flucht nachzuweisen. Laut Wehling würde vor allem auch Ewalds Vorhaben, nach dem Wehrdienst ein Medizinstudium zu beginnen, gegen den Verdacht sprechen. Das Studium hatte Ewald allerdings schon vor dem Anlegen des OV geplant. Und weiter hieß es – etwas holprig: »Die Kontakte zu der BRD-Person Franziska Schult konnten eindeutig als eine Freundschaftsbeziehung, die aus dem früheren gemeinsamen Wohnsitz herrührten, charakterisiert werden, die nicht einen so großen Einfluss auf E. haben, dass diese Beziehungen den E. für ein illegales Verlassen der DDR veranlassen können.«³⁹⁸ Ewald konnte schließlich 1984 wie von ihm erhofft an der KJS das Abitur ablegen und nach der Armeezeit ein Medizinstudium an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin aufnehmen und abschließen.

Der junge Spitzenathlet Dirk Ewald geriet vor allem deshalb in die Fänge der Staatssicherheit, weil das SED-Regime mit dem Leistungssport große Ziele

verfolgte. Zahlreiche sportliche Erfolge und Medaillen sollten zum einen das Regime bei den eigenen, ostdeutschen Bürgern legitimieren helfen, zum anderen dessen internationales Prestige steigern. Dazu hatten auch bereits die Nachwuchstalente aus den »Kaderschmieden« des DDR-Leistungssports, den Kinder- und Jugendsportschulen, beizutragen.³⁹⁹ Um die Ziele des Regimes nicht zu gefährden, waren schon bei den KJS-Schülern Kontakte in den Westen aufzuspüren und zu ahnden. Denn durch diese Verbindungen konnten Geheimnisse des ostdeutschen Spitzensports wie die Organisation des Spitzensports, Trainingsmethoden, aber auch das Doping ans Licht kommen. Auch die Flucht eines Sportlers konnte das Ansehen der DDR beschädigen. Um das zu verhindern, kam ein wichtiger Stützpfeiler der Einparteienherrschaft zum Einsatz – das Ministerium für Staatssicherheit. Dessen Minister Erich Mielke hatte Ende Dezember 1971 eigens eine Dienstanweisung (4/71) zum Sport erlassen. In dieser war unter anderem vorgegeben, Fluchten von Sportlern unbedingt und mit allen Mitteln zu verhindern. Das galt nicht zuletzt auch für die Schülerinnen und Schüler der KJS.⁴⁰⁰

Westen und westliche Einflüsse allgemein bei den KJS-Schülern als äußerst negativ an und bekämpfte sie rücksichtslos.⁴⁰² Trotz verdeckten Agierens der Staatssicherheit blieb das den Nachwuchssportlern nicht verborgen. Dirk Ewald hat in den Telefonaten mit seiner westdeutschen Freundin sicherlich deshalb einen falschen Namen benutzt, um einer solchen Verfolgung durch das MfS zu entgehen – eine Strategie, die nicht aufging.

RKa

*BV Leipzig 1970 zu Überprüfungen
im DDR-Spitzensport: »Beziehung des
Leistungssportlers zum Freundeskreis:
[ins] kapitalistische Ausland, einschließlich
Westberlin [...] Intensität: Liebe –
Zuneigung [...] Fanden mit ausländischen
Freunden anlässlich von Privatreisen
Treffs statt?«⁴⁰¹*

Insbesondere in den 1980er-Jahren gerieten die KJS und die an sie angeschlossenen Internate stärker in das Blickfeld des MfS. Es sollten noch frühzeitiger als die Jahrzehnte zuvor Sportlerinnen und Sportler erkannt und rigoros aussortiert werden, deren politische Haltung und Lebensführung von den Normvorstellungen des MfS und der SED abwich. Die harte Vorgehensweise war dazu gedacht, auf die anderen KJS-Talente disziplinierend und abschreckend zu wirken. Die Stasi trat an den Eliteschulen des Sports immer stärker als Erziehungsinstanz auf. Sie sah Beziehungen in den



> Werbe-Logo für die 8. Parkfestspiele in Potsdam. 1961
 BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 1/55, Bd. VIII, Bl. 3

Devisenbringer oder politische Provokateure – die Überwachung des Tourismus

In Potsdam überwachte die Stasi im touristischen Bereich vor allem das Schloss Sanssouci. Besonders die zu Pfingsten stattfindenden Parkfestspiele standen unter Beobachtung des MfS. Seine Maßnahmen koordinierte es in den Aktionen »Kellermann« und »Rosengarten«. Der Einsatzplan der BV Potsdam (S. 151) für das Jahr 1955 gibt an, dass die Parkfestspiele »das gesamtdeutsche Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschland vertiefen« sollten.⁴⁰³ Die Geheimpolizei befürchtete jedoch, dass das Fest von westlicher Seite genutzt werden könnte, um »Agenten« und »Provokateure« einzuschleusen, die dann Anwerbungen in der DDR durchführen würden. Da zu den Parkfestspielen aus der Bundesrepublik und West-Berlin circa 2 000 Gäste erwartet wurden, stand die Stasi vor einer Mammut-

aufgabe. Sämtliche Personalien der Einreisenden, die Einstellung zur DDR und zur Sowjetunion sowie die Art der beruflichen Beschäftigung sollten festgehalten werden. Gleichzeitig hoffte die Stasi, dass sie unter den vielen Besucherinnen und Besuchern einige geeignete Personen für eine Agententätigkeit in der Bundesrepublik anwerben könnte.⁴⁰⁴

Besonders den 8. Parkfestspielen im Mai 1961 kam eine überragende politische Bedeutung zu. Dieses Mal bestand laut Einsatzplan der Abteilung V, zuständig für die Überwachung des Staatsapparates, die kulturpolitische Aufgabe darin, »die Überlegenheit unserer sozialistischen deutschen Nationalkultur«⁴⁰⁵ sichtbar zu machen und den westlichen Besucherinnen und Besuchern zu zeigen, dass »die Deutsche Demokratische Republik der einzig rechtmäßige Staat in Deutschland sei«.⁴⁰⁶ Die Aufgabe des MfS war es, »eine offensive Abwehrarbeit zu entfalten, um alle Stör-

versuche, Provokationen und sonstige feindliche Handlungen abzufangen«.⁴⁰⁷ Durch die Zusammenarbeit aller Abteilungen der BV Potsdam und des Kulturbundes sowie durch die Unterstützung einzelner Abteilungen der Berliner Zentrale sollte ein reibungsloser Ablauf gewährleistet werden.

»Besonders staunten einige über die umfangreiche Bautätigkeit in Potsdam. Sanssouci wurde als märchenhaft schön und sehr gepflegt eingeschätzt.«⁴⁰⁸

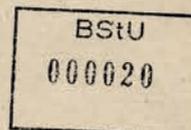
Zudem setzte die Stasi an den Festspielbühnen, den historischen Sehenswürdigkeiten und in Gaststätten in Potsdam inoffizielle Mitarbeiter ein. Die Stimmung der Touristen sollte dokumentiert und mögliche Missstände frühzeitig erkannt werden, um diese unverzüglich beheben zu können. Immer wieder berichteten die

inoffiziellen Mitarbeiter, dass westdeutsche Besucher die Qualität und die Preise der angebotenen Speisen lobten. Zudem hoben sie positiv hervor, dass in den vergangenen Jahren in der Stadt viel gebaut und restauriert worden sei. Die politisch-historische Indoktrination, vor allem an der Gedenkstätte der Potsdamer Konferenz in Schloss Cecilienhof, verstimmte allerdings viele Besucher. Das Mitglied einer ausländischen Delegation empörte sich: »Wir sind hierher gekommen, um uns die Sehenswürdigkeiten, über die die ganze Welt spricht, anzusehen. Wir sind nicht deshalb gekommen, um uns politisch aufklären zu lassen.«⁴⁰⁹

Neben Potsdam und dem Schloss Sanssouci stand auch der Spreewald/Blota im Fokus der Stasi. Immer wieder bereisten ausländische Diplomaten diesen Landstrich, erkundeten die Schönheiten der Natur und beschrieben die Region im Auftrag ihrer Botschaft. Das war auch am 31. Mai 1989 der Fall.⁴¹⁰ An diesem Tag weilten die Presseattaché(e)s ausländischer Botschaften in der Lausitz/Łużyca. Bei bewölktem Himmel und 20° C



> Observation von Touristinnen und Touristen beim Besuch des Schlosses Sanssouci, Potsdam. 10.6.1989
BStU, MFS, BV Potsdam, Abt. II, Nr. 179, Bd. 4, Bl. 145, Bild 8



A n l a g e

Reiseprogramme des Reisebüros der DDR

Programm 16

Tagesfahrt Spreewald

49 Personen

eigener Bus

- 09.00 Uhr Einreise in die DDR über die GÜST Rudower Chaussee
oder
- 08.00 Uhr Einreise in die DDR über die GÜST Drewitz
Empfang der Gruppe durch den Reiseleiter des Reise-
büros der DDR
Fahrt nach Lübbenau
- 10.30 Uhr Besichtigung des Spreewaldmuseums in Lübbenau
- 11.00 Uhr Mittagessen, Grüner Strand
- 12.00 Uhr Kahnfahrt durch das traditionelle Gemüseanbaugebiet
Dorf Lehde
- 15.00 Uhr Kaffeegedeck in Lehde, Fröhlicher Hecht
Besichtigung des Freilandmuseums Lehde
Rückfahrt mit dem Kahn nach Lübbenau
- 17.00 Uhr Abendessen in Lübbenau, Grüner Strand
Rückfahrt
Verabschiedung der Gruppe durch den Reiseleiter des
Reisebüros der DDR
- 19.30 Uhr Ausreise über die GÜST Rudower Chaussee oder
- 20.30 Uhr Ausreise über die GÜST Drewitz



> Presseattaché(e)s der ausländischen Botschaften bei einem Tagesausflug im Spreewald. 31.5.1989
BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2081, Bl. 104, Bild 3

unternahmen 37 Botschaftsangehörige eine Kahnfahrt, besuchten im Anschluss die Tagebaukante in Senftenberg/Zly Komorow und ließen sich über die Bergbaulandschaft informieren. Am Ende des diplomatischen Besuches hielt die BV Cottbus (☞ S. 149) fest: »In keiner Weise wurden eindeutig tendenziöse und provokatorische Fragestellungen sichtbar. Kontaktversuche außerhalb der im Programm vorgesehenen Begegnungen wurden nicht festgestellt.«⁴¹¹ Dies war für die Stasi von entscheidender Bedeutung, da sie befürchtete, dass durch einen unvorhergesehenen Kontakt mit Einheimischen, unerwünschte Kritik zutage treten könnte. Vor allem Journalisten sollten bei Ihren Dreharbeiten im Spreewald/Blota vorgeführt bekommen, »dass der sozialistische Staat alle Möglichkeiten hat, eine Landschaft dieser Spezifik zu erhalten, ihr ihre Ursprünglichkeit zurückzugeben und den Bewohnern einen gleichberechtigten Platz in der sozialistischen Gesellschaft zu geben«⁴¹² – in der Hoffnung, dass vor allem Journalisten diese Ansicht veröffentlichen würden, um auf diesem Weg das internationale Ansehen der DDR zu stärken.

Der Spreewald/Blota als touristische Region war, besonders durch die Nähe zu Berlin, ein Anziehungspunkt für westdeutsche und ausländische Gäste. Das Reisebüro der DDR hatte für Ausflüge passgenaue

Tagesfahrten entwickelt – je nach Gruppengröße und Interesse. Die Stasi stimmte ihre Beobachtung der Besucher entsprechend ab. In sogenannten Handlungsvarianten hielt sie fest, über welche Grenzübergangsstelle die Einreise in die DDR stattfinden konnte und wie die Reisegruppen »abzusichern« seien.⁴¹³ Touristen aus dem nicht-sozialistischen Ausland bedeuteten für das MfS eine Gefahr, da diese stets unter Spionageverdacht standen. Um die angereisten Besucher identifizieren zu können, beschaffte die Stasi sich die Fotos der professionellen Fotografen, die die Kahnfahrten aufnahmen, und legte sie zu den Akten.

Die »Absicherung« des Spreewalds stellte das MfS vor Herausforderungen. So galt es nicht nur, die weitverzweigten Wasserstraßen zu kontrollieren, sondern auch die verschiedenen Dienstseinheiten – KD Cottbus, Calau und Lübben (☞ S. 152) sowie die Abteilung VI (☞ S. 149) und HA II⁴¹⁴ – zu koordinieren. In der eigens für den Spreewald/Blota erstellten »Sicherungskonzeption« hielt die Stasi fest, dass vor allem die Fährleute die Überwachung der Region erschweren würden. Denn ein Teil von ihnen umgehe das Reisebüro der DDR, indem sie für Touristen private Touren organisierten und die gastronomische Versorgung direkt mit den Gaststätten vereinbarten. Die Stasi beäugte die Fährleute deshalb besonders kritisch.⁴¹⁵

So eröffnete sie am 27. Juni 1986 die OPK »Kontakt«,⁴¹⁶ Der Kahnfährmann Frank Kasprick (Jg. 1963) aus Lübbenau/Lubnjow hatte im Sommer 1985 einen Berliner Polizeiwachtmeister und zehn weitere Personen aus West-Berlin und Potsdam durch den Spreewald/Blota gestakt. Beobachtungskräfte der Abt. VI hatten dies bei der Durchfahrt an der Fähranlegestelle »Fröhlicher Hecht« festgestellt. Für das MfS galt es nun herauszufinden, welchen Kontakt Frank Kasprick zu seinen Gästen hatte. Da die Fahrt nicht offiziell über die Fährgesellschaft Lübben/Lubin angemeldet worden war, stand der Verdacht einer »feindlichen Kontakt-tätigkeit« im Raum. Um den Fall aufzuklären, wurden fünf IM auf Kasprick angesetzt, seine Post überwacht und der Polizeiwachtmeister überprüft. Am Ende der zweijährigen Ermittlungen schloss die KD Calau die Ermittlungen mit dem Ergebnis ab, dass Kasprick eine positive Einstellung dem Staat gegenüber vertreten würde. Weil der Polizeiwachtmeister seither nicht mehr in den Spreewald/Blota gereist war, schien auch von dieser Seite keine Gefahr zu bestehen.⁴¹⁷ Dass die Reise nicht offiziell angemeldet worden war, schien für die Stasi nicht mehr von Belang.

Um Touristen, die über Tagesfahrten des Reisebüros der DDR den Spreewald/Blota besuchten, umfassend überwachen zu können, wurden auch Restaurants und Hotels in das Bespitzelungsgeflecht eingebunden. Viele der gastronomischen Einrichtungen waren privat geführt und beschäftigten in den Sommermonaten überwiegend Saisonkräfte. Dem MfS war dies ein Dorn im Auge, weil wechselnde Mitarbeiter stets einer neuen Überprüfung und Einschätzung bedurften.

Auch ein selbstständiger Hotelbesitzer in Burg (Spreewald)/Bórkowy mit umfangreichen Kontakten in die Bundesrepublik und nach West-Berlin erschien der Stasi deshalb verdächtig. In der OPK »Gast«, in der sie ihn von 1985 bis 1987 bespitzelte, sollten seine persönlichen und geschäftlichen Verbindungen sowie seine politische Zuverlässigkeit überprüft werden.⁴¹⁸ Besonders dass der Hotelier während der Frühjahrs- und Herbstmesse in Leipzig in leitenden Tätigkeiten im Gaststättenbetrieb arbeitete, betrachtete das MfS mit Skepsis.

Durch IM wurde der Stasi zugetragen, dass er dort Kontakte nutzen würde, um sein Gaststättenangebot in Burg zu verbessern.⁴¹⁹ Die KD Cottbus überprüfte den Hotelier und seine persönlichen Kontakte in ihren internen Speichern. Zusätzlich kontrollierte die Geheimpolizei die Post und ließ die KD Leipzig seinen Messeinsatz überwachen. Nach zweijähriger Bespitzelung schloss die KD Cottbus die OPK mit der Begründung, dass die Zielperson »die gesellschaftliche[n] Verhältnisse im Interesse der beruflichen Tätigkeit« akzeptiere. Da die Kontakte nach Westdeutschland und West-Berlin rein privater Natur wären, sei ein Missbrauch nicht zu erwarten.⁴²⁰ Aufgrund seiner umfangreichen Kontakte beschloss die KD Cottbus, ihn auch weiterhin durch IM bespitzeln zu lassen. Interessant daran ist, dass es gerade diese Kontakte waren, die die Stasi 1972 dazu veranlassten, den Hotelier als IM werben zu wollen – jedoch ohne Erfolg.

Historische Sehenswürdigkeiten, kulturelle Veranstaltungen und landschaftlich reizvolle Gebiete lockten immer wieder westdeutsche und ausländische Touristen in die DDR. Doch ihre Besuche waren für das SED-Regime und das MfS ambivalent. Galt es auf der einen Seite, sich vor den Gefahren des Kapitalismus abzuschirmen, war die DDR auf der anderen Seite auf die Devisen, die auf diesem Weg in die DDR kamen, angewiesen. Zugleich sollte die internationale Anerkennung der DDR aufgewertet werden. Für die Stasi eine herausfordernde Aufgabe, die sie nicht immer zu bewältigen vermochte.

KSo



> Hans Kulling (l.) mit zwei jugoslawischen Slawisten auf einer Arbeitskonferenz der internationalen Slawisten in Ost-Berlin. Oktober 1961
Privatarchiv: Manfred Kulling

»Und wer das ablehnt, kann kein Lehrer sein« – die Stasi und die Sorben

Hans Kulling, sorbisch Hanzo Golenk (Jg. 1917), verhielt sich verdächtig.⁴²¹ Der Sorbe aus Schleife/Slepo fiel im Kraftwerk Trattendorf/Dubrawa, wo er 1960 ein Dreivierteljahr arbeitete, und auch bei der Reichsbahn, bei der er anschließend eine Tätigkeit als Schrankenwärter aufnahm, seinen Kollegen auf. Er machte keinen Hehl aus seiner tiefen Religiosität und seiner Verachtung für die SED – obwohl er noch bis November 1960 Parteimitglied gewesen war.⁴²²

Dies entging auch der Stasi nicht, die Material zu ihm sammelte, seitdem Kulling im Kraftwerk Kalenderblätter mit Bibelsprüchen verteilt und bekundet hatte,

dass seine Regierung nicht die SED, sondern Gott sei. Von den Kollegen bei der Reichsbahn erreichten die Stasi Berichte, dass Kulling möglicherweise spioniere: Er schließe sich in seinem Schrankenwärterhäuschen ein und öffne erst, nachdem er etwas weggeräumt habe. Und wenn Militärzüge seinen Arbeitsplatz passierten, mache er sich Aufzeichnungen.⁴²³ Fast drei Jahre lang sammelte die Stasi solche Informationen, bis sie schließlich im April 1963 konkrete Maßnahmen gegen ihn einleitete. Der Vorwurf: Spionage. Durch den Einsatz von IM sollte der Verdacht konkretisiert und Näheres über Kulling ermittelt werden.⁴²⁴

Die Stasi setzte insgesamt vier IM auf ihn an. Doch Kulling, der bereits vermutete, durch seine öffentliche Glaubensbekundung und seine politische Einstellung der Stasi aufgefallen zu sein, durchschaute sie. Allen vier IM sagte er, dass er sie für Spitzel halte. Manchen

spielte er vor, tatsächlich zu spionieren. So behauptete er dem IM »Roy« gegenüber, geheimes Material zu sammeln, das er in einem toten Briefkasten deponiere. In »Rois« Anwesenheit zählte er die Geschütze auf einem vorbeifahrenden Militärzug und gab vor, alles genau zu notieren.⁴²⁵ Als ihm der IM »Kunze« im November 1963 in Absprache mit der Stasi anbot, illegal billiges Benzin zu besorgen, erwiderte Kulling, dass dies der vierte Versuch sei, ihm etwas anzuhängen. Darum würde er schon seit Längerem belastendes Material vernichten, denn er rechne mit einer Wohnungsdurchsuchung.⁴²⁶

*»K.[ulling] meinte noch,
dass er intelligenter ist, als manche
Menschen es glauben.«⁴²⁷*

Diese Äußerung hielt die Stasi offenbar für glaubwürdig und weil sie durch den Einsatz der IM keine ausreichenden Indizien für eine offizielle strafrechtliche Verfolgung hatte »erarbeiten« können, sollte nun tatsächlich sein Haus durchsucht werden.⁴²⁸ Am 13. November 1963 war Kulling bei der Arbeit. Seine Ehefrau und seine bei ihnen lebende, hochbetagte Mutter lockte die Stasi unter »Legenden« aus dem Haus.⁴²⁹ Zwei Spezialisten für konspirative Durchsuchungen der BV Cottbus (🔍 S. 149) drangen in Kullings Haus ein. Sie fotografierten sein Adressbuch, einige Briefe und handschriftliche Notizen. Seine umfangreiche Bibliothek konnten sie nur kurz in Augenschein nehmen. Denn Kullings Frau und Mutter kamen nach einer knappen Stunde wieder nach Hause, viel früher als geplant. Fluchtartig mussten die beiden Stasi-Offiziere das Haus verlassen. Dabei wurden sie von Nachbarn ertappt, die die »Einbrecher« stellten und der Volkspolizei übergaben. Kulling erstattete Anzeige, die Volkspolizei nahm die Aussagen der Nachbarn auf.⁴³⁰

Derart gescheitert sah sich die Stasi nun veranlasst, Kulling zu einem Gespräch in die KD Weißwasser (🔍 S. 153) zu bestellen, um die Lage zu beruhigen. In Anwesenheit des KD-Leiters Schickart (Jg. 1931)⁴³¹ legte Kulling seine Sicht der Dinge dar und konfrontierte die Stasi-Mitarbeiter mit seinen IM-Erlebnissen. Laut Stasi-Bericht über diese »Aussprache« wurde »dem Kulling dargelegt, dass seine Vermutungen

eine Verleumdung der Sicherheitsorgane« darstellen. Gleichwohl bestätigte der Verfasser des Berichts dazu in Klammern: »Bei den angeführten Personen handelt es sich um IM, die zur Bearbeitung des K. eingesetzt wurden.« Kulling unterschrieb schließlich eine Erklärung, dass er die Sache auf sich beruhen lassen werde.⁴³² Das Ministerium für Staatssicherheit archivierte den Vorgang im September 1964, ohne ihn strafrechtlich zu belangen.⁴³³

Damit war das Vorhaben der Stasi, Kulling einer Straftat zu überführen, gescheitert. Er schien sowohl den Ermittlern der Stasi als auch ihren IM intellektuell überlegen gewesen zu sein. Denn genau das war Schrankenwärter Kulling eigentlich: ein Intellektueller. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der gelernte Glasmacher sich die russische Sprache beigebracht. Im Kriegseinsatz in Kroatien hatte er darüber hinaus Serbokroatisch gelernt. Und nachdem er 1945 aus dem Krieg zurückgekehrt war, wollte sich Kulling für die unter den Nationalsozialisten verbotene sorbische Sprache und sein Volk einsetzen. Dafür trat er in den wiedergegründeten sorbischen Dachverband Domowina und in die SED ein und absolvierte einen Kurs als Neulehrer. 1946 wurde er Sorbischlehrer, ab 1953 erarbeitete er im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung mehrere Lehrbücher für das Niedersorbische und lehrte ab 1954 an der Sorbischen Sprachschule in Dissenchen/Dešank.

Doch 1959 wurde er plötzlich, obwohl fachlich anerkannt und bei den Sprachschülern beliebt, aus »kaderpolitischen Gründen« aus dem Schuldienst entlassen. Kulling ereilte das Schicksal vieler sorbischer Intellektueller.⁴³⁴ Er ließ sich kaum von den politischen Vorgaben der SED leiten, war strenggläubiger Christ und pflegte zudem aufgrund seines linguistischen Interesses Briefkontakte in alle Welt.⁴³⁵ Nach der Auffassung von SED und Stasi gehörte einer wie Kulling nicht ins öffentliche Leben der DDR. Als Lehrer wurde er, trotz mehrfacher Bewerbungen, nie mehr eingestellt. Auf diese Weise verfehmt zog er sich zurück, wurde Schrankenwärter und widmete sich – nunmehr im Schrankenwärterhäuschen – seinen Studien. Er trat aus der SED und der Domowina aus und kritisierte öffentlich Staat und Partei. Mit ihren Ermittlungen versuchte die Stasi anscheinend, dem gedemütigten Kulling einen weiteren Schlag zu versetzen.⁴³⁶

Die Sorben, ihre Sprache und ihre Kultur waren Aushängeschilder des SED-Regimes. Sorbische Kinder wurden in der Schule in Sorbisch unterrichtet, es gab kulturelle Einrichtungen wie Theater und Museen, sorbischsprachige Zeitungen und Radio DDR sendete sorbische Programme. Sorbische Trachtengruppen, Feste und Bräuche erfreuten internationale Touristen und halfen so, Devisen ins Land zu bringen.⁴³⁷ Zudem sorgten die sorbische Kultur und die vermeintliche kulturelle Akzeptanz, die sie durch das Regime erfuhr, für positive Berichte in internationalen Medien. Wenn über die Sorben berichtet wurde, waren Stacheldraht,

Mauer oder Grenztote kein Thema.⁴³⁸ Und tatsächlich wurde den Sorben in der DDR die Freiheit eingeräumt, ihre Kultur zu leben, wurden sie als nationale Minderheit offiziell vom Staat anerkannt und ihre Einrichtungen finanziert.

Doch gleichzeitig gefährdete die Politik der SED die sorbische Kultur. Die Kirchen mit ihren religiösen Bräuchen, wichtige Träger dieser Kultur, wurden vor allem in den 1950er-Jahren von der Partei bekämpft. Die dörfliche Struktur, geprägt von hergebrachten kleinbäuerlichen Wirtschaftsweisen, war durch



> Bundeskongress des sorbischen Dachverbands Domowina 1952 in Bautzen/Budyšin. Die Förderung der Sorben diente der SED zur Durchsetzung ihrer Politik unter den Sorben. Davon zeugt das Motto des Kongresses. Sorbisches Institut, Foto: Kurt Heine

100832

GVS 42/51

431

V. 444 1

Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Staatssicherheit
- Der Staatssekretär -

Berlin, den 13. Dezember 51.

BSIU

000001

Tgb.Nr. 273/51 - V/A.

Geheime Verschlusssache

3 Exemplare je 2 Blatt
1 Exemplar 2 Blatt

An das
Ministerium für Staatssicherheit
Verwaltung Sachsen
Herrn Chef.-Insp. Gutsche

D r e s d e n

D i e n s t a n w e i s u n g N r . 4 / 5 1 V / A .

Betr: Nationalistische u. titoistische Umtriebe unter
den Sorben .

Unter der im Lande S a c h s e n u. zwar in den Kreisen:
B a u t z e n , R a t i b o r
K a m e n z , W e i ß w a s s e r

beheimateten sorbischen Bevölkerung macht sich eine politische
Strömung mit aus ausgesprochenen nationalistischen u. tito-
istischen Tendenzen bemerkbar.

Die Sorben sprechen unter sich eine eigene Sprache, die der
serbischen Sprache (Volksteile in Jugoslawien) ähnlich ist.
Sie geben eine eigene Zeitung heraus u. singen eine eigene
National-Hymne "Vaterland" genannt.

Eine fortschrittliche Entwicklung ist nur unter der Jugend zu
verzeichnen. Sie haben eine Kulturgruppe, die der FDJ ange-
gliedert ist, woes aber gerade jetzt zu Störungsversuchen
aus nationalistisch gesinnten Kreisen kommt.

Auch sind gewisse Sympathien für das Jugoslawien Titos vor-
handen, was darin zum Ausdruck kam, dass während der Aktion
der fortschrittlichen Weltjugend zum Aufbau Jugoslawiens
in den Jahren 1945 - 46 auch sorbische Jugendbrigaden zum
Eisenbahnbau nach Jugoslawien gesandt worden sind.

Deutsche Kriegsgefangene sorbischer Herkunft, die in jugo-
slawischer Gefangenschaft gerieten, wurden auf Veranlassung
des jugoslawischen Geheimdienstes schonfrühezeitig in Sonder-
lager gebracht, wo sie aus Zweckgründen bevorzugt behandelt
u. besser gepflegt worden sind.

Aus diesen Kreisen hat dann der jugoslawische Geheimdienst
Anwerbungen vorgenommen u. entsprechende Verpflichtungen
abgenommen.

Dies wurde auch in einigen Fällen bei den Angehörigen der in
Jugoslawien tätig gewesenen Jugendbrigaden durchgeführt.

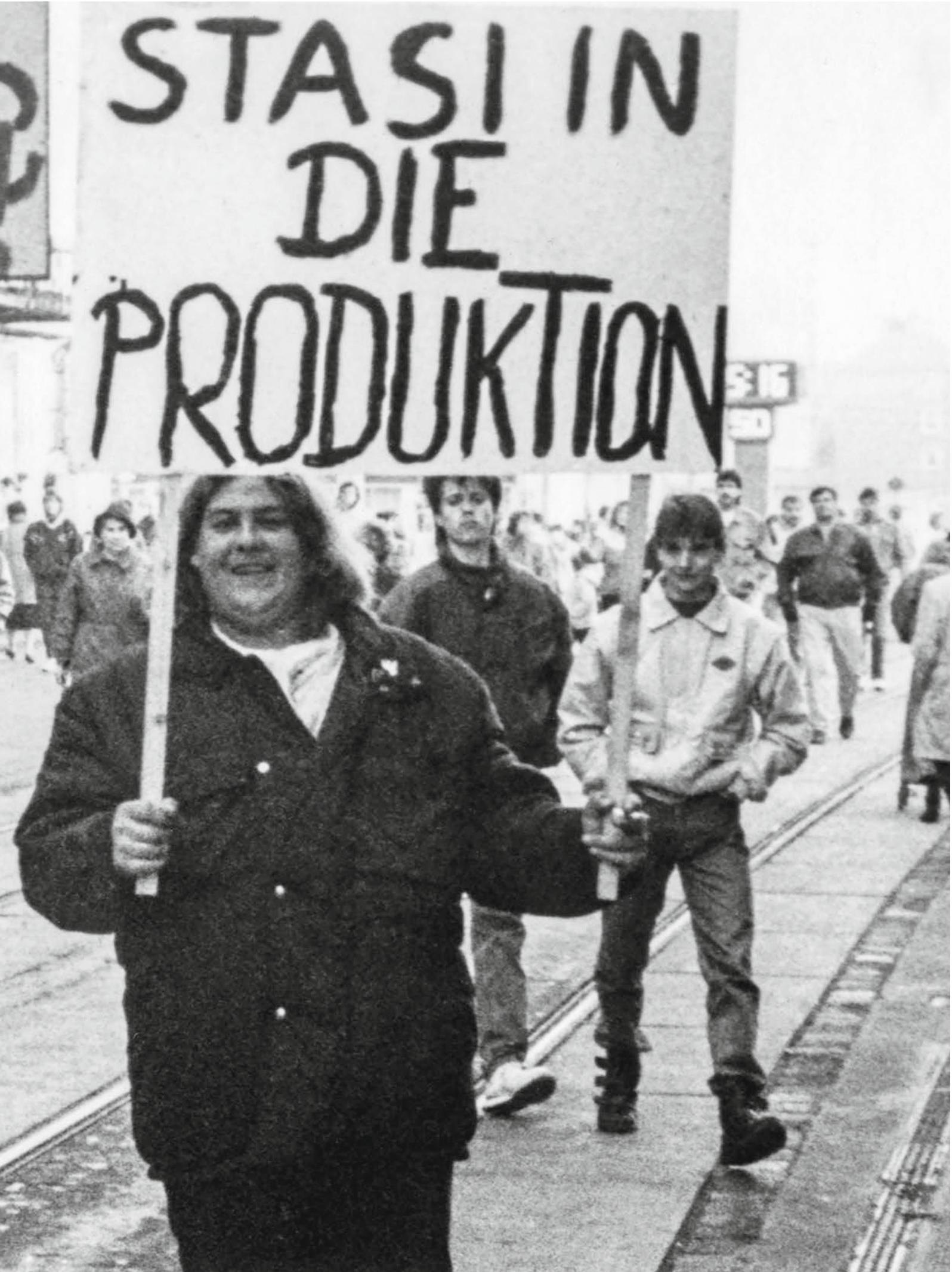
- 2 -

die Kollektivierung der Landwirtschaft existenziell gefährdet. Und gerade in der Niederlausitz/Dolna Łużyca beförderte der Ausbau der Energiewirtschaft durch den Zuzug nicht-sorbischer Arbeiter und die Abaggerung ganzer Dörfer das langsame Verschwinden sorbischer Gemeinden. Trotz der vermeintlichen Förderung durch die SED ging die Anzahl der DDR-Bürger, die sich als Sorben bezeichneten, von 81 000 im Jahr 1956 auf 48 000 im Jahr 1990 zurück.⁴³⁹ Die staatliche Förderung hatte ein zentrales Ziel: die Gleichschaltung der Sorben und ihres Dachverbands Domowina mit der Partei. »Die Lausitz wird sozialistisch!«, so hatte der Leiter der Hauptabteilung Sorbenfragen im DDR-Ministerium des Innern Achim Handrik (Jg. 1959) den Kurs vorgegeben. Die sorbischen Einrichtungen wurden zu Übersetzern der Anweisungen der Parteiführung in das Sorbische.

Um die Einhaltung dieses Kurses zu kontrollieren, hatte die Stasi ab 1954 eine eigene »Linie Sorben« innerhalb der HA V (ab 1964 HA XX) aufgebaut. Richtungsweisendes Dokument war dabei die Dienstanweisung 4/51 von Erich Mielke, damals Staatssekretär im MfS. Es trug den Titel »Nationalistische und titoistische Umtriebe unter den Sorben«⁴⁴⁰ und zeugt vom Misstrauen, das Mielke und die Stasi den Sorben entgegenbrachten, insbesondere wegen ihrer Sprache und ihrer Beziehungen zu anderen slawischen Nationen wie Jugoslawien oder der ČSR. In der Nachkriegszeit hatten führende Sorben als Reaktion auf die Unterdrückung durch die Nationalsozialisten sogar den Anschluss der Lausitz/Łużyca an die ČSR gefordert.⁴⁴¹ Mielke konstatierte, dass »deshalb die Gebiete, die von Sorben bewohnt sind, besonders bearbeitet werden müssen«.

Für die Stasi stellte die Sprachbarriere zunächst eine Hürde dar.⁴⁴² Erst 1952 stellte sie mit Oskar Worrack den ersten Mitarbeiter ein, der (Nieder-)Sorbisch sprach. Worrack baute die »Linie Sorben« der BV Dresden auf, die ihren Sitz in der KD Bautzen/Budyšin hatte, und war ab 1957 in der BV Cottbus für die Sorben der Niederlausitz/Dolna Łużyca zuständig. Im Visier der »Linie Sorben« standen vor allem kulturell und politisch aktive Sorben. Wie überall in der DDR waren freie Kultur und freie Kunst nicht erwünscht und wurden bekämpft. Schulen, Zeitungs- und Radio-redaktionen, den Domowina-Verlag und ähnliche Einrichtungen infiltrierte die Stasi mit IM. Wem wie Hans Kulling vor allem an der Vermittlung der Kultur und der Erforschung und Pflege der Sprache gelegen war und wer darüber die Vermittlung der SED-Ideologie vernachlässigte, wurde ausgestoßen, drangsaliert und von allen öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten abgeschnitten.

MtSc



Das Ende



> Am 12. November 1989, drei Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, protestierten fast 10 000 Menschen in Brandenburg an der Havel. Eine der Forderungen war die Abschaffung der Stasi.
BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg, AU 687, Bl. 11, Bild 2 (Ausschnitt)



> Stimmauszählung in der Cottbuser Lenin-Oberschule. 7.5.1989
 Lausitzer Rundschau, Foto: Adi Wawro

»Ohne dabei besonders in Erscheinung zu treten« – die Aufdeckung der Kommunalwahlfälschung 1989 durch die »Umweltgruppe Cottbus«

Wahlen waren für die Mehrheit der DDR-Bürger ein erzwungenes Ritual.⁴⁴³ Sie wurden mit hohem propagandistischem Aufwand vorbereitet und durchgeführt.⁴⁴⁴ Obwohl keine Wahlpflicht bestand, erwartete das SED-Regime die Teilnahme und übte auf den Einzelnen hohen Druck aus, der viele zur Stimmabgabe veranlasste. Große Erwartungen verbanden die Menschen mit dem Gang zur Urne nicht, da es keine freien Wahlen waren, sondern das Ergebnis im Vorhinein festgelegt wurde. Meist gab die SED nach einer Wahl

die Zustimmung zu der von ihr angeführten Einheitsliste mit 99 Prozent der Stimmen an. Wahlzettel, auf denen die Kandidaten einzeln durchgestrichen waren, wurden meist als Nein-Stimme gewertet. Bereits das Aufsuchen der Wahlkabine, um unbeobachtet den Wahlzettel auszufüllen, wurde in den Wahllokalen mit Skepsis betrachtet und von der Stasi registriert.

Obwohl die Wahlen in der DDR wohl immer gefälscht worden waren,⁴⁴⁵ konnte eine Manipulation in Einzelfällen jedoch nicht flächendeckend nachgewiesen werden. 1989 änderte sich dies jedoch. Immer mehr Menschen forderten Veränderungen und schlossen sich zu basisdemokratischen Gruppen zusammen. Häufig standen die Themen Umweltschutz, Abrüstung und politische Partizipation im Mittelpunkt. Mit Veranstaltungen und Flugblättern machten sie auf ihre Überzeu-

gungen aufmerksam. Ende der 1980er-Jahre gelang es diesen Gruppen, auch Bürgerinnen und Bürger, die sich zuvor von der oppositionellen Bewegung ferngehalten hatten, einzubinden und zu mobilisieren.⁴⁴⁶

Anfang März 1989 gab Erich Mielke durch den zentralen Befehl Nr. 6/89 vor, wie die Stasi in die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 einzubinden sei. Die gebündelten Maßnahmen trugen den Namen »Symbol 89«. Die Stasi war in Zusammenarbeit mit Volkspolizei und Innenministerium für die Absicherung der Wahllokale und Überwachung der technischen Auswertung zuständig.⁴⁴⁷ Zudem galt es, Wahlhelfer und Wahlvorstände einer »Sicherheitsüberprüfung« zu unterziehen, um »feindlich-negative Kräfte« im Voraus zu erkennen. Am Wahltag selbst sollte die Stasi Präsenz zeigen, um öffentlichkeitswirksame spontane Kundgebungen und das Verteilen von Flugblättern zu verhindern.

In Cottbus/Chósebez gründete sich im Oktober 1987 unter dem schützenden Dach der evangelischen Gemeinde in der Schlosskirche die »Umweltgruppe Cottbus« (UGC). Sie wurde gleichermaßen von der evangelischen und der katholischen Kirche getragen. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legte die Gruppe auf die Bereiche Umwelt, Gerechtigkeit und Frieden.⁴⁴⁸ Ein großes Anliegen der »Umweltgruppe Cottbus« bestand darin, sich öffentlichkeitswirksam mit innen- und außenpolitischen Themen auseinanderzusetzen, aufzuklären und den Austausch für Gleichgesinnte zu ermöglichen.⁴⁴⁹

Im Frühjahr 1989 beschlossen oppositionelle Kreise, die Kommunalwahl genau zu beobachten und herauszufinden, ob die vonseiten der SED-Regierung proklamierte Zustimmung tatsächlich der Realität entsprach. Sie beriefen sich dabei auf das Wahlgesetz der DDR aus dem Jahre 1976, das in § 37 festhielt, dass die Auszählung der Stimmen im Wahllokal öffentlich zu erfolgen habe. Auch die UGC setzte sich seit März 1989 mit dem Thema Wahl auseinander. Das Anliegen war kein geringeres, als einen möglichen Wahlbetrug aufzudecken.

Während des Wahltags am 7. Mai 1989 hatten alle Kreisdienststellen der BV Cottbus (📍 S. 149) zu vorgegebenen Zeiten Bericht zu erstatten. So meldete die KD Guben (📍 S. 152) um 10.30 Uhr, dass es »keine

wesentlichen Vorkommnisse gab«, jedoch hätten drei Personen aus der Gemeinde Lübbinchen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.⁴⁵⁰ Um 14.00 Uhr wusste die Kreisdienststelle zu berichten, dass in einigen Wahllokalen verstärkt die Wahlkabinen zur Stimmabgabe genutzt wurden. Besonders zu überraschen schien, dass einige Wähler vor den Augen des Wahlvorstandes einzelne Kandidaten von ihrem Wahlschein strichen.⁴⁵¹ Im Verlauf des Nachmittags setzte sich diese Tendenz fort. Auch während des restlichen Wahltags suchten immer mehr Menschen die Wahlkabine auf und einzelne Kandidaten wurden von der Liste gestrichen.⁴⁵²

Am Ende des Tages bilanzierte die Stasi schließlich, dass die UGC zwar in verschiedenen Wahllokalen an der Stimmauszählung teilgenommen habe, aber »ohne dabei besonders in Erscheinung zu treten«. ⁴⁵³ Die Stasi wiegte sich in der trügerischen Sicherheit, dass ihre Maßnahmen zur »Absicherung« der Wahlen erfolgreich gewesen seien. Doch sie täuschte sich.

Tatsächlich hatte die UGC in 30 Wahllokalen die Stimmauszählung verfolgt. Während der Auszählungen protokollierte sie die abgegebenen Nein-Stimmen. Dabei stellte sie fest, dass bei Streichungen die Stimmzettel unterschiedlich bewertet wurden – zum Teil als ungültig oder als Stimmen für die Partei. Zudem war die Anzahl der Wahlberechtigten nicht offiziell bekannt gegeben und keine öffentliche Auszählung der Sonderwahllokale – diese konnten die Wählerinnen und Wähler, die am Wahltag verhindert waren, im Vorhinein aufsuchen – vorgenommen worden.⁴⁵⁴ Die Mitglieder der »Umweltgruppe Cottbus« zählten an diesem Abend insgesamt 570 Nein-Stimmen.

Wenig später gab die Wahlkommission die offizielle Anzahl der Nein-Stimmen in allen Wahllokalen des Bezirks Cottbus mit 560 Stimmen bekannt. Dies widersprach jedoch erheblich der Auszählung durch die UGC, die bereits in nur einem Drittel der Wahllokale eine höhere Anzahl festgestellt hatte. Am 30. Mai 1989 erstattete Dr. Peter Model als Mitglied der UGC Strafanzeige »gegen unbekannt wegen Wahlfälschung gem. § 211 des StGB«. ⁴⁵⁵

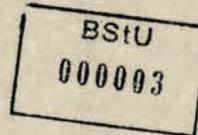
Die Stasi, die die einzelnen Mitglieder der UGC bereits seit 1988 im Zentralen Operativen Vorgang »Team« bespitzelte, überwachte das weitere Vorgehen der Um-

Staatsanwalt des Kreises

Az.: 133 - 93/89 PSF

Cottbus, den 14. 06. 89
he - hu

V e r m e r k über den Verlauf des Gesprächs mit dem
Anzeigenerstatter Dr. Peter M o d e l vom 13. 06. 89



Nach telefonischer Einladung erschien Herr Dr. Peter
M o d e l am 13. 06. 89 um 14.00 Uhr zu einem Gespräch
in der hiesigen Dienststelle.

Ihm wurde mitgeteilt, daß keine Anhaltspunkte für den
Verdacht einer Straftat vorliegen und deshalb von der Ein-
leitung eines EV gem. § 96 Abs. 1 StPO abgesehen wird.
Er wurde auf die offiziellen Verlautbarungen in der LR vom
10. 05. 89 verwiesen und gem. § 91 StPO über sein Be-
schwerderecht beim Staatsanwalt des Kreises Cottbus-Stadt
belehrt.

Als Herr Dr. Model das Zimmer betrat, packte er einen Akten-
ordner und Schreibzeug aus, offensichtlich um sich Notizen
zu machen.

Nach Mitteilung meiner Entscheidung blieb er zunächst ruhig
und fragte, ob die von ihm angegebenen Zahlen in Zweifel ge-
zogen würden sowie nach der Art und Weise der durchgeführten
Überprüfungen. Nach Wiederholung der getroffenen Entschei-
dung erregte sich Herr M o d e l und erklärte, er fühle
sich verärgert, eine einfache Rechnung würde seinen geschild-
erten Sachverhalt bestätigen. Nach der Frage, ob es üblich
sei, daß die Entscheidungen vor den Bürgern nicht, begründet
werden, notierte er sich die Anschrift des KStA Cottbus-
Stadt, bei dem er sich schriftlich über die Entscheidung be-
schweren wird, Datum der Veröffentlichung in der LR sowie mei-
nen Namen.

i.A. *Herwig*
H e r w i g
Staatsanwalt

> Vermerk über ein Gespräch zwischen der Staatsanwaltschaft Cottbus und Dr. Peter Model von der »Umweltgruppe Cottbus«.
Staatsanwalt Herwig teilte Peter Model mit, dass die Anzeige der Umweltgruppe vom 30. Mai 1989 wegen Wahlfälschung unbegründet
sei und nicht weiter verfolgt werde. 14.6.1989

weltgruppe nun noch intensiver und mit zunehmender Nervosität. Die öffentliche Veranstaltung der UGC in der Schlosskirche, die ebenfalls am 30. Mai stattfand, observierte die Stasi – mehr als 330 Teilnehmer wollten sich über die Fälschung der Wahl informieren.⁴⁵⁶ Zwei Wochen später lud die Stasi Peter Model zu einem »klärenden Gespräch« in die BV Cottbus ein, dort wurde ihm schließlich mitgeteilt, dass seine Anzeige zurückgewiesen worden sei.⁴⁵⁷

Auch die sogenannten Jungwähler hatten die Kommunalwahlen kritisch begleitet. So hatten sich in Frankfurt (Oder) sechs junge Erwachsene zusammengeschlossen, die zum ersten Mal an einer Wahl teilnahmen, und die Stimmauszählung in zwei Wahllokalen überwacht. Auch sie stellten Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung fest, besonders bei der unterschiedlichen Bewertung von gültigen und nicht gültigen Stimmen. Sie wandten sich bereits wenige Tage später jeweils mit einer Eingabe an den Staatsrat der DDR. Die Jugendlichen wurden daraufhin von der Stasi überwacht.⁴⁵⁸

Der Stasi gelang es trotz Präsenz und Überwachung nicht, die Aufdeckung der Wahlfälschung zu verhindern. Wohl auch weil Mielke in einer zentralen Dienstbesprechung am 28. April 1989 darauf hingewiesen hatte, dass die »Sicherung der Kommunalwahlen [...] für Außenstehende nicht erkennbar sein«⁴⁵⁹ sollte. Hätte doch ein stärkeres Eingreifen einen eindeutigen Verstoß gegen das Wahlgesetz dargestellt und die Wahl offenkundig als Farce entlarvt.⁴⁶⁰

Obwohl es bei den DDR-Wahlen ohnehin nicht um politische Alternativen ging, sondern lediglich um einen Unterwerfungsakt, der dem Bürger abverlangt und durch »Zettelfalten« vollzogen wurde, unterminierten die vielfachen Beweise für die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 das Legitimationskonstrukt der SED. Der Wahlbetrug blieb an ihr haften und wurde zu einem wichtigen Katalysator für die Demokratiebewegung im Sommer 1989. An jedem siebten Tag des Monats trafen sich nun Bürgerinnen und Bürger, um gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Die Überwachung der Kommunalwahlen und der Protest gegen die Wahlfälschung waren in zweifacher Sicht wichtig. Zum einen wurde damit das politisch-symbolische Datum »der 7.« gestiftet. Dies half der weiterwachsenden Protestbewegung sich zu organisieren. Zum anderen entwickelte die Aufdeckung der Wahlfälschung eine Beispielwirkung: Viele Menschen erkannten, dass es nunmehr möglich war, das SED-Regime herauszufordern, ohne unkalkulierbare persönliche Risiken eingehen zu müssen.⁴⁶¹

KSo



> Volker Wiedersberg (links) mit einem selbst gefertigten Plakat auf der teilnehmerstärksten Demonstration der Friedlichen Revolution in der Region Brandenburg in Potsdam. 4.11.1989
Foto: Sommer

»Verschafft euch Zutritt!« – die Friedliche Revolution und die Besetzung der Stasi-Dienststellen in Brandenburg

Volker Wiedersberg, im Norden der DDR aufgewachsen, war Anfang 1989 gerade 20 Jahre alt geworden.⁴⁶² Er stammte aus einer religiösen Familie und hatte deshalb kein Abitur machen dürfen. 1987, als 18-Jähriger, war er nach Potsdam gezogen, um auf dem Kirchlichen Oberseminar Hermannswerder das Abitur nachzuholen und einen Beruf im Kirchendienst zu ergreifen. Doch bald brach er die Schule ab und begann, sich für die subkulturelle Szene Potsdams und Berlins zu interessieren. Er fühlte sich eingeeignet von sozialer Kontrolle und politischer Gängelung. Die DDR betrachtete er als tristen Obrigkeitsstaat.

Als Erstwähler stieß er im Vorfeld der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zur Jugendgruppe »Kontakte« der Friedrichskirchgemeinde in Potsdam-Babelsberg.

Diese Gruppe hatte sich vorgenommen, die Kommunalwahlen kritisch zu begleiten. So lud sie am 18. April Kommunalpolitiker zu einer öffentlichen Diskussion ein. Dies war sehr ungewöhnlich und wurde von der Stasi aufmerksam verfolgt.⁴⁶³ Am Wahltag kontrollierten Wiedersberg und andere die Auszählung der Stimmen. Die Kontrolle ergab eine Abweichung von rund 10 Prozent zu den offiziellen Werten. Damit erbrachte die Gruppe »Kontakte« für Potsdam den Beweis der Wahlfälschung durch das SED-Regime.⁴⁶⁴

Volker Wiedersberg, der sich bis dahin eher als Freidenker, denn als Oppositioneller gesehen hatte, war über die Wahlfälschung empört. Deshalb stießen er und das mit ihm befreundete Paar Hartmut Mechtel und Gabriele Grafenhorst zu einer Gruppe um den Potsdamer Pfarrer Martin Kweschik, die für den 7. Oktober 1989, den 40. Gründungstag der DDR, eine Demonstration gegen das Regime plante.⁴⁶⁵

DDR-weit große Bedeutung für die Friedliche Revolution, auch für Potsdam, hatte ein Treffen von Oppositionellen am 9. und 10. September 1989 in

Grünheide im Kreis Fürstenwalde/Spree. Im Haus des 1982 verstorbenen Dissidenten Robert Havemann, bei seiner Witwe Katja Havemann, erarbeiteten sie den Aufruf »Aufbruch 89 - NEUES FORUM«. Dieser Aufruf des Neuen Forums (NF) gab der Friedlichen Revolution einen entscheidenden Impuls. Überall im Land gründeten sich Ortsgruppen, die im Laufe des Herbstes begannen, Demonstrationen zu organisieren und damit halfen, den wachsenden Unmut der Bevölkerung zu artikulieren.⁴⁶⁶ Das NF sorgte in Potsdam für die erste Massenkundgebung der Friedlichen Revolution: Am 4. Oktober 1989 fand in der Friedrichskirche eine Informationsveranstaltung zum NF statt. Obwohl dafür nicht öffentlich geworben werden durfte, kamen mit 3 000 Menschen viel mehr Besucherinnen und Besucher, als in die Kirche passten. Der Aufruf des NF wurde daher in drei Durchgängen in der Kirche verlesen, während auf dem Weberplatz vor der Kirche eine große Menschenmenge versammelt war.⁴⁶⁷

Für Volker Wiedersberg war der Kurs des Potsdamer NF, politische Zugeständnisse des Regimes durch Verhandlungen zu erreichen, zu moderat. Er wollte seinen Unmut mit den politischen Verhältnissen auf die Straße tragen und nutzte die NF-Veranstaltung am 4. Oktober dazu, für die nicht genehmigte Demonstration am 7. Oktober zu werben, zu der er und seine Freunde aufgerufen hatten. Doch einen Tag vor dieser Demonstration wurde er von der Stasi festgenommen.⁴⁶⁸

Die Stasi vermutete, Wiedersberg sei Rädelsführer bei der Vorbereitung der Demonstration. Deshalb versuchte sie, von ihm Namen von Mitorganisatoren zu erfahren, um auch diese festzunehmen und die Demonstration so zu verhindern. Wiedersberg gab lediglich zu, für die Demonstration geworben zu haben, Namen von anderen Organisatoren verriet er nicht. Dennoch hielt die Stasi ihn eine Woche lang fest, verhörte ihn und ließ ihn erst am 13. Oktober frei. So fand die Demonstration ohne ihn statt. Bis zu 2 000 mutige Bürger versammelten sich am 7. Oktober, mit einer Blume als Erkennungszeichen, unter der Spieluhr am Brandenburger Tor und sangen gemeinsam Lieder wie »We Shall Overcome«. Die Staatsmacht war entschlossen, ihren Protest zu unterbinden: Als sich die Demonstration trotz einer entsprechenden Aufforderung nicht auflöste, kam es zu wahllosen Festnahmen von insgesamt 106 Personen, darunter auch unbeteiligte.

An diesem Tag setzte das SED-Regime in Potsdam zum ersten, aber auch zum letzten Mal Gewalt ein, um eine Demonstration zu beenden. Dass sich trotz dieser absehbaren Reaktion des Staates so viele Demonstranten versammelt hatten, zeugt davon, wie groß der Unmut in der Bevölkerung inzwischen geworden war.⁴⁶⁹ Am selben Tag kam es wie in Potsdam auch an anderen Orten, vor allem aber in Ost-Berlin, zu massiver Polizeigewalt gegen Demonstranten.⁴⁷⁰

Die Stasi, auch im Bezirk Potsdam, glaubte bis in den Herbst 1989 hinein, die Lage unter Kontrolle zu haben, und sah die Friedliche Revolution nicht kommen. So stellte die BV Potsdam (S. 151) im Juli fest, dass sich die Teilnehmerzahlen bei Treffen von Oppositionsgruppen stark erhöht hatten und immer mehr bislang unpolitische Menschen daran teilnahmen. Auch deren Forderungen seien konkreter geworden: die Aufgabe des Wahrheitsmonopols der SED, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und freie Wahlen. Zugleich machte die Stasi Vorschläge für Maßnahmen gegen die Oppositionellen, um beispielsweise eine »Forcierung der Disziplinierung der Rädelsführer und Inspiratoren« zu erreichen – in der irrigen Annahme, den Protest noch aufhalten zu können.⁴⁷¹

Die Stasi konnte weder im Bezirk Potsdam noch in der übrigen Region dazu beitragen, die dynamische Entwicklung aufzuhalten, die sich unter ihren Augen seit den Sommermonaten angebahnt hatte. Und doch kam die Friedliche Revolution in den brandenburgischen Bezirken im Vergleich zu anderen Regionen in der DDR später an, zumeist am Ende des Oktobers 1989. Einzig in Potsdam war schon zu Beginn des Monats mit der NF-Veranstaltung am 4. Oktober und der ungenehmigten Demonstration am 7. Oktober größerer öffentlicher Protest aufgekeimt. Hier bereiteten die schon vor dem Herbst 1989 existierenden Basisgruppen mit ihren verschiedenen Anliegen und Projekten, vor allem aber mit ihren Netzwerken und Organisationsstrukturen, den Boden für Massenproteste. Viele Mitglieder dieser Basisgruppen schlossen sich dem NF an. In den Bezirken Cottbus und Frankfurt (Oder) existierten deutlich weniger Gruppen, die die Organisation von Demonstrationen hätten übernehmen können. Erst im Laufe des Oktobers formierten sich entsprechende Zusammenschlüsse. Besonders ruhig blieb es im Bezirk Frankfurt.⁴⁷² Doch gegen Ende Oktober zeichnete sich

EINGANG	chiffriert	TELEGRAMM (Nichtzutreffendes streichen)	BStU 000229 offen	0230	AUSGANG
Dringlichkeit <u>Flugzeug</u>		Fu/FS-Nr.: <u>696</u>			
Absender: <u>BV Potsdam, Leiter</u>					
Empfänger: <u>MfS Berlin, Stellv. d. Ministers, Generaloberst Mittag,</u> <u>Ltr. ZAIG, Leiter ZOS</u>					
Potsdam, den <u>7. 10. 1989</u>					
Provokativ-demonstrative Zusammenrottung am 7. 10. 1989 in Potsdam					
<p><i>Gesamtver- aufentworp- ten sich</i></p> <p><i>der Aktion Jäb/19.10.89</i></p> <p>Die bereits im Vorfeld umfangreich eingeleiteten differenzierten Maßnahmen zur intensiven Kontrolle sowie zur Verhinderung bzw. Einschränkung der Wirksamkeit von Kräften des politischen Untergrundes, haben sich insgesamt als zweckmäßig erwiesen und führten im spürbar zu ihrer Verunsicherung, Isolierung und Zersplitterung.</p> <p>Konzentrierte politisch-operative Maßnahmen, einschließlich durchgeführter Befragungen und Belehrungen durch die Abt. IX, richteten sich darauf, erarbeitete Hinweise auf eine beabsichtigte Gegendemonstration in der Bezirksstadt zu objektivieren und mögliche Provokationen vorbeugend zu verhindern. Es wurde erreicht, daß die bekanntgewordene Organisatoren bzw. Rädelführer von ihrem Vorhaben Abstand nahmen und zusicherten, sich für die Abwendung der Zusammenrottung und die Verhinderung von Konfrontationen einzusetzen.</p> <p>Dennoch kam es, aufgrund bereits verbreiteter Gerüchte und der insbesondere anlässlich der innerkirchlichen Informationsveranstaltungen des "Neuen Forum" am 4. 10. 1989 erfolgten Propagierung, in Potsdamer Stadtzentrum am Nachmittag des 7. 10. 1989 zu einer provokatorischen Zusammenrottung von ca. 200 Demonstranten, an.</p> <p>Diese Personen, überwiegend negativ-dekadente Jugendliche und Anhänger des "Neuen Forum", traten durch verschiedene Aktivitäten, wie demagogisches Absingen von Arbeiterliedern, Skandieren widersprüchlicher Losungen, wie "Wir bleiben hier" oder "Freiheit - wir wollen raus" und Verteilen von Aufrufen des "Neuen Forum" provokativ in Erscheinung.</p> <p>Anschließend formierten sich die Teilnehmer zu einer nicht-genehmigten Demonstration und bewegten sich durch die Klement-Gottwald-Str. in Richtung Friedrich-Ebert-Str.</p> <p>Wegen der zunehmenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und möglicher negativer Auswirkungen auf die Teilnehmer vielfältiger offizieller Veranstaltungen zum 40. Jahrestag in der Bezirksstadt, wurde um 15.20 Uhr durch die DVP in Abstimmung mit der Bezirksverwaltung mit der Disziplinierung und Auflösung der Demonstration begonnen, nachdem mehrmalige Aufforderungen zur Beendigung des provozierenden-demonstrativen Verhaltens durch die Mehrzahl der Beteiligten nicht Folge geleistet wurde.</p> <p>Im Ergebnis der daraufhin eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen, wurden 24 ⁷⁰⁶ Zuführungen (daneben 66 zur DVP) erforderlich.</p>					

ab, dass das SED-Regime nicht mehr mit Gewalt gegen Demonstranten vorgehen würde; die organisierte Opposition traf auf immer mehr Menschen, die aus der Situation heraus politisiert worden waren und ihre Meinung jetzt auf die Straße tragen wollten. Dies führte zu einer vom Unmut weiter Teile der Bevölkerung getragenen Welle von Demonstrationen überall in der Region.⁴⁷³

Am 30. Oktober demonstrierten in Cottbus/Chósebus 30 000 Menschen, in anderen Ortschaften im Bezirk um die 2 000.⁴⁷⁴ Zwei Tage später kamen auch in Frankfurt (Oder) 30 000 Menschen zusammen, wo es zuvor nur eine größere Kundgebung gegeben hatte, nämlich anlässlich der Vorstellung des NF am 18. Oktober, als circa 1 800 Menschen in die St.-Georgen-Kirche gekommen waren.⁴⁷⁵ Im Bezirk Potsdam registrierte die Stasi nun fast täglich Demonstrationen.⁴⁷⁶ Und die gemeldeten Teilnehmerzahlen nahmen immer weiter zu. Ein Höhepunkt der Proteste in der Region war die Demonstration in Potsdam am 4. November mit nahezu 100 000 Menschen.⁴⁷⁷

»Stasi in die Produktion, Schnitzler in die Muppetshow« – von Demonstrierenden bei der Großdemonstration am 30. Oktober 1989 in Cottbus mitgeführtes Transparent⁴⁷⁸

Ein besonders folgenreiches Ereignis, vor allem für den Grenzbezirk Potsdam, war der Fall der Berliner Mauer am 9. November. Am 10. November wurde die Glienicker Brücke, ein Symbol der Teilung Deutschlands und von der SED einst zynisch in »Brücke der Einheit« umbenannt, wieder geöffnet.⁴⁷⁹ SED und Stasi entglitt nun immer mehr die Kontrolle. Die hohle Rhetorik des am 18. Oktober ins Amt gekommenen Honecker-Nachfolgers Egon Krenz von der »Wende« der Partei und fadenscheinige Versuche der Funktionäre an der Basis, mit den empörten Bürgern in einen Dialog zu treten, hatten sich schnell selbst entlarvt. Die Demonstranten nahmen der alten Funktionärselite die Diskussionsbereitschaft nicht ab. Vertreter des Regimes wurden bei Kundgebungen ausgebuht und kamen kaum mehr zu Wort.⁴⁸⁰

Die Stasi verlor im Strudel der Ereignisse ihren Schrecken. In Sprechchören forderten Demonstrierende überall in der Region immer vehementer die Abschaffung des MfS und stellten Plakate und Kerzen vor den Stasi-Dienststellen auf.⁴⁸¹ Am 21. November unternahm die neue Regierung unter Hans Modrow den Versuch, der Stasi mit einem neuen Namen ein besseres Image zu geben. Das Ministerium hieß nun »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS), aber die Strukturen und vor allem auch das Personal sollten aus dem MfS übernommen werden.⁴⁸² Zugleich setzte die hektische Vernichtung von Unterlagen der Stasi ein, um Spuren zu beseitigen und Zuträger zu schützen.⁴⁸³

Anfang Dezember 1989 wurde die Aktenvernichtung öffentlich. Empörte Bürger in Rathenow entschlossen sich als erste dazu, etwas dagegen zu unternehmen. Am 4. Dezember um 8.30 Uhr bildeten sie eine Mahnwache vor der KD (S. 155), um den Abtransport von Akten zur Vernichtung zu verhindern. Gleichzeitig erstatteten einige Rathenower Anzeige wegen Verdunkelungsgefahr beim Kreisstaatsanwalt, der die Bearbeitung jedoch ablehnte: Für ein »bewaffnetes Organ« wie die Stasi sei die Militärstaatsanwaltschaft zuständig. Doch als bis zum Abend kein Militärstaatsanwalt vor der KD eingetroffen war, zog der Kreisstaatsanwalt die Zuständigkeit an sich. In seiner Begleitung besetzten einige Rathenower das Gebäude und er versiegelte einzelne Räume, um sie vor dem weiteren Zugriff der MfS-Offiziere zu schützen.⁴⁸⁴ Diese Besetzung war die DDR-weit erste. Viele weitere erfolgten am nächsten Tag, auch in der Region Brandenburg – so in Frankfurt (Oder), wo Demonstranten vor die BV zogen und sie spontan besetzten. In Cottbus/Chósebus hatte die Übernahme der öffentlichen Kontrolle über die Stasi-Akten andere Vorzeichen. Hier bildete sich, ebenfalls am 5. Dezember, eine sogenannte »Sicherheitspartnerschaft«, in die neben Bürgerrechtlern auch AfNS-Offiziere und andere Vertreter des SED-Staats aufgenommen wurden. Den alten Kräften des SED-Regimes gelang es, die übrigen Mitglieder der »Sicherheitspartnerschaft« mit fadenscheinigen Begründungen zu überzeugen, die Zustimmung zur Fortsetzung der Aktenvernichtungen bis zum 13. Februar 1990 zu geben. Damit stellte Cottbus/Chósebus einen Sonderfall beim Umgang mit den Stasi-Akten dar.⁴⁸⁵ In Potsdam wurde, ebenfalls am 5. Dezember, die Stasi-BV in der Hegelallee besetzt.⁴⁸⁶ Auch Volker Wiedersberg beteiligte sich daran.



> Vor dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit in Frankfurt (Oder) spricht Pfarrer Christian Gehlsen zu den Demonstranten. 5.12.1989.
Foto: Hartmut Kelm

Volker Wiedersberg hörte von der Besetzung der BV Potsdam an seinem Arbeitsplatz beim VEB Gebäudewirtschaft Potsdam, wo er seit etwa einem Jahr Sachbearbeiter für Fernwärme war. Sofort rief er bei Gabriele Grafenhorst und Hartmut Mechtel an, erreichte aber nur ihren gemeinsamen Sohn Per. Später traf er den Leiter des Potsdamer Civil-Waisenhauses Frieder Burkhardt auf dem Gelände der BV. Seine Wahrnehmungen dieses Tages hat er unmittelbar danach schriftlich festgehalten. Sein Protokoll zeugt von der Ungewissheit und Emotionalität der Ereignisse:

Ich rufe mittags bei Gabi und Hartmut an. Es ist nur Per da. Der sagt, Gabi und Hartmut seien vor zwei Stunden die Stasi besetzen gefahren. Nanu? Warum haben sie mich nicht angerufen? Eile. Was ist geschehen? Die Revolution! Wie kann man die Hegelallee besetzen und ich sitze auf der Scheiß-Arbeit?

Gerade sagt eine Kollegin, ihr Mann habe angerufen und gesagt, in der Hegelallee hat jemand von außen das Tor zugeschweißt. Ich werde unruhig. Fahre wie verrückt um vier los. Die Pieckstraße. An dem Stasiknast in der Nuschkestraße [heute Lindenstraße] hängen Schilder: »Bürger holt eure Akten und Unterlagen! Verschafft euch Zutritt! Verhindert die Vernichtung der Unterlagen!« Die Ketten, die den Fußweg auf dieser Straßenseite versperr-

ten, sind abgetrennt. Die Leute gehen dort lang, als wenn es das Normalste wäre. Die grünen Tore sind verschlossen. Keiner zu sehen.

Ich rase weiter über den Mittelstreifen. Die Schranken sind hoch. Die Tore offen. Menschen davor. Uniformierte. Ich fahre – schieß drauf, nehmt mich fest oder was – einer ruft: »He, nicht mit dem Fahrrad!« Aber ich fahre, fahre. Bin auf dem Stasigelände im Niemandsland.

Es geht nicht! Ich schnalle es nicht! Wie Westberlin.⁴⁸⁷ Bin ratlos, hilflos, suche Bekannte, Freunde. Gabi, Hartmut wo seid ihr? Weg. Verschollen. Was ist los? Ich schließe nicht mal mein Fahrrad an. Frieder Burkhardt. Er sagt, ich solle in den Keller. Es ist das Hauptgebäude. Die Reste. Es ist alles vernichtet! Wir sind zu spät! Anarchie. Das Gelände umfasst die vorderen alten Gebäude. Dahinter das Neubauhauptgebäude, links der Jägerallee. Ohne Bäume. Sand und Betonplatten.

Was für eine Büste im Foyer des Hauptgebäudes steht, weiß ich nicht. Ich gehe weg. In den Keller. Jemand kommt mir mit einer Hand voll Aktendeckel, zerrissen teilweise, entgegen. Dann liegen dort, wie nach einer Schlacht – Leute wühlen drin herum: Parteiprogramme, Reden, Parteitage, Aktendeckel, Zeitungen. Alles uninteressante Sachen. Jemand hat geplündert und alles fluchtartig verlassen. Da liegen Säcke voller feiner weißer



> Etwa 3 500 laufende Meter Akten, Karteien, zerrissene Unterlagen und Bild- sowie Tondokumente des Bezirksamts Cottbus und seiner Kreisdienststellen werden gesichert. Die Übernahme erfolgt in die Außenstelle des BStU Frankfurt (Oder). 1991.
Foto: Rainer Weißflog

Lamettafäden. »Papierreißwolf...«, erklärt mir einer. Meine Wut droht sich Bahn zu brechen. Ab und an brülle ich: »Scheiß Stasischweine! Pack!« und so. Da ist Gabi! Ich bin froh und wir umarmen uns. Sie sagt: »Es ist alles zu spät! Die halten uns zum Narren! Verarschen uns!« [...]

Ich bekomme wenig mit vor Verwirrung und Aufregung. Hartmut und Gabi sind klarer, auch schon seit elf Uhr mit dabei. Es sollen Türen im Keller, Archive dahinter geöffnet werden. Der, der den Schlüssel hat, benimmt sich wie ein eingeschnapptes Kind: wird nicht auf seine Forderungen eingegangen, »nur ein Staatsanwalt!« etc. ... Man einigt sich. Nur die Leute vom Untersuchungsausschuss. Circa zehn Leute, die sich heute Vormittag bildeten aus Neuem Forum und SDP [Sozialdemokratische Partei in der DDR]. Hartmut und Gabi mit dabei und die Staatsanwältin. Die anderen hätten sich zu verteilen. Sie sollten das Gelände sichern. Durchsuchen. Leute mit Gepäck anhalten und kontrollieren. Der Staatsanwalt befugte uns mündlich dazu. Und wenn was verdächtig ist, bewachen und Bescheid sagen.⁴⁸⁸

Am 6. Dezember bildete sich in Potsdam der »Rat der Volkskontrolle« (RdVK) aus Mitgliedern verschiedener Oppositionsgruppen, der alten Parteien und Massenorganisationen. Dieser sollte in den Potsdamer Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen Ver-

dunkelungsversuche und Aktenvernichtungen verhindern. Der RdVK spielte in den nächsten 111 Tagen eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung in der Stadt.⁴⁸⁹ Speziell für die Stasi-Akten bildete sich am 12. Dezember die sogenannte Schriftgutkommission. Auch diese war paritätisch mit Vertretern der Opposition und Systemträgern des SED-Staats besetzt. Aufseiten der Opposition war Volker Wiedersberg in dieser Kommission dabei. Ähnlich wie in Cottbus/Chósebus konnten die Vertreter des alten Systems, darunter Angehörige der Stasi, auch der Potsdamer Kommission, durch ihr Insiderwissen falsche Tatsachen vorspiegeln. Mit der Begründung, es handele sich um Unwichtiges, überzeugten sie die Mehrheit der Kommission davon, weitere Teile des Aktenbestands vernichten zu lassen.

Volker Wiedersberg und ein weiteres Kommissionsmitglied wehrten sich dagegen mit einem öffentlichen Appell, zunächst nichts mehr zu vernichten, bis die Kommission einen Überblick gewonnen habe. Er endete mit dem Satz: »Es darf nicht die Entscheidung einer zweifelhaften Kommission sein, ob und was vernichtet wird!«⁴⁹⁰ Doch die Aktenvernichtung von vermeintlich unwichtigem Material ging weiter.⁴⁹¹ Volker Wiedersberg gab im Januar 1990 seine Mitarbeit in der Kommission frustriert auf.

Anmerkungen

- 1 Bericht der BKG der BV Potsdam über einen vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritt, 3.2.1987 in Glienicke, Kreis Oranienburg, 5.2.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Nauen, Nr. 413, Bl. 98.
- 2 Ebd., Bl. 99.
- 3 Hinweis zu einem Liebesverhältnis, 4.4.1989; ebd., Bl. 92
- 4 Protokolle über die Durchsuchungen der Wohnung von Dissmanns Mutter in Ketzin und seiner Unterkunft in einem Ost-Berliner Arbeiterwohnheim, 6.2.1987 und 9.2.1987, BStU, MfS, BV Potsdam, AU 2698/87, Bl. 14–18.
- 5 Maßnahmenplan zur Durchführung der operativen Personenkontrollen »Flucht«, KD Nauen, 20.5.1987; ebd., Bl. 10 f.
- 6 Zu den Transitstrecken und ihrer Sicherung durch das MfS: Lapp, Peter-Joachim: Rollbahnen des Klassenfeindes. Die DDR-Überwachung des Berlin-Transits 1949–1990. Aachen 2015, S. 42–94; zur HA VIII der Stasi und ihrer Rolle bei der Transit-Überwachung: Schmole, Angela: Hauptabteilung VIII. Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2011, S. 81–84.
- 7 So stellte das »operative Leitzentrum« Abt. VI (Passkontrolle, Tourismus) der BV Potsdam am 17.8.1988 fest, dass Dissmann in Drewitz auf die Transitstrecke aufgefahren war und meldete dies an die Abt. VIII, die anschließend ein Treffen der beiden beobachtete: Reisetätigkeiten/Aktivitäten im vertragsgebundenen Transitverkehr, 17.8.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Nauen, Nr. 413, Bl. 245.
- 8 Beobachtungsbericht der Abt. VIII der BV Potsdam, 28.7.1988; ebd., Bl. 246 f.
- 9 Protokoll der Bezirksdienststelle der Volkspolizei Cottbus, 22.9.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Luckau, ZMA, Nr. 2086, Bl. 169; Stasi-Kopie eines Briefs von Turowski an ihre Eltern, 27.8.1989; ebd., Bl. 162 f.; zum Paneuropäischen Picknick: Karner, Stefan/Lesiak, Philipp (Hg.): Der erste Stein aus der Berliner Mauer: das Paneuropäische Picknick 1989. Graz 2019.
- 10 Titelzitat nach einem Prämierungsvorschlag für Hüttner, 30.12.1963; BStU, MfS, KS, Nr. 20974/90, Bl. 85; der Originalsatz lautet: »Die von ihm getroffenen Entscheidungen sind von einem gesunden Klassenhass getragen und dienen der Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung.«
- 11 Zum Kampf um Brandenburg: Lakowski, Richard: Seelow 1945. Die Entscheidungsschlacht an der Oder. Berlin 1994.
- 12 Ich danke Dr. Elise Catrain vom BStU für die wertvollen Hinweise und das zur Verfügungstellen von Material.
- 13 Zur Etablierung der SMA in Brandenburg: Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung. München 2001, S. 11–35.
- 14 Die Angaben zu Hüttners Biografie sind seiner MfS-Kaderakte entnommen (BStU, MfS, KS, Nr. 20974/90): Kaderkarteikarte Willy Hüttner, o. D., Bl. 5–6 a, hier 5; Bericht zum Einstellungsvorschlag, 9.2.1954, Bl. 43–48, hier 43; Ergänzung zum Bericht zum Einstellungsvorschlag, 25.2.1954, Bl. 49; Lebenslauf, Bl. 97–99.
- 15 Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959. In: Hilger, Andreas u. a. (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Dresden 2001, S. 55–64, hier 55.
- 16 Pohl: Justiz (Anm. 13), S. 131.
- 17 Ebd., S. 129–133.
- 18 Ergänzung zum Bericht zum Einstellungsvorschlag, 25.2.1954; BStU, MfS, KS 20974/90, Bl. 49.
- 19 Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone – Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 6 (1998), S. 125–156, hier 143 f.
- 20 Ebd., S. 133.
- 21 Tantzsch: Vorläufer (Anm. 19), S. 154–156; das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit wurde im DDR-Gesetzblatt bekannt gegeben (GBl. DDR, Nr. 15, 21.2.1950, S. 95).
- 22 Pohl: Justiz (Anm. 13), S. 133 f.
- 23 Beurteilung Verwaltung Brandenburg des MfS, 12.7.1951; BStU, MfS, KS 20974/90, Bl. 52.
- 24 Kaderkarteikarte; ebd., Bl. 5 a.
- 25 Befehl Nr. 42/59, 29.1.1959; BStU, MfS, Diszi 6560/92, Bl. 84 f.
- 26 Jabs, Cornelia: Maßnahmen der Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin zur Grenzsicherung nach dem Mauerbau. In: www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53657/massnahmen-es-mfs (letzter Aufruf 11.6.2020). Hüttner erhielt für seinen Einsatz beim Mauerbau die Verdienstmedaille der NVA in Gold, vgl. Auszeichnungsvorschlag, 20.9.1961; BStU, MfS, KS 20974/90, Bl. 79 f.
- 27 Stellungnahme [Hüttners] zum Bericht des Regierungskrankenhauses über angebliche Ausnutzung meiner Dienststellung und illegale Einschleusung [meines Kindes] zum Studium zur Humboldt-Universität; BStU, MfS, Diszi, Nr. 6560/92, 4.10.1960, Bl. 36–40 und Bericht Hüttners zur Flucht seines Kindes, 16.5.1969; ebd., Bl. 145–151.
- 28 Bericht, 27.6.1953; BLHA, Rep. 161, NS-Archiv des MfS, Objekt 4 ZB 1064, o. Pag.; Festnahmebericht, 26.6.1953; BStU, MfS, BV Potsdam, StA, Nr. 5187, Bl. 10.
- 29 Bericht, 27.6.1953; BLHA, Rep. 161, NS-Archiv des MfS, Objekt 4 ZB 1064, o. Pag., Protokoll, 26.5.1953 (sic!); BStU, MfS, BV Potsdam, AU 307/53, Bl. 38–44; Zeugenschaftliche Vernehmung, 26.6.1953; ebd., Bl. 49 f. Zum 17. Juni 1953 in Niemeck und Belzig vgl. Schnell, Gabriele (Hg.): »Freiheit wollen wir!« Der 17. Juni 1953 im Land Brandenburg (Ausstellungskatalog). Berlin 2003, S. 59. Als Zeitzeugenbericht zum 17. Juni 1953 in Niemeck vgl. Dalitz, Siegfried: 17. Juni – 1953–2003. Ein Rückblick nach 50 Jahren. Niemeck 2003 (30-seitiges Manuskript, Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag.).
- 30 Verfügung, 26.6.1953; BStU, MfS, BV Potsdam, AU 307/53, Bl. 3 f.; Einlieferungs-Anzeige, 29.6.1953; ebd., Bl. 8. Pahling, Karl-Heinz: Bericht über meine Zeit im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Potsdam, April 1990 (3 Seiten, Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag.). Abgedruckt in: Wernicke, Thomas: Staats-Sicherheit. Ein Haus in Potsdam. Potsdam 1991, S. 29 f.; Erinnerungen Karl-Heinz Pahling, 9.11.1993 (3 Seiten, Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag.).
- 31 Vernehmungsprotokoll, 30.6.1953; BStU, MfS, BV Potsdam, AU 307/53, Bl. 14–19; Vernehmungsprotokoll, 2.7.1953; ebd., Bl. 66–68; Vernehmungsprotokoll, 3.7.1953; ebd., Bl. 56–60; Kriegsgefangenenschafts-Unterlage der Gewahrsamsmacht USA zu Karl-Heinz Pahling, BAArch.
- 32 Schlussbericht, 7.7.1953; BStU, MfS, BV Potsdam, StA, Nr. 5187, Bl. 76–79; Anklageschrift, 4.8.1953; Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag.
- 33 Gerichtsprotokoll, 19.8.1953; Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag. Zitat: Urteil, 19.8.1953; ebd.
- 34 Gefangenekartei Karl-Heinz Pahling; BAArch, DO 1, Ministerium des Innern.
- 35 Beschluss Bezirksgericht Potsdam, 7.10.1991; Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam, o. Pag.
- 36 Karl-Heinz Pahling in einem Stasi-Verhör; Vernehmungsprotokoll, 30.6.1953; BStU, MfS, BV Potsdam, AU 307/53, Bl. 14–19, hier 16.
- 37 Ilko-Sascha Kowalczuk schreibt von 18 standrechtlichen Erschießungen, 60 bis 80 Toten durch den Einsatz von Kasernierter Volkspolizei (KVP), MfS und sowjetischer Armee sowie 10 bis 15 getöteten SED-Mitgliedern, MfS- und KVP-Angehörigen, vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstandes. Bonn 2013, S. 7–34, 78–84 u. 105–114; ders. (unter Mitarbeit von Gudrun Weber): 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 103–105 u. 180–194; auch Ciesla, Burghard (Hg.): Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Berlin 2003, S. 9–49.
- 38 Datenbank Ermittlungsverfahren der Stasi-Bezirksverwaltung Potsdam 1950–1989; Archiv Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam.
- 39 Ebd.
- 40 Fernschreiben Nr. 794, 24.6.1953, 16.15 Uhr; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 1/53, Bd. 6, Bl. 6–6 c.
- 41 Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 92.
- 42 Ebd., S. 61–70.
- 43 Für einen Überblick über das Jahr 1956, insb. mit Blick auf die DDR und das MfS: Bispinck, Henrick (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2016, S. 12–57; zum Umgang der SED-Führung und der DDR-Bevölke-

- rung mit Herausforderungen und Krisen des Jahres 1956 vor dem Hintergrund der weltweiten Ereignisse des Jahres: Kowalczuk, Ilko-Sascha: Zwischen Hoffnungen und Krisen: Das Jahr 1956 und seine Rückwirkungen auf die DDR. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 19 (2006), S. 15–33.
- 44 Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Neues Deutschland v. 4.3.1956, S. 3 f., hier 4.
- 45 Neue Argumente zum XX. Parteitag der KPdSU (5. Bericht), [Information (Info) Nr. M 54/56], 14. März 1956. In: Bispinck, Henrik (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2016, www.ddr-im-blick.de (letzter Aufruf 12.6.2020). Hieraus auch die im Folgenden zitierten Informationen.
- 46 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (2. Bericht) [Info M 88/56], 19.4.1956; Stalinstadt wurde 1961 in Eisenhüttenstadt umbenannt.
- 47 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht und andere (3. Bericht) [Info M 90/56], 25. April 1956.
- 48 Zu den Entwicklungen in Polen: Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Block Politics. In: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 61–126.
- 49 Zu den Ereignissen in Ungarn: Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann u. a. (Hg.): Kommunismus (Anm. 48), S. 127–136.
- 50 Lage in der Deutschen Demokratischen Republik [Info Nr. 319/56], 9.11.1956.
- 51 Die Stasi hielt diese Vorkommnisse in einem eigenen Bericht fest: Durchgeführte »Schweigeminuten« aus Anlass der Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn [Info Nr. 326/56], 10.11.1956; der Fall einer Schulklasse in Storkow wurde 2016 verfilmt: »Das schweigende Klassenzimmer« (Regie Lars Kraume).
- 52 Im Januar 1956 wurde per Gesetz vom 18. Januar die NVA der DDR gegründet und in der Folgezeit Standorte für die NVA auf- und ausgebaut.
- 53 Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten Gerhardt Scholz, 17.11.1959; BStU, MfS, AU 73/57, Bd. 2, Bl. 42–48.
- 54 Ebd., Bl. 50.
- 55 Zur Organisationsstruktur der HA I des MfS, die nicht dem üblichen Linien-Prinzip des MfS entsprach und stattdessen in die Strukturen der NVA integriert war: Wolf, Stephan: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005, insb. S. 55–68.
- 56 Sachstandsbericht HA I/5 Ref. I, Cottbus, 6.11.1956; BStU, MfS, AU 73/57, Bd. 1, Bl. 5 f.
- 57 Sachstandsbericht HA I/5 Ref. I, Cottbus, 7.11.1956; ebd., Bl. 132–135.
- 58 Namen der drei Betroffenen geändert.
- 59 Ebd., Bl. 139 f.
- 60 Vernehmungsprotokoll Kurt Kämmerer, 5.12.1956; ebd., Bl. 212–219.
- 61 Sachstandsbericht HA I/9, 24.11.1956; ebd., Bl. 154–156.
- 62 Vernehmungsprotokoll Kurt Kämmerer, 5.12.1956; ebd., Bl. 217; später gelangte er in die Bundesrepublik: Bescheinigung der Volkspolizei über Flucht von Labitzki, 7.12.1956; BStU, MfS, AU 73/57, Bd. 2, Bl. 218.
- 63 Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens, 2.2.1957; ebd., Bl. 231 f.
- 64 Urteil, 22.2.1957; ebd., Bl. 267–272.
- 65 Sälter, Gerhard: »Den Ablauf der Vernehmung bestimmen nicht Sie.« Zur instrumentellen Verwendung struktureller Gewalt und sprachlicher Übermächtigung bei Verhören des MfS in den 1950er Jahren. In: Lüdke, Alf u. a. (Hg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2011, S. 279–299.
- 66 Zu den Folgen des Jahres 1956 für Ulbricht und das SED-Regime: Wolle, Stefan: Die DDR zwischen Tauwetter und Kaltem Krieg. »Mutmassungen« über das Jahr 1956. In: Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Mitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Aufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn 2001, S. 293–330, insb. S. 320 f.
- 67 Tayler, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. München 2006, S. 197.
- 68 Ebd., S. 198.
- 69 Ebd., S. 207.
- 70 Name geändert.
- 71 Vernehmungsprotokoll Wilfried Grün, 14.8.1961; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 92/61, Bd.1, Bl. 32–36, hier 35.
- 72 Hinweis der Stasi im Vernehmungsprotokoll.
- 73 Vernehmungsprotokoll Wilfried Grün, 14.8.1961; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 92/61, Bd. 1, Bl. 32–36, hier 35.
- 74 Vernehmung Heinz Horn, 14.8.1961; ebd., Bl. 40–42.
- 75 Bericht über das Bestehen einer Rowdybande »Der Tiger«, 11.7.1961; ebd., Bl. 30.
- 76 Vernehmungsprotokoll Wilfried Grün, 17.8.1961; ebd., Bl. 43–48.
- 77 Urteil gegen Wilfried Grün, 23.8.1961; ebd., Bl. 72.
- 78 Mitteilung über Aufnahme der Haft, 15.5.1962; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 92/61, Bd.3, Bl. 49–51.
- 79 Führungsbericht über den Strafgefangenen Wilfried Grün, 13.11.1952; ebd., Bl. 59.
- 80 Beschluss zur Vollstreckung der Reststrafe, 11.12.1962; ebd., Bl. 60.
- 81 Büro der Leitung: Protokoll einer Dienstbesprechung, 12.8.1961; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 13, Bl. 13–18, hier 14.
- 82 Ebd., Bl. 18.
- 83 Bispinck, Henrik: »Republikflucht«: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung. In: Hoffmann, Dierk u. a. (Hg.) Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. München 2003, S. 285–309.
- 84 Ebd., S. 299.
- 85 Münkel, Daniela: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1961. Göttingen 2011, S. 32.
- 86 Bericht über die Lage der Situation aufgrund der beschlossenen Maßnahmen der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der DDR im Bezirk Cottbus in der Zeit vom 13.8.1961 bis zum 18.8.1961, 19.8.1961; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2843, Bl. 2.
- 87 Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Aktion »Rose« in der KD Lübben, 25.8.1961; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Lübben, Nr. 509, Bl. 2–10, hier 2.
- 88 Übersicht über die Verhaftungen im Bezirk Frankfurt (Oder) in der Zeit vom 13.8.1961 bis 25.8.1961, 25.8.1961; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 12, Bl. 82.
- 89 Bericht über die Lage und Situation aufgrund der beschlossenen Maßnahmen der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der DDR im Bezirk Cottbus in der Zeit vom 13.8.1961 bis zum 18.8.1961, 19.8.1961; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2843, Bl. 1–19, hier 19.
- 90 Engelmann, Roger: Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961. In: Diedrich, Torsten/Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005, S. 139–151.
- 91 Münkel: Die DDR (Anm. 85), S. 40.
- 92 Direkt involviert in den Militäreinsatz waren die Ostblockstaaten Ungarn, Polen und Bulgarien. Die Invasion lief unter dem Decknamen Operation »Donau«.
- 93 Hinweise für Kollegiumssitzung – Dienstbesprechung, Anfang Oktober 1968; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4725, Bl. 52–65, hier 53.
- 94 Zahlenangaben nach ebd., Bl. 54–56.
- 95 Ebd. Zahlenangaben finden sich hier nur zu »territorialen Schwerpunkten«, darunter Potsdam. Vgl. auch Fernschreiben der AIG [Auswertungs- und Informationsgruppe] BV Cottbus an die ZAIG MfS-Berlin, 6.9.1968; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2046, Bl. 47–49. Für wertvolle Hinweise zu Protestbeispielen danke ich Herrn Rüdiger Sielaff.
- 96 Vgl. Bericht der BV Cottbus, 24.8.1968; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 3061, Bl. 1–6; Bericht der BV Cottbus vom 26.8.1968; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 3064, Bl. 48–55; Berichte und Fotodokumentationen zu »Hetzschmierereien«; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Senftenberg, Nr. 1069. Ein ewiger Unruhefaktor für die Staatssicherheit war das Hören westlicher Rundfunksender. Vgl. BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 3061, Bl. 4 und ebd., Nr. 3064, Bl. 52.
- 97 BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AS 5/71, Bl. 1–20.

- 98 Die Analyse der KD Lübben, 10.4.1969; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Lübben, Nr. 218, Bl. 51–71. Vgl. auch BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4725, Bl. 59: »Hetzlosungen« u.a. konnten nur in 22% der Fälle aufgeklärt werden.
- 99 Am 17. Dezember 1968 berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« über die Verurteilung von Jugendlichen. Derartiges Aufsehen wollte die SED-Führung unbedingt vermeiden. Die Kursänderung in der justiziellen Ahndung könnte auch damit zusammenhängen, dass einige Kinder aus politisch prominenten Familien betroffen waren. Vgl. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin ²1997, S. 265–273.
- 100 Einlieferungsanzeige zu Gerlinde Becker, 18.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 6, Bl. 5; zu Hildegart Becker, 19.9.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 17; zu Barbara Dunemann, 19.9.1968; ebd., Bd. 5, Bl. 6. Teilweise abweichende Uhrzeitangabe ebd., Bd. 1, Bl. 19.
- 101 Haftbeschluss der BV Frankfurt (Oder) gegen Hildegart Becker, 18.9.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 14; Haftbefehl des Kreisgerichts Frankfurt (Oder) gegen Gerlinde Becker, Hildegart Becker und Barbara Dunemann, 19.9.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 21. Die Tatvorwürfe waren schwerwiegend; es drohte eine Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren.
- 102 Vernehmungsprotokoll Hildegart Becker, 27.11.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 269–285. Die Eltern waren ursprünglich aus Berlin, die ältere Tochter Gerlinde kam in Göttingen zur Welt. 1950 zog die Familie in die DDR, da es dort »wenig Pfarrer gab, und mein Vater glaubte, hier gebraucht zu werden«. Ebd., Bl. 269.
- 103 Ebd. In der Jungen Gemeinde, einer Gruppierung innerhalb der evangelischen Kirche in der SBZ/DDR, fanden junge Christen einen freien Raum für Gedanken- und Informationsaustausch und Diskussionen.
- 104 Hildegarts Heimatgemeinde stand seit 1963/64 im Austausch mit der christlichen Gemeinde in Miroslav. Hildegart hatte intensiven Kontakt zu dortigen jungen Christen. Zu ihnen zählte auch Jana.
- 105 Vernehmungsprotokolle Hildegart Becker, 19.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 3, Bl. 317–328, Bl. 319 f. u. 27.11.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 275–277. Viele Informationen erhielt sie über westliche Rundfunksender wie den RIAS oder SFB.
- 106 Zum Hintergrund und zur Planung sowie Realisierung ihres Vorhabens vgl. die Vernehmungsprotokolle Hildegart Becker, 2.10.1968 u. 31.10.1968; ebd., Bl. 156–166, hier 159–161 u. 386–394; das Vernehmungsprotokoll Barbara Dunemann, 25.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 5, Bl. 103–117; sowie das Vernehmungsprotokoll Gerlinde Becker, 18.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 6, Bl. 32–51. Barbaras Interesse war nach eigener Aussage erst unter dem Eindruck der Militärintervention geweckt worden. Vernehmungsprotokoll Barbara Dunemann, 4.11.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 5, Bl. 95 f.
- 107 Besonders belastete Hildegart die von der DDR-Führung verbreitete Meldung, die NVA sei an dem Militäreinsatz 1968 beteiligt: eine quälende Vorstellung angesichts der Münchner Konferenz von 1938 und der nachfolgenden nationalsozialistischen Invasion in tschechisches Territorium im März 1939. In ihrer Flugschrift nahmen die drei jungen Frauen ausdrücklich darauf Bezug. Vgl. ebd., Bl. 114. De facto leistete die NVA Unterstützung für die Durchführung der Militärintervention, war aber nicht Teil der Einmarsch-Truppen.
- 108 Vernehmungsprotokoll Hildegart Becker, 19.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 3, Bl. 326 f. Im Laufe der Aktion überarbeiteten sie einige Formulierungen; vgl. ebd.
- 109 Schreiben der BV Frankfurt (Oder), 20.9.1968; ebd., Bl. 250 f.
- 110 Vernehmungsprotokolle Hildegart Becker, 2.10.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 1, Bl. 156–166; 19.9.1968; ebd., Bd. 3, Bl. 324–327; 23.10.1968; ebd., Bl. 271–288, hier 283–288.
- 111 Gegen die Freundin ermittelte die Stasi wegen »Beihilfe zur staatsfeindlichen Hetze«, nahm sie jedoch nicht in Haft. Vgl. Verfügung der BV Frankfurt (Oder), 31.10.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 6, Bl. 106; Vernehmungsprotokoll, 1.11.1968; ebd., Bl. 135–137.
- 112 Vgl. insbesondere die Angaben im Vernehmungsprotokoll, 17.10.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 4, Bl. 180–189. Pfarrer nahmen sie als Adressaten aus, da sie diese für ausreichend informiert und kritisch hielten; Vernehmungsprotokoll Hildegart Becker, 19.9.1968; ebd., Bd. 3, Bl. 327 f. u. 2.10.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 159 f. Ursprünglich waren 300 Briefe geplant, doch der Alltag kam dazwischen: Familiengeburtstag, Ferienende, Arbeitsbeginn.
- 113 »Untersuchungsbericht über Handschriften«, 13.9.1968; ebd., Bd. 1, Bl. 127–129; »Gutachten« vom 8.10.1968; ebd., Bd. 4, Bl. 223–231; Ergänzung zum »Untersuchungsbericht«, 28.10.1968; ebd., Bl. 233 f.
- 114 In allen Vernehmungen zeigten die Jugendlichen in ihren Antworten eine bemerkenswerte Souveränität. Dezidiert und zugleich gänzlich unpolemisch umreißen sie ihre Gedankenwelt, ihre Haltung gegenüber der DDR. Dies trifft insbesondere auf Hildegart Becker zu – für die Stasi galt sie als die eigentliche Initiatorin und Verantwortliche. Ihr selbstverständliches Bekenntnis zum Christentum dürfte den Stasi-Vernehmern in den Ohren geklungen haben: »Der christliche Glaube ist bei mir vorherrschend, alles andere ist für mich nicht maßgebend.« Zum Zeitpunkt dieser Aussage war sie bereits zwei Monate in U-Haft. Vernehmungsprotokoll Hildegart, 27.11.1968; ebd., Bl. 269–285, hier 274.
- 115 Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokoll, 19.9.1968; ebd., Bl. 43–45; Durchsuchungsbericht; ebd., Bl. 51. Kopien der Tagebucheinträge wurden den Akten beigelegt.
- 116 Zur Frage westlicher Einflussnahme vgl. BStU, MfS, AU, 52/69, Bd. 1, Bl. 410; Vernehmung am 27. November 1968.
- 117 »Erstmeldung« der BV Frankfurt (Oder) an die HA IX/4 in Berlin, 19.9.1968; ebd., Bl. 92–97; Vernehmungsprotokoll Hildegart Becker, 17.10.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 4, Bl. 180–189. Zur akribischen Suche nach Adressaten sowie Überprüfung derselben vgl. ebd., Bd. 3, Bl. 1–249. Protokolle zu Zeugenvernehmungen; ebd., Bd. 2, Bl. 48–54 sowie Bd. 4, Bl. 242–260.
- 118 Vernehmungsprotokoll Hildegart Becker, 27.8.11.1968; ebd., Bl. 57–73, hier 64 f.; »Erstmeldung« der BV Frankfurt (Oder) an die HA IX/4 in Berlin, 19.9.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 1, Bl. 94; Vernehmungsprotokoll Gerlinde, 29.10.1968; ebd., Bd. 6, Bl. 64–71, hier 67.
- 119 Auswertungsbericht der BV Frankfurt (Oder), 19.3.1969; ebd., Bd. 1, Bl. 291–311, hier 294.
- 120 »Allgemeine Angaben zum Persönlichkeitsbild« im Auswertungsbericht der BV Frankfurt (Oder), 19.3.1969; ebd., Bl. 291–311, hier 298–309; Schulische Beurteilung zu Hildegart, 2.10.1968; BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 4, Bl. 92; zu Barbara; ebd., Bd. 5, Bl. 72; zu Gerlinde, 3.10.1968; ebd., Bd. 6, Bl. 57; Einschätzung der Jugendfürsorge/Abteilung Volksbildung des Rats der Stadt Frankfurt (Oder) zu Hildegart, o.D.; ebd., Bd. 4, Bl. 134 f.; zu Barbara, o.D.; ebd., Bd. 5, Bl. 92 f.
- 121 Einstellungsverfügung des Staatsanwalts des Bezirks Frankfurt (Oder), 23.12.1968; ebd., Bd. 6, Bl. 184. Die Einstellungsverfügung galt auch für die Freundin, gegen die die Stasi ermittelt hatte, weil einige der Briefe auf deren Schreibmaschine getippt worden waren.
- 122 Werkentin: Politische Strafjustiz (Anm. 99), S. 271 f.
- 123 Die drei Jugendlichen mussten eine »Verpflichtung« unterzeichnen, »in Zukunft die Gesetze der Demokratischen Deutschen Republik zu achten« und »den Arbeitsplatz nicht ohne Zustimmung der staatlichen Organe zu wechseln«. Siehe BStU, MfS, AU 52/69, Bd. 6, Bl. 185–188. Unweit schärfer, so Hildegart Becker, waren die Repressionen in der ČSSR und sie habe angesichts dessen, was die dortige Bevölkerung zu erleiden hatte, Mitgefühl, Trauer und Solidarität empfunden.
- 124 Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.
- 125 »Die Ausbürgerung von Wolf Biermann«. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.), www.jugendopposition.de/145337 (letzter Aufruf 12.6.2020); Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 361 f.
- 126 Keller, Dietmar/Kirchner, Matthias (Hg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991, S. 136 f.
- 127 Walther: Sicherungsbereich (Anm. 125); Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 45, 63.
- 128 Der Brief wurde am 22.11.1976 im »Spiegel« veröffentlicht: Biermann muß Bürger der DDR bleiben. Robert Havemann appelliert an Erich Honecker. In: Der Spiegel, Nr. 48/1976, S. 49 f.
- 129 Das juristische Verfahren beschreibt ausführlich: Vollnhals, Clemens: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. Berlin 2000.

- 130 Zur Isolierung Havemanns in Grünheide und seine »Bearbeitung« durch die Stasi: Schmole, Angela: Sonderaufgabe »Leitz«. In: Florath, Bernd (Hg.): Annäherung an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente. Göttingen 2016, S. 115–125.
- 131 Zu Havemanns Rolle für die Opposition in der DDR: Templin, Wolfgang: Robert Havemann. In: Florath (Hg.): Annäherung (Anm. 130), S. 501–516.
- 132 Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.): »Die ganze DDR protestiert gegen Biermanns Ausbürgerung«, letzte Änderung Dezember 2019, www.jugendopposition.de/145339 (letzter Aufruf 11.6.2020); Grünbaum: Wolf Biermann (Anm. 124), S. 24.
- 133 Der Staats- und Parteiführung meldete die Stasi im Dezember 1976 insgesamt 475 Vorkommnisse in der DDR, davon 32 im Bezirk Potsdam, 19 im Bezirk Frankfurt (Oder), 7 im Bezirk Cottbus: Übersicht zu feindlichen Plänen, Absichten und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorgängen um Biermann, Havemann und andere feindliche Kräfte, 15.12.1976; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 10–94, hier 73 f.
- 134 Ebd., Bl. 51.
- 135 Ebd., Bl. 70.
- 136 Name geändert.
- 137 Vernehmung Peter Kowalski, 26.11.1976; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AP, Nr. 1301/83, Bl. 22.
- 138 Name geändert.
- 139 Vernehmung Maik Korte, 26.11.1976; ebd., Bl. 31.
- 140 Zu der Anzahl der Zettel sagten Kowalski und Korte unterschiedlich aus. Ihre Angaben reichten von 80 bis 150 Zetteln: Vernehmung Peter Kowalski, 26.11.1976; ebd., Bl. 19; Vernehmung Maik Korte; ebd., Bl. 33.
- 141 Stasi-Information Nr. 1634/76; BStU, MfS, HA IX, Nr. 190, Bl. 85.
- 142 Handschriftliche Notizen eines Stasi-Mitarbeiters; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AP, Nr. 1301/83, Bl. 42 f.
- 143 Zitate nach: Mitteilung über Maßnahmen und Ergebnisse bezüglich des Auftretens der Schüler Peter Kowalski und Maik Korte; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AP, Nr. 1301/83, Bl. 10–15, hier 11.
- 144 Operativinformation Nr. 15/78 der KD Fürstenwalde, 9.2.1978; ebd., Bl. 99.
- 145 Abverfügung zur Archivierung, 12.9.1983; ebd., Bl. 104.
- 146 Reaktion der Bevölkerung zur Rede des Genossen Gorbatschow auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 9.2.1987; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 8322, Bl. 130–132.
- 147 Boysen, Jacqueline: »Radio Glasnost – außer Kontrolle«. Ein West-Berliner Sender der DDR-Opposition. In: Deutschland Archiv 44 (2011) 1, S. 35–40.
- 148 Ebd., S. 39.
- 149 Reaktion der Bevölkerung zur Rede des Genossen Gorbatschow auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 9.2.1987; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 8322, Bl. 130–132.
- 150 Weitere Reaktionen der Bevölkerung des Bezirks zum Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genossen Gorbatschow und dem USA-Präsidenten Reagan, 10.2.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 914, Bl. 57–59.
- 151 BV Cottbus über den Leiter der Volksbuchhandlung »Jenny Marx« in Cottbus, 20.4.1988; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1248, Bl. 1–4.
- 152 Information über die Reaktion der Bevölkerung des Bezirks zur Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste, 24.11.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 729, Bl. 2–5.
- 153 Information über erste Reaktion der Bevölkerung des Bezirkes Cottbus zur Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste, 24.11.1988; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2607, Bl. 1–3.
- 154 Einschätzung zur Reaktion der Bevölkerung auf die Mitteilung des Streichens der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste, 29.11.1988; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AKG, Nr. 940, Bl. 30–32.
- 155 Spittmann, Ilse: Sozialismus in den Farben der DDR. In: Deutschland Archiv 22 (1989) 3, S. 241–244, hier 241.
- 156 Bericht zu den durchgeführten Maßnahmen zum Vorkommnis am 7.5.1989 in Bad Saarow, 8.7.1989; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Fürstenwalde, Nr. 447, Bl. 1–7, hier 1.
- 157 Schreiben, 4.12.1978 (Abschrift); BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 601, Bl. 29.
- 158 Information zur inhaltlichen Wiedergabe der Eingabe von Christian-Peter Funke an den OB Stadt Potsdam, Gen. Seidel, o. D.; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 601, Bl. 62 f.
- 159 Referat Dienstversammlung des Leiters der BV anlässlich der Übergabe des Bürogebäudes II am 29.9.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1265, Bl. 16–28, hier 24.
- 160 BStU, MfS, Liegenschaften, Fo, Nr. 3, Bild 2; Sicherheitskonzeption, 18.6.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, BdL, Nr. 1229, Bl. 43–52; Hinweise zur Eingabe, 2.12.1987 an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gen. Gerhard Schürer, 9.12.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 601, Bl. 117–122; Aktennotiz, 11.12.1987; ebd., Bl. 128–130.
- 161 Eingabe wegen des Abrisses nutzungsfähiger Häuser, 2.12.1987; ebd., Bl. 114.
- 162 Information Stimmungen/Meinungen zur Bautätigkeit der BV Potsdam in der Jägerallee, 1.3.1988; ebd., Bl. 69.
- 163 Information Stimmungen/Meinungen zum Baugeschehen in Potsdam, Jägerallee, 8.3.1988; ebd., Bl. 72; Information Stimmungen/Meinungen der Bevölkerung zu den Baumaßnahmen im Bereich Jägerallee durch die BV Potsdam, 17.3.1988; ebd., Bl. 73.
- 164 Information Baumaßnahmen des MfS in Potsdam, Jägerallee, 12.1.1988; ebd., Bl. 57; Information, 15.12.1987; ebd., Bl. 83 f.
- 165 Beschluss über das Anlegen eines Operativen Vorganges, 6.2.1981; BStU, MfS, BV Potsdam, AOPK 1504/84, Bd. 1, Bl. 4; Eröffnungsbericht, 16.1.1981; ebd., Bl. 10 f.
- 166 Aktenvermerk, 15.12.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 601, Bl. 30–32, hier 32.
- 167 Abschlussbericht, 3.5.1984; BStU, MfS, BV Potsdam, AOPK 1504/84, Bd. 1, Bl. 113–118.
- 168 Aktenvermerk, 15.12.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 601, Bl. 30–32.
- 169 Referat Dienstversammlung des Leiters der BV anlässlich der Übergabe des Bürogebäudes II, 29.9.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1265, Bl. 16–28.
- 170 Vgl. den zeitgenössischen Erlebnisbericht von Rüdiger, Günther: Der Sturm auf Potsdams Bastille. In: Märkische Volksstimme, 14.12.1989, S. 6.
- 171 Zur Vorgeschichte und den Ereignissen der Friedlichen Revolution in Potsdam vgl. Weiß, Peter-Ulrich/Braun, Jutta: Im Riss zweier Epochen. Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren. Berlin ²2019, S. 220–323.
- 172 Labrenz-Weiß, Hannah: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen. Berlin ²2018, S. 17.
- 173 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1991, S. 3.
- 174 Politisch-, ökonomisch-, soziale Strukturanalyse, o. D.; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, Nr. 947, Bl. 128–132, 175. Kurzmitteilung: Brand in der Räuherei des Konsum-Fleischverarbeitungs-kombinates Seelow, 9.1.1981; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 8, Bl. 1.
- 176 Tierverlustgeschehen im Bezirk Frankfurt (Oder), 14.8.1979; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, Nr. 268, Bl. 25 f.
- 177 Sicherungskonzeption zum Schwerpunkt Veterinärmedizin, 20.4.1984; ebd., Bl. 56–59.
- 178 Kurzmittlung über Tierverwendungen in der LPG Worin, 14.6.1981; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 12, Bl. 4 f.
- 179 Namen geändert.
- 180 Seit 1963 erhielten erste polnische Arbeitskräfte die Möglichkeit, in der DDR zu arbeiten. Sie wurden zunächst in Braunkohlegebieten eingesetzt. Mit dem Ministerrats-Beschluss vom 10. Mai 1971 konnten dann bis zu 8 000 polnische Werktätige im grenznahen Raum arbeiten.
- 181 Mündlicher Bericht des IM »Alfons«, 28.4.1981; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AIM 173/83, Bl. 14 f.
- 182 Kontaktgespräch, 10.11.1981; ebd., Bl. 90 f.
- 183 Konzeption zur Feststellung und Ermittlung von Personen des Verantwortungsbereiches mit Verbindungen 1. Grades nach der VR Polen, 2.11.1982; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 371, Bl. 2 f.
- 184 Information über einen ungesetzlichen Grenzübertritt im Raum Kietz, 10.4.1985; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 1165, Bl. 2 f.

- 185 Einschätzung der Ordnung und Sicherheit im Bereich der Staatsgrenze zur VR Polen für den Zeitraum vom 1.1.1989 bis 31.10.1989; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 2208, Bl. 26.
- 186 Analyse der Leistungsfähigkeit und der Leistungsbereitschaft des MA-Bestandes der KD Seelow, 11.9.1986; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, Nr. 232, Bl. 6–21, hier 6.
- 187 Roesler, Jörg: Schwarze Pumpe – Ein Schlüsselbetrieb der DDR Volkswirtschaft? In: Bayerl, Günter (Hg.): Braunkohleveredlung im Niederlausitzer Revier: 50 Jahre Schwarze Pumpe. Berlin 2009, S. 105–117.
- 188 Schröter, Harm G.: Ölkrisen und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten. Ein Beitrag zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsdifferenzen. In: Bähr, Johannes/Petzina, Dietmar (Hg.): Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990. Berlin 1996, S. 109–138.
- 189 Vgl. Störanalyse des Gaskombinats Schwarze Pumpe für das Jahr 1981, 27.4.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8218, Bl. 4 f. u. 46.
- 190 Augenzeugenbericht eines IM der OD Schwarze Pumpe, 24.2.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8207, Bl. 71.
- 191 OD Schwarze Pumpe: Bericht der Expertenkommission, 15.3.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8208, Bl. 42.
- 192 OD Schwarze Pumpe: Unterlagen der Expertenkommission zur Untersuchung der Havarie, 22.2.1982; ebd., Bl. 2–14.
- 193 OD Schwarze Pumpe: Konzeption zum Einsatz der Kräfte und Mittel im Rahmen der Untersuchung der Havarie, 22.2.1982, 24.2.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8218, Bl. 4–7; Vorläufige Auswertung der Analyse von Augenzeugenberichten, o. D.; ebd., Bl. 32.
- 194 Hauptabteilung IX: Vermerk über eine am 1.3.1982 bei Professor Leibnitz durchgeführte Beratung zu möglichen Ursachen der Explosion am Gasreinigungsstrang; ebd., Bl. 23.
- 195 OD Schwarze Pumpe: Politisch-Operative Personenanalyse zu den Beschäftigten des GSP, Bereich Gaswerk, 3.3.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 945/82, Bl. 86.
- 196 OD Schwarze Pumpe: Abschlussbericht OV »Detonation«, 4.8.1982; ebd., Bl. 335–342.
- 197 OD Schwarze Pumpe: Bericht der Expertenkommission, 19.4.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8208, Bl. 148.
- 198 IM-Berichte der OD, 12.3.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, OD Schwarze Pumpe, Nr. 8207, Bl. 128.
- 199 IM-Bericht der OD, 15.3.1982; ebd., Bl. 136.
- 200 Herbert Richter: »Aber eins, aber eins, das bleibt bestehen – die Schwarze Pumpe wird nie untergehen!« In: Rohnstock Biografien (Hg.): Jetzt reden wir! Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist. Berlin 2014, S. 141–150.
- 201 Lebenslauf zu Herbert Stöß, o. D.; BStU, MfS, KS 19775/90, Bl. 319.
- 202 Abschrift Lebenslauf, 5.9.1948; ebd., Bl. 318.
- 203 Die JHS war die zentrale Bildungs- und Forschungsstätte des MfS. Ihr Studienangebot kann jedoch nicht mit einer juristischen Ausbildung an anderen Hochschulen verglichen werden. Vielmehr stellt sie eine akademisierte Geheimdiensteinrichtung mit einer stark ideologisierten Ausrichtung dar.
- 204 Tauglichkeitsbescheinigung, 15.3.1982; BStU, MfS, KS 19775/90, Bl. 186.
- 205 Vermerk zur Generalmajor Stöß, Herbert, 3. 8.1984; ebd., Bl. 253.
- 206 Kränke, Uwe u. a.: Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes. New York, Frankfurt am Main 2017, S. 103.
- 207 Das waren die Geburtsjahrgänge zwischen 1925 und 1945.
- 208 Hoffmann, Ruth: Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat. Berlin 2013, S. 69.
- 209 Stellungnahme, 23.1.1988; BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. IX, Nr. 26, Bl. 46.
- 210 Kränke: Im Dienst der Staatssicherheit (Anm. 206), S. 165.
- 211 Abschlussbericht zum Disziplinarverfahren, 1.7.1987; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Senftenberg, Nr. 70, Bl. 21.
- 212 Ebd.
- 213 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 557.
- 214 Schmole, Angela: Frauen und MfS. In: Deutschland Archiv 26 (1996) 4, S. 512–525, hier 512.
- 215 Ebd., S. 524 f.
- 216 Mitarbeiterbuch, 20.11.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. N, Nr. 265, Bl. 100.
- 217 Bei der operativen Hauptablage handelt es sich um den Archivbestand 1, bei den archivierten Akten der Staatsanwaltschaft um den Archivbestand 4.
- 218 Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 213), S. 557.
- 219 Auszahlung von Übergangsgeldern, 20.12.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. KuSch, Nr. 52, Bl. 168 u. 231. Der Deutsche Bundestag begrenzte die Renten zum 1.8.1991 auf 802 DM.
- 220 Auskunft über IM »Manfred Brandt«, 15.2.1989; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Beeskow, Reg.-Nr. V 137/80, Teil I, Bl. 266–276, hier 276.
- 221 Ebd., Bl. 270.
- 222 Vorschlag zur Werbung des IMS »Manfred Brandt«, 18.1.1981; ebd., Bl. 110.
- 223 Ebd., Bl. 273. Von 1979 bis 1989 führte ihn die KD Beeskow als »Manfred Brandt«; davor verwendete er folgende Decknamen: 1965–1967 Kontaktperson »Dreißig«, BV Groß-Berlin; 1967–1976 IM »Peter Mentzel«, KD Berlin-Friedrichshain, BV Berlin (Abt. VII), KD Kyritz, KD Beeskow; 1976–1979 IM »Dieter Kaiser«, KD Beeskow.
- 224 1977 hielt Blum in einem Auskunftsbericht fest, dass der IM »bedingungslos über seine eigene Verwandtschaft berichtet, die in offensiven Aufklärungsmaterialien bearbeitet« wird; ebd., Bl. 54.
- 225 IM-Bericht, 22.5.1981; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOP 1312/81, Bl. 113.
- 226 Haftbeschluss, 4.12.1978; ebd., Bl. 18.
- 227 Beschluss zum Einsatz des IM »Manfred Brandt«, 18.2.1980; ebd., Bl. 4 f.; »Manfred Brandt« berichtete über die Freundin eines Mitgefangenen und ihre Familie. Dieser hatte ihn ins Vertrauen gezogen und beauftragt, Kontakt zur Freundin herzustellen, die an einer Schleusung nach Westdeutschland interessiert war. »Brandt« besuchte sie bei ihren Eltern und lud sie zu sich ein, um das Weitere zu besprechen. Die Folgen des Einsatzes von »Brandt« für die Betroffenen lassen sich aus der Akte jedoch nicht rekonstruieren. BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), TA, Nr. 83/84, Bl. 5 f., 54–61, 94–96 u. 146 f.
- 228 Berichte des IM »Dieter Kaiser« (d. i. »Manfred Brandt«) über Gespräche mit zwei befreundeten Ärzten nach seiner Entlassung, 1.12.1979; ebd., Bl. 13–15 u. 25 f.
- 229 Effektivitätseinschätzung zur Arbeit mit dem IMB »Manfred Brandt« 1.6.1983–31.8.1984, 24.9.1984; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Beeskow, Reg.-Nr. V 137/80, Teil I, Bl. 180 f.
- 230 Die genaue Zahl der IM ist bis heute umstritten, siehe dazu und zum Thema IM allgemein: Kowalczuk, Ilko Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 209–246.
- 231 Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Münkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 40–51.
- 232 Ansorg, Leonore: Politische Häftlinge im nationalsozialistischen Strafvollzug. Das Zuchthaus Brandenburg-Görden. Berlin 2015.
- 233 Bahr, Andrea: Parteierrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989. Berlin 2016.
- 234 Bericht der Abt. II/3 der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam zum Treffen mit dem IM »Marco«, 25.4.1975, 28.4.1975; BStU, MfS, BV Potsdam, vorl. Arch. Nr. 53/86, Bl. 120.
- 235 Vgl. im Folgenden z. B. Einsatzplan der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam zur politisch-operativen Sicherung des Besuches des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Genossen Erich Honecker – am 27.4.1985 in Brandenburg, 2.4.1985; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 377, Bl. 16–37.
- 236 Vgl. Abschlussbericht des Leiters des Operativen Einsatzstabes der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam zum politisch-operativen Sicherungseinsatz anlässlich der Großkundgebung zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes am 27.4.1985 in Brandenburg, 27.4.1985; ebd., Bl. 205–210.
- 237 Vgl. Ergebnisse der Durchführung von Konsultationen im Zusam-

- menhang mit der Informationstätigkeit der MfS-Bezirksverwaltung bzw. MfS-Kreisdienststellen/Objektdienststellen an Partei- und Staatsorgane sowie der Einschätzung der Reaktion der Bevölkerung in der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam gemäß Ziffer 3.2. der Planorientierung der ZAIG für das Jahr 1980 (o. D.); BStU, MfS, ZAIG, Nr. 16707, o. Pag.
- 238 Ebd.
- 239 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Telefongeschichten. Grenzüberschreitende Telefonüberwachung der Opposition durch den SED-Staat – eine Einleitung. In: Ders./Polzin, Arno (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit. Göttingen 2014, S. 52 f.
- 240 Gerick, Gunter: SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1961 bis 1989. Berlin 2013, S. 221 f.
- 241 Namen geändert.
- 242 Operativinformation, 5.8.1985; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XVIII, Nr. 2007, Bl. 1–3.
- 243 Holzweißig, Gunter: Informationszuteilung als Herrschaftsprinzip. In: Deutschland Archiv 36 (2003), 3, S. 454–464, hier 456; Wagner, Matthias: Zum Verschlusssachenwesen und zur Geheimhaltung im Staatsapparat. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996) 1, S. 41–48, hier 44.
- 244 Kerblockkartei; ebd., Bl. 17.
- 245 Operativinformation, 5.8.1985; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XVIII, Nr. 2007, Bl. 1–3.
- 246 Eröffnungsbericht zum Einleiten einer OPK, 17.2.1986; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 608/87, Bl. 5–8, hier 5.
- 247 Maßnahmeplan zur OPK »Duo«, 25.2.1986; ebd., Bl. 9 f., 33 f., 158 f., 172 f.
- 248 Zwischenbericht zur OPK »Duo«, 18.7.1986; ebd., Bl. 150.
- 249 Abschlussbericht zur OPK »Duo«, 28.4.1987; ebd., Bl. 172.
- 250 Ebd.
- 251 BStU, MfS, BdL, Nr. 5091, Bl. 4.
- 252 Labrenz-Weiß, Hanna: Allwissenheit am Ziel – Die Postkontrolle der DDR-Geheimpolizei; www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/223937/postkontrolle (letzter Aufruf 11.6.2020).
- 253 Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M. Postkontrolle (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005, S. 14.
- 254 Auskunftsbericht über das konspirative Objekt des MfS »Lettinsee«, 25.9.1982; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AIM 1626/83, Bl. 2–4.
- 255 Lindner, Bernd: »Dein Päckchen nach drüben«. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen. In: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 25–41.
- 256 Vgl. Soch, Konstanze: Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989). Frankfurt am Main 2018, S. 211.
- 257 Ermittlungsakte »Diakon«, 19.4.1984; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Seelow, ZMA A, Nr. 915, Bl. 4–8.
- 258 Zitiert nach: Abschlussbericht zur OPK »Duo«, 17.2.1986; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 608/87, Bl. 174.
- 259 Plan zur operativen Maßnahme »Posträuber«, 22.4.1974; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. VII, Nr. 2403, Bl. 14.
- 260 Vgl. Labrenz-Weiß: Abteilung M (Anm. 253), S. 42.
- 261 Wunschik, Tobias: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989. Göttingen 2018, S. 657.
- 262 Name geändert.
- 263 Jugendwerkhöfe waren in der DDR strenge Disziplinareinrichtungen für sogenannte schwer erziehbare Kinder.
- 264 Vernehmungprotokoll des Beschuldigten vom 4.6.1984; BStU, MfS, BV Potsdam, AOP 2513/86, Bd. 4, Bl. 115–121, hier 120.
- 265 Maßnahmeplan der OPG der Abteilung VII zur weiteren Durchführung der OPK »Verleugner«, 7.12.1985; ebd., Bd. 3, Bl. 159 f.
- 266 Ebd.
- 267 Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel, 21.11.1985; ebd., Bl. 156. Rechtsanwalt Vogel vermittelte in vielen Fällen den Freikauf von DDR-Gefangenen.
- 268 Vorschlag zur Übersiedlung, 27.6.1986; ebd., Bl. 214–217.
- 269 Eröffnungsbericht zum Operativen Vorgang »Gärtner«, 25.3.1986; ebd., Bd. 1, Bl. 5–10, hier 5.
- 270 Ebd., Bl. 5–10.
- 271 Namen geändert.
- 272 Protokoll des OKS Colberg über ein Kontaktgespräch, 22.8.68; BStU, MfS AIM 13929/69, Teil I, Bl. 35.
- 273 Protokoll des OKS Colberg, 29.8.68; ebd., Bl. 37.
- 274 OKS Colberg an MfS, BV Frankfurt, Abt. VII, 1.11.1969; BStU, MfS, AU 85/69, Bd. 5, Bl. 59.
- 275 Vgl. Polzin, Arno: Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit. Göttingen 2018.
- 276 Einschätzung des OibE »Manfred« erstellt von MfS-M[it]A[rbeiter] Knobelsdorf, 7.5.1986; BStU, MfS, AIM 5382/88, Teil I, Bd. 1, Bl. 74.
- 277 Haendcke-Hoppe, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1997, S. 3.
- 278 Buthmann, Reinhard: Hochtechnologie und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR. Berlin 2000, S. 7.
- 279 Inoffizielle Mitarbeiter »im besonderen Einsatz« verfügten meist über spezielle Kenntnisse oder arbeiteten in besonderen beruflichen Positionen. Ihre Dienste waren für das MfS deshalb besonders wertvoll.
- 280 Information zur Problematik Leistungsgespräche mit Fachdirektion/Werksleitern, 7.8.1986; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XVIII, Nr. 3195, Bl. 5–8.
- 281 Name geändert. Lebenslauf, o. D.; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 581/88, Bl. 30.
- 282 Beurteilung Herbert Diehl, 30.4.1976; ebd., Bl. 36.
- 283 Auskunftsbericht; 24.9.1982; ebd., Bl. 57–72, hier 59 f.
- 284 Leistungseinschätzung des Eisenhüttenkombinats Ost, 1.8.1986; ebd., Bl. 52.
- 285 Einleitungsbericht zur OPK »Techniker«, 26.5.1987; ebd., Bl. 7–10, hier 9.
- 286 Ebd.
- 287 Übersicht Verwandtenaufstellung, o. D.; ebd., Bl. 99.
- 288 Abschlussbericht zur Archivierung der OPK »Techniker«, 26.4.1988; ebd., Bl. 109 f.
- 289 Eine ausführliche Biografie zu Fred Weitke ist nachzulesen in: Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen (Hg.): Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989. Ein biografisches Handbuch. Frankfurt am Main 2017, S. 344–349.
- 290 Vernehmung von Dieter F. durch das MfS am 22.5.1973 und 23.10.1973; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 4, Bl. 11–126.
- 291 Information A/770/4/73 »Verhinderter Grenzdurchbruch DDR – BRD«; BStU, MfS, HA III, Nr. 10073, Bl. 63 f.
- 292 Meldung der BV Magdeburg/Abt. IX an die Abt. IX der BV Frankfurt (Oder), 22.4.1973; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 1, Bl. 149–156.
- 293 Maßnahmeplan der Abt. IX/2 der BV Frankfurt (Oder), 2.5.1973; ebd., Bl. 144–147. Abhörprotokolle der »Maßnahme B« sind überliefert im Bd. 2, Bl. 245–260.
- 294 Bericht des Leiters der Abteilung IX der BV Frankfurt (Oder) Oberstleutnant Gudlowski, »über einige begünstigende Umstände in der Straßenmeisterei Eisenhüttenstadt«, 28.4.1973; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 1, Bl. 172–176.
- 295 Vernehmung Dieter F., 23.10.1973; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 4, Bl. 115–119.
- 296 Totenschein, 21.4.1973; ebenda, Bl. 154.
- 297 Fluchtversuch vereitelt. Regierung und Opposition verurteilen Schießerei. In: Frankfurter Rundschau, 24.4.1973; überliefert in: BStU, MfS, HA III, Nr. 10073, Bl. 61.
- 298 Vernehmung Dieter F. durch das MfS, 17.5.1973; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU 292/74, Bd. 1, Bl. 220–227.
- 299 Für Dieter F. und Günter W. ging der Traum von einer eigenen Werkstatt im Westen dann nach ihrem Freikauf in den 1970er-Jahren in Erfüllung.
- 300 Fluchten über die Berliner Mauer untersuchten Hertle, Hans-Herman/Nooke, Maria: Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch. Berlin 2009.
- 301 Peter Joachim: Grenzregime der DDR. Aachen 2013.

- 302 Grasemann, Hans-Jürgen: Das DDR-Grenzregime und seine Folgen. Der Tod an der Grenze. In: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«. Bd. VIII, 2/Deutscher Bundestag (13. Wahlperiode). Baden-Baden 1999.
- 303 Konkrete Flüchtlingszahlen für alle Jahre zwischen 1949 und 1989 sind nachzulesen in: Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München 1999.
- 304 Tagesmeldung der HA IX/MfS Nr. 205/89; BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 4474.
- 305 Wendler, Simone: 2000 Kilometer von Cottbus nach Passau. In: Lausitzer Rundschau, 2.10.2004, S. 3.
- 306 Staadt, Jochen: Die DDR zuletzt. Impressionen des Machtzerfalls im SED-Staat. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes ZdF 2 (2019) 44, S. 25–45.
- 307 Hatten in den 1950er-Jahren jährlich 200 000 bis 300 000 Menschen die DDR verlassen, waren es im Folgejahrzehnt nur noch 20 000 bis 30 000 pro Jahr. Vgl. Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge: Flucht in Zahlen. In: Dies. (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 27–31, hier 28.
- 308 Zahlen bei Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012, S. 405.
- 309 Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014, S. 213 f.
- 310 Ebd., S. 246.
- 311 Mit dem 2. Strafrechtsänderungsgesetz wurde im Jahr 1977 der § 220 StGB von »Staatsverleumdung« in »öffentliche Herabwürdigung« umbenannt und zielte nun insbesondere auf Ausreiseartragsteller. Vgl. Passens, Katrin: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989. Berlin 2012, S. 107–110.
- 312 Hanisch: DDR im KSZE-Prozess (Anm. 308), S. 406
- 313 Namen geändert.
- 314 Eröffnungsbericht zur OPK »Modell«, 2.5.1987; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 909/89, Teil 2, Bl. 6–9.
- 315 Ermittlungsbericht, 27.5.1987; ebd., Bl. 14–18, hier 17.
- 316 VEB WAB Frankfurt (Oder), Protokoll zum Antrag der Kollegin Brit Farber zur Ausreise in die BRD, 9.1.1987; ebd., Bl. 73 f.
- 317 Vermerk o. D.; ebd., Bl. 98 f., hier 98.
- 318 Situation GST-Flugmodellsport im Zusammenhang mit Antragstellern auf Übersiedlung in die BRD, 9.5.1987; ebd., Bl. 82–84, hier 82.
- 319 Information von IM »Walther« zu Übersiedlungersuchenden Farber, 8.1.1988; ebd., Bl. 117.
- 320 VEB WAB Frankfurt (Oder), Protokoll zum Antrag der Kollegin Farber, Brit zur Ausreise in die BRD, 9.1.1987; ebd., Bl. 73 f., hier 74.
- 321 MfS, BV Frankfurt (Oder), Eröffnungsbericht zur OPK »Modell«, 2.5.1987; ebd., Bl. 6–9.
- 322 Vermerk o. D.; ebd., Bl. 98 f., hier 98.
- 323 Aktenvermerk zur OPK »Modell«, 1.6.1987; ebd., Bl. 73 f.
- 324 Situation GST-Flugmodellsport im Zusammenhang mit Antragstellern auf Übersiedlung in die BRD, 9.5.1987; ebd., Bl. 82–84, hier 82.
- 325 Ermittlungsbericht, 27.5.1987; ebd., Bl. 14–18, hier 15.
- 326 Vermerk, 23.5.1987; ebd., Bl. 100 f., hier 101.
- 327 Vermerk o. D.; ebd., Bl. 98 f.
- 328 Zwischeneinschätzung zur OPK »Modell«, 22.9.1987; ebd., Bl. 103–106, hier 106.
- 329 Name geändert. Vorschlag zur Genehmigung der ständigen Ausreise aus politisch-operativen Gründen, 13.3.1989; ebd., Bl. 237–241, hier 240 f.
- 330 Zwischeneinschätzung zur OPK »Modell«, 22.9.1987; ebd., Bl. 103–106, hier 103 f.
- 331 Zu diesen Vorgängen vgl. ausführlich Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 262–275.
- 332 Familie Farber an MdI der DDR über RdS, Abt. IA Frankfurt (Oder), 3.2.1988; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 909/89, Teil 2, Bl. 118.
- 333 Vgl. Laak, Jeanette van: Einrichten im Übergang. Das Aufnahme-lager Gießen (1946–1990). Frankfurt am Main 2017, S. 320 f.
- 334 Information zu [Farber, Thomas und Farber, Brit], 6.9.1988; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 909/89, Teil 2, Bl. 163.
- 335 Information, 1.11.1988; ebd., Bl. 167.
- 336 Information zur Aktion »Fähnchen«, 17.10.1988; ebd., Bl. 168 f.
- 337 Neubert, Ehrhart/Auerbach, Thomas: »Es kann anders werden.« Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Köln u. a. 2005, S. 191.
- 338 Vorschlag zur Genehmigung der ständigen Ausreise aus politisch-operativen Gründen, 13.3.1989; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AOPK 909/89, Teil 2, Bl. 237–241, hier 240 f.
- 339 Abschlussbericht zur OPK »Modell«, 31.5.1989; ebd., Bl. 320 f.
- 340 Förster, Frank: Verschwundene Dörfer im Lausitzer Braunkohlenrevier. Bautzen 2014.
- 341 Die tatsächlichen Zahlen lagen weitaus höher, weil Personen, die noch vor einer organisierten Umsiedlung ihren Heimatort verließen, nicht in die staatlichen Statistiken aufgenommen wurden.
- 342 Förster, Frank: Bergbau-Umsiedler. Erfahrungsberichte aus dem Lausitzer Braunkohlenrevier. Bautzen 1998, S. 19. Insgesamt wurden hier 255 Personen umgesiedelt.
- 343 Ebd., S. 32.
- 344 Information 91/86 [über] ein Vorkommnis im Zusammenhang mit der Devastierung des Ortes Kostebrau, Kreis Senftenberg, 2.6.1986; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 812, Bl. 1–3.
- 345 Information 4/84 [über] erneute Reaktionen unter Bürgern aus Lakoma; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 319, Bl. 1–5.
- 346 Information 71/83 [über] weitere Reaktionen in der Gemeinde Lakoma zur beabsichtigten Devastierung ihres Heimatortes, 2.5.1983; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 196, Bl. 1–4.
- 347 Ebd.
- 348 Gundermann, Gerhard: Berlin, 30. April 1990. In: Kleff, Michael/Wenzel, Hans-Eckardt (Hg.): Kein Land in Sicht. Gespräch mit Liedermachern und Kabarettisten der DDR (1989–1992). Berlin 2019, S. 93–100.
- 349 Kloth, Nikola: »Ich war Bergmann, was wird nun?« Die Niederlausitzer Braunkohlenregion aus umwelthistorischer Sicht. In: Werkstatt Geschichte 1 (1992) 3, S. 27–32.
- 350 Vgl. Tabelle 13; in: Roesler, Jörg/Semmelmann, Dagmar: Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft. Ostdeutsche Energiewirtschaft im Umbruch in den 1980er- und 1990er-Jahren. Bonn 2005, S. 93.
- 351 Pflugbeil, Sebastian: Umwelt- und Reaktorsicherheitsprobleme in der Energiewirtschaft der DDR. In: Horch und Guck 21 (2012) 76, S. 4–9.
- 352 Information 11/82 [über] eine im Ambulatorium Kittlitz des BKW Cottbus durchgeführte Unterschriftensammlung, 4.2.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 4558, Bl. 761–763 sowie Beimaterial ebd. Bl. 764–767.
- 353 Information 38/89 [über] Reaktionen durch Bürger des Bezirkes Cottbus auf Umweltbedingungen, 16.2.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1462, Bl. 1–7.
- 354 Abschrift der Eingabe; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1618, Bl. 5 f.
- 355 Information über erste Überprüfungsergebnisse zum Schreiben an den Betriebsdirektor des VEB Braunkohlenveredelung Lauchhammer, Genossen Wiesener, 13.8.1985; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 658, Bl. 4–7.
- 356 Stief, Martin: »Stell die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld. Göttingen 2019.
- 357 Befragung des Bürgers Hans-Peter Freimark, 2.4.1982; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Kyritz, Nr. 75, Bd. 1, Bl. 88–99, hier 88. Titelzitat entnommen aus Bildbericht zur Zivilschutzübung 1983; BStU, MfS, BV Potsdam, vorl. Archiv. Nr. 155/89, Bd. 6. Bl. 12.
- 358 Fleißig Unterschriften. Die SED sorgt sich um eine neue Protestbewegung in der DDR: Junge Leute demonstrieren zu Tausenden gegen Rüstung und Militarismus; »Spiegel«-Bericht vom 22.02.1982, www.spiegel.de/spiegel/print/d-14345513 (letzter Aufruf 28.5.2020).
- 359 Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle »Spinne«, 23.3.1979; ebd., Bl. 32.
- 360 Ebd., Bl. 12.
- 361 Auswertung der Aktivitäten kirchlicher Kräfte in Vorbereitung und Durchführung des Pfingsttreffens 1983, 21.6.1983; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, Nr. 987, Bd. 1, Bl. 112–117, hier 115.
- 362 Stirn, Alexander/Stude, Sebastian: »Und wir haben ja auch diesen Staat überdauert ...«. Die evangelische Kirche in der Prignitz zwischen 1971 und 1989/90. Berlin 2016, S. 103.

- 363 Telefonische Mitteilung, 31.10.1983; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, Nr. 987, Bd. 1, Bl. 130.
- 364 Ebd.
- 365 Stirn/Stude: »Und wir haben ja auch diesen Staat überdauert ...« (Anm. 362), S. 105.
- 366 Auskunftsbericht über Hans-Peter Freimark, 30.11.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Kyritz, Nr. 75, Bd. 3, Bl. 106 f.
- 367 Ergänzung zum OV »Spinne«. Einschätzungszeitraum April bis Juli 1987; 17.7.1987; ebd., Bl. 142–146, hier 144.
- 368 Ergänzung zum OV »Spinne«. Einschätzungszeitraum März/April 1988, 2.5.1988; ebd., Bl. 397–402, hier 397.
- 369 de Maizière, Lothar: Die Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR im Prozess bis zur Friedlichen Revolution 1989. In: Dähn, Horst/Heise, Joachim (Hg.): Schwierige Gratwanderung. Nach-Denken über die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Berlin 2010, S. 119–136.
- 370 Flyer »Singe dein Lied, sprich deine Sprache« 1980; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg, Nr. 737, Bl. 1 f.
- 371 Abschlussbericht zur kirchlichen Veranstaltung »Ich habe einen Traum, singe deine Lieder, sprich deine Sprache« im Dom zu Brandenburg, 28.8.1983; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg, Nr. 613, Bl. 14–20.
- 372 Information über die Bildung einer »Selbsthilfegruppe zu Fragen der Ausreiseproblematik« in Brandenburg, 15.2.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg, Nr. 643, Bl. 105–116, hier 106.
- 373 Alsmeier, Bernd: Wegbereiter der Wende. Die Rolle der Evangelischen Kirche in der Ausgangsphase der DDR. Pfaffenweiler 1994, S. 27.
- 374 Information staatlich unabhängige Friedensbewegung, 11.4.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 6474, Bl. 187–189.
- 375 Anzeige gegen unbekannt wegen Wahlfälschung gemäß § 211 StPO, 30.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1554, Bl. 8.
- 376 de Maizière: Die Rolle der Evangelischen Kirche (Anm. 369), S. 129.
- 377 Lauck, Hans-Joachim: Edel sei der Stahl, stolz der Mensch. Erinnerungen eines Kombinatdirektors und Ministers. Berlin 2017, S. 271 f.; DDR-Bürger verfügten nicht frei über einen Reisepass, sondern mussten dessen Herausgabe bei den Behörden beantragen und nach der Reise wieder zurückgeben. Bei Sportlern und Vereinsangestellten erfolgte diese Abwicklung über die jeweiligen Sportverbände. Im UEFA-Cup spielten unter dem Dach des europäischen Fußballverbandes UEFA (Union of European Football Associations) von 1971 bis 1997 die in den nationalen Ligen nach dem Landesmeister platzierten Teams auf europäischer Ebene einen Sieger aus.
- 378 Die Kaderakte von Alledan: BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KS II 321/88.
- 379 Zu diesem und dem darauffolgenden Absatz: Übersichtsbogen zur OPK »Ringk«, 30.5.1980; BStU, MfS, AOPK 10627/81 (3 Bde.), Bd. 1, Bl. 5; Sachstandsbericht und Maßnahmeplan, 30.5.1980; ebd., Bl. 7–16 sowie insgesamt den Inhalt der Bde. 1–3; das Zitat ebd., Bd. 1, Bl. 12.
- 380 Es handelte sich dabei z. B. um IM »Paul Hase«, den Trainer und ehemaligen DDR-Nationalspieler Erich Hamann. Leske, Hanns: Vorwärts. Armee-Fußball im DDR-Sozialismus. Aufstieg und Fall des ASK/FC Vorwärts Leipzig/Berlin/Frankfurt. Göttingen 2009, S. 188–192.
- 381 Auszug aus der Berichterstattung des IMS-Kandidaten »Werner Vogel« [...], 31.7.1980; ebd., Bd. 3, Bl. 12–15; Treffauswertung, 5.9.1980; ebd., Bl. 28–30 sowie weitere Berichte des IM an seinen Führungsoffizier in diesem Band.
- 382 Bericht, 11.12.1980; ebd., Bl. 98–100; Beobachtungsbericht und Bilddokumentation, 7.1.1981; ebd., Bl. 118–126.
- 383 Abschlussbericht zur OPK Ringk, Christoph, 27.2.1981; ebd., Bl. 136–140; das Zitat ebd., Bl. 140.
- 384 Zum enormen Aufschwung der Fußballmannschaft Stahl Brandenburg in den 1980er-Jahren und dessen Hintergründen: Klaedtke, Uta: »Stahl Feuer!!!« – die Fußballer des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg zwischen politischer Anpassung und betrieblichem Eigensinn. In: Teichler, Hans-Joachim (Hg.): Sport in der DDR. Eigensinn, Konflikte, Trends. Köln 2003, S. 237–270 und Lauck: Edel sei der Stahl (Anm. 377), S. 245–274. Lauck förderte den Aufschwung als Generaldirektor des VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat und Direktor des Stahl- und Walzwerkes, jeweils angesiedelt in Brandenburg an der Havel, maßgeblich.
- 385 BStU, MfS, HA XX, AKG – VSH (Christoph Ringk); Entscheidungsvorschlag zum NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet]-Reisekader, 17.6.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AIM 2534/86, Bl. 35–43. Hierbei handelt es sich um eine IM-Vorlaufakte zu Christoph Ringk, in der die KD Brandenburg zunächst lediglich überprüfte, ob der Spieler für eine IM-Tätigkeit innerhalb des Vereins überhaupt geeignet wäre. Die KD nahm von einer Kontaktaufnahme und Werbung von Ringk angesichts der Westkontakte der Eltern, der Gewogenheit des Spielers gegenüber dem Westen und weil sie inzwischen einen anderen Spieler geworben hatte Abstand. Abschlussbericht, 10.12.1986; ebd., Bl. 44 f. Völlig falsch liegt Leske, Hanns: Enzyklopädie des DDR-Fußballs. Göttingen 2007, S. 391, der Ringk auf Basis der bloßen Existenz dieser Akte eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS unterstellt.
- 386 Dazu u. a.: Teichler, Hans Joachim/Reinartz, Klaus: Das Leistungssportsystem der 80er Jahre und im Prozeß der Wende. Schorndorf 1999.
- 387 Bröckermann, Heiner: Landesverteidigung und Militarisation. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker 1971–1989. Berlin 2011; Wenzke, Rüdiger: Nationale Volksarmee. Die Geschichte. München 2014; Jammer, Brigitte: Zwischen Ministerbefehl und Ehrenamt – Die Armeesportvereinigung Vorwärts als Bestandteil der Streitkräfte der DDR (dargestellt anhand des Kinder- und Jugend- bzw. Nachwuchsleistungssports in der Militärsportorganisation). Potsdam 1996; Wolf: Hauptabteilung I (Anm. 55); Lehnitz, Klaus (HA I/MfNV/Referat Sport): Zu einigen Problemen der Aufdeckung und Verhinderung von Feindtätigkeit gegen den Leistungssport der Armeesportvereinigung »Vorwärts« der NVA. Diplomarbeit, 25.2.1974; BStU, MfS, JHS MF 3606.
- 388 Dienstanweisung Nr. 4/71 des Ministers über die politisch-operative Arbeit im Bereich Körperkultur und Sport vom Dezember 1971 mit Durchführungsbestimmung. Abgedruckt in: BStU (Hg.): MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Berlin 1994, S. 56–84, hier 70.
- 389 Hierzu auch das zwischenzeitlich nochmals negative Urteil der Unterabteilung (UA) ASV Vorwärts (Nachfolger der UA Sport) der HA I vom Mai 1984 über den Spieler, welches Zimmermann zumindest mündlich zugegangen sein muss und auf den gleichen Argumenten wie der Abschlussbericht zur OPK vom Februar 1981 basierte. Hintergrund für die Analyse bildete die Anfrage von Zimmermann, ob Ringk nicht wieder in der Oberliga spielen könne. Die UA ASV lehnte das nach Rücksprache mit der KD Brandenburg für den FCV ab. Ehemaliger Angehöriger des FCV Frankfurt (Oder), Ringk, Christoph, 8.5.1984; BStU, MfS, HA XX, Nr. 2699, Bl. 7 f.
- 390 Name geändert.
- 391 Schreiben der KD Herzberg, 18.6.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 745/84, o. Pag. (MfS-Zählung S. 77). Im Folgenden wird als Nachweis jeweils die MfS-Zählung angegeben.
- 392 Die Kaderakte von Wehling; BStU, MfS, BV Cottbus, KS 1358/92.
- 393 Übersichtsbogen zur OPK »Ronald«, 24.8.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 745/84 (ohne MfS-Zählung; vor dem Eröffnungsbericht abgeheftet); Eröffnungsbericht zum Einleiten einer OPK, 19.8.1982; ebd., S. 2–7; das Zitat S. 2. Der Eröffnungsbericht auch in: BStU, MfS, HA XX, ZMA, Nr. 50830, Bl. 1–6.
- 394 Begründung zu KK-Erfassung, 7.6.1982; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 745/84, S. 24 f.; Information zu Dirk Ewald, 16.6.1982; ebd., S. 78; Bericht über Dirk Ewald, 20.7.1982; ebd., S. 82; Bericht Dirk Ewald, 9.11.1982; ebd., S. 113; Information zu Ewald, Dirk, 9.3.1983; ebd., S. 137.
- 395 Aufgrund der zahlreichen Trainingslager und Wettkämpfe war es an den KJS durch eine Streckung der Schulzeit möglich, die Ausbildung später abzuschließen als an den gewöhnlichen Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen. Daher legte Dirk Ewald sein Abitur 1984 erst mit fast 21 Jahren ab.
- 396 Eröffnungsbericht, 18.3.1983; ebd., S. 146–150.
- 397 Operativplan, 30.3.1983; ebd., S. 151–154.
- 398 Abschlussbericht zum OV »Ronald«, 26.4.1984; ebd.; S. 248–251; das Zitat S. 251. Der Abschlussbericht auch in: BStU, MfS, HA XX, ZMA, Nr. 50830, Bl. 11–14.
- 399 Dazu u. a.: Teichler/Reinartz: Das Leistungssportsystem der 80er Jahre (Anm. 386).

- 400 Die Dienstanweisung ist abgedruckt in: MfS und Leistungssport (Anm. 388), S. 56–84.
- 401 Problemforderung der Abteilung XX der BV Leipzig zum Thema: »Zu einigen Problemen des Beziehungsgefüges des Leistungssportes«, 20.1.1970. Abgedruckt in: MfS und Leistungssport (Anm. 388), S. 51–55, hier 53.
- 402 Wiese, René: »Kaderschmieden des Sportwunderlandes«. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012, S. 487–498.
- 403 Einsatz-Plan Aktion »Kellermann«, 1955; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 1/55, Bd. 1, Bl. 2.
- 404 Ebd., Bl. 3.
- 405 Einsatzplan für die 8. Parkfestspiele Sanssouci vom 13.5. bis 22.5.1961, 12.5.1961; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 1/55, Bd. 8, Bl. 31–45, hier 31.
- 406 Konzeption der 8. Parkfestspiele, 1961; ebd., Bl. 22–24, hier 22.
- 407 Ebd.
- 408 Abschrift eines IM-Berichts, 24.5.1961; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 1/55, Bd. 10, Bl. 31.
- 409 Bericht über eine Fahrt mit Westberliner Teilnehmern der Parkfestspiele am 13.5.1961, 15.5.1961; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 1/55, Bd. 10, Bl. 37 f.
- 410 Zusammenfassende Information zur Exkursion der Presseattachés der akkreditierten Botschaften in der DDR am 31.5.1989 im Bezirk Cottbus, 2.6.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 2081, Bl. 100–103.
- 411 Ebd.
- 412 Geplante Filmaufnahmen im Kreis Calau in der Zeit vom 17.5. bis 25.5.1984, 4.4.1984; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 7089, Bl. 176 f.
- 413 Handlungsvarianten zur Aufnahme von Beobachtungsobjekten bzw. Übernahme nach Passieren der G[renz]Ü[bergangs]St[elle] Forst – A5, 8.4.1986; BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. KuSch, Nr. 378, Bl. 7–19.
- 414 Die Hauptabteilung HA II war zuständig für Spionageabwehr, Abt. VI für Grenzkontrollen sowie den Reise- und Touristenverkehr.
- 415 Sicherungskonzeption »Charakter und sicherheitspolitische Bedeutung des Spreewalds« der Abt. VI, 6.12.1986; BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. KuSch, Nr. 378, Bl. 27–37, hier 30.
- 416 Einleitungsbericht zur OPK »Kontakt«, 27.6.1986; BStU, MfS, BV Cottbus, AOPK 2415/88, Bl. 5–9, hier 5.
- 417 Abschlussbericht zur OPK »Kontakt«, 3.11.1988; ebd., Bl. 36–38.
- 418 Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle »Gast«, 27.3.1985; BStU, MfS, BV Cottbus, AOPK 2475/87, Bl. 5.
- 419 Einleitungsbericht zur OPK, 27.3.1985; ebd., Bl. 10–12.
- 420 Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle »Gast«, 14.12.1987; ebd., Bl. 6.
- 421 Titelzitat: »Wir fordern vor allem von jedem Lehrer eine sozialistische Bildung und Erziehung, und wer das ablehnt, kann kein Lehrer sein.« Zitat von Jurij Handrick, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Bautzen, 1958; zitiert nach: Meškank, Timo: Instrumentalisierung einer Kultur. Zur Situation bei den Sorben 1948–1989. Bautzen 2014, S. 205.
- 422 Information des VPKA Spremberg, 19.7.1960; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 2104/64, Bd. I, o. Pag.; aus der SED trat Kullings im November 1960 aus: Beschluss der Mitgliederversammlung der Ortsparteiorganisation Schleife, 14.11.1960; ebd., o. Pag.
- 423 Bericht des GI »Fritz Keller« an die KD Spremberg, 22.6.1961; ebd., o. Pag.
- 424 KD Weißwasser, Maßnahmeplan zur weiteren operativen Bearbeitung, 31.1.1963 und Eröffnungsbericht Vorlaufakte operativ, 8.4.1963; ebd., o. Pag.
- 425 Bericht des IM »Roy« an die KD Weißwasser, 16.9.1963; ebd., o. Pag.
- 426 Bericht des IM »Kunze« an die KD Weißwasser, 5.11.1963; ebd., o. Pag.
- 427 Bericht IM Silvia, 29.5.1963; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 2104/64, Bd. 1, o. Pag.
- 428 Maßnahmeplan der KD Weißwasser, 10.11.1963; BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 2104/64, Bd. II, o. Pag.
- 429 Vorbereitung der konspirativen Wohnungsdurchsuchung, 11.11.1963; ebd., o. Pag.
- 430 Zeugenaussagen und Anzeige Kullings; ebd., o. Pag.
- 431 Helmut Schickart war ab 1985 im Rang eines Generalmajors Leiter der BV Potsdam, siehe Biografie im Anhang der vorliegenden Studie.
- 432 Aussprachebericht, 20.11.1963; Erklärung Hans Kullings, 14.11.1963; beide BStU, MfS, BV Cottbus, AOP 2104/64, Bd. II, o. Pag.
- 433 Beschluss über die Archivierung des Vorgangs, 5.9.1964; ebd., o. Pag.
- 434 Zur Verdrängung unliebsamer sorbischer Intellektueller aus dem öffentlichen Leben in der Zeit um 1960 und allgemein Sorben im SED-Staat: Meškank: Instrumentalisierung einer Kultur (Anm. 421), S. 92 f.
- 435 Anfang 1960 kritisierte der Rat des Bezirks Cottbus, die Lehrer an der Schule in Dissenchen/Dešank hätten »keinen klaren Klassenstandpunkt in der nationalen Frage«, trotz der Entfernung Kullings und eines Kollegen würden die Sprachkurse noch immer nicht als »Mittel zur sozialistischen Bewusstseinsbildung der Kader« genutzt; vgl. Schurmann, Peter: Zwischen Förderungsanspruch und Realität. Die Zentrale Sorbische Sprachschule im Bezirk Cottbus zur Zeit der DDR. In: Wendisches Museum Cottbus (Hg.): Sorbische Kostbarkeiten 1 (2006), S. 77–97, hier 83.
- 436 Er starb 1995; zum Leben und Wirken Kullings: Jannasch, Klaus-Peter: Bahnwärter Kulling oder die Öffnung des Mittelsorbischen zur Welt. In: ebd., S. 99–121.
- 437 In einer Sicherheitskonzeption zum Spreewaldtourismus von 1986 hob auch die Stasi die Trachten, Sprache und Kultur der Sorben als Besonderheit des Reiseziels Spreewald hervor: BStU, MfS, BV Cottbus, Abt. KuSch, Nr. 378, Bl. 27–37.
- 438 So berichtete 1986 die KD Calau an den Chef der SED-Kreisleitung, dass drei Korrespondentenbesuche im Spreewald zur positiven Darstellung der DDR beigetragen hätten: BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 9870.
- 439 Meškank: Instrumentalisierung einer Kultur (Anm. 421), S. 212.
- 440 Dienstanweisung Nr. 4/51, 13.12.1951; BStU, MfS, BdL, Dok., Nr. 2067, Bl. 1 f.
- 441 Zum Schicksal der Sorben in der Nachkriegszeit: Schurmann, Peter: Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung. Bautzen 1998.
- 442 Ausführlich zum Thema MfS und Sorben: Meškank, Timo: Sorben im Blick der Staatssicherheit. Bautzen 2016.
- 443 Titelzitat: Information über die beabsichtigte Vorsprache von Mitgliedern der »Umweltgruppe Cottbus« zu den Ergebnissen der Kommunalwahl am 7.5.1989 in Cottbus-Stadt, 9.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1532, Bl. 2.
- 444 Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000, S. 116.
- 445 Für die Frühphase der DDR vgl. Laufer, Jochen: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschung bei den ersten Wahlen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 25 (1991), S. 31–41.
- 446 Müller, Jan: Symbol 1989 – Die DDR-Wahlfälschung und ihre strafrechtliche Aufarbeitung. Berlin 2001, S. 66.
- 447 Ebd., S. 69. Die Stasi war verantwortlich für die verwendeten Datenverarbeitungsanlagen und Meldesysteme.
- 448 Information über Aufbau, Ziele und Organisatoren der »Ökumenischen Umweltgruppe« Cottbus, 1.7.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1598, Bl. 2.
- 449 Ebd., Bl. 3.
- 450 Information über den Verlauf der Volkswahlen 1989 im Kreisgebiet Guben, 7.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 9545, Bl. 390.
- 451 Information über den weiteren Verlauf der Volkswahlen. Stand 14 Uhr, 7.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 9544, Bl. 387.
- 452 Information über den weiteren Verlauf der Volkswahlen im Kreis Guben – Stand 17:00 Uhr, 7.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 9543, Bl. 387.
- 453 Information über die beabsichtigte Vorsprache von Mitgliedern der »Umweltgruppe Cottbus« zu den Ergebnissen der Kommunalwahl am 7.5.1989 in Cottbus-Stadt, 9.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1532, Bl. 2.
- 454 Ebd., Bl. 3.
- 455 Anzeige gegen unbekannt wegen Wahlfälschung gem. § 211 StGB, 30.5.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1554, Bl. 8.
- 456 Information über den Verlauf der öffentlichen Veranstaltung der »Umweltgruppe Cottbus« in der Schlosskirche am 30.5.1989; ebd., Bl. 2.

- 457 Vermerk über den Verlauf des Gesprächs mit dem Anzeigenerstatter Dr. Peter Model vom 13.6.1989, 14.6.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1586, Bl. 3.
- 458 Eingabe von Jungwählern im Rahmen der Kommunalwahlen 1989, 12.5.1989; BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Frankfurt (Oder), Nr. 262, Bl. 1–54.
- 459 Ausführungen des Gen. Ministers auf der zentralen Dienstbesprechung am 28.4.1989; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 8677, Bl. 1–178, hier 74.
- 460 Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 121.
- 461 Ebd., S. 127.
- 462 Wenn nicht anders angegeben, stammen die diesem Text zugrundeliegenden Informationen aus einem Interview mit Volker Wiedersberg am 30.1.2020.
- 463 Informationsbericht der BV Potsdam »über die beabsichtigte Durchführung einer Veranstaltung mit sogenanntem wahlvorbereitendem Charakter durch die in Potsdam-Babelsberg wirkende kirchliche Basisgruppe Kontakte«, 14.4.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 427, Bl. 112–114; Informationsbericht »über Erkenntnisse zu sogenannten wahlvorbereitenden Veranstaltungen im Rahmen der evangelischen Kirche in Potsdam«, 25.4.1989; ebd., Bl. 192–198.
- 464 Zur Aufdeckung der Wahlfälschung: Schalinski, Hans: Wir bitten um eine Korrektur des Wahlergebnisses. Die Wahlfälschung in Potsdam. In: Grabner, Sigrid u. a. (Hg.): Potsdam 1945–1989. Zwischen Anpassung und Aufbegehren. Potsdam 1999, S. 129–132.
- 465 Mechtel, Hartmut: Im Osten nichts Neues. Protokolle und Notizen zur Zeitgeschichte. 1989–1992. Potsdam 1993, S. 21 f.
- 466 Kowalczuk: Endspiel (Anm. 331), S. 356–379.
- 467 Meinel, Reinhard/Tschäpe, Rudolf: Aufbruch in die Demokratie. Das Neue Forum. In: Grabner u. a.: Potsdam 1945–1989 (Anm. 464), S. 147–153; Bericht der KD Potsdam über die Veranstaltung der Gruppe Kontakte am 4.10.1989 in der Friedrichskirche Babelsberg, 5.10.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1939, Bl. 119 f.
- 468 Erstmeldung der Abteilung IX der BV Potsdam zur Festnahme Volker Wiedersbergs, 9.10.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, ZMA B, Nr. 3317, Bl. 17–20; s. dazu auch den Bericht Wiedersbergs in: Mechtel: Im Osten nichts Neues (Anm. 465), S. 63–68.
- 469 Grabner, Sigrid: Genug geschwiegen. Die letzten Tage der DDR. In: dies. u. a.: Potsdam 1945–1989 (wie Anm. 464), S. 155–166, hier 155–159; Telegramm des Leiters der BV Potsdam zur »Provokativ-Demonstrativen Zusammenrottung am 7.10.1989 in Potsdam«, 7.10.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 542, Bl. 229 f.; Bericht zur »Absicherung der provokatorischen Demonstration anlässlich des 40. Jahrestages der DDR«; ebd., Bl. 231–235.
- 470 Ein Überblick zum 40. Jahrestag der DDR. In: Kowalczuk: Endspiel (Anm. 331), S. 388–403.
- 471 Information über aktuelle Erkenntnisse und Tendenzen des Wirksamwerdens innerer feindlich-oppositioneller Kräfte, insbesondere in personellen Zusammenschlüssen im Bezirk Potsdam, 3.7.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg, Nr. 1004, Bl. 20–44.
- 472 Einen Überblick über die verschiedenen Basisgruppen: Weiß, Peter Ulrich: Aufbruch in der Provinz. Anpassung, Widerständigkeit und Revolution in Brandenburg. In: Braun, Jutta/Weiß, Peter Ulrich (Hg.): Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg. Potsdam 2014, S. 304–333, hier 309–312; zur Ausgangslage in den drei Bezirken im Jahr 1989: ebd., S. 305–309.
- 473 Am 9.10.1989 demonstrierten in Leipzig ca. 70 000 Menschen, ohne dass das Regime gegen sie Gewalt anwendete. In der Folge überwand Menschen überall in der DDR ihre Ängste und beteiligten sich an Demonstrationen, vgl. Kowalczuk: Endspiel (Anm. 331), S. 403–406.
- 474 Information über den Verlauf durchgeführter Demonstrationen und Dialog – sowie kirchliche Veranstaltungen in verschiedenen Orten des Bezirkes Cottbus am 30.10.1989, 30.10.1989; weitere Demonstrationen am gleichen Tag: Hoyerswerda 1 000 Personen, Forst 1 900, Weißwasser 2 300 u. a.; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1749, Bl. 1–5.
- 475 Bis dahin war es im Bezirk Frankfurt (Oder) ruhig geblieben, vgl. Kusch, Reinhard: Kollaps ohne Agonie. Das Ende des SED-Regimes im Bezirk Frankfurt (Oder). Jacobsdorf 1999, S. 54–61.
- 476 Zahlen aus: Rapporte der BV Potsdam, Oktober/November 1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1965, Bd. I, Bl. 15, 18, 22, 30 u. 45.
- 477 Die Stasi schätzte 20 000 Menschen: Lagebericht, 4.11.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 2259, Bl. 210; Bürgerrechtler schätzten um 100 000; vgl. Grabner: Potsdam 1945–1989 (Anm. 464), S. 162.
- 478 Information über weitere Hinweise zu den Veranstaltungen/Demonstrationen des 30.10.1989 im Bezirk Cottbus, 31.10.1989; BStU, MfS, BV Cottbus, AKG, Nr. 1750, Bl. 5. Karl-Eduard von Schnitzler (1918–2001) war Chef-Kommentator des DDR-Fernsehens und durch seine kompromisslose Propagandasendung »Der schwarze Kanal« in weiten Teilen der Bevölkerung der DDR als Repräsentant des SED-Regimes verhasst.
- 479 Zur Glienicker Brücke als deutsch-deutschem Erinnerungsort vgl. Blees, Thomas: Glienicker Brücke. Ausufernde Geschichten. Berlin ²1998; zur Öffnung am 10.11.1989: ebd., S. 107–120.
- 480 Die Folge waren Rücktritte: Werner Walde (Jg. 1926), 1. Sekretär der SED-BL Cottbus ging am 9. November, am 15. folgten seine Amtskollegen in Frankfurt (Oder) (Christa Zellmer, Jg. 1930) und Potsdam (Günther Jahn, Jg. 1930); vgl. Weiß, Peter Ulrich: Aufbruch in der Provinz. Anpassung, Widerständigkeit und Revolution in Brandenburg. In: Braun: Agonie (Anm. 472), S. 304–333. Beispielfür den Kontrollverlust der SED auf Kreisebene: Bahr, Andrea: »Wo ein Genosse ist – kämpft die Partei!« Macht- und Bedeutungsverlust der SED-Kreisleitungen in Brandenburg a. d. Havel und im Bezirk Potsdam im Herbst 1989. In: Braun: Agonie (Anm. 472), S. 128–155.
- 481 So am 7.11. bei einer Demonstration mit ca. 8 000 Teilnehmern in Rathenow: Telegramm der BV Potsdam an die MfS-Zentrale, 7.11.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1965, Bd. I, Bl. 74.
- 482 Zur Umbenennung und späteren Auflösung des MfS vgl. Kowalczuk: Endspiel (Anm. 331), S. 505–525.
- 483 Ein Mitarbeiter der KD Jessen machte sich bereits am 8.11. Notizen zur Aktenvernichtung; BStU, MfS, BV Cottbus, KD Jessen, Nr. 134, Bl. 84; zu Aktenvernichtungen in der Zeit der Friedlichen Revolution: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90. Berlin 2020.
- 484 Kreis Rathenow (Hg.): Chronik der Wende im Kreis Rathenow. Rathenow 1992, S. 103–112.
- 485 Demke, Elena/Weiß, Peter Ulrich: Verbunkerte Akten. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Cottbus. In: Schöne, Jens (Hg.): Revolution. Die DDR im Jahr 1989. Berlin 2010, S. 71–109.
- 486 Wernicke, Thomas: »Ich habe sie dann reingelassen«. Die Auflösung der Staatssicherheit 1989/90 im Bezirk Potsdam. In: Braun: Agonie (Anm. 472), S. 170–189.
- 487 »Wie Westberlin« ist eine Anspielung auf den wenige Wochen zuvor erfolgten, überraschenden Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989.
- 488 Handschriftliche Aufzeichnung, Dezember 1989 (Auszug); Privatarchiv Volker Wiedersberg.
- 489 Rüdiger, Gisela/Rogall, Gudrun: Die 111 Tage des Potsdamer Bürgerkomitees »Rat der Volkskontrolle« 1989/90. Potsdam 2009.
- 490 Brandenburgische Neuste Nachrichten. 4. Januar 1990.
- 491 Zu den Vorgängen um den Rat der Volkskontrolle und die Schriftgutkommission vgl. ebd., S. 175 f.; zur Auflösung der Stasi und dem Umgang mit ihren Unterlagen allgemein Kowalczuk: Endspiel (Anm. 331), S. 512–525.



> Erich Mielke und der Oberkommandierende der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Jewgeni Filippowitsch Iwanowski (r.) und Raúl Castro (l.), Oberkommandierender der kubanischen Streitkräfte, während der Eröffnung des Manövers »Waffenbrüderschaft 80« in Potsdam. September 1980

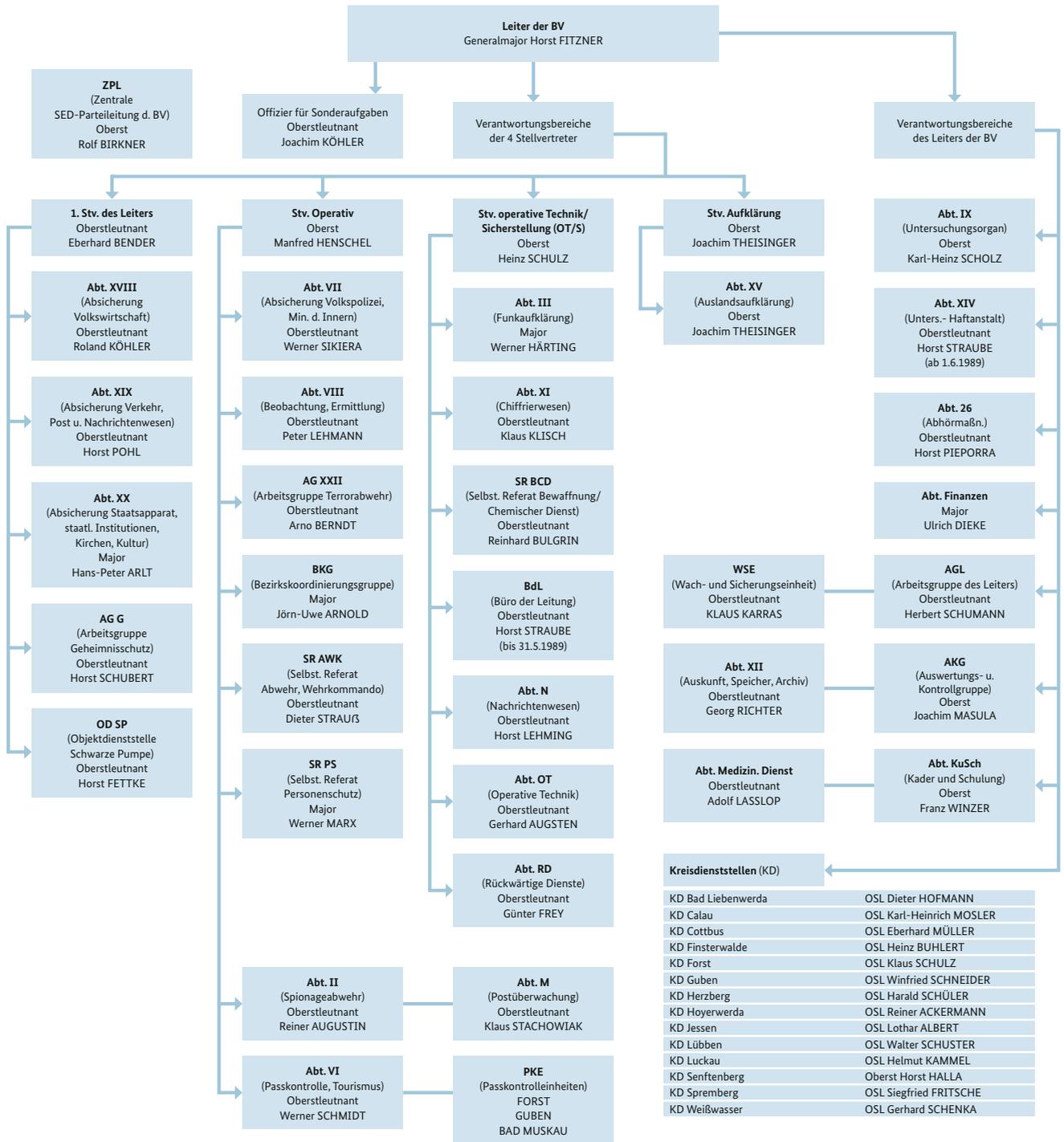
BStU, MfS, SdM, Fo, Nr. 66, Bild 1

Struktur und Aufgaben der Stasi in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam

Bezirksverwaltung (BV) Cottbus

des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 10/89)



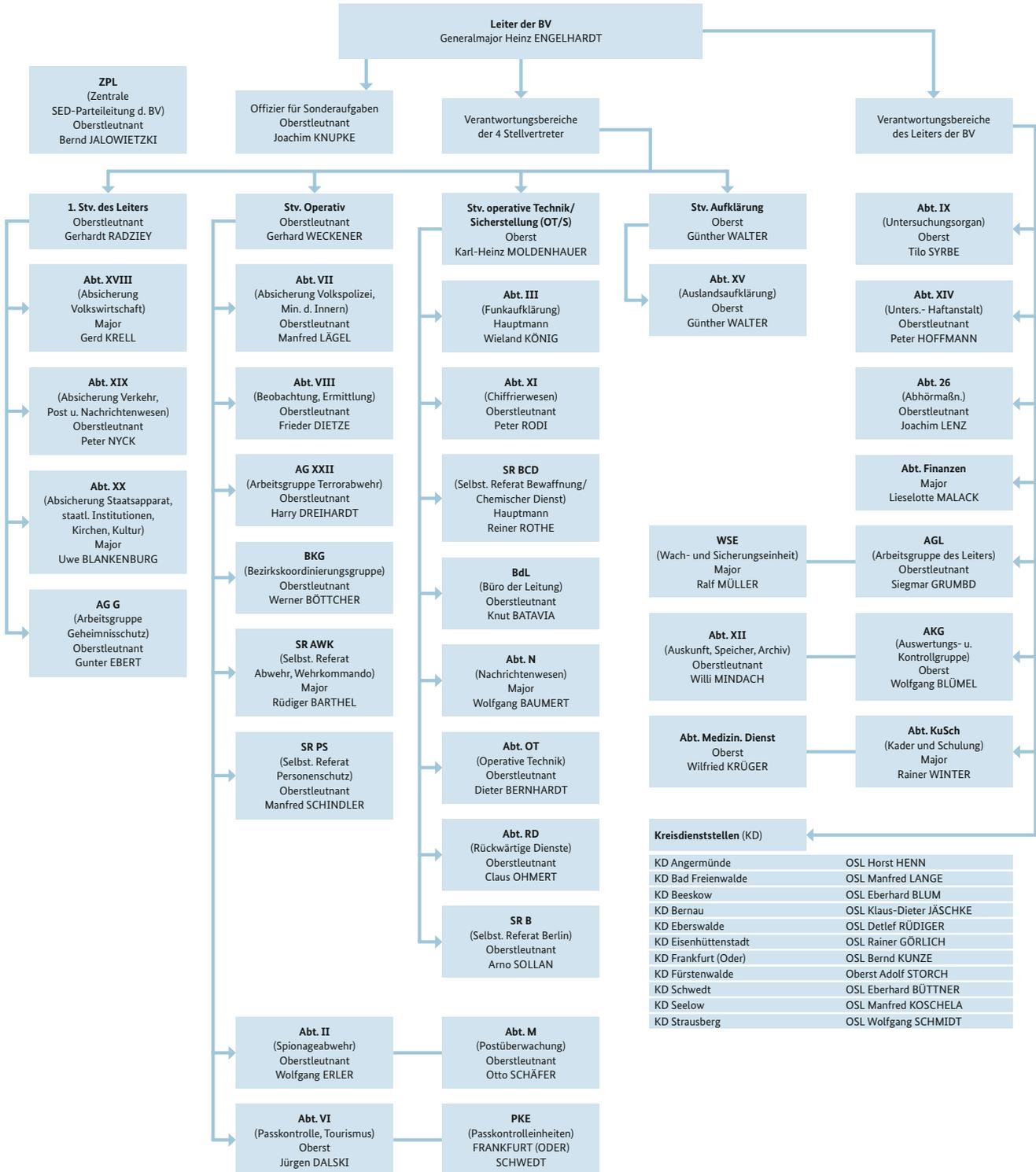
Kreisdienststellen (KD)

KD Bad Liebenwerda	OSL Dieter HOFMANN
KD Calau	OSL Karl-Heinrich MOSLER
KD Cottbus	OSL Eberhard MÜLLER
KD Finsterwalde	OSL Heinz BUHLERT
KD Forst	OSL Klaus SCHULZ
KD Guben	OSL Winfried SCHNEIDER
KD Herzberg	OSL Harald SCHÜLER
KD Hoyerwerda	OSL Reiner ACKERMANN
KD Jessen	OSL Lothar ALBERT
KD Lübben	OSL Walter SCHUSTER
KD Luckau	OSL Helmut KAMMEL
KD Senftenberg	Oberst Horst HALLA
KD Spremberg	OSL Siegfried FRITSCHKE
KD Weißwasser	OSL Gerhard SCHENKA

Bezirksverwaltung (BV) Frankfurt (Oder)

des Ministeriums für Staatssicherheit

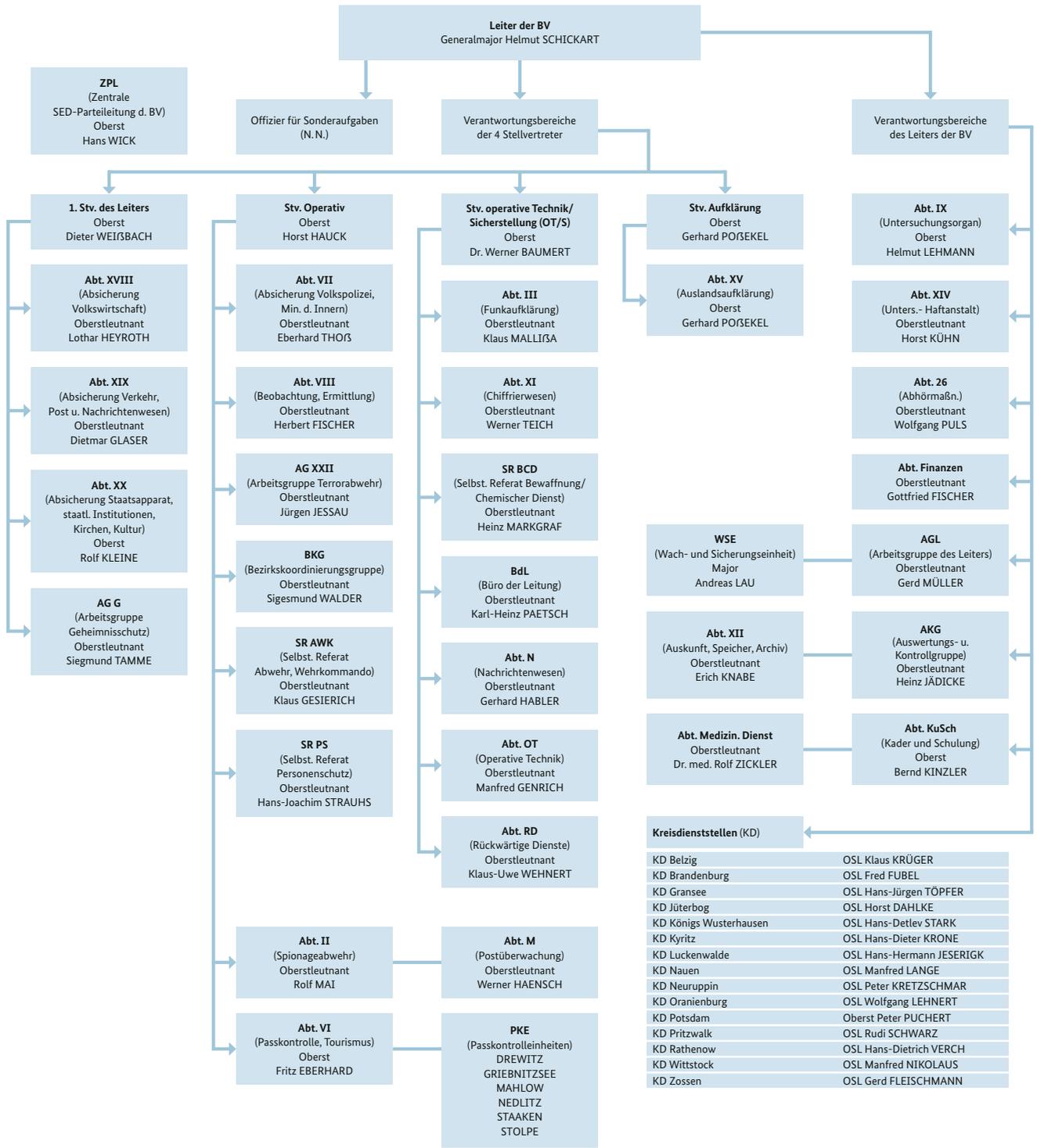
(Stand 10/89)



Bezirksverwaltung (BV) Potsdam

des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 10/89)



Kreisdienststellen (KD)

KD Belgig	OSL Klaus KRÜGER
KD Brandenburg	OSL Fred FUBEL
KD Gransee	OSL Hans-Jürgen TÖPFER
KD Jüterbog	OSL Horst DAHLKE
KD Königs Wusterhausen	OSL Hans-Detlev STARK
KD Kyritz	OSL Hans-Dieter KRONE
KD Luckenwalde	OSL Hans-Hermann JESERIGK
KD Nauen	OSL Manfred LANGE
KD Neuruppin	OSL Peter KRETZSCHMAR
KD Oranienburg	OSL Wolfgang LEHNERT
KD Potsdam	Oberst Peter PUCHERT
KD Pritzwalk	OSL Rudi SCHWARZ
KD Rathenow	OSL Hans-Dietrich VERCH
KD Wittstock	OSL Manfred NIKOLAUS
KD Zossen	OSL Gerd FLEISCHMANN

Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam

Bezirk Cottbus



BV Cottbus (ab 1966)
Am Nordrand 45
(vorheriger Sitz Gerichtsplatz 2)
BStU, MfS, BV Cottbus, BdL, Fo, Nr. 3513,
Bild 79



KD Finsterwalde
Straße der Befreiung 22
(vorheriger Sitz bis 1961 Friedensstr. 23,
bis 1973 Frankenaer Weg 42)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Hoyerswerda
Industriegelände/Zeißig
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Bad Liebenwerda
Leninstr. 14
(heute Riesaer Str.)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Forst (Lausitz)
Willi-Schmidt-Str. 24
(heute Jänickestr.)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Jessen (Elster)
Nordstr. 86–89
BStU, MfS, Liegenschaften, Nr. 610, Bl. 5



KD Calau
Waldstraße 12
BStU



KD Guben
Schlagsdorfer Weg 12
(ab 1977 in Straße der Chemiewerker
umbenannt) (heute Forster Str.)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Luckau
Matschenzstr. 15/16
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Cottbus (ab 1966)
Gerichtsplatz 1/2
(vorheriger Sitz Sandower Str. 50)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Herzberg (Elster)
An der Lanfter
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Lübben
Paul-Gerhardt-Straße 2/3
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)

Bezirk Frankfurt (Oder)



KD Senftenberg (ab 1984)
Schwarzer Weg 1
(vorheriger Sitz Felix-Spiro-Str. 13 a)
BStU, MfS, BV Cottbus, KD Senftenberg, Fo, Nr. 602, Neg. Nr. 14



BV Frankfurt (Oder) (bis 1965)
Uferstr. 3
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), Abt. XIX, Nr. 613, Bild 29/5



KD Beeskow (ab 1966)
Liebknechtstr. 20
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Beeskow, Fo, Nr. 2919, Bild 6



KD Spremberg
Drebkauer Str. 3
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



BV Frankfurt (Oder) (ab 1966)
Otto-Grotewohl-Str. 53
(heute Robert-Havemann-Str. 11)
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Fo, Nr. 19, Bl. 6



KD Bernau (ab 1984)
Jahnstr. 7/11
(vorheriger Sitz Karl-Marx-Str. 66)
Kreisarchiv Barnim, Urheber: unbekannt



KD Weißwasser (ab 1983)
Wilhelm-Pieck-Str. 42 a
(heute Thomas-Jung-Str. 10)
(vorheriger Sitz Schillerstr. 4)
Foto: Kerstin Schönwald



KD Angermünde
Puschkinallee 17/18
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Eberswalde
Str. der Jugend 126 a
(heute Breite Str.)
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



OD »Schwarze Pumpe«
Im Gaskombinat
An der Alten Ziegelallee 1
BStU, MfS, HA, XIX, Fo, Nr. 48, Bild 12



KD Bad Freienwalde (Oder)
Gartenstr. 3
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 40, Bl. 120



KD Eisenhüttenstadt
Friedrich-Engels-Str. 1 a
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 40, Bild 52



KD Frankfurt
Otto-Grotewohl-Str. 53
(heute Robert-Havemann-Str. 11)
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Fo,
Nr. 19, Bl. 6



KD Strausberg (1966 gegründet)
Ernst-Thälmann-Str. 118–120
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)

Bezirk Potsdam



BV Potsdam
Hegelallee 6–10
Foto: Sebastian Stude



KD Fürstenwalde/Spree
Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 37/39
BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Fürsten-
walde, Nr. 180, Bl. 50



KD Belzig
Ernst-Thälmann-Str. 10
BStU



KD Schwedt/Oder
Karl-Marx-Str. 30
Stadtmuseum Schwedt, Foto: Hans Herzog



KD Brandenburg
Neuendorfer Str. 89
BStU



KD Seelow (1966 gegründet)
Zernikower Straße 2
BStU, Außenstelle Frankfurt (Oder)



KD Gransee
Koliner Str. 7
(von 1980 bis 1989 in Buchholzer Weh
umbenannt)
BStU



KD Jüterbog
Str. des Friedens 34
(heute Schloßstraße)
BStU



KD Nauen
Dammstr. 34
BStU



KD Pritzwalk (ab 1985)
Bahnhofstr. 14/15
(vorheriger Sitz Putlitzer Str. 29)
BStU



KD Königs Wusterhausen
Kirchplatz 17
BStU



KD Neuruppin
Fontanestr. 11
Foto: Florian Schäffer



KD Rathenow
Wilhelm-Pieck-Str. 45/47
(heute Berliner Str.)
Stadtarchiv Rathenow, NL Kuberski



KD Kyritz
Schulze-Kersten-Str. 23
(heute Schulze-Kersten-Str. 1)
BStU



KD Oranienburg
Greifswalder Str. 11
BStU



KD Wittstock
Str. der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 19
(heute Röbbeler Straße)
BStU



KD Luckenwalde
Brahmbuschstr. 3
BStU



KD Potsdam
Puschkinallee 16
BStU



KD Zossen
Wasserstr. 6 a
BStU

Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen

Die Minister für Staatssicherheit

Wilhelm Zaisser

(* 1893, Rotthausen, † 1958, Berlin)



BArch, Bild 183-08749-0001

Volksschullehrer

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West
 1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)
 1932 Eintritt in die KPdSU
 1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg
 1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen
 1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
 1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt
 1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen
1950–1953 Minister für Staatssicherheit, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros
 1953 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«
 1954 Parteiausschluss

Ernst Wollweber

(* 1898, Hannoversch Münden, † 1967, Berlin)



BArch, Bild 183-26755-001

Seemann

1919 Eintritt in die KPD
 1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD
 1933 Emigration nach Kopenhagen
 ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten
 1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage
 1944 Ausreise in die UdSSR
 1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen
1953–1955 Staatssekretär für Staatssicherheit
1955–1957 Minister für Staatssicherheit
 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer
 1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert
 1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

Erich Mielke

(* 1907, Berlin, † 2000, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Speditionskaufmann

1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes
 1927 Eintritt in die KPD
 1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg
 1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich
 1945 Rückkehr nach Berlin
 1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft
 Mitglied des ZK der SED
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit
 1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit
 1955–1957 stellv. Minister im Ministerium für Staatssicherheit
1957–1989 Minister für Staatssicherheit
 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer
 1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
 1980 Armeeoberst
 Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied
 Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED
 1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

Die Leiter der Bezirksverwaltung Cottbus

Fritz Schröder

(* 1915, Momehnen/Ostpreußen, † 2001, Neuenhagen)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Fleischer
 1935–1936 Reichsarbeitsdienst
 1936–1942 Wehrmacht
 1942–1945 Kriegsgefangenschaft, Antifa-Schule, Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1946 Leiter des VPKA Nauen, Besuch der Landespolizeischule Biesenthal
 1948–1949 Leiter des VPKA Teltow
 1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS)
 1949–1950 Leiter der KD Frankfurt (Oder)
 1950–1952 Leiter der Abteilung V (Untergrund) der Länderverwaltung Brandenburg
1952–1955 Leiter der BV Cottbus
 1955–1964 Leiter der HA V (Staatsapparat, Kirchen, Untergrund)
 1964–1974 stellvertretender Minister für Staatssicherheit
 1972 Generalleutnant
 1975 Rentner

Horst Fitzner

(* 1930, Mühlberg/Elbe)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Kfz-Schlosser, Jurist
 1950–1952 Einstellung beim VPKA Bad Liebenwerda
 1952–1955 Lageoffizier im Operativstab der BDVP Cottbus, Eintritt in die SED
 1955–1961 Einstellung beim MfS in die Abt. II (Spionageabwehr) der BV Cottbus
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam; Diplom-Jurist
 1961–1963 stellvertretender Abteilungsleiter in der BV Cottbus
 1963–1973 Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters der BV Cottbus
 1973–1979 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Cottbus
 1979–1980 Besuch der Parteihochschule der SED
1981–1990 Leiter der BV Cottbus
 1982 Generalmajor
 1990 Rentner

Hans Ullmann

(* 1919, Kostenthal/Oberschlesien, † 1989)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Fleischer, Jurist
 1939–1943 Wehrmacht
 1943–1945 Kriegsgefangenschaft, Antifa-Schule, Nationalkomitee Freies Deutschland
 1949 Eintritt in die SED, Einstellung bei der VP, dann bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS), stellv. Leiter der KD Wittenberge
 1950–1954 Leiter der KD Senftenberg
 1954–1955 2. Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Cottbus
1955–1981 Leiter der BV Cottbus
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam; Diplom-Jurist
 1976 Generalmajor
 1981 Rentner

Die Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)

Helmut Grubert

(* 1908, Nekla/Posen, † 1992)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Werkzeugmacher

1945 Eintritt in die KPD
 1945–1948 Bürgermeister in Beenz
 1946 Eintritt in die SED
 1948–1949 Personalleiter der Kreisverwaltung Prenzlau
 1950–1951 Einstellung beim MfS, Leiter der KD Prenzlau
 1951–1952 Leiter der Abteilung VI (Staatsapparat) der Länderverwaltung Brandenburg des MfS
 1952–1954 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Frankfurt (Oder)
1954–1961 Leiter der BV Frankfurt (Oder)
 1956 Oberstleutnant
 1960–1961 Besuch der Bezirksparteischule
 1961–1969 OibE als Leiter der Abteilung Postzollfahndung des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs
 1969 Rentner
 1969–1976 ehrenamtlicher Ermittler der HA Kader und Schulung

Herbert Stöß

(* 1923, Friedersreuth/ČSR, † 2006, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Weber

1942–1945 Wehrmacht
 1946 Eintritt in die SED, VPKA Westhavelland und Rathenow
 1949 KD Rathenow der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS)
 1951–1952 stellvertretender Leiter der Abteilung III (Volkswirtschaft) der Länderverwaltung Brandenburg
 1952–1955 Arbeit in der HA III
 1956–1957 Besuch der Bezirksparteischule Berlin
 1957–1959 stellvertretender Abteilungsleiter der AG Anleitung und Kontrolle
 1959–1980 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Frankfurt (Oder)
1980–1987 Leiter der BV Frankfurt (Oder)
 1981 Generalmajor
 1987 Rentner

Gerhard Neiber

(* 1929, Neutitschein/ČSR, † 2008, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Jurist (Dr. jur.)

1948–1949 Eintritt in die SED, Einstellung bei der VP
 1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Thüringen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Thüringen des MfS)
 1950–1952 KD Weimar, stellvertretender Leiter der Abt. IV (Spionageabwehr) der Länderverwaltung Thüringen
 1953–1954 stellvertretender Leiter der Abteilung Politikultur der BV Schwerin
 1955–1959 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Schwerin
 1959–1960 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Frankfurt (Oder)
 1960–1965 Studium an der JHS des MfS Potsdam; Diplom-Jurist
1961–1980 Leiter der BV Frankfurt (Oder)
 1970 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam
 1980–1989 stellvertretender Minister für Staatssicherheit
 1982 Generalleutnant
 Dez. 1989 seiner Funktionen enthoben
 1990 Rentner

Heinz Engelhardt

(* 1944, Angerapp/Ostpreußen)



BStU, MfS, KS, Nr. 26755/90, Bl. 71

Jurist

1962 Eintritt in die SED, Einstellung beim MfS, BV Karl-Marx-Stadt
 1968–1974 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam; Diplom-Jurist
 1970–1971 Leiter des Bereichs Reisen und Touristik der BV Karl-Marx-Stadt
 1971–1976 Leiter der KD Reichenbach
 1976–1984 Leiter der Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) der BV Karl-Marx-Stadt
 1984–1986 Leiter der KD Karl-Marx-Stadt
 1986–1987 Offizier für Sonderaufgaben in der BV Frankfurt (Oder)
1987–1989 Leiter der BV Frankfurt (Oder)
 1987 Generalmajor
 Dez. 1989–Jan. 1990 Leiter des AfNS
 1990 Berater bei der Auflösung des AfNS

Die Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam

Emil Wagner
(* 1921, Troppau/ČSR)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Schlosser
1939–1945 Wehrmacht
1943–1945 Gefangenschaft, Antifa-Schüler, Einsatz in Partisanengruppe
1945/1946 Eintritt in die KPD bzw. die SED
1947 Einstellung bei der Deutschen Verwaltung des Innern
1948 Leiter des Dezernates K 5 (politische Polizei)
1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS) in leitender Funktion
1952–1955 **Leiter der BV Potsdam**
1955–1972 Leiter der BV Halle, wegen Krankheit von seinen Funktionen entbunden
März 1972 OibE für die Objektverwaltung Wismut
1972 Rentner

Rudi Mittig
(* 1925, Reichenberg/ČSR, † 1994, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Maurer, Ingenieur
1943–1945 Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht
1945–1949 Kriegsgefangenschaft
1950 Eintritt in die SED, Besuch der Ingenieurschule für Bauwesen Brandenburg; Ingenieur für Hochbau
1952 Einstellung beim MfS in der Abteilung III (Volkswirtschaft) der BV Potsdam
1953–1954 Leiter der Abteilung III der BV Potsdam
1954–1955 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Potsdam
1955–1964 **Leiter der BV Potsdam**
1964–1975 Leiter der HA XVIII (Volkswirtschaft)
1966–1968 Studium an der JHS des MfS Potsdam; Diplom-Jurist
1975–1989 stellvertretender Minister für Staatssicherheit
1986–1989 Mitglied des ZK der SED
1987 Generaloberst
Dez. 1989 seiner Funktionen enthoben
1990 Rentner

Julius Michelberger
(* 1919, Engerau/ČSR, † 1990)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Kaufmännischer Angestellter, Jurist
1939–1942 Militärdienst
1942–1945 sowjetische Kriegsgefangenschaft
1943–1944 Antifa-Schule und Zentralschule Krasnogorsk
1944 Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland
1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
1949–1952 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS), Leiter der Abteilung III
1952 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Schwerin
1956–1963 Leiter der BV Gera
1958–1959 Besuch der Parteihochschule der SED
1963–1971 **Leiter der BV Potsdam**
1964 Oberst
1966–1968 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
1971–1979 Abteilungsleiter in der Arbeitsgruppe des Ministers für Staatssicherheit
1979 Rentner

Siegfried Leibholz

(* 1925, Berlin-Schöneberg, † 2005, Potsdam)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Schlosser, Diplom-Staatswissenschaftler

1939–1943 Schlosserlehre nach Ausschluss vom Gymnasium wegen jüdischer Herkunft und KPD-Zugehörigkeit des Vaters; Abitur auf der Abendschule; Hilfsarbeiter

1943–1945 Untertauchen in die Illegalität bis zum Kriegsende

1945 Einstellung bei der VP, Kreis Osthavelland

1946 Eintritt in die SPD bzw. SED, Besuch der Provinzialpolizeischule Mark Brandenburg

1947–1948 Lehrer an der VP-Anwärerschule Luckenwalde, Leiter der Schutzpolizei Eberswalde, Lehrer an der Landespolizeischule Biesenthal

1948–1949 Leiter der Schutzpolizei im Kreis Teltow

1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS), stellvertretender Leiter der Dienststelle Mahlow

1951–1954 Leiter der Abteilung VII (VP) der Länderverwaltung Brandenburg des MfS (ab 1952 der BV Potsdam)

1954–1955 Leiter der Abteilung II (Spionageabwehr) der BV Potsdam

1955–1971 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Potsdam

1960–1968 Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam; Diplom-Staatswissenschaftler

1971–1985 Leiter der BV Potsdam

1980 Generalmajor

1985 Rentner

Helmut Schickart

(* 1931, Dresden, † 1993)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Maler, Jurist

1950 Eintritt in die SED

1952–1954 Einstellung beim VPKA Hoyerswerda

1954–1956 Einstellung beim MfS, KD Hoyerswerda

1956–1962 stellvertretender Leiter der KD Hoyerswerda

1962–1964 Leiter der KD Weißwasser

1964–1975 Leiter der Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) der BV Cottbus

1964–1969 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam

1975–1983 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Cottbus

1983–1985 Offizier für Sonderaufgaben beim Leiter der BV Potsdam

1985–1990 Leiter der BV Potsdam

1985 Generalmajor

1990 Rentner

Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen
Die SED-Bezirksleitung Cottbus

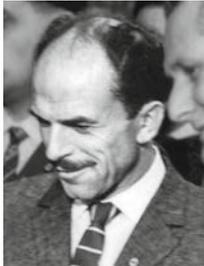
Franz Bruk
 (* 1923, Wien, † 1996, Berlin)



Filmmuseum Potsdam/Karin Blasig

Bäcker
 1940–1945 Wehrmacht, amerikanische und britische Kriegs-
 gefangenschaft
 1946 Eintritt in die KPD dann SED
 1950–1951 Studium an der Parteihochschule der SED
 1951–1952 1. Sekretär der SED-KL Senftenberg
1952–1953 1. Sekretär der SED-BL Cottbus
 1953–1954 Studium an der Parteihochschule des ZK der KPdSU
 in Moskau
 1954–1958 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1958–1966 Sekretär der SED-BL Halle für Agitation und
 Propaganda
 1966–1973 Direktor des DEFA-Studios Spielfilm
 1967–1971 Mitglied der SED-BL Potsdam

Albert Stief
 (* 1920, St. Ingbert, † 1998, Berlin)



BArch, Bild 183-C1002-0002-001

Dreher, Ökonom (Dr. rer. oec.)
 1939–1943 Wehrmacht, Überläufer zur Roten Armee
 1943–1945 Kriegsgefangenschaft, Mitglied des Nationalkomitees
 Freies Deutschland, Antifa-Schule
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1946–1949 Leiter des Umsiedlerlagers Elsterhorst bei Hoyers-
 werda
 1949–1950 Abteilungsleiter und Sekretär der SED-KL Hoyers-
 werda
 1950–1952 Abteilungsleiter beim Rat des Kreises Hoyerswerda
 1952–1953 Besuch der Parteihochschule der KPdSU
1953–1969 1. Sekretär der SED-BL Cottbus
 1962–1965 Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie Berlin;
 Promotion
 ab 1963 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volks-
 kammer
 1971–1977 Staatssekretär des Komitees der Arbeiter-und-
 Bauern-Inspektion
 ab 1977 Vorsitzender und Minister des Komitees der
 Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
 Nov. 1989 Niederlegung seiner Funktionen bis auf das Volks-
 kammermandat

Werner Walde
 (* 1926, Döbeln, † 2010, Cottbus)



ullstein bild – Probst

Verwaltungsangestellter, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler,
 Diplom-Wirtschaftswissenschaftler
 1943–1945 Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegs-
 gefangenschaft
 1946 Eintritt in die SPD bzw. SED
 1950 Besuch der Landesparteischule der SED Sachsen
 1951–1953 verschiedene Funktionen an der Landesparteischule
 der SED Sachsen
 1953–1955 stellvertretender Schulleiter und Schulleiter der
 Bezirksparteischule der SED Cottbus
 1954–1960 Fernstudium an der Parteihochschule der SED;
 Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1955–1961 Abteilungsleiter der SED-BL Cottbus
 1961–1964 1. Sekretär der SED-KL Senftenberg
 1964–1966 Studium an der Hochschule für Ökonomie Berlin;
 Diplom-Wirtschaftswissenschaftler
 1966–1969 2. Sekretär der SED-BL Cottbus
1969–1989 1. Sekretär der SED-BL Cottbus
 Ab 1971 Abgeordneter der Volkskammer, Mitglied des ZK der
 SED
 Ab 1976 Kandidat des Politbüros des ZK der SED

Wolfgang Thiel
 (* 1948, Felchta)



ullstein bild

Betriebsschlosser, Ingenieur
 1966–1969 Studium an der Staatlichen Universität Leningrad;
 Diplom-Ingenieur
 1967 Eintritt in die SED
 1969–1971 Besuch der Karl-Marx-Universität Leipzig
 1971–1981 Dozent an der Ingenieursschule für Bergbau und
 Energetik Senftenberg
 1981–1985 Parteisekretär der Ingenieursschule
 1985–1987 Besuch der Parteihochschule der KPdSU
 1987–1989 Mitarbeiter der SED-BL Cottbus
1989–1990 1. Sekretär der SED-BL Cottbus
 1990–1999 (stellvertretender) Landesvorsitzender der PDS
 Brandenburg

Die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder)

Gerhard Grüneberg

(* 1921, Lehnin, † 1981, Berlin)



BArch, Bild 183-Z0218-38, Foto: Hartmut Reiche

Maurer und Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1928–1933 Rote Jungpioniere/Jung-Spartakus-Bund
 1941–1945 Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft
 1946 Eintritt in die KPD bzw. SED
 1947 Besuch der Kreisparteischule Niederbarmin
 1947–1948 Abteilungsleiter der SED-KL Guben
 1948 Besuch der Landesparteischule der SED Brandenburg
 1948–1949 1. Sekretär der SED-KL Guben
 1949–1952 Sekretär der SED-LL Brandenburg
1952–1958 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
 ab 1958 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volkskammer
 1958–1969 Mitglied des Nationalrats der Nationalen Front
 1959–1966 Kandidat, ab 1966 Mitglied des Politbüros des ZK der SED
 1962–1963 Mitglied des Präsidiums des Ministerrats und Minister
 ab 1963 Mitglied des Rats für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR

Eduard Götzl

(* 1921, Petschau/ČSR, † 1986, Potsdam)



BLHA, Rep. 530, SED, BL Pdm, Foto D 651

Mechaniker

1943 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1946–1949 Einstellung bei der VP, Instrukteur der SED-LL Thüringen
 1949–1950 Besuch der Parteihochschule der SED
 1950–1951 Sekretär der Betriebsparteiorganisation der Maxhütte Unterwellenborn
 1951–1954 Direktor des Stahl- und Walzwerks Brandenburg
 1952–1954 Mitglied der SED-BL Potsdam
 1954–1955 Studium an der Parteihochschule der KPdSU
 1954–1963 Mitglied des ZK der SED
 1955 Sekretär der SED-BL Potsdam
 1956–1957 1. Sekretär der SED-BL Potsdam
1958–1961 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
 1958–1963 Abgeordneter der Volkskammer
 1963–1970 Vorsitzender der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion Potsdam
 1970–1979 1. Sekretär der SED-KL Rathenow

Erich Mückenberger

(* 1910, Chemnitz, † 1998, Berlin)



picture-alliance/akg-images

Schlosser

1927 Eintritt in die SPD
 1935–1936 KZ Sachsenburg
 1938 zehn Monate Haft wegen »Hochverrat«
 1942–1945 Strafbataillon der Wehrmacht, englische Kriegsgefangenschaft
 Mitglied der SED
 1946–1948 1. Kreissekretär Chemnitz
 1948 Besuch der Parteihochschule der SED
 1949–1952 1. Sekretär der SED-LL Thüringen
 1950–1989 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer
 Sekretär des ZK der SED
 1953–1961 Mitglied des Politbüros des ZK
 1958–1989 Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
1961–1971 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
 1971–1989 Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission des ZK der SED
 Nov. 1989 Rücktritt des ZK der SED
 Jan. 1990 Ausschluss aus der SED/PDS, Rentner

Hans-Joachim Hertwig

(* 1928, Schmiedeberg/Niederschlesien, † 1988)



BArch, Bild 183-M 0725-443, Foto: Manfred Siebahn (Ausschnitt)

Bankkaufmann, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1944–1945 Luftwaffen Helfer, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft
 1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
 1945–1950 Neulehrer an der Grundschule Leegebruch
 1950–1952 Leiter der Grundschule Schönwalde
 1952–1955 Direktor der Grundschule in der Pionierrepublik
 »Wilhelm Pieck« am Werbellinsee
 ab 1954 Mitglied des ZK der SED
 1955–1958 Studium an der Parteihochschule der SED;
 Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1958–1960 Leiter der Zentralschule der Pionierorganisation
 Droyssig
 1960–1964 Sekretär der Zentraleitung der Pionierorganisation
 1963–1967 Mitglied des Zentralrats der FDJ
 1964–1966 stellvertretender Vorsitzender der Zentraleitung der
 Pionierorganisation
 1966–1968 Sekretär im Zentralrat der FDJ
 1968–1971 2. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
ab 1971 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder),
 Abgeordneter der Volkskammer

Bernd Meier

(* 1944, Cainsdorf b. Zwickau, † 2005)



BArch, Bild 183-1990-1030-020, Foto: Hans-Peter Lochmann (Ausschnitt)

Isolierklempner, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1963 Eintritt in die SED
 1967–1968 Besuch der Bezirksparteischule der SED Frankfurt
 (Oder)
 1968–1971 Sekretär der FDJ-KL Angermünde und Schwedt
 1971–1974 Studium an der Parteihochschule der SED;
 Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1974–1978 2. Sekretär der FDJ-BL Frankfurt (Oder)
 1979–1985 1. Sekretär der FDJ-BL Frankfurt (Oder)
 1985–1989 Sekretär der Zentralen Parteileitung des PCK
 Schwedt, Parteiorganisator des ZK der SED
1989–1990 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
 1990 Abgeordneter der Volkskammer, parlamentari-
 scher Geschäftsführer der PDS-Fraktion

Christa Zellmer, geb. Holzheuer

(* 1930, Ströbitz, † 2002, Frankfurt (Oder))



BStU, MFS, AIM, 8223/88, ohne Paginierung

Einzelhandelskauffrau, Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin
 1947 Eintritt in die SED
 1950–1952 Leiterin einer Jugendverkaufsstelle in Cottbus
 1952–1965 Sekretärin des Bezirksvorstands Frankfurt (Oder)
 des Demokratischen Frauenbunds Deutschland;
 Studium der Gesellschaftswissenschaft
 1965–1966 Sekretärin des Rates des Bezirks Frankfurt (Oder)
 1966–1988 Sekretärin der SED-BL Frankfurt (Oder)
 1976–1989 Mitglied des ZK der SED
1988–1989 1. Sekretärin der SED-BL Frankfurt (Oder),
 Rücktritt

Die SED-Bezirksleitung Potsdam

Kurt Seibt

(* 1908, Berlin, † 2002, Zeuthen)



BArch, Bild 183-F0421-0204-001, Foto: Christa Hochneder

Metalldrücker

1932 Eintritt in die KPD
 1934–1939 Illegale Parteiarbeit
 1939–1945 Prozess vor dem Volksgerichtshof, Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden
 1945–1946 1. Sekretär der KPD-KL Brandenburg
 1946–1952 Sekretär der SED-LL Brandenburg
1952–1956 und
1957–1964
 ab 1953 **1. Sekretär der SED-BL Potsdam**
 Abgeordneter der Volkskammer
 1954–1989 Mitglied des ZK der SED
 1957–1964 Besuch der Parteihochschule der KPdSU
 1964–1966 Minister für Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte
 1967–1989 Vorsitzender des Solidaritätskomitees der DDR

Eduard Götzl

1956–1957 **1. Sekretär der SED-BL Potsdam**
 (siehe SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder))

Werner Wittig

(* 1926, Lüttewitz, † 1976, Potsdam)



Blha, Rep. 530, SED, BL Pdm, Foto D 624

Kaufmann

1944–1945 Eintritt in die NSDAP, Wehrmacht
 1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
 1946–1947 Besuch der Landesparteihschule Brandenburg
 1948–1949 Referent für Landesjugendsekretär der SED-LL Brandenburg
 1949–1952 Abteilungsleiter in der SED-LL Brandenburg
 1952–1953 1. Sekretär der SED-KL Potsdam-Stadt
 1953–1956 Besuch der Parteihochschule der KPdSU
 1956–1960 Abteilungsleiter in der SED-BL Potsdam
 1961–1964 1. Sekretär der SED-KL Brandenburg
1964–1976
 ab 1976 **1. Sekretär der SED-BL Potsdam**
 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volkskammer

Günther Jahn

(* 1930, Erfurt, † 2015, Beelitz)



BArch, Bild 183-N0216-0703, Foto: Peter Koard (Ausschnitt)

Wirtschaftswissenschaftler (Dr. rer. oec.)

1940 Eintritt in die Hitlerjugend
 1946 Eintritt in die KPD
 1948 Besuch der Kreisparteihschulen der SED Erfurt und Luisenthal
 1948–1952 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Hochschule für Ökonomie Berlin; Diplom-Wirtschaftswissenschaftler
 1949 Besuch der FDGB-Bundesschule Berlin
 1954–1965 Mitarbeiter im Sekretariat des ZK der SED
 1956–1961 Promotion am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
 1967–1973 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ
 ab 1967 Abgeordneter der Volkskammer
 1974–1976 2. Sekretär der SED-BL Potsdam
1976–1989
 Nov. 1989 **1. Sekretär der SED-BL Potsdam**
 Dez. 1989 Rücktritt als 1. Sekretär der SED-BL Potsdam
 Rücktritt mit dem ZK der SED, Rentner

Heinz Vietze

(* 1947, Zeitz)



Archiv Neues Deutschland, Foto: Uli Winkler (Ausschnitt)

Dreher, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1966 Eintritt in die SED
 1967–1968 Lehrgang an der Jugendhochschule der FDJ Bogensee
 1968–1970 Mitarbeiter der FDJ-BL Potsdam
 1970–1974 2., dann 1. Sekretär der FDJ-KL Potsdam
 1974–1977 Studium an der Parteihochschule der SED; Diplom-Gesellschaftswissenschaftler;
 1977–1983 1. Sekretär der FDJ-BL Potsdam
 1984–1988 1. Sekretär der SED-KL Oranienburg
 1988–1989 1. Sekretär der SED-KL Potsdam-Stadt
1989–1990
 1990–1991 **1. Sekretär der SED-BL Potsdam**
 1990–2009 Vorsitzender des PDS-Landesverbandes Brandenburg
 Mitglied, ab 2004 Mitglied des Präsidiums des Landtages Brandenburg
 1990–2007 stellvertretender Vorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg
 2007–2012 Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung



> Besichtigung des Schlosses Sanssouci durch eine sowjetische Delegation und BV-Leiter Siegfried Leibholz (5. v. r.) in Potsdam. O. D.
BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2484, Bild 24

Autorinnen und Autoren

- | | | | |
|-----|--|------|---|
| APo | <p>Arno Polzin
Jg. 1962; Werkzeugmacher und Maschinenbau-Ing. (FH); Mitarbeiter der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> | MSc | <p>Mark Schiefer
Dr., Jg. 1981; Politikwissenschaftler und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> |
| Aba | <p>Andrea Bahr
Dr., Jg. 1981; Politologin und Historikerin, Referentin für Historisch-politische Bildung beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur</p> | MSt | <p>Martin Stief
Dr., Jg. 1984; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> |
| ASc | <p>Angela Schmole
Jg. 1962; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> | MtSc | <p>Martin Schaffert
Jg. 1979; Historiker, Mitarbeiter der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> |
| ECa | <p>Elise Catrain
Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, Leiterin der Kommunikation in der Gedenkstätte Hohenschönhausen Berlin</p> | RKa | <p>Ralph Kaschka
Dr., Jg. 1972; Geograf und Historiker, Mitarbeiter im Bereich Persönliche Akten-einsicht der Zentralstelle des BStU</p> |
| GCa | <p>Gabriele Camphausen
Dr., Jg. 1957; Historikerin, Referatsleiterin in der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> | SSt | <p>Sebastian Stude
Jg. 1979; Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam</p> |
| HBi | <p>Henrik Bispinck
Dr., Jg. 1973; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin</p> | TWu | <p>Tobias Wunschik
Dr., Jg. 1967; Politikwissenschaftler und Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas der Humboldt-Universität zu Berlin</p> |
| KSo | <p>Konstanze Soch
Dr., Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Kommunikation und Wissen des BStU</p> | | |

Abkürzungsverzeichnis

AOP	Archivierter operativer Vorgang (MfS)		Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«
AOPK	Archivierte operative Personenkontrolle (MfS)		
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland	IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches (MfS)
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang (MfS)	INF	Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme), Abrüstungsvertrag zwischen der UdSSR und den USA
ASV	Armeesportvereinigung (DDR) – Sportvereinigung der NVA		
BArch	Bundesarchiv		
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei	JHS	Juristische Hochschule des MfS Potsdam
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv		
BL	Bezirksleitung	K 5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)
BRD	Bundesrepublik Deutschland		
BSG	Betriebssportgemeinschaft		
BV	Bezirksverwaltung (MfS)	KD	Kreisdienststelle (MfS)
		KJS	Kinder- und Jugendsportschule
ČSR	Tschechoslowakische Republik (bis 1960)	KL	Kreisleitung
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ab 1960)	KPČ/KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
		KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)	KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
		KZ	Konzentrationslager
EKO	Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt	LL	Landesleitung
		LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
FC	Fußballclub		
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)	MdI	Ministerium des Innern (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR)	MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung (DDR)
GOL	Grundorganisationsleitung der FDJ	MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik		
		NATO	North Atlantic Treaty Organization, Nordatlantikpakt-Organisation – westliches Verteidigungsbündnis
HA	Hauptabteilung	NF	Neues Forum
HM	Hauptamtlicher Mitarbeiter	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik	OD	Objektdienststelle (MfS) – Dienst Einheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD
		Oibe	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)

OKS	Offizier für Kontrolle und Sicherheit	selbst.	selbstständig[es]
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Über- prüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage	SFB SMA, SMAD SPD StGB StPO	Sender Freies Berlin Sowjetische Militäradministration (in Deutschland) Sozialdemokratische Partei Deutsch- lands Strafgesetzbuch der DDR Strafprozessordnung der DDR
OV	Operativer Vorgang – konspiratives Er- mittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat began- gen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)	UdSSR UEFA UGC USA VEB	Union der Sozialistischen Sowjet- republiken Union des Associations Européennes de Football, Europäischer Fussballverband Umweltgruppe Cottbus Vereinigte Staaten von Amerika Volkseigener Betrieb (DDR) – Staats- betrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
PCK	Petrochemisches Kombinat Schwedt		
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus; ab 1990 Nachfolgepartei der SED	VP VPKA	Volkspolizei (DDR) Volkspolizeikreisamt
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor	ZK	Zentralkomitee
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend		
SBZ	Sowjetische Besatzungszone		
SC	Sportclub		
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutsch- lands		

Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Brandenburg

Hinweise zur Fachliteratur finden sich auch in den Anmerkungen.

Ansorg, Leonore: Politische Häftlinge im national-sozialistischen Strafvollzug: Das Zuchthaus Brandenburg-Görden. Berlin 2015.

Bahr, Andrea: Parteiherrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989. Berlin 2016.

Braun, Jutta/Weiß, Peter Ulrich (Hg.): Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg. Potsdam 2014.

Ciesla, Burghard (Hg.): Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Berlin 2003.

Demke, Elena/Weiß, Peter Ulrich: Verbunkerte Akten. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Cottbus. In: Schöne, Jens (Hg.): Revolution. Die DDR im Jahr 1989. Berlin 2010, S. 71–109.

Förster, Frank: Bergbau-Umsiedler. Erfahrungsberichte aus dem Lausitzer Braunkohlenrevier. Bautzen 1998.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.

Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1997.

Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014.

Jammer, Brigitte: Zwischen Ministerbefehl und Ehrenamt – Die Armeesportvereinigung Vorwärts als Bestandteil der Streitkräfte der DDR (dargestellt anhand des Kinder- und Jugend- bzw. Nachwuchsleistungssports in der Militärsportorganisation). Potsdam 1996.

Lapp, Peter-Joachim: Rollbahnen des Klassenfeindes. Die DDR-Überwachung des Berlin-Transits 1949–1990. Aachen 2015.

Klaedtke, Uta: »Stahl Feuer!!!« – die Fußballer des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg zwischen politischer Anpassung und betrieblichem Eigensinn. In: Teichler, Hans-Joachim (Hg.): Sport in der DDR. Eigensinn, Konflikte, Trends. Köln 2003, S. 237–270.

Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Zwischen Hoffnungen und Krisen: Das Jahr 1956 und seine Rückwirkungen auf die DDR. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 19 (2006), S. 15–33.

Kusch, Reinhard: Kollaps ohne Agonie. Das Ende des SED-Regimes im Bezirk Frankfurt (Oder). Jacobsdorf 1999.

Meškank, Timo: Instrumentalisierung einer Kultur. Zur Situation bei den Sorben 1948–1989. Bautzen 2014.

ders.: Sorben im Blick der Staatssicherheit. Bautzen 2016.

Müller, Jan: Symbol 1989 – Die DDR-Wahlfälschung und ihre strafrechtliche Aufarbeitung. Berlin 2001.

Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung. München 2001.

Roesler, Jörg: Schwarze Pumpe – Ein Schlüsselbetrieb der DDR-Volkswirtschaft? In: Bayerl, Günter (Hg.): Braunkohleveredelung im Niederlausitzer Revier: 50 Jahre Schwarze Pumpe. Münster u. a. 2009, S. 105–118.

Schmole, Angela: Sonderaufgabe »Leitz«. In: Florath, Bernd (Hg.): Annäherung an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente. Göttingen 2016, S. 115–128.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. Köln 2003.

Schurmann, Peter: Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung. Bautzen 1998.

Stirn, Alexander/Stude, Sebastian: »Und wir haben ja auch diesen Staat überdauert ...«. Die evangelische Kirche in der Prignitz zwischen 1971 und 1989/90. Berlin 2016.

Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. München 2009.

Weiß, Peter-Ulrich/Braun, Jutta: Im Riss zweier Epochen. Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren. Berlin 2019.

Wiese, René: »Kaderschmieden des Sportwunderlandes«. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012.

Wolle, Stefan: Die DDR zwischen Tauwetter und Kaltem Krieg. »Mutmassungen« über das Jahr 1956. In: Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Mitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Aufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn 2001, S. 293–330.

Wunschik, Tobias: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989. Göttingen 2018.

Impressum

**Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik**
Abteilung Kommunikation und Wissen
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Gestaltung
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung
Besonderer Dank gilt Dr. Gabriele Camphausen, Dr. Roger Engelmann, Dr. Elise Catrain, Simone Loesch-Humke, Rüdiger Sielaff und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstelle Frankfurt (Oder) des Bundesbeauftragten wurde diese Publikation erst möglich.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

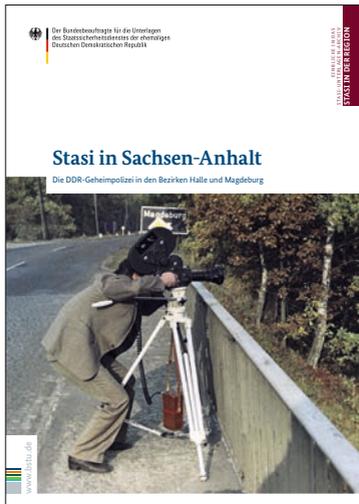
In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €
Berlin 2020

ISBN 978-3-946572-05-3
Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720537

Bisher sind in der Reihe »Stasi in der Region«
die folgenden Hefte erschienen:

Auch als
kostenloser
Download auf
www.bstu.de



Stasi in Sachsen-Anhalt
Die DDR-Geheimpolizei in den
Bezirken Halle und Magdeburg

Berlin 2016, 180 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-00-8



Stasi in Sachsen
Die DDR-Geheimpolizei in den
Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt
und Leipzig

Berlin 2017, 176 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-01-5



Stasi in Thüringen
Die DDR-Geheimpolizei in den
Bezirken Erfurt, Gera und Suhl

Berlin 2018, 168 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-03-9



Stasi in Mecklenburg-Vorpommern
Die DDR-Geheimpolizei in den
Bezirken Neubrandenburg, Rostock
und Schwerin

Berlin 2019, 172 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-04-6

Die gedruckten Publikationen können auf der Website des BStU (www.bstu.de),
per Mail (publikation@bstu.bund.de) oder telefonisch unter 030 2324-8803 bestellt werden.
Die Länderstudie »Stasi in Berlin« ist in Vorbereitung.